STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19120918

## Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 218. Mittwoch, den 18. September 1912. 26. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“ und „Die arbeitende Jugend“) durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus. Einz. Nr. 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36 Expedition: Fehlandstraße 11 Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: C. Döring in Hamburg.

Anzeigen die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 5 Uhr nachmittags), in den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. Buchhandlung und Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstr. 11, Erdgeschoß.

**Filialen:** St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Fruchtallee 42. Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck und Billwärder bei Carl Ortel, Baustr. 26. Hammerbrook bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderlaistr. 18. Rotenburgsort und Veddel bei Th. Reimer, Lindleystr. 85. Wilhelmsburg bei H. Möller, Schulstr. 13. Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde und Ost-Barmbeck bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. Altona bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. Ottensen, Bahrenfeld bei Joh. Heine, Bahrenfelderstr. 129.

**Hierzu zwei Beilagen.**

## Neue europäische Flottengruppierung.

Blicken wir auf die Entwicklung der Kriegsmarine der europäischen Staaten in den letzten Jahrzehnten zurück, so finden wir, daß die Flottenpolitik des Deutschen Reiches es gewesen ist, welche das unsinnige Wettrüsten zur See zu einem immer schnelleren Tempo getrieben hat. Das kam nicht von ungefähr, und wer es bestreitet, der vermag überhaupt in der neuesten Geschichte Deutschlands sich nicht zurechtzufinden. Die deutsche Industrie hatte nach den Anfang der neunziger Jahre abgeschlossenen und für sie günstigen Handelsverträgen auf dem Weltmarkt großartige Erfolge erzielt und unermeßliche Gewinne davongetragen. Ihre fieberhafte Produktivtätigkeit konnte nicht plötzlich stille stehen, nachdem ihre Absatzgebiete mit Waren überfüllt waren; sie nahm im Gegenteil immer noch zu und erweckte dadurch den krampfhaften Drang nach Expansion, nach Ausdehnung des deutschen Handels auf neue Länder. Die großen Handelsherren sind ebenso unersättlich wie die Agrarier; je reicher die Quellen des Gewinnes fließen, desto stärker wird die Gier nach mehr. Bei ihren Expansionsbestrebungen aber stand ihnen England als Weltmacht im Wege. Sein Uebergewicht zur See erschien dem deutschen Großhandel als das Haupthindernis der Expansion. Und so erwachte in Deutschland nach und nach das, was man heute Imperialismus nennt. Es erschienen die kapitalistischen Eroberer, die aus ihren Geldsäcken den Anspruch ableiteten, sich fremde Länder unterwerfen und sie ausbeuten zu können. Diese Kapitalsdynastien fühlen sich heute in allen Ländern, wie sie so oft und so offen schon verkündet, als die eigentlichen Herren der Welt, die berufen sind, die alten fürstlichen Dynastien abzulösen. In großen bürgerlichen Republiken, wie in Frankreich und Nordamerika, hängt darum die innere und äußere Politik oft in fast höherem Maße von ihnen ab, als in einzelnen Monarchien.

Die großen Handelsherren in Deutschland waren es denn auch, welche in Deutschland eine künstliche Flottenbegeisterung hervorriefen, die gegen das englische Uebergewicht zur See gerichtet war. Diese Herrscher von Geldsacks Gnaden hatten aus der Geschichte derer von Gottes Gnaden gelernt, daß man die Kosten solcher Eroberungsprojekte dem guten Volke aufwälzt. Dazu sollte eben die Flottenbegeisterung dienen. Es wurden Apostel ausgesandt, welche in den glänzendsten Farben ausmalten, was alles durch eine „großzügige“ Flottenpolitik zu erzielen sei; ein ungeheurer Aufschwung von Industrie und Handel, großartige Kolonialerwerbungen und Reichtümer, wie man sie nie gekannt. Man träumte tatsächlich von der baldigen Verdrängung Englands aus seiner Machtstellung zur See; seinen Welthandel ihm dann auch abzunehmen, erschien selbstverständlich. Die große Masse unseres Volkes ließ sich nicht für diese Dinge begeistern, aber die Flottenpolitik und der Imperialismus siegten im Reichstage und es wurden unserem Volke ungeheure Lasten für die zu schaffende Schlachtflotte ersten Ranges aufgebürdet. Die neuen Steuern, die in Gestalt einer „Finanzreform“ dann kamen, haben bewirkt, daß die Flottenbegeisterung sich wesentlich auf die große und kleine Bourgeoisie beschränkt.

Die Anstrengungen Deutschlands, eine große Flotte zu schaffen, hatten weitgehende Wirkungen. Bis dahin hatten die leitenden politischen und militärischen Kreise daran festgehalten, daß ein ausreichender Küstenschutz für Deutschland genüge, und daß unser Land auch nicht reich genug sei, ein so gewaltiges Landheer und auch noch eine Schlachtflotte ersten Ranges zu unterhalten. Aber da kamen die Kolonien und die Flottenvermehrungen folgten. Zunächst begannen auch die andern Seemächte ihre Flotten zu verstärken, und das Wettrüsten zur See kam durch die deutsche Flottenpolitik erst so recht in Gang; sie hatte einen neuen Impuls gegeben.

Die neuere deutsche Politik wiederholt die Fehler der früheren. Bismarck hatte seinerzeit durch die Annexion von Elsaß-Lothringen die französische Bourgeoisie, die sich vor einem Ueberfall von seiten dieses grimmigen Franzosenfeindes fürchtete, zu dem unheilvollen Bündnis mit Rußland getrieben. Dem stellte Bismarck den Dreibund entgegen, welcher die Bedeutung, die man ihm zuschrieb, nur behaupten konnte, wenn England seine Politik der des Dreibundes anpaßte. Dies geschah auch tatsächlich, bis die deutsche Flottenpolitik eingeleitet wurde. Die deutschen Diplomaten versichern zwar unaufhörlich, die deutschen Rüstungen zur See hätten keine kriegerische Spitze gegen England, und die englischen Diplomaten versichern umgekehrt das gleiche von den englischen Flottenrüstungen in bezug auf Deutschland. Es mag auch Leute geben, die das glauben, aber sie sind weder übermäßig intelligent noch übermäßig zahlreich. Sowie England die deutschen Flottenrüstungen als gegen sich gerichtet ansah, rückte es von der Dreibundspolitik völlig ab, verbündete sich mit der französischen Republik und verständigte sich sogar mit seinem alten und natürlichen Gegner, mit Rußland, dessen Diplomatie diese Situation so vortrefflich auszunutzen weiß, daß sie, obwohl zurzeit noch ohne aktionsfähiges Heer und ohne Flotte, doch die gesamte europäische Politik wesentlich beeinflußt.

So befindet sich Deutschland mit seinen zweifelhaften Bundesgenossen, dem innerlich zerrissenen Oesterreich und dem unzuverlässigen Italien, einer formidabeln Uebermacht gegenüber. Wir hören unsere Säbelrasseler zwar oft schreien: „Deutschland muß so stark sein, daß es den Kampf mit allen seinen Feinden allein aufnehmen kann!“ Leider haben, wenn sich solche Prahlereien einmal rächen, wir alle das Unheil zu tragen, das dann kommt.

Nun haben die Leiter der englischen Politik die ganze englische Flotte in der Nordsee konzentriert. Was das bedeutet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die deutsche Flottenpolitik hat auch die österreichische angespornt. Nachdem Oesterreich seine Flotte vermehrt, hat nun die französische Republik ihre hauptsächlichsten Seestreitkräfte im Mittelmeer konzentriert. Das wird mit dem französischen Kolonialbesitz in Afrika begründet. Zugleich wird zu verstehen gegeben, daß bei einem Kriege zwischen England und Deutschland der Kanal — das Aermelmeer — vollständig gesperrt werden wird.

Gegen letztere Maßnahme wird schon von holländischer Seite protestiert. Der holländische Staatsrat Denbeer Poortugaal kritisiert in dem Blatt „Vaderland“ unter der Ueberschrift: „Mißverständnis, Unwissenheit oder Unverstand“ die Behauptung des französischen Vizeadmirals Germinet im „Echo de Paris“, daß Frankreich die Straße von Calais im Falle eines Krieges als Territorialgewässer sperren könne. Staatsrat Poortugaal charakterisiert diese Bemerkung als eine auf nichts begründete, an das Unglaubliche grenzende Behauptung und stützt sich dabei auf die Ansichten berühmter Völkerrechtslehrer. Eine derartige Sperre würde für den Handel und die Schiffahrt, insbesondere der Niederlande, unberechenbare Verluste verursachen. Vielleicht sei der Artikel Germinets ein Versuchsballon.

Ueber die „neue Situation im Mittelmeer“ wird in einem Berliner Telegramm der „Frankf. Ztg.“ erklärt:

„In einer weitgehenden sachlichen, zum Teil sogar formellen Uebereinstimmung, die eine gemeinsame Quelle vermuten läßt, beschäftigen sich der Pariser „Temps“ und die „Debats“ mit der Zusammenziehung der französischen Flotte im Mittelmeer und geben Italien mit einer ungewöhnlichen Deutlichkeit zu verstehen, daß es sich auch fernerhin im Mittelmeer mit England und Frankreich zu vertragen habe und daß, wenn es etwa bei einer Erneuerung des Dreibundes auf seine Beziehungen zu den Westmächten verzichten wolle, es dann allerdings im Mittelmeer keine Sicherheit haben werde, da Deutschland in dieser See nicht vertreten sei, Oesterreich-Ungarn seine Flotte erst ausbaue und Italien selbst nach dem Kriege die seine vollständig werde erneuern müssen. Daher werde Italien das bisherige Einvernehmen zur See aufrecht zu erhalten haben. In diesem Falle könne es durch die Verstärkung der französischen Macht im Mittelmeer nicht gestört werden, und im Falle eines Krieges müsse es zusehen, wie es seine Pflichten einer Dreibundmacht zu Lande und seine freundschaftlichen Beziehungen zur Tripelentente im Mittelmeer in Einklang bringe.

Die Sprache der beiden Pariser Blätter ist auffallend. In die Verteilung der französischen Seestreitkräfte hat das Ausland nicht dreinzureden, sie ist Frankreichs Sache. Es muß aber eigentümlich berühren, daß man neuerdings in Frankreich wie auch in England die Gewohnheit angenommen hat, Maßregeln im Heer- und Flottenwesen mit Hinweisen auf bestimmte politische Konstellationen und auf bestimmte Mächte zu begründen, gegen die die jeweiligen Neuerungen gerichtet sein sollen. Das ist eine bedenkliche Art, politisch-militärische Betrachtungen anzustellen, bedenklich, denn das entsprechende Echo kann unter solchen Umständen nicht ausbleiben. Dort, wo man die politischen Beziehungen kennt und ruhig beurteilt, glaubt man nicht, daß Italien sich durch die kaum verblümten Drohungen der beiden inspirierten französischen Blätter wird einschüchtern lassen.“

Die Auslassung gibt anscheinend die Auffassungen in Berliner Regierungskreisen wieder, die natürlich ein Interesse haben, die Situation für Italien nicht gefährlich erscheinen zu lassen, damit es sich nicht noch mehr vom Dreibund ab und zur „Tripelentente“ hingezogen fühlt. Jedenfalls lassen die Vorgänge und die daran anknüpfenden Erörterungen erkennen, daß ein neues Moment der Unsicherheit in die Beziehungen der europäischen Mächte gekommen ist, dessen erste Folge neue Rüstungen auf allen Seiten sein werden.

Wenn also die drohende Stellung der Seemächte auch momentan zu keinem Zusammenstoß führt, so müssen wir uns doch auf baldige enorme Mehrforderungen gefaßt machen. Angedeutet wurde das übrigens schon gleich nach der Annahme der jüngsten Flottenverstärkung in der Presse des deutschen Flottenvereins.

So hat sich nun die Situation noch bedeutend verschlimmert, nachdem die Herren Diplomaten ein wenig mit dem Gedanken einer Vereinbarung zur Einschränkung der Flottenrüstungen gespielt haben.

Wann werden die Völker endlich diesem verderblichen Treiben Einhalt gebieten?

## Politische Uebersicht.

### Die Besitzsteuerfrage.

Verschiedenen durch die Presse gegangenen Mitteilungen über den Inhalt der zu erwartenden Besitzsteuervorlage und deren formale Behandlung im Bundesrat tritt eine offiziöse Korrespondenz mit folgenden Ausführungen entgegen:

„Als Grundlage dient die Tatsache, daß die Einbringung einer allgemeinen Besitzsteuer gesetzlich festgelegt ist. Als allgemeine Besitzsteuer gelten nach einer Erklärung der Reichsregierung eine Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer. In diesem Rahmen kann also die kommende Vorlage überhaupt nur liegen. Nun sind aber sowohl für die Vermögenssteuer wie für die Erbschaftssteuer eine ganze Reihe von Spielarten denkbar, deren jede naturgemäß ihre besonderen Vorteile und Nachteile besitzt; Nachteile, die liegen können in der Unsicherheit ihrer Ertragfähigkeit, in der parlamentarischen Behandlung oder in der Beeinträchtigung des Finanzwesens der Bundesstaaten usw. Da nun der Bundesrat an erster Stelle berufen ist, über die Vorlage eine Entscheidung zu fällen, so ist es naheliegend, daß man zunächst mit den Bundesregierungen sich über die vorhandenen Möglichkeiten für die Gestaltung des Gesetzentwurfs verständigen wird. Als Einleitung zu solchen Erörterungen dient erfahrungsmäßig eine Darstellung aller in Frage kommenden Steuerformen. Auf Grund einer derartigen Denkschrift ist jede Bundesregierung in der Lage, ihren Standpunkt zur Sache einzunehmen. Unwidersprochen ist mitgeteilt, daß im Spätherbst dieses Jahres eine Beratung der bundesstaatlichen Finanzminister in Berlin stattfinden wird, wie sie in den letzten Jahren bei jeder finanzpolitisch bedeutenden Vorlage stattgefunden hat. Daß dann bei dieser Beratung auf Grund des vorher unterbreiteten Materials die Entscheidung über die Auswahl der Steuerform von seiten der Bundesregierungen erfolgen wird, ist mehr als wahrscheinlich. Aus diesen Erwägungen, die keiner Inspiration von einer zuständigen Stelle bedurften, geht hervor, daß gegenwärtig und auch in der nächsten Zeit niemand in der Lage ist, auch nur mit einem Schein von Berechtigung Mutmaßungen über die kommende Besitzsteuer anzustellen.“

Das ist eine augenscheinlich zutreffende Darstellung der Sachlage. Vorläufig hat alles Raten auf den möglichen oder wahrscheinlichen Inhalt der Vorlage keinen Zweck. So weit solche Vermutungen geäußert werden, sind sie auch nur darauf berechnet, der Regierung Winke zu geben, wie man die Vorlage haben oder wie man sie nicht haben möchte. Darum ist es vor allem den Junkern und Agrariern und sonstigen Feinden einer rationellen Erbschaftssteuer zu tun. Ob die in mehr oder weniger drohendem Tone vorgetragenen Wünsche von der Regierung akzeptiert werden, muß die Zeit lehren.

### Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt.

Für den im Juli verstorbenen elsaß-lothringischen Abgeordneten Will hat am Montag im Wahlkreise Schlettstadt die Ersatzwahl zum Reichstag stattgefunden. Von 16 151 Wahlberechtigten wurden 12 197 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielt der Zentrumskandidat Redakteur Dr. Haegy-Colmar 7112, der sozialdemokratische Kandidat Genosse Imbs 2769 und der Fortschrittler Andlauer 2306 Stimmen. Haegy ist somit im ersten Wahlgang gewählt worden.

Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als im Januar dieses Jahres, wo 8340 Zentrums- und 4065 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Ein fortschrittlicher Kandidat war damals nicht aufgestellt und ein Teil der fortschrittlichen Stimmen ist im Januar dieses Jahres offenbar dem Sozialdemokraten zugefallen, die nun für Andlauer abgegeben worden sind. Daraus erklärt sich jedenfalls zum Teil unser Stimmenrückgang, zu dem aber auch die Tatsache beigetragen haben wird, daß, da noch kein Jahr seit der Hauptwahl verflossen ist, nach den alten Wählerlisten gewählt wurde, die naturgemäß einen Abgang aufweisen, der zum größten Teil auf die Arbeiterbevölkerung entfällt.

### „Vor dem ganzen deutschen Vaterlande blamiert.“

Wem ist das passiert? Nun, niemand anders als dem Agrarierhäuptling und Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Diederich Hahn. So hat er am letzten Sonntag auf einem nordhannoverschen Heimatsfest in Dobrock selbst erklärt. Er machte dort seinem lang verhaltenen Zorn über seinen Durchfall bei der Reichstagswahl gründlich Luft und kündigte seinen Getreuen im 19. hannoverschen Wahlkreis sogar die Kandidatur auf, weil sie ihn haben so glänzend durchrasseln lassen. Von mehr als 34 000 Wählern stimmten nur 8130 für ihn. Das muß sein biederes Agrariergemüt natürlich furchtbar gekränkt haben und so verkündete er denn im Zorn:

„Die Steuer- und Gerstenzollhetze der Liberalen hat manchen meiner alten Wähler dazu gebracht, von mir abzufallen. Und gerade in den Kreisen Neuhaus, Hadeln und Kehdingen ist von meinem Standpunkt aus sehr schlecht gewählt worden. Besser im Altenlande, an der Weser und in Geestemünde-Lehe. Ich bin nicht gewählt worden, weil eben die drei Kreise versagten. Ich habe mich ja vor dem ganzen deutschen Vaterlande blamiert, daß ich 138 Mal aufgetreten bin und nur 8000 Stimmen erhielt. Und ich muß es auch hier sagen, auch viele meiner Freunde haben nicht das getan, was sie hätten tun können. Man hat mir früher einmal den sicheren Wahlkreis Prenzlau angeboten, ich habe ihn ausgeschlagen, weil ich mich in den Dienst der Heimat stellen wollte. Ich hielt fest an diesen Grundgedanken, ob Sieg oder Niederlage: Ich verlasse die Heimat nicht .... Was hat es mir genutzt, daß ich für die Lehrer, für die Beamten eintrat? .... Ich muß sagen, daß ich ein zweites Mal mich nicht wieder der Gefahr einer Niederlage aussetzen werde, ich gehe in einen andern Wahlkreis.“

Da werden die waschechten Agrarier im 19. hannoverschen Wahlkreise wohl blutige Tränen weinen. Die andern aber werden sich zu trösten wissen, daß der große Bismarck-Diederich sich nicht nochmals blamieren will. Auch er schätzt offenbar die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit, denn die Aussicht, nochmals durchzufallen, wäre für ihn zwischen Elbe und Weser sehr groß.

### Die Interpretation des Jesuitengesetzes.

Die von uns am Sonntag wiedergegebene Mitteilung des „Bayer. Kurier“, daß im Bundesrat schon die Formel für eine neue Auslegung des Jesuitengesetzes gefunden sei, hatte allem Anschein nach nur den Zweck, eine Erklärung von seiten der Regierung herauszulocken oder eine solche zu motivieren; denn prompt hat die bayrisch-offiziöse Korrespondenz Hoffmann darauf geantwortet:

„Demgegenüber ist zunächst zu bemerken, daß den Jesuiten bereits das Lesen stiller Messen nachgelassen ist. In den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats ist die Ausübung einer gewissen Betätigung den Angehörigen des Ordens gestattet worden. Außer dem Lesen stiller Messen gehört hierzu die sogenannte „Missa solotaria“, das Lesen von Primizmessen (unter Wahrung des Charakters eines Familienfestes), sowie die Austeilung der Sterbesakramente. Verboten ist dagegen das Halten von religiös-wissenschaftlichen Vorträgen, und hieran dürfte auch festgehalten werden. Diese Bestimmungen sind auch nach der Aufhebung des § 2 des Gesetzes vom 4. Juli 1872 durch das Gesetz vom 8. März 1904 unberührt geblieben. Allgemein verboten ist die Ausübung der Ordenstätigkeit, das heißt jede priesterliche und seelsorgerische Tätigkeit, insbesondere Predigt, Beichte, Absolution, Messe und Sakramentsverwaltung. Es gehören hierzu auch die sogenannten „Konferenzvorträge“ und alle priesterlichen Handlungen, die zum Zweck vorübergehender Aushilfe in der Seelsorge vorgenommen werden. Im übrigen wird sich der Justizausschuß des Bundesrats in nicht ferner Zeit mit der Angelegenheit befassen und einen Abschluß in dieser Angelegenheit herbeiführen. Ihm liege bereits seit längerer Zeit über diese Frage ein Gutachten vor, das sich über den Antrag Bayerns auf Definition der zum Jesuitengesetz erlassenen Ausführungsbestimmungen äußert.“

Dieses Gutachten hat wohl die Mitteilung des „Bayer. Kurier“ veranlaßt. Die Entscheidung des Bundesrats wird aber frühestens im nächsten Monat fallen.

## Der Vogtsbur.

[2] Von

**Heinrich Hansjakob.**

Auch das war bereits bekannt, daß der Vogtsbur sich eben ein eigenes Parade-Militär geschaffen hatte, und die Haslacher und ihre Garde fragten sich deshalb heute ängstlich: „Am End' kommt der Hochzitsvatter mit sim eigene Militär?“

Das wäre unter Umständen eine Beschämung für die Haslacher Bürgergarde gewesen; denn es hieß allgemein, die Leibgarde des Vogtsburen trage weiße Hosen und rote Fräcke; sie war also schöner montiert als die von Hasle, welche nur blaue Fräcke und weiße Hosen trug.

Doch kam der Bauernfürst ohne seine Garde, sie war noch zu neu und im Rekrutenstande, weshalb er sie nicht mitgenommen hatte.

Drum fuhr er selbst auch gegen 9 Uhr jenes Morgens in Hasle in Zivil an, d. h. in seiner alten, echten Bauerntracht: langem, schwarzem Flügelrock mit Stehkragen und rotem Futter, grüner Weste mit silbernen Knöpfen, kurzen, ledernen, mit grüner Seide gestickten Kniehosen, blauen Strümpfen und Rohrstiefeln.

Der Vogtsbur gehörte trotz seines Reichtums und seines Verkehrs mit Fürsten zu jenen alten, vernünftigen Bauern, an denen sich die jungen unserer Tage ein Beispiel nehmen könnten. Er war stolz auf seine Bauerntracht und meinte, ein Bauer müsse überall in seiner Tracht erscheinen und dürfe sich nie seines Standes schämen.

Aber herrenmäßig fuhr der Vogtsbur am Hochzeitstag seines Kätherle doch daher. In Wolfe angekommen, hatte er vom Salmenwirt dessen Chaise geliehen, die zwei schönsten eigenen Rappen in silberpolitiertem Geschirr davor gespannt und war so, mit der Braut allein im Wagen sitzend, talabwärts gefahren und Hasle zu.

Hinterdrein fuhren in flotten, zweispännigen Bennewägelchen die Stiefmutter der Braut, deren erwachsene Geschwister und zahlreiche ländliche Verwandte des Bauern-Fürsten von Kaltbrunn.

Der Hauptmann der Haslacher Garde kommandierte, als der Major und Fürst von Kaltbrunn am oberen Tore anfuhr: „Achtung! Gewehr auf Schulter! Präsentiert!“ Der Fürst grüßte und dankte hocherfreut durch Abnehmen seines schwarzen Filzhutes und durch Kopfnicken, das Kätherle aber lächelte mit allen Zügen und mit seinen lebhaften, kleinen Augen.

Es hatte die malerische Kaltbrunner Tracht abgelegt und trug die nicht weniger vornehme Kleidung der damaligen Bürgersfrauen von Hasle: schön geflochtene Zöpfe, die ein hoher, reichverzierter Schildkrotkamm zusammenhielt, lilaseidenes Kleid mit Buffärmeln, weißen, gestickten Schulterkragen und farbigen Gürtel aus Atlas, den eine große, goldene Schnalle zierte.

Nachdem die Kaltbrunner an der Ehrenkompagnie vorübergefahren waren, marschierte dieselbe mit der Musik hinterdrein. —

Es gibt sicher Leute, besonders in unserer servilen Zeit, die es vielleicht lächerlich finden, daß mein Vater, der Becke-Philipp von Hasle, seine Stadtsoldaten präsentieren ließ vor Bauern und „gemeinem Volk“. Ich lobe das, nicht weil der Kommandant mein Vater war, sondern weil mich jede Ehre freut, die dem gemeinen Volk zuteil wird.

Dieses Volk ist in meinen Augen allein wahrhaft von Gottes Gnaden und die einzige vollberechtigte, souveräne Majestät auf Erden. Freilich ist diese Majestät sich ihrer Würde zu wenig bewußt, drum präsentiert sie durch ihre Söhne das Gewehr lieber vor andern Majestäten, sogar vor Wickelkindern, wie die Franzosen vor zwei Jahren vor einem russischen Säugling. Ja, das gute Volk schießt auf anderer Befehl selbst auf seinesgleichen.

Ein alter Volksredner, den ich noch gar wohl kannte, pflegte, wie er mir oft erzählte, wenn er anno 1848 und 1849 Reden hielt, die versammelten Bürger stets anzureden mit: „Ich grüße die Majestät des Volkes!“ Respekt davor! So sollte nach meiner Ansicht jeder Fürst sein Volk anreden.

Fürwahr! Die Throne würden viel fester stehen, wenn die Fürsten die größten und ersten Demokraten im Lande wären. —

Vor dem Kreuzwirtshaus stiegen die Gäste ab. Nur wenige hatten es bemerkt, wie der Vogtsbur dem Kreuzwirt einen kleinen, schweren Sack übergab, ehe er seine Brauttochter hinüber ins Haus des Bräutigams geleitete.

Der Hochzeitszug ordnete sich zum Kirchgang; der Sakristan läutete mit allen Glocken, die Stadtmusik blies in allen Tönen, die Böller und Katzenköpfe krachten, und die Garde marschierte dem Zug voran und bildete bei der Kirche Spalier, bis derselbe in den heiligen Hallen verschwunden war. Hier gab der kleine, jugendliche Vikar Kuß, den ich als greisen Priester noch kennen lernte, den Eduard und das Kätherle zusammen.

Trauzeugen waren der Vogtsbur selber und der angesehenste unter den „Herren“ in Alt-Hasle, der fürstliche Rentmeister Fischer, von dem ich in meiner „Jugendzeit“ erzählt habe.

Während des Festessens konzertierte Lambert, der Schmied; und seine Musikanten und die Bürger-Gardisten tranken, soviel sie trinken konnten.

Statt des heute Mode gewordenen Toastes auf die jungen Eheleute erhob sich während des Mahles der Vogtsbur und verschwand mit dem Kreuzwirt. Nach wenigen Augenblicken erscheint er wieder mit dem kleinen schweren Sack auf dem Arme. Den Sack stellt er vor die Neuvermählten hin und spricht zu Eduard, dem Kostenwogt: „Do hosch die erst Portion vom Heiretsguot, des i meim Kätherle mitgeb.“ —

Es war, wie mein Vater oft erzählte, ein „ganzer Stumpen Kronentaler“, und von diesem Stumpen hörte ich noch zehn Jahre nach dem Hosig unzähligemal sprechen.

An der „Ueerde“, d. i. an der Tafel der Hochzeitsleute und ihrer nächsten Verwandten, saßen auch zwei Studenten, ein alter und ein junger.

Der alte war der „Karle“, des Hochzeiters, und der junge der „Nepomuk“, der Hochzeiterin Bruder.

Der Karle war ein bemoostes Haupt in der Medizin, ein Studienfreund des Vikars Kuß, der drum hatte kopulieren müssen. Der Nepomuk aber, noch nicht sechzehn Jahre alt, studierte eben in Offenburg auf dem Gymnasium und wollte „ein geistlicher Herr“ werden.

Wie es diesen beiden studierenden Hochzeitsgästen im Leben erging, wollen wir später hören.

Wie alles auf Erden, nahm auch das Festessen und der großartige Hosig ein Ende, und einmal, wenn auch noch so spät, mußten die Kombattanten und Nichtkombattanten, d. i. die Musikanten der Garde von Hasle und diese selbst, den Platz räumen, auf dem sie so tapfer getrunken hatten wie noch nie seit dem Bestehen der stolzen Bürgerwehr.

„So sollt jede Woch a Hosig si,“ meinte Lambert, der Schmied und Kapellmeister, als er nach Mitternacht mit seinem Nachbar, dem Schuster Xaver Holzer, dem ersten Klarinettisten seiner Kapelle, heimwankte.

Die Gäste aus dem Kaltbrunn waren längst abgefahren, ihnen voran der Vogtsbur mit seiner zweiten Frau, der schönen Gertrud.

Wir wollen ihm nachfahren, dem Bauernfürsten, und noch mehr von ihm hören.

2.

Im oberen Quellengebiet der Kinzig liegt ein einsames, waldiges Hochtal, der Kaltbrunn genannt, so benamset von einem Bächlein gleichen Namens, das einem kühlen Brunnenquell im Walde entspringt. Wenige und deshalb reiche Bauern bewohnten seit alten Zeiten dieses etwas über zwei Stunden lange Tal.

Die Tannenbäume, die sie in stattlichen Flößen durch das Laienbächle und den Kaltbrunnerbach der Kinzig zuführten, machten ihren Reichtum aus.

Der reichste von ihnen war zu Anfang des 19. Jahrhunderts der Bur auf dem Vogtshof, unter dem waldigen Rufenkopf gelegen. Weil die Besitzer dieses großen Waldhofes ihres Ansehens wegen meist Vögte im Tal waren, hatte der Hof obigen Namen erhalten.

Anton Harter hieß der Vogtsbur und Vogt von Kaltbrunn, als das 19. Jahrhundert in die Welt trat, ein stattlicher und stolzer Bur, der nur Holländer-Stämme, d. h. Riesentannen, in seinen Wäldern schlug und seine Flöße an die Schifferschaft in Wolfe verkaufte.

Mehr denn einmal im Jahre fuhr er von diesem Waldstädtchen heim, den Sitz in seinem Wägele voll von Kronentalern, jenem schönsten und währhaftesten Silbergeld der vergangenen besseren Zeiten.

Der Kronentaler wurden nach und nach so viele, daß die Vögtin, die Mariann', sie nimmer alle in ihrem großen, buntbemalten Trog neben ihren Staatskleidern aufheben konnte.

„Wos mainsch, Toni,“ sprach sie eines Tages, da der Bur wieder mit einer großen „Lederguri“ voll der großen, silbernen Dinger heimkam, „i hou kei Platz mei im Trog, i moin, i woll üser Geld in einer Schiede*) aufhebe un d'Schiede unter üsere Himmelbettlad stelle?“

„Mach, wia Du witt, Alti,“ gab der Vogt zurück, „aber derno muasch d'Stubekammer gut abschliaße.“

So geschah's, und fortan lagen die Kronentaler in einer großen, weißen Schiede unter dem riesigen Himmelbett der Vogtsleute; die Schiede aber war meist voll.

Nicht weniger als sechs Buben hatten der Vogtstoni und seine Mariann' und dazu noch drei Meidle — alle lustig und lebensfroh, wie es auf Bauernhöfen, wo die Kronentaler korbweise sich finden, der Fall ist.

Die Buben und die Meidle waren gesucht und darum nicht allzulange ledig. Denn weit und breit in den Tälern an der Kinzig ging die Kunde von der Schiede unter der Himmelbettlade im Vogtshof zu Kaltbrunn.

Und mit den Kronentalern in der Schiede wurde nicht geknausert. Namentlich war die Mutter damit freigebig gegen ihre Kinder. Wollte eines Geld, um zu einem Tanz oder auf den Jahrmarkt zu gehen nach Alpirsbach, Schiltach oder Wolfach, so pflegte sie zu sagen: „Gau in d'Stubekammer und hol in der Schiede, aber mach' ou 's Loch wieder ebe, wenn Du g'nomme hosch!“

Einer von den Buben des Vogts, Toni, der jüngere, saß schon seit Jahren als Bur droben auf dem einsamen Roßberg, einem Riesen-Waldhof, einem kleinen Fürstentum für sich. Es ward ihm aber später zu einsam und zu weltfern in diesem Waldmeer, und er verkaufte den Roßberg an einen Schiffer in Alpirsbach, der ihm 100 000 Gulden bar und zwei Höfe drunten im Kaltbrunner Tal dafür gab.

Den Namen des Roßbergs nahm er aber mit hinab ins Tal, und derjenige von den zwei Höfen, auf dem er seine Residenz aufschlug, heißt bis zur Stunde der Roßbergerhof und der Bauer der Roßberger. Unter diesem Namen und als Besitzer des genannten Hofes saß in den achtziger Jahren ein Enkel dieses Bauernfürsten in der zweiten badischen Kammer.

Ich hab' ihn allzeit mögen, den heutigen Roßberger, und ihn auch schon aufgesucht auf seinem stattlichen Hof, weil er nie, selbst in der badischen Residenz nicht, seine schöne Volkstracht abgelegt und sich nie geschämt hat, ein Bauer zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

*) Waschkorb.

**Die „Mittelstandsretter" am Werk.**

Wie schon berichtet, tagt seit Sonntag in Braunschweig der „Reichsdeutsche Mittelstandsverband", und zwar unter freundlicher Teilnahme von Reichs- und Staatsbehörden. Der anwesende Vertreter des Reichsamts des Innern bekundete, daß diesem Amte die Sorgen des Mittelstandes besonders am Herzen lägen. Ein Wermutstropfen war jedoch die Mitteilung des Vorsitzenden, daß Professor Dr. Lambrecht-Brüssel durch Verbot der Regierung gehindert sei, den Vortrag über Warenhäuser und Konsumvereine zu halten. Das hinderte aber die versammelten Mittelstandsretter nicht, sich zunächst auf die Konsumvereine zu stürzen, um diese zu vernichten. Handelskammersyndikus Dr. Schellen-Münster behandelte die Konsumvereinsfrage. Diese Frage sei für den selbständigen Mittelstand von einschneidendster Bedeutung. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband müsse den Tendenzen dieser Wirtschaftsform um so ernstere Beachtung schenken und Stellung nehmen gegen die wohlorganisierten Massen der Konsumvereinsanhänger, als die Gegner bisher durch die Uneinigkeit der Mittelständler außerordentlich erstarkt seien. Die Konsumvereine seien heute wirtschaftliche Unternehmungsformen, bei denen die Gewinnabsicht stark in den Vordergrund trete. Zur Beleuchtung der politischen Seite der Konsumvereine gab Redner die Ausführung des Professor Dr. Crüger auf dem diesjährigen Allgemeinen Genossenschaftstage in München wieder, der erklärte, ein Teil der Konsumvereine habe der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften den kleinen Finger gegeben und sei jetzt diesen Organisationen ganz verfallen. Eingehend behandelte Redner den Unterschied zwischen Konsumvereinen und gewerblichen Genossenschaften. Bei letzteren handele es sich um Hebung der Produktion, bei den Konsumvereinen aber lediglich um billigste Befriedigung der Konsumenten. Die Produktion sei wertschaffend, der Konsum wertvernichtend. — Angenommen wurde eine Resolution, nach der der Reichsdeutsche Mittelstandsverband in der heutigen Konsumvereinsbewegung eine große Gefahr für den selbständigen Mittelstand und das gesamte Staatswesen erblickt und unbedingt ein reichsgesetzliches Eingreifen fordert. Namentlich müsse den Beamten die Beteiligung an den Konsumvereinen erschwert werden.

Das nächste Referat hatte den Zweck, die Haus- und Grundbesitzer an den Mittelstandsverband zu fesseln. — Generalsekretär Derlien-Düsseldorf verurteilte in seinem Referat die Gemeinden, welche eigene Schlachtereien, Malerwerkstätten, Schreinerbetriebe usw. errichtet haben. In einer Resolution wird ausgesprochen, daß der Kongreß in der Stadtkonkurrenz eine schwere Gefahr für den Mittelstand sieht. Er hofft daher, daß die Kommunen in Zukunft die für den Gemeindebedarf erforderlichen Arbeiten und Lieferungen an selbständige Gewerbetreibende in geeigneter Weise vergeben. — Dann sprach Vorsitzender Bürgermeister Eberle-Nossen über die Errichtung von Submissionsämtern zur Durchführung eines angemessenen Preises, die im Königreich Sachsen seit einiger Zeit erprobt werde, und ersucht die Reichsregierung, ein Reichssubmissionsamt einzurichten.

Die zur Fleischteuerung gefaßten Beschlüsse haben wir schon gestern mitgeteilt. Diese, wie die vorstehend erwähnten, lassen die ganze Rückständigkeit dieser Mittelstandsgesellschaft klar erkennen.

**Kreuzzeitungs-Entrüstung.**

Das vorstehend erwähnte Verbot, das dem Brüsseler Professor Lambrecht das Halten eines Vortrages über Warenhäuser und Konsumvereine auf dem Reichsdeutschen Mittelstandstag untersagte, hat der junkerlichen „Kreuzztg." die Galle ins Blut getrieben. Ganz mit Recht, denn einen vernünftigen Grund für das Verbot zu finden, ist unmöglich. Angeblich ist das Verbot nur erfolgt, weil Professor Lambrecht Ausländer ist. Aber Ausländer reden alljährlich zu Dutzenden auf allen möglichen Kongressen und Versammlungen. Die „Kreuzztg." beschwert sich aber nicht nur bitter über Messen mit zweierlei Maß durch die Behörden, sie gibt ihrer Entrüstung auch einen gewissen denunziatorischen Anstrich. Sie schreibt nämlich:

„Ausländer haben allerdings kein Recht, in politischen deutschen Fragen mitzusprechen, immerhin brauchte man bei einem Referat über ein solches Thema, das jedenfalls keine staatsgefährlichen Entgleisungen zeitigen kann, nicht so rigoros vorzugehen. Vergleicht man nun gar damit die schonende Rücksichtnahme gegen die Sozialdemokratie, auf deren Parteitagen Ausländer ganz ungeschminkt politische Begrüßungsreden halten, so muß dieses unterschiedliche Vorgehen aufs höchste befremden. Es muß bei den „Genossen" schon zu direkt skandalösen Vorfällen kommen, wie ihn auf dem Parteitage in Stuttgart der Engländer Quelch hervorrief, ehe sie scharf angefaßt werden. Derselbe Quelch, der damals wegen seiner Maßlosigkeit ausgewiesen werden mußte, macht sich jetzt wieder in Chemnitz auf dem sozialdemokratischen Parteitage als Redner in dem sogenannten „Massenmeeting" breit.

Es wäre auf jeden Fall zu wünschen, daß im ganzen Reiche gegenüber ausländischen Rednern in Versammlungen politischen Charakters nach einheitlichen Grundsätzen verfahren würde. Zur Stärkung des Rechtsempfindens kann es nicht beitragen, wenn auf einer wirtschaftspolitischen Tagung ein Referat über eine politisch recht unverfängliche Frage untersagt wird, die Sozialdemokraten aber ungestört in ihrem „Massenmeeting" ausländische Hetzredner als Agitatoren wirken lassen dürfen."

Wenn es umgekehrt läge, wenn dem ausländischen Professor gestattet worden wäre, bei den Mittelständlern zu reden, den ausländischen Sozialdemokraten es aber verboten worden wäre, ihre Begeisterungsreden zu halten, so hätte die „Kreuzztg." nichts dagegen. So, wie es jetzt geschehen, ist die Sache aber natürlich unerhört. Im Kernpunkt der Sache stellt sich die „Kreuzztg." aber ganz auf den Boden der zwiespältigen Regierungspraxis, indem sie erklärt, die Ausländer hätten kein Recht, in politischen deutschen Fragen mitzusprechen. Das ist's ja eben, daß Ausländern jedes Recht verweigert wird, daß sie in vielen Dingen völlig von der Gnade der Behörden abhängen und politisch sozusagen vogelfrei sind. Da schlägt denn bald eine Regierung oder Behörde eine „mildere" Praxis ein; die andere kehrt die schärfere Tonart heraus. Die Behörden der Kleinstaaten sind dabei in der Regel die ängstlichsten und reaktionärsten. Und so haben denn die Braunschweiger dem ausländischen Mittelstandspropheten das Wort verboten. Gegen solche Fährlichkeiten gibt es nur ein wirksames Abhilfsmittel: den Ausländern müssen, soweit sie im Rahmen gesetzlicher Betätigung bleiben, dieselben Rechte zugestanden werden wie den Inländern. Und zwar auf dem Wege des Reichsgesetzes, um einzelstaatlichen Schikanen vorzubeugen.

Diese Konsequenz will die „Kreuzztg." aus den Vorgängen natürlich nicht ziehen.

**Für ein Verbot des Streikpostenstehens**

hat sich auch die Handelskammer in Barmen ausgesprochen. Bürgerliche Blätter berichten darüber von dort: „Die hiesige Handelskammer hat entsprechend einem Beschluß des Ausschusses des Deutschen Handelstags Erhebungen darüber angestellt, inwieweit der allenthalben beobachtete mangelhafte Schutz der Arbeitswilligen auf die Unzulänglichkeit der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen oder aber auf nicht genügende Durchführung durch die Polizeiverwaltungen zurückzuführen ist. Als Ergebnis wurde festgestellt, daß zwar in verschiedenen Fällen nach Ansicht der beteiligten Fabrikanten bei den hier vorgekommenen Ausständen die Polizei auch auf Grund der bestehenden Bestimmungen berechtigt gewesen wäre, schärfer vorzugehen, daß aber die eigentliche Quelle aller beklagten Mißstände in dem Streikpostenstehen zu erblicken sei, das nach herrschender Rechtsprechung als erlaubtes Mittel zur Ausübung des Koalitionsrechts betrachtet werde. Die Handelskammer beschloß, sich beim Deutschen Handelstag dafür auszusprechen, daß ebenso wie eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit auch nicht der Koalitionszwang geduldet werden dürfe und eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig sei, um das Streikpostenstehen zu verhindern. In diesem Sinne schloß sich die Kammer den Anträgen an, die kürzlich von der Handelskammer Elberfeld dem Deutschen Handelstag übermittelt worden sind."

Es sind immer dieselben Redensarten. Wer ernsthaft eine Beschränkung des Koalitionsrechts nicht will, der darf auch das Verbot des Streikpostenstehens nicht fordern, denn letzteres ist für die Ausübung des Koalitionsrechts auf seiten der Arbeiter ein notwendiges und unentbehrliches Zubehör.

**Abgewimmelt.**

Der konservative preußische Landtagsabgeordnete Rahardt, der jüngst auf der Tagung deutscher Handwerkskammern in Würzburg einen Zusammenstoß mit den Regierungsvertretern hatte, hat seine Aemter im Hansabund und in der Mittelstandsvereinigung niedergelegt. Selbstredend wird versichert, daß dieser Rücktritt völlig freiwillig erfolgte. Wer es nicht glauben will, mag es bleiben lassen!

**Ein Abgesägter.**

Der bisherige Leiter der „Nationalliberalen Korrespondenz", Dr. Stephan-Neumann, ist aus seinem Amt ausgeschieden — worden. Sein Nachfolger ist ein Herr Karl Trucksaeß-Berlin. — Es erregte einiges Aufsehen, als Stephan-Neumann mit der Leitung des parteiamtlichen nationalliberalen Organs betraut wurde; denn er war gar nicht nationalliberal, sondern reichsverbändlerischer Antisemit. Zur Förderung der Wirren in den Reihen der Nationalliberalen hat er alles beigetragen, was in seinen schwachen Kräften stand. Schließlich ist diese Art, die „Einigungsbestrebungen" zu fördern, doch wohl zu bunt geworden.

**Neue Obstruktion in Ungarn.**

Der „Entwirrungsversuch" des Ministerpräsidenten ist erfolglos geblieben. Der Kampf im Parlament gegen den gewalttätigen Präsidenten Tisza ist von neuem aufgenommen worden.

Aus Budapest wird uns gemeldet: Heute wurde der Reichstag eröffnet, gerade so, wie er im vorigen Jahre geschlossen wurde. Riesiger Lärm herrschte; mit Automobilpfeifen bewaffnet, kam die gesamte Opposition in den Reichstag. Vor Beginn der Sitzung hielt die Opposition eine Konferenz ab, in der beschlossen wurde, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Um 10 Uhr eröffnete Präsident Tisza die Sitzung. Sofort erhob sich die gesamte Opposition und überhäufte den Reichstagspräsidenten und den Minister Lukacs mit den gröbsten Schimpfwörtern, wie Gauner, Landesbetrüger usw. Von 10 bis 4 Uhr tagte der Reichstag, jedoch war es dem Präsidenten nicht möglich, ein einziges Wort hervorzubringen. Auf Tischen und Bänken standen die Abgeordneten; mit Revolvern und Hausschlüsseln bewaffnet standen sich die Parteien gegenüber. Bis 4 Uhr war eine Beratung unmöglich. Der Keller des Reichstagsgebäudes war voll Polizisten gesteckt. In den Vorstädten, in den Arbeitervierteln, war die Gendarmerie aus der Provinz zusammengezogen und in den Kasernen stand das Militär in Bereitschaft. Die Arbeiterschaft ist ruhig und geht ihrer Arbeit nach; jedoch wird für den Abend, falls der Reichstagspräsident einen Gewaltstreich ausführen sollte, eine Demonstration der Arbeiter und der Oppositionsführer befürchtet.

Eine weitere Meldung aus Budapest besagt: Die Sitzung wird nachmittags wieder durch den Reichstagspräsidenten Tisza eröffnet. Als der Lärm wieder einsetzt, schreibt Tisza die Namen der Abgeordneten auf einen Bogen und verläßt, gefolgt von den Ministern und der ganzen Regierungspartei, den Saal. Gleich darauf kommt ein Polizeiinspektor in den Saal, hält einen Bogen in der Hand und fordert den Abgeordneten Femsey auf, den Saal zu verlassen. Der Abgeordnete weigert sich, worauf sich der Polizeiinspektor auf Bitten verlegt. Graf Andrassy fordert den Abgeordneten auf, der Aufforderung Folge zu leisten. Darauf gruppiert sich die ganze Opposition unten in einer Ecke des Saales. Sie nehmen den Abgeordneten, welcher aus dem Saal geführt werden soll, in ihre Mitte. Der Polizeiinspektor steht ratlos da. Um 4¾ Uhr stand die ganze Opposition der Polizeimacht gegenüber. Die Polizei wollte keine Gewalt anwenden. Sie fürchtet sich nicht nur vor den Abgeordneten im Reichstag, sondern auch vor dem Volk draußen.

**Die italienisch-türkischen Friedensbedingungen.**

Die in dem gestern wiedergegebenen Telegramm aus Konstantinopel enthaltene Mitteilung, daß die in der Schweiz geführten inoffiziellen Friedensverhandlungen ergebnislos verlaufen und abgebrochen seien, scheinen unrichtig zu sein. Der Pariser „Temps" bringt eine lange Uebersicht über die in der Schweiz geführten türkisch-italienischen Friedensverhandlungen und kommt zu dem Schluß, daß der Abschluß der Friedenspräliminarien bevorsteht, und daß die beiderseitigen Regierungen bereits die Wahl der offiziellen Friedensbevollmächtigten in Aussicht genommen haben. Der Friede dürfte auf der Grundlage des letzteren von Naby Bey im Namen der türkischen Regierung gemachten Entwurfs zustandekommen. Dieser Entwurf umfaßt sieben Punkte:

1. Unter der Voraussetzung, daß Italien nicht auf der formellen Annexion von Libyen besteht, nimmt die Türkei den Verlust der Provinz als vollzogene Tatsache stillschweigend hin, wie sie bereits den Uebergang von Tunesien an Frankreich und von Aegypten an England ohne formelle Annexion hingenommen hat.

2. Die Türkei verpflichtet sich, die türkischen Truppen aus Tripolitanien zurückzuziehen, sie verlangt jedoch einen Hafenplatz an der Grenze von Libyen, entweder nahe der tunesischen oder nahe der ägyptischen Grenze, um eine Verbindung mit der arabischen Bevölkerung im Innern aufrecht erhalten zu können, denn es sei sowohl für die fernere Haltung dieser Bevölkerung wie für die moralische Rückwirkung auf die Bevölkerung der Türkei selbst notwendig, die Türken im tripolitanischen Hinterland nicht im Stiche zu lassen.

3. Die Abgrenzung der italienischen Zone und ihre Ausdehnung im Hinterlande soll durch besondere spätere Abmachungen erfolgen.

4. Der Sultan soll in religiöser Beziehung mit den mohammedanischen Untertanen von Tripolitanien bleiben und Italien soll in dieser Beziehung einen Vertreter des Sultans, dessen Titel und Funktionen noch zu bestimmen sind, akkreditieren.

5. Italien soll die Autorität und selbst die Freundschaft der arabischen Scheichs durch einen für religiöse und wohltätige Zwecke zu leistenden Tribut sichern.

6. Die Türkei soll als territoriale Entschädigung einen Küstenpunkt am Roten Meere wieder erhalten, und zwar, wie der „Temps" hinzufügt, Massaua.

7. Italien soll sich verpflichten, eine den Leistungen Libyens an die Dette Ottomane entsprechende Annuität zu bezahlen, wodurch die Türkei neue Mittel bekäme zur Reorganisation ihrer Finanzen und Verwaltung.

Der Gewährsmann des „Temps" versichert, daß in dieser Beziehung die Verhandlungen bereits direkt zwischen Rom, Paris und Konstantinopel geführt werden. Italien nehme diese Bedingungen im allgemeinen an und macht nur zum sechsten Punkte, der Abtretung von Massaua, noch einige Vorbehalte. Der Sporaden ist in dem Vertrage nicht gedacht, weil Italien wohl weiß, daß es diese Inseln nicht dauernd besetzt halten kann. Es würde sie nach dem Friedensschluß einfach räumen und es den Großmächten überlassen, über die künftigen Geschicke dieser hellenischen Inseln zu bestimmen. Endlich verlangt die Türkei von Italien die Bewilligung einer Anleihe von etwa 500 oder 600 Millionen Francs, die nicht tilgbar sein und aus einem durchaus sicheren Staatseinkommen, etwa den Smyrnaer Zöllen oder einer ähnlichen Einkommensquelle, verzinst werden soll. Auch darauf ist Italien einzugehen bereit, und es finden bereits halbamtliche Unterhandlungen mit französischen, belgischen und englischen Finanzgruppen statt, um die Ausgabe einer entsprechenden Anleihe vorzubereiten. Die Türkei würde als Gegenzugeständnis die Ausweisung der Italiener und die Differenzialzölle gegen italienische Einfuhren wieder aufheben.

Aus Genf wird gemeldet: Die italienischen wie die türkischen Friedensunterhändler haben einem Mitarbeiter des „Journal de Genève" erklärt, sie hätten keinen Befehl zur Abreise von ihren Regierungen erhalten. Die Verhandlungen von Ouchy dauerten fort. Beide Teile hegten den festen Wunsch, zu einer Einigung zu gelangen.

**Vom marokkanischen Wirrwarr.**

Nach einer Meldung aus Marakesch vom 15. September soll El Hiba, von Parteigängern El Glauis verfolgt, in die Gegend Sus zurückgekehrt sein. El Hiba hatte zehntausend Kämpfer zusammen, von denen zweitausend im Kampfe getötet oder infolge von Verwundungen oder Erschöpfung während der Flucht ums Leben gekommen sind. Die Stadt Marrakesch ist ruhig. Die Proklamation Mulay Jussufs zum Sultan hat am 10. September stattgefunden. Zwischen Suk el Ari und Marrakesch ist regelmäßiger Transportverkehr.

**Revolutionär und Eisenbahnkönig.**

Sunjatsen, der frühere Leiter der revolutionären Bewegung in China, will unter die Eisenbahngründer gehen. Er teilte nach einem Telegramm aus Shanghai in einer eigens zu dem Zwecke einberufenen Versammlung chinesischer Journalisten mit, daß er einziger Unternehmer der Bahnbauten sein werde. Nicht die Regierung, sondern Sunjatsen persönlich werde die Anleihen mit den fremden Banken abschließen und chinesisch-ausländische Bahngesellschaften gründen. Die Regierung werde die Bahnen nach vierzig Jahren zurückkaufen. Es handele sich um drei Hauptlinien, die erste von Kanton in nordwestlicher Richtung nach Tschengtu führend, dann eine Mittellinie von Kanton in gerader Richtung nördlich aufwärtsgehend nach dem Hoanghotal und von da östlich herüberschneidend nach Taku; endlich eine Ostlinie von Kanton über Tientsin nach Nordosten in die Mandschurei. Nach weiteren Aeußerungen Sunjatsens sollen die chinesisch-ausländischen Bahngesellschaften ausschließlich der chinesischen Gerichtsbarkeit unterstehen.

**Der Bürgerkrieg in Mexiko.**

Nach einem Telegramm aus Douglas in Arizona haben die Bundestruppen wieder das Bergwerk El Tigre besetzt. Die Aufständischen und die Bundestruppen hatten mindestens je sechs Tote. Die Aufständischen haben die Maschinen nicht beschädigt, aber alle Metallstangen, die sie schleppen konnten, fortgeschafft.

Aus El Paso wird gemeldet, daß die Amerikaner sechs Mexikaner gefangen genommen haben, die als Führer der Aufständischen gelten. Einer von den Gefangenen soll der General Oroczo selber sein.

Nach einer Depesche aus Mexiko City hat Präsident Madero in einer Mitteilung an den Kongreß erklärt, daß 18 Millionen Dollars von der im Juni abgeschlossenen Anleihe von 20 Millionen bereits verausgabt seien. Er ersucht um die Genehmigung einer neuen Anleihe und weist darauf hin, daß die Revolution im wesentlichen beendet sei.

**Arbeiter, Parteigenossen!**
**Agitiert**
**für das „Hamburger Echo".**

# Tages-Bericht.

Dienstag, 17. September.

## Hamburg.

**Ein aufgehobenes Urteil.**

rz. Mit der Verantwortlichkeit des Verlegers hatte sich am Montag das Reichsgericht zu beschäftigen. Es handelte sich um ein Urteil gegen den Bäckergesellen Bachmann, der vom Landgericht Hamburg am 28. März wegen Beleidigung zu M. 100 Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Gleichzeitig ist den Beleidigten das Recht zugesprochen worden, das Urteil auf Kosten des Angeklagten im „Generalanzeiger für Hamburg-Altona" sowie im „Hamburger Echo" bekannt zu machen. Als bei dem im vorigen Jahre zu Hamburg und Altona unter den Bäcker- und Konditorgesellen ausgebrochenen Lohnkampf drei Brotfabriken, darunter die von J. Busch, die Lohnforderungen nicht bewilligten, sondern mit Gesellen, die sie von auswärts herangezogen hatten, arbeiteten, gab die Streikleitung ein Flugblatt heraus. In diesem wurde die Bevölkerung aufgefordert, die drei Brotfabriken zu boykottieren. Ferner wurden die von auswärts herzugezogenen Gesellen der drei Fabriken als „ein auf den Herbergen anderer Städte zusammengelesenes, sonst arbeitsscheues Gesindel" und als „Streikbrecher" bezeichnet. Durch diese Worte fühlten sich 42 Gesellen der drei Brotfabriken beleidigt. Sie stellten dieserhalb Strafantrag gegen Bachmann als den verantwortlichen Verleger, da das Flugblatt den Vermerk trug: Verlag Rich. Bachmann. Und B. ist daraufhin auch nach § 20 Abs. 1 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 zu der bereits erwähnten Strafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt mit der Begründung, daß er zu Unrecht aus § 20, 1 verurteilt worden sei, da seine Täterschaft nicht erwiesen sei. Denn er habe nur aus Gefälligkeit seinen Namen hergegeben, damit ein Verleger genannt sei; er habe den Inhalt des Flugblattes überhaupt nicht gekannt und sei sich vor allen Dingen auch der Verantwortlichkeit nicht bewußt gewesen. Die beiden letzten Einwände hielt der Reichsanwalt für unbeachtlich; denn der Vorderrichter habe mit Recht angenommen, daß dem Angeklagten, der zur Zeit des Streiks auf dem Streikbureau tätig war, der Inhalt des Flugblattes nicht entgangen sein wird. Indessen sei die Täterschaft des Angeklagten nicht einwandsfrei erwiesen; denn es hätte festgestellt werden müssen, ob der Angeklagte selbst ein Flugblatt aus der Hand gegeben oder dafür gesorgt hat, daß dieses durch andere verbreitet werde. Daß der Angeklagte auf dem Flugblatt als Verleger genannt sei, genüge allein nicht. Das Reichsgericht trat diesen Ausführungen und dem Antrag des Reichsanwalts bei; es hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

**Zur Senatorwahl**, die am Mittwoch im Rathaus vor sich gehen wird, teilt das „Fremdenblatt" mit: Vertrauensmänner der Vereinigten Liberalen sind die Herren Dr. Braband und Garrels; die Linke hat die Herren Dr. Bauer und Dr. Goldfeld erwählt. Das linke Zentrum entsendet die Herren Matthiessen und Dr. Eddelbüttel als Vertrauensmänner in die Ratsstube, die Rechte die Herren Dr. R. Mönckeberg und Dr. Knauer. Als Senatskandidaten werden noch weiter genannt: von der Rechten: Oberlandesgerichtspräsident Dr. Dücker, Landgerichtsdirektor Dr. Framhein, Oberlandesgerichtsrat Dr. Mittelstein, Rat Dr. Schön, Rechtsanwalt Dr. Schramm; vom linken Zentrum: Rechtsanwalt Dr. Bagge, Oberlandesgerichtsrat Dr. Engel; von den Vereinigten Liberalen: Rechtsanwalt Dr. C. Petersen.

**Ueber „Die vereinigten Staaten der Erde"** sprach am Montag abend im Curiohause der bekannte Herausgeber der „Dokumente des Fortschritts" und Vorsitzende des „Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen", Herr Prof. Broda, Paris. Der Vortragende führte in ausgezeichneter Rede folgendes aus: Gewisse Merkmale einer internationalen Gesetzgebung und Justiz lassen heute schon erkennen, daß sich die Staaten in der Richtung einer Föderation entwickeln. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik kann ein Staat heute kaum noch nationale Gesetze schaffen. Fragen, wie Bergarbeiterschutz, Heimarbeit, Phosphorverbot, Urheberrecht literarischer und künstlerischer Werke, Mädchenhandel werden auf internationalen Kongressen ernst und sachlich behandelt. Besonders auf den Haager Konferenzen sind eine große Reihe von Fragen des Völkerrechts ganz präzise entschieden worden. Wie die internationale Gesetzgebung ein Moment für die werdenden vereinigten Staaten der Erde ist, so gibt es auch gute Ansätze zu einer internationalen Verwaltung, dem zweiten Charakteristikum eines Staatswesens. Hier ist in erster Linie der Weltpostverein zu nennen, der eine internationale Verwaltungsbehörde besitzt, die die Portoverrechnung auf die angeschlossenen Staaten zu bewerkstelligen hat. In Brüssel befindet sich ein internationales Bureau, das die verwickelten Fragen der Zuckerprämien zu regeln hat. Ein internationales Bureau in Paris überwacht die Einheitlichkeit der Maße und Gewichte in den Ländern, die dieser Konvention beigetreten sind. Neben dieser internationalen Verwaltung steht eine internationale Exekutivgewalt, die sich immer mehr entfalten muß, je enger die Beziehungen zwischen den Staaten werden. Und endlich ist nicht zu leugnen, daß im Haager Gerichtshof eine internationale Gerichtsbarkeit im Werden begriffen ist. (?) Eine Reihe von Konfliktsfällen sind vor diesem Tribunal geschlichtet worden, die früher unbedingt zum Kriege geführt haben würden. Der Redner ging hier ausführlicher ein auf die Doggerbankaffäre, die Casablanca-Affäre und den Agadir-Zwischenfall und meinte dann zum Schluß, wenn auch noch nicht alles mustergültig sei, so seien doch die wesentlichen Charakteristika der vereinigten Staaten der Erde gegeben und jedes Jahrzehnt führe uns näher an ihre Verwirklichung heran. Der Weltfriede sei kein vager Traum, und diejenigen seien Utopisten, die da meinen, daß der Krieg nicht aus der Welt schwinden werde. Die deutschen Vertreter dieser großen weltgeschichtlichen Idee dürften sicher sein, daß jenseits der Grenzen viele hunderttausende von Menschen mit ihnen fühlten. An den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in der Herr Busch besonders hervorhob, daß nicht das Volk ein Interesse am Blutvergießen habe, sondern daß es in jedem Lande eine kleine, aber mächtige Kapitalistengruppe sei, die den Weltenbrand zu entfachen versuche.

**Gestohlene Schreibmaschinen.** Auf unbekannte Weise sind dem Schreibmaschinen-Bureau „Smith Premier" im Zentralhof am Großen Burstah 47/49 zwei neue Smith Premier-Schreibmaschinen, Modell 10, mit den Nrn. 106020 und 93571 gestohlen. Die beiden Maschinen haben einen hohen Wert.

**Geborgene Leiche.** Wie wir am 7. d. M. mitteilten, ertrank bei der Fähre 7 am St. Pauli Markt ein unbekannter Mann, dessen Leiche man damals nicht fand. Jetzt hat man die Leiche des Unbekannten hinter der Fischhalle bei dem St. Pauli Markt geborgen und ins Hafenkrankenhaus transportiert. Der Tote wurde als der an Bord des Dampfers „Siberia" bedienstet gewesene Matrose Kalnischkies anerkannt.

## Hafen und Schiffahrt.

**Beteiligung der Vulkan-Werke an einer Wasserturbinen-Fabrik.**

Wie Wolffs Bureau hört, haben die Vulkan-Werke Hamburg und Stettin, Aktien-Gesellschaft, mit der Wasserturbinen-Fabrik Briegleb, Hansen u. Co. in Gotha Vereinbarungen getroffen, nach denen die Vulkan-Werke sich kommanditistisch an dem Gothaer Unternehmen beteiligen. Briegleb, Hansen u. Co. gehören seit über fünfzig Jahren auf dem Spezialgebiet des Wasserturbinenbaues zu den renommiertesten Firmen auf dem Weltmarkte und stehen mit Rücksicht auf die fortgesetzt steigende Ausnutzung der Wasserkräfte im In- und Auslande vor der Frage, ihre Fabrikanlagen erheblich zu erweitern. Bei einer Verbindung mit den Vulkan-Werken kann hiervon abgesehen werden, da diese Interesse daran haben, ihre große Maschinenfabrik in Stettin einem neuen Fabrikationsgebiete anzugliedern.

w. **Zur Lohnbewegung der Hafenarbeiter.** Seit Monat März befinden sich die Getreidearbeiter in der Lohnbewegung, ohne daß bis jetzt eine Regelung erfolgt ist. Seit dem Jahre 1908 ist diesen Leuten keine Aufbesserung des Lohnes geworden und die jetzigen Forderungen sind äußerst bescheidene, doch wollen sich die Arbeitgeber auf nichts einlassen. Der Lohn für Hilfswieger, der bis jetzt pro Woche M. 26 betrug, soll auf M. 27 erhöht werden. Der Tagelohn für Arbeiter ist jetzt M. 3,50 und M. 4,25, man wünscht einen einheitlichen Lohn von M. 4,50. Für die Nachtarbeit wird jetzt M. 6 für die ganze und M. 3 für die halbe Nacht bezahlt. Die Leute verlangen jetzt M. 9 resp. M. 4,50. Für Sonn- und Festtage wurde bisher ein Lohn von M. 6 bezahlt, verlangt wird jetzt M. 9 für den Tag. Die Akkordsätze sollen um 10 resp. 5 ₰ für die einzelnen Positionen erhöht werden.

Da man mit den Arbeitgebern keine Einigung erzielen konnte, hat sich die Leitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes an die Handelskammer um Vermittlung gewandt. Diese erwiderte aber, daß sie sich an den Vorsitzenden des Vereins der Kornumstecherfirmen in Sachen Aufstellung eines neuen Lohntarifs für die bei den Firmen beschäftigten Arbeiter gewandt habe, es sei jedoch von diesen abgelehnt worden, durch Vermittlung der Handelskammer mit dem Transportarbeiterverband in Unterhandlungen zu treten.

Um auf gütlichem Wege die Lohnangelegenheit mit den Arbeitgebern zu regeln, ist als letzte Instanz das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Ob sich die Arbeitgeber jetzt herbeilassen werden, vor dem Gewerbegericht eine Einigung mit ihren Arbeitern herbeizuführen, oder ob sie es auf eine Arbeitseinstellung ankommen lassen? Die Arbeiter werden von ihrem guten Recht Gebrauch machen. Die Organisationsleitung hat bereits am Freitag, 13. d. Mts., eine Vorbesprechung mit der Handelskammer gehabt. Hoffentlich werden die Arbeitgeber jetzt einsehen, daß eine gütliche Einigung, wie sie bei den anderen Branchen der Hafenarbeiter erfolgt ist, zu ihrem Vorteil ist.

Die Getreidearbeiter kommen am Donnerstag, 19. d. Mts., im Lokale von Henning, Niedernstraße, zu einer Versammlung zusammen.

**Eine Kapitalserhöhung um 15 Millionen** beabsichtigt die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Sie beruft auf den 4. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung ein, die eine Erhöhung des Aktienkapitals um 10 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark beschließen soll. Gleichzeitig soll die Einführung der Aktien der Gesellschaft an der Berliner Börse erfolgen. Zu diesem Zwecke werden von den neuen Aktien 2½ Millionen Mark von dem Bezugsrechte der Aktionäre ausgeschlossen. Mit dieser Erhöhung wird das Aktienkapital der Hamburg-Süd den Minimalbetrag, der für die Zulassung zum Ultimo-Verkehr (20 Mill. Mark) erforderlich ist, überschreiten, so daß die Aktien in Berlin auch dem Ultimo-Handel zugeführt werden können.

Man wird es, schreibt der „Correspondent", bei der großen Ausdehnung des Geschäfts bei der Hamburg-Süd und der anhaltend günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Gebiete, mit denen sie den Verkehr vermittelt, durchaus begreiflich finden, daß die Verwaltung sich zu so einer erheblichen Kapitalsvergrößerung entschlossen hat; sie erscheint auch unter Berücksichtigung der Größe der Flotte der Gesellschaft, die nach der letzten Bilanz mit 43,70 Millionen Mark zu Buch stand, durchaus angemessen. Daß die Gesellschaft in der nächsten Zeit einen weiteren Ausbau ihrer Flotte vornehmen wird, ist unzweifelhaft. Dabei wird auch wohl die Fleischversorgung Deutschlands von Uebersee eine Rolle spielen.

w. **Schiffskollision im Hafen.** Die Motorbarkasse „G. H. Schütt", die im Hansahafen neben einem Schiffe lag, wurde dort von einer Schute angerannt, die sich im Tau des Schleppdampfers „Ella" befand. Die Barkasse wurde so schwer getroffen, daß sie nach kurzer Zeit auf Grund sank. Der Führer und mehrere Insassen konnten sich auf das Schiff retten. Mit der Hebung des Fahrzeuges ist der Taucher Flint betraut worden.

w. **Schiffshavarie im Hafen.** Der englische Dampfer „Peregrine", der von Harwich hier ankommend in den Sandtorhafen einfuhr, rannte dort gegen eine Pfahlgruppe und warf mehrere Pfähle um. Der Dampfer hat hierbei Plattenschaden über der Wasserlinie erlitten.

w. **Schiffskollision auf der Unterelbe.** Der Seeleichter „W. T. A. G. 32" der am Montag im Tau eines Schleppdampfers den Hamburger Hafen verlassen hatte, um nach Emden zu dampfen, geriet auf der Unterelbe unweit Groden mit dem Leichter „Mathilde" in Kollision, der sich im Tau des Schleppdampfers „Johannes Körner" befand, der von Brunsbüttel mit einer Ladung Kohlen nach Helgoland bestimmt ist. Der Leichter „W. T. A. G. 32" hat den Leichter „Mathilde" mittschiffs angerannt und hat ihm ein großes Loch beigebracht, welches glücklicherweise eben über der Wasserlinie blieb. Nur einige Zoll tiefer getroffen, wäre das Schiff sofort in die Tiefe gesunken. Der Leichter „W. T. A. G. 32" ist am Vorderschiff beschädigt, ihm ist die Ankerklüse an der Backbordseite ausgerissen und mehrere Platten sind eingedrückt worden. Beide Schiffe konnten mit diesen Schäden die Reise nicht fortsetzen, sie sind durch ihre Schleppdampfer in Cuxhaven eingeschleppt worden, wo sie besichtigt und wenn angängig provisorisch repariert werden sollen.

w. **Schiffskollision beim Verholen.** Der Hamburger Dampfer „Düsseldorf", der im Hansahafen im Tau zweier Schleppdampfer verholt wurde, geriet mit seinem Hinterschiff gegen einen am Australkai, Schuppen 52, liegenden Oberländer Kahn, der bedeutend beschädigt wurde, so daß er nach einer Werft zur Reparatur kommen muß. Der Dampfer selbst hat sich das Heck und mehrere Seitenplatten eingedrückt.

w. **Der große Kreuzer „Friedrich der Große"** hat am Dienstag morgen 7½ Uhr die Vulkanwerft verlassen und ist im Tau von vier Schleppdampfern aus den Kuhwärderhäfen auf den Strom verholt worden, worauf er elbabwärts dampfte. Die Schleppdampfer begleiteten das Schiff bis nach Neumühlen, worauf drei wieder umkehrten. Der vierte begleitete das Kriegsschiff bis nach Cuxhaven. Von dort tritt es seine Probefahrt an.

w. **Gemeldete Hamburger Schiffe.** Die Hamburger Bark „Ellerbek" der Reederei Knöhr u. Burchard ist auf 15° N. und 26° W. von einem Dampfer angesprochen worden. Das Schiff hat die Großuntermarsrae gebrochen. An Bord ist alles wohl. — Auch ist das Hamburger Vollschiff „Peiho" der Reederei F. Laeisz am 9. September auf 47° N. und 8° W. vom Dampfer „Nereus" angesprochen worden. Auch auf diesem Schiffe ist alles wohl.

**Einen großen Drei-Schrauben-Dampfer** für Passagierfahrt hat die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft bei der Firma Blohm u. Voß in Auftrag gegeben. Das Schiff erhält wie der zurzeit bei der Vulkanwerft in Hamburg im Bau befindliche „Kap"-Dampfer zwei Kolbenmaschinen und eine Abdampf-Turbine.

w. **Verkauftes Schiff.** Der holländische Schoner „Harmiena Gezienna", der in Groningen beheimatet und im Jahre 1902 aus Eisen erbaut ist, sowie eine Tragfähigkeit von 79 Netto-Registertons besitzt, ist an den Kapitän Heitmann in Hamburg verkauft worden. Das Schiff soll nach erfolgter Bodenbesichtigung den Namen „Wilhelmine" erhalten.

w. **Den Bau eines großen Schwimmdocks** hat die deutsche Marineverwaltung der Werft von Blohm u. Voß in Auftrag gegeben. Das Dock soll so groß sein, daß das größte Schiff darin gedockt werden kann. Nach der Fertigstellung soll es von hier nach Wilhelmshaven geschleppt werden und dort seinen Liegeplatz erhalten.

w. **Verkaufter Passagierdampfer.** Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß der Passagierdampfer „Blankenese" von der Hamburg-Amerika-Linie an eine französische Reederei in Calais verkauft sei. Am Dienstag morgen ist der Dampfer im Tau des französischen Schleppdampfers „Calaisien" nach seinem neuen Heimatshafen abgegangen. Der alte 46jährige Glaskasten, wie er in Hafenkreisen genannt wurde, hat der Hamburg-Amerika-Linie viel Geld eingebracht und jetzt ist er auch noch preiswert verkauft worden.

w. **Hoch und trocken** sitzt der holländische Dampfer „Elve". Er ist auf der Reise von Amsterdam nach hier bei nebligem Wetter unweit Ymuiden auf Strand festgerannt und dort sitzen geblieben. Es haben schon viele Schleppdampfer den Versuch gemacht, ihn wieder ins tiefe Wasser zu ziehen, aber alle Anstrengungen waren erfolglos. Jetzt hat sich die Reederei entschlossen, den Dampfer freizugraben und freizubaggern. Sobald er soweit abgegraben ist, soll er von mehreren Schleppdampfern ins tiefe Wasser gezogen werden.

w. **Beim Löschen leckgesprungen.** Der Oberländer Kahn 5186, Schiffer Schulz, der längsseits des Dampfers „Garesfield" lag und von der Ladung löschte, sprang plötzlich leck und machte so viel Wasser, daß man es mit den Pumpen des Fahrzeuges nicht entfernen konnte. Man rief den Pumpendampfer „Johann Petersen" herbei, der mit seiner Lenzpumpe das eindringende Wasser entfernen konnte. Die Ladung wird jetzt schleunigst gelöscht, damit das Schiff nach einer Werft zur Reparatur kommen kann.

w. **Von einem Ladebaum erschlagen.** Auf dem im Hafen liegenden englischen Dampfer „Holmseide" ist der erste Offizier Robert Robertson von einem herabfallenden Ladebaum getroffen worden, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Man brachte den Schwerverletzten nach dem Hafenkrankenhause, wo man einen Schädelbruch feststellte. Der Verunglückte ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

w. **Unglücksfälle.** Der am Bremer Ufer auf Schuppen 50 beschäftigte Arbeiter Heinrich Dettloff kam dort zu Fall und setzte sich den linken Fuß aus. Der Verunglückte wurde nach dem Hafenkrankenhause gebracht. — Der Schiffsreiniger Eggert Seider ist auf dem Dampfer „President Lincoln", wo er beschäftigt war, im Zwischendeck gegen einen eisernen Balken gerannt, so daß er eine bedeutende Kopfverletzung erlitt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verletzte nach seiner Wohnung gebracht.

w. **Eine Trajektfähre** soll die Verbindung über den Köhlbrand, zwischen Neuhof und Waltershof, herstellen. Es sollen nicht nur Eisenbahnwagen, sondern auch Personen übergesetzt werden. Diese Fähre ist auf der Vulkanwerft in Stettin erbaut und im Tau des Schleppdampfers „Fairplay VII" nach hier gebracht worden.

w. **Eine Schute mit Kohlen gestohlen.** Die eiserne Schute 8528 der Kohlenimportfirma Rosenthal gehörig, die im Kirchenpauerhafen bei Schuppen 32 festlag, ist seit 14. September von dort verschwunden und konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden.

## Altona und Umgegend.

**Die Handelskammer gegen die Fehmarnlinie.**

Die Altonaer Handelskammer beschäftigte sich mit Eisenbahnfragen und kam dabei zu folgendem Beschluß:

Die Kammer beschließt, in einer Eingabe an die Königliche Eisenbahndirektion zu Altona gegen den Bau einer Hauptbahn von Kiel nach Hamburg unter Umgehung Neumünsters Stellung zu nehmen. Sie wird dabei vor allem die folgenden Gesichtspunkte vortragen: Da seit über 40 Jahren das Rückgrat des Eisenbahnsystems von Schleswig-Holstein die Linie Vamdrup-Neumünster-Altona-Hamburg ist, so wäre es als eine Schädigung der ganzen Provinz anzusehen, wenn an diesem bestehenden Zustande etwas geändert würde. Eine Verbindung von Kiel über Wandsbek oder Ohlsdorf nach Hamburg würde bedingen, daß die Züge nach Altona durchgeführt werden, was zur Folge hätte, daß dann über diese Linie durchgehende Züge von Kiel nach Berlin, Hannover und Köln nicht verkehren könnten. Für die Erbauung einer Bahn für den reinen Lokalverkehr Kiel-Hamburg liegt jetzt und in absehbarer Zeit ein Bedürfnis nicht vor.

Die Kammer erklärt sich ferner auch gegen die vielerörterte Bahnverbindung Hamburg-Kopenhagen über Fehmarn. Sie hält es für richtiger, daß die alte Linie Hamburg-Kiel-Korsör-Kopenhagen verbessert wird. Die Strecke auf See von Kiel nach Korsör ist wenig länger als die mit Trajektdampfern betriebene Linie Saßnitz-Trelleborg. Es unterliegt deshalb keinem Zweifel, daß ein Trajekt Kiel-Korsör, befahren mit Trajektdampfern, von mindestens derselben Größe wie diejenigen zwischen Saßnitz und Trelleborg, auch denselben großartigen Erfolg haben wird. Eine Linie Hamburg-Kopenhagen über Fehmarn wird nur Lübeck Nutzen bringen, während sie für Schleswig-Holstein eine große Schädigung bedeutet; denn die alte Linie Kiel-Korsör, an welche Schleswig-Holstein bequemen Anschluß hat, würde ganz in den Hintergrund gedrängt. Auch für Hamburg kann die Linie über

Fehmarn nicht von Nutzen sein, weil eine solch große internationale Linie ohne direkte Durchführung der Züge nicht lebensfähig ist. Die direkte Durchführung der über Wandsbeck in den Hamburger Hauptbahnhof einlaufenden Züge nach Hannover und Bremen ist aber bei der jetzigen Gestaltung des Hamburger Hauptbahnhofes nicht möglich und der Umbau des Hauptbahnhofs zu einer Kopfstation wird wohl kaum angängig sein.

**Maßregeln gegen die Fleischteuerung** wurden in einer Sitzung beraten, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters im Rathause stattfand. Es beteiligten sich daran die Senatoren Dr. Rosencrantz und Hampe und als Sachverständige Reichstagsabgeordneter Leube und Direktor Reimer vom Fleischschauamt. Man beriet über die Einführung von Gefrierfleisch aus Argentinien. Leube betonte dabei, daß die Reichsregierung die Einfuhr lebenden Rindviehs aus Nord- und Südamerika zulassen müsse. Durch diese Maßregel würde der jetzigen Teuerung wirksam abgeholfen. Erst wenn dies nicht gestattet werden sollte, müsse man als Notbehelf auf die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien dringen. Diese Einfuhr sei aber nur dann möglich, wenn der § 12 des Fleischbeschaugesetzes geändert werde. Dieser Paragraph enthalte nämlich die Bestimmung, daß die Einfuhr solchen Fleisches nur mit den dazu gehörigen inneren Organen gestattet sei. Bleibe diese Bestimmung bestehen, dann gleiche sie einem Einfuhrverbot. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes müsse dahin geändert werden, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien in Vierteln ohne die inneren Organe erlaubt werde. Endlich aber, um den Konsumenten ein wirklich billiges Nahrungsmittel zu schaffen, müßte der Zoll auf Gefrierfleisch ermäßigt, d. h. es müßte der unter dem Reichskanzler Caprivi festgesetzte ermäßigte Tarif von M. 15 für 100 Kilogramm zur Anwendung gebracht werden. Dann trete sicher eine Verbilligung des Fleisches ein. Das alles mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein. Daß es nicht ganz stimmt, beweist die Tatsache, daß in einigen Städten schon Gefrierfleisch eingeführt wurde. Wir erwarten deshalb, daß sich unsere Stadtverwaltung durch dieses Gutachten von einem Versuch, doch noch Gefrierfleisch herbeizuschaffen, nicht abbringen läßt.

**Die Fleischnot und Herr J. H. Mohr.** Von Herrn Stadtv. Mohr ging uns folgendes Schreiben zu: „In Ihrer Nr. 215 berichten Sie, daß ich in einer städtischen Kollegiensitzung in Altona erklärt hätte, „daß das Volk zu viel Fleisch genießt und daß es damit überfüttert wird". Diese Mitteilung ist unrichtig, ich habe weder diese Worte noch etwas ähnliches gesagt, sondern die Motivierung des Herrn Thomas für seinen Antrag unterstützt und ausdrücklich erklärt, es sei niemand im Saale, der anderer Ansicht sei wie Herr Thomas. Ich habe alsdann weiter gesagt, daß der Nährwert des Fleisches aber im allgemeinen ganz bedeutend überschätzt würde, weil in dem knochenfreien Rindfleisch 75 pZt. Wasser und nur 25 pZt. Eiweiß enthalten sei, und daß man diese 25 Prozent Eiweiß sich viel billiger in dem Eiweiß von Hülsenfrüchten verschaffen könne. Was nun Ihre Frage anbetrifft, ob ich von der 15 ₰-Suppe täglich esse, so kann ich diese Frage nur bejahen, und ist die Redaktion sowie jeder Leser dieses Blattes hiermit freundlichst eingeladen, sich täglich in unserer Fabrik zu überzeugen, wie schmackhaft und nahrhaft diese Suppen sind."

Wir haben hierzu zu bemerken, daß die von Herrn Mohr zitierten Worte nicht als wörtliche Rede in unserm Bericht angegeben waren, sondern in einer kritischen Betrachtung seiner Rede gewissermaßen die Konsequenz seiner Ansichten darstellten. Im übrigen glauben wir auch ohne Kostprobe an die Schmackhaftigkeit der Mohrschen Fabriksuppe, bestreiten aber, daß ein arbeitender Mensch sich davon ausreichend ernähren kann.

**Mehr Rücksicht auf das Publikum.** Bezeichnender Weise hat man in Altona wieder die Polizei mit der Ausgabe der Versicherungskarten für die Angestelltenversicherung beauftragt. Dabei hat man den Betrieb stark dezentralisiert, indem man die einzelnen Polizeiämter mit der Kartenausgabe betraute. Wir vermuten, daß dies geschah, um dem Publikum einen Gefallen zu tun. Diese Absicht wird aber vereitelt, wenn die Leute, wie es in einzelnen Fällen geschehen, auf eine Zeit vertröstet wurden, in der der Kommissar anwesend sei. Dabei wurde die für den Kommissar sicher sehr bequeme, für das Publikum aber recht unbequeme Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags angegeben. Es scheint so, als wolle man alles tun, um auch die Wahlen für die Angestelltenversicherung, wie die für die Ortskrankenkasse möglichst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vornehmen.

**Verlegung eines Postamtes.** Das Postamt Bürgerstraße, Ecke Wilhelmstraße, ist verlegt nach Große Roosenstraße 73/75.

**Durch die Schutzvorrichtung aufgefangen.** In der Hamburgerstraße kam der sechsjährige Schulknabe Carl Gerlitz beim Spiel mit anderen Kindern zu Fall, gerade als ein Straßenbahnwagen daherkam. Zum Glück fing die Schutzvorrichtung den Knaben auf, so daß ein Unglück verhindert wurde.

**Werft keine Obstreste auf die Straße!** In der Bahrenfelderstraße rutschte eine Frau auf einer Bananenschale aus und verletzte sich schwer am Oberschenkel.

### Aus den Altonaer Gerichten.

**Kautionsschwindel en gros.** Wir schilderten schon einmal das Treiben der Kautionsschwindler Max Ansborn und Karl Thiele, die hier einen Verein der Filialleiter gegründet hatten und unter Vorspiegelungen Mitglieder für den Verein warben und außerdem für wertlose Filialbetriebe, die sie einrichteten, hohe Kautionen einsackten. Wie umfangreich ihr Gewerbe war, geht daraus hervor, daß sie an Vereinsbeiträgen à M. 5 etwa M. 800 einkassierten und außerdem Kautionen von M. 200 bis M. 500 im Gesamtbetrage von etwa M. 3700 erschwindelten. Vor dem Altonaer Schöffengericht hatten sie sich jetzt zu verantworten. Von der großen Zahl der Geprellten hatte man nur einige auserwählt, um ein Bild von dem Vorgehen der Angeklagten zu gewinnen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung Ansborns zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, M. 1000 Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust, Thieles zu einem Jahr Gefängnis, M. 1000 Geldstrafe und zwei Jahren Ehrverlust.

**Für einen Diebstahlsversuch sechs Monate Gefängnis.** Ein schon oft bestrafter Mann hatte in einer Gastwirtschaft in Eidelstedt versucht, Geld aus der Kasse zu nehmen, als er glaubte, unbeobachtet zu sein. Es ist ihm aber nicht gelungen, etwas zu stehlen. Für diesen Versuch beantragte der Staatsanwalt eine Strafe von neun Monaten Gefängnis. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. Ein solches Urteil war möglich, nachdem die Gesetze für leichte Diebstähle gemildert worden sind.

**Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine alte Krankheit fort.** Neben dem Reichspreßgesetz leistet sich Preußen bekanntlich noch ein besonderes Preßgesetz, das aus dem Reaktionsjahre 1851 stammt. Der darin enthaltene Schikanierparagraph wegen des unentgeltlichen Zettelverteilens wurde bisher hauptsächlich gegen unbeliebte politische Parteien angewandt. Daß auch das geschäftliche Leben dadurch beeinträchtigt werden kann, mußte ein Gastwirt von der Flottbecker Chaussee erfahren, der auf der Straße Reklamezettel für sein Geschäft verteilt hatte. Er erhielt einen Strafbefehl über M. 3, der auch vom Schöffengericht bestätigt wurde.

---

**Nienstedten.** Die Gemeindevertretung von Nienstedten hat sich vorige Woche auf Antrag unseres Genossen Klooß auch mit der Fleischteuerung beschäftigt. Man konnte hierbei sehen, daß die Herren von der Mehrheit wenig Verständnis für die Notlage der Arbeiter haben. Die Debatte war ihnen sehr unangenehm, denn man beantragte Uebergang zur Tagesordnung, was jedoch durch unseren Genossen Klooß verhindert wurde. Nach einer lebhaften Debatte wurde der Antrag gegen den Genossen Klooß und den Bürgerlichen der III. Kl. Herrn Dammann abgelehnt. Vorher war die Aufnahme einer Anleihe von M. 12000 für Pflasterung der Elbchaussee bewilligt worden. Dann stand noch auf der Tagesordnung ein Aufruf zur Gründung einer selbständigen Ortsgruppe des deutschen Flottenvereins. Da diese Sache mit der Gemeindevertretung nichts zu tun hat, wurde sie von der Tagesordnung abgesetzt.

**Stellingen-Langenfelde.** Eine Protestversammlung gegen die Heranziehung der Grundbesitzer zu den Kosten der Entwässerung fand am Montag abend bei Vollbom statt. Bei der Eröffnung der Versammlung erklärte Herr Haase, daß an der Debatte nur Grundbesitzer und Gewerbetreibende teilnehmen dürfen. Aus den Ausführungen der verschiedenen Redner ergab sich folgendes Bild: Die Kosten für die Sielanlage waren auf 1½ Millionen Mark berechnet, für den laufenden Meter auf M 14—15. Die Anlage kostet jetzt aber vier bis fünf Millionen Mark. Dazu kommen noch die teuren Hausanschlüsse, so daß auf den laufenden Meter M 40—50 kommen. Ein Redner verlangte von der Regierung genaue Untersuchung über die Ursachen der kolossalen Mehrkosten. Auch über die hohen Betriebskosten (für den Kubikmeter Abwässer sind 6—8 ₰ zu zahlen) wird geklagt. Getadelt wurde die hohe Berechnung der Materialien bei den Hausanschlüssen; Steigeisen wird mit M 2 berechnet, das im Kleinverkauf 50 ₰ kostet. Es wurde eine Resolution beantragt, welche die Lage der Haus- und Grundbesitzer infolge der geschilderten Umstände als ungünstig bezeichnet. Ueber die Verwaltung der Gemeinde wurde Beschwerde geführt und verlangt, daß ein großer Teil der Aufwendungen auf den allgemeinen Etat übernommen wird. Auch wird der Verwaltung vorgeworfen, daß sie große Einnahmequellen (Abgabe der Straßenbahn, Billettsteuer) außer acht gelassen habe. Genosse Kranz sagte, wenn die Gemeindeabgaben erhöht werden, dann ziehen die Mieter nach Hamburg und lassen die Grundbesitzer die Anlage selbst bezahlen. Verschiedene Herren mußten sich sagen lassen, daß sie alles haben wollten, Straßenbau, Sielanlage usw., damit der Grund und Boden im Werte steige. Nun, wo alles vorhanden, wollten sie nicht zahlen. Zwei Hauptinteressenten, die die Angelegenheit seinerzeit am meisten gefördert hätten, haben sich jetzt zuerst über die hohen Kosten beschwert. Die Resolution wurde gegen zwölf Stimmen angenommen. Dabei wurden aber auch die anwesenden Nichtgrundbesitzer mitgezählt, zu sagen hatten diese aber nichts. Genosse Grewe hatte deswegen und wegen der groben Anrempelungen der sozialdemokratischen Gemeindeverordneten seitens eines Redners verzichtet, sich an der Debatte zu beteiligen. Anwesend waren zirka 250 Personen.

## Wandsbeck und Umgegend.

**Die Fürsorgestelle für Lungenkranke** hält ihre nächste Sprechstunde am Donnerstag, 19. September, nachmittags von 3½ bis 5½ Uhr, im städtischen Krankenhause ab. Kinder müssen in Begleitung Erwachsener erscheinen.

**Zum Raubmord in der Hinschenfelder Feldmark** macht die Altonaer Staatsanwaltschaft bekannt, daß für die weitere Aufklärung des immer noch ungeklärten Falles M. 500 Belohnung ausgesetzt sind. Der des Raubmordes verdächtige galizische Arbeiter, der mit dem Getöteten zusammen wohnte und bei dem auch die Papiere des Erschlagenen gefunden sind, befindet sich noch in Haft. Uhr und Kette des Toten hat der Verdächtige verkauft; es fehlt aber noch ein Anhängsel, nach dessen Verbleib noch geforscht wird.

**Gestohlen** wurden dem in der Volksdorferstraße wohnenden Vollziehungsbeamten K. Goldsachen, Kleider und andere Gegenstände im Gesamtwert von M. 360. — Dem Hotelbesitzer Westphal entwendete man einen Barometer und eine große Bürste im Werte von M. 70.

t. **Bramfeld.** Wertsteigerung ländlicher Grundstücke. Wie rapide oft die Bodenpreise in Gegenden steigen, die durch ein Verkehrsmittel der Besiedelung erschlossen werden, zeigt so recht ein Landverkauf, der vor einigen Tagen perfekt geworden ist. Einige hiesige Einwohner besaßen in der Nähe der Farmsener Rennbahn ein größeres Terrain Moorwiesen. Die Wiesen hatten für die landwirtschaftliche Ausnutzung einen so geringen Wert, daß die Besitzer sich fast gar nicht um ihren Besitz kümmerten. Erst nachdem die Linienführung der Hamburger Walddörferbahn genau festgelegt und der Bau eines Bahnhofs in der Nähe der neuen Rennbahn in Aussicht genommen worden war, zeigte sich für das Moorwiesenterrain auf einmal mehr Interesse. Der frühere Hofpächter Kleinberg in Farmsen erbot sich vor einigen Wochen, das etwa 15 Hektar große Terrain für den Preis von M. 195000 zu übernehmen. Die Besitzer, die an den Ernst des Angebotes gar nicht glaubten, gaben dem Pächter trotzdem den Besitz bis zum 15. September an die Hand. Zwei Tage vor Ablauf dieses Termins ist der Verkauf für den gebotenen Preis abgeschlossen und durch notariellen Vertrag endgültig beglaubigt worden. Für den Hektar der bisher fast wertlosen Moorwiesen wurde also jetzt der Preis von M. 13000 bezahlt. Den Besitzern der Moorwiesen fiel durch das Walddörferbahnprojekt ganz unerwartet, ohne daß sie dabei sich irgendwie zu bemühen brauchten, ein größerer, unverdienter Gewinn in den Schoß.

## Hamburger Landgebiet.

k. **Bergedorf.** Der Ausbau der Hochallee. Als ein erfreuliches Zeichen möchten wir die Tatsache registrieren, daß die betreffende Behörde der Stadt in letzter Zeit ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen scheint, wenn es gilt, den straßenmäßigen Ausbau brachliegender Geländestreifen zu betreiben. Bisher hat man leider nur allzu oft wahrnehmen können, daß vielfach an sich recht wichtige Projekte aus Gründen, die keinem Uneingeweihten bekannt wurden, auf die lange Bank geschoben wurden. Vielleicht ist es kein Zufall, daß dieses schnellere Tempo zeitlich mit der Geschäftsführung des Ratmannes Meyns zusammenfällt. Bei dem Ausbau der Hochallee handelt es sich allerdings um eine Straße des Villenviertels, ein Projekt, das, wie Ratmann Meyns sich ausdrückte, schon seit vier Jahren spukt, weil keine Einigung mit den hauptsächlich in betracht kommenden Anliegern erzielt werden konnte. Was solange nicht zustande gebracht werden konnte, ist nun in kurzer Zeit vollbracht. Das läßt vermuten, daß die lange Verzögerung einer Person zuzuschreiben ist, die in solchen Angelegenheiten eine ausschlaggebende Rolle spielte. Vielleicht wird jetzt auch bezüglich des Ausbaues und der Verbesserung der Straßen in der inneren Stadt ein etwas flotteres Tempo eingeschlagen. Nötig wäre es schon.

**Bergedorf.** Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells am Donnerstag, 19. September, abends 8½ Uhr, im Lokale „Deutsches Haus". Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest. 2. Verschiedenes.

k. **Reitbrook.** Die Leiche des jungen Mädchens, das in der Nacht zum 2. September von der Serrahnsbrücke in Bergedorf ins Wasser sprang, ist hier angetrieben und geborgen worden. Das Mädchen war aus Geesthacht gebürtig und in Bergedorf bedienstet.

## Harburg und Wilhelmsburg.

**Neuer Arbeitersekretär in Harburg.** Genosse O. Günther, bisheriger Redakteur am „Braunschweiger Volksfreund", hat seine Stellung als Arbeitersekretär angetreten. Die Neubesetzung der Stelle war infolge Abreise des Genossen Langhorst nötig geworden.

**Arbeitersänger.** Der Deutsche Arbeitersängerbund veranstaltet am Mittwoch, 18. September, abends 8½ Uhr, im Lokale von Hans, Neuhoferstraße 1, eine öffentliche Sängerversammlung, in der über Zusammenschluß der Wilhelmsburger Arbeitergesangvereine gesprochen werden soll. Den Mitgliedern der Vereine, die sich dem Arbeitersängerbunde noch nicht angeschlossen haben, ist der Besuch der Versammlung zu empfehlen. Die Zersplitterung stört die Entwicklung und Förderung der Sangeskunst unter der Arbeiterschaft. Wie auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet die Zentralisation von Erfolgen begleitet war, hat der Sängerbund als Zentrale auch schon außerordentlich segensreich gewirkt.

**Impftermine in Wilhelmsburg.** Nachimpfung im XII. Bezirk durch Dr. Dienst im Lokale von W. Stüben am 19. September, nachmittags 4 Uhr: Bezirk Rotehaus mit Ausnahme von Buscherweg, Rotenhäuserstraße 1—75, Davidstraße, Heinrichstraße und Marienstraße. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 4 Uhr, ebenfalls im Lokale von W. Stüben. — Im Bahnhofshotel am 19. September, nachmittags 4¾ Uhr: Stillhorn I mit Ausnahme von Hövelweg, Buscherweg, Rotenhäuserstraße 1—75, Davidstraße, Heinrichstraße und Marienstraße. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 4¾ Uhr, ebenfalls im Bahnhofshotel. — Im Lokale von J. Sonneborn am 19. September, nachmittags 5 Uhr: Nieder- und Obergeorgswärder und Hövelweg. Vorstellungstermin am 26. September, nachmittags 5 Uhr, ebenfalls im Lokale von J. Sonneborn.

**Im Irrsinn seinem Leben ein Ziel gesetzt** hat in der Nacht zum Dienstag ein Milchhändler in Gißendorf. Der Mann war die ganze Nacht über aufgeblieben; er war der Meinung, es seien Leute auf dem Hofe und diese machten sich an den Türen zu schaffen. Doch war es jedenfalls der starke Sturm, der die Geräusche an der Tür verursachte. Plötzlich griff der Kranke in einen Kasten und holte einen Revolver daraus hervor. Als diese Waffe nicht schnell genug funktionierte, griff er zum Gewehr, dann wieder nahm er den Revolver zur Hand. Plötzlich krachte ein Schuß und der Milchhändler sank entseelt zu Boden. Ein Unfall soll ausgeschlossen sein. Man nimmt vielmehr an, daß die Tat in einem Anfalle geistiger Umnachtung geschehen ist.

**Diebstähle und Hehlerei.** Bei den Straßenbahnarbeiten in der Nähe des Niederfelderufers am Reiherstieg sind in den letzten Tagen an 130 Pfund Kupferdrähte abgerissen und gestohlen worden. Das Diebesgut wurde an einen Produktenhändler auf der Veddel verkauft. Die Nachforschungen haben ergeben, daß als Verkäufer ein Wilhelmsburger Produktenhändler in Frage kommt, der jedoch die Namhaftmachung seiner Komplicen verweigert.

## Schleswig-Holstein.

**Uetersen.** Ausbeutung von Schulkindern im Dienste der Agrarier. Der Schulvorstand in Mooreege bei Uetersen muß recht eigentümliche Begriffe von seiner zu entfaltenden Tätigkeit haben. Nach dem „Uetersener Tageblatt" hat derselbe ein Gesuch an die Regierung gerichtet, die Ferien der Schulkinder noch um acht Tage zu verlängern, da die Kartoffelernte wegen des andauernden Regenwetters noch nicht beendet werden konnte. Danach scheint der Schulvorstand der Ansicht zu sein, daß die Ferien nur den Zweck haben, damit die Schulkinder den Landwirten billige und willige Arbeitskräfte liefern. Wahrscheinlich setzt sich der Schulvorstand nur aus sogenannten notleidenden Landwirten zusammen.

**Kiel.** Wieder ein alter Kämpfer gestorben. Genosse Ernst Karsen, einer der alten Garde, ist auf einem Spaziergange vom Tod überrascht worden. Während der Dauer des schimpflichsten Gesetzes, das je ein Kulturstaat gehabt hat, des Sozialistengesetzes, hat er auf den gefährlichsten Posten seinen Mann gestanden. Er kolportierte unter dem Ausnahmegesetz alle Druckschriften, die erlaubten sowohl wie die verbotenen. Durch sein immer freundliches Wesen und durch seine eindringliche Redeweise war er der geborene Agitator. Alle, die den Verstorbenen gekannt haben, werden ihm sicher ein freundliches Andenken bewahren.

**Kiel.** Die „Volkszeitung" vor Gericht. Das Schöffengericht in Kiel verurteilte, wie schon kurz berichtet, den Genossen Bielenberg als verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" in Kiel wegen Beleidigung durch die Presse zu M 150 Strafe, eventuell 15 Tage Gefängnis. Die Beleidigung soll in einem Artikel enthalten sein, den die „Volkszeitung" veröffentlichte und in dem gesagt wurde, der Polizist Dähne und der Kontrolleur der Wach- und Schließgesellschaft, Gassau, beide in Itzehoe, hätten einen epileptisch veranlagten Menschen, als er auf der Straße einen Anfall bekam, mit Fäusten geschlagen. In der umfangreichen Zeugenvernehmung bestritten die beteiligten Personen, nämlich der Polizist und der Kontrolleur, sowie einige Schüler, daß der kranke Mann mit Fäusten geschlagen worden sei. Andere Zeugen bestätigten dagegen das in dem Artikel Behauptete. Das Gericht hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht. Die Aussagen zweier Zeugen, die die Behauptungen des Artikels eidlich bestätigten, wurden dadurch abgetan, daß man in der Urteilsbegründung erklärte, die Zeugen ständen mit dem Artikel in Verbindung, deshalb könne man ihrer Aussage nicht folgen. Das geschah, trotzdem Genosse Bielenberg ausdrücklich versichert hatte, daß beide Zeugen mit dem Artikel gar nichts zu tun gehabt hätten.

## Hannover.

**Stade.** Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich in der Portland-Zementfabrik Hemmoor. Der Arbeiter Heinrich Lohse arbeitete allein in der Zementmühle. Dabei wurde er von einem Treibriemen erfaßt und in das Getriebe der Maschine gezogen. Andere Arbeiter fanden ihn später schrecklich verstümmelt und schon tot in dem Maschinengetriebe vor. Der Unglücksfall ist um so trauriger, als der 18jährige Verunglückte der Ernährer seiner Eltern war.

## Mecklenburg.

**Rostock.** Rettung aus Seenot. Die Station Heiligendamm der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Heute sind von dem Motorboot „Vagabund" aus Kiel, Kapitän Leutnant Mücke, das mit Motordefekt bei Heiligendamm mit Passagieren trieb, eine Dame und vier Herren, die von Nykoeping nach Fehmarn unterwegs waren, durch das Rettungsboot „Herzog Friedrich Wilhelm" glücklich geborgen worden.

Amtlicher Terrorismus. Die Großherzogliche Oberförsterei in Finkenthal veröffentlicht im „Oeffentlichen Anzeiger für das Großherzogliche Amt Dargun" Nr. 73 vom Mittwoch, den 11. September d. J., die folgende Bekanntmachung:

„Forstarbeiter. Bei der Annahme von Forstarbeiten für den kommenden Winter sollen in erster Linie Mitglieder des vaterländischen Arbeitervereins in Dargun und des evangelischen Arbeitervereins in Gnoien berücksichtigt werden. Dieselben haben sich bis zum 20. September d. J. auf der Oberförsterei oder bei den Schutzbeamten zu melden. In zweiter Linie sollen landwirtschaftliche Arbeiter bevorzugt werden, welche eine schriftliche Erklärung unterschreiben, daß sie keinem Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl ihre Stimme gegeben haben, und sich, solange sie in der Forst beschäftigt sind, von der sozialdemokratischen Partei fernhalten und dieselbe in keiner Weise unterstützen. Dieselben haben sich bis zum 1. Oktober zu melden. Soweit dann noch Arbeiter fehlen, sollen die bisher beschäftigten Bauhandwerker wieder angenommen werden, da bekannt ist, daß sie unter den jetzigen Umständen sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht entziehen können und da sie sich durchweg als fleißige und ordentliche Arbeiter erwiesen haben. Meldung derselben bis zum 10. Oktober. Prinzipiell wird den verheirateten Arbeitern vor den Ledigen den Vorzug gegeben. Von einigen besonderen Ausnahmen abgesehen, gilt als spätester Termin des Beginns der Forstarbeit der 1. November.

Die von uns gesperrt gesetzte Stelle ist im Inserat in Fettdruck gehalten. Leider ist es der mecklenburgischen Arbeiterschaft nicht möglich, die großherzogliche Regierung im Parlament zur Verantwortung zu ziehen, da die Ritter noch immer schön unter sich sind. Um so mehr hat aber die Reichsregierung die Pflicht, einen derartigen Terrorismus zu verbieten.

---

# Der Parteitag.

C. B. Chemnitz, 17. September.

### Zweiter Verhandlungstag.

(Telegraphischer Vorbericht.)

Vorsitzender **Noske**: Die holländischen Genossen veranstalten heute eine Wahlrechtsdemonstration (roten Dienstag) im Haag mit Demonstration vor dem Parlament. Wir bitten um die Ermächtigung, den holländischen Genossen die Sympathie des Parteitages telegraphisch auszudrücken und besten Erfolg zum Wahlrechtskampfe zu wünschen. (Allseitige Zustimmung.)

Die Debatte über den

**Vorstandsbericht**

wird fortgesetzt.

**Giebel**-Berlin wünscht eine planmäßige Agitation unter den Privatangestellten. Die Gewinnung der Masse der Kopfarbeiter ist, wie Kautsky jüngst betonte, die Vorbedingung des endlichen Sieges. Bürgerliche Parteien und Regierung sind aus wirtschaftlichen und politischen Gründen daran interessiert, die Vereinigung von Hand- und Kopfarbeitern zu hintertreiben. Aus diesen Motiven heraus hat die bürgerliche Reichstagsmehrheit die Angestellten-Versicherung geschaffen. Den Funktionären muß vom Parteivorstand Agitationsmaterial zur Privatangestelltenfrage übermittelt werden. Es muß Aufklärung gegeben werden über die Arbeit, die von den Sozialdemokraten in den Parlamenten für die Privatangestellten geleistet wurde und noch wird.

**Dr. Laufenberg** schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Weiter halten wir es für notwendig, daß ein allgemeiner Parteitag sich mit der Wahlrechtsfrage der Einzelstaaten, besonders Preußens, befasse. Mehr Aufmerksamkeit muß auch der dogmatischen Entwicklung des Zentrums entgegengebracht werden. Nach der Stellungnahme des Papstes sind die christlichen Gewerkschaftler gezwungen, in allen Kämpfen gegen sozialdemokratische Arbeiter Stellung zu nehmen. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist eine Wendung in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung eingetreten. Der Parteivorstand sollte für eine gründliche theoretische Aufklärung über diese Verhältnisse sorgen. Nun einiges zur Jugendfrage. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen M. 8612 gegen M. 14507 im Vorjahre. Der Zuschuß für die „Arbeiterjugend" von M. 9988 im Vorjahre hat sich auf M. 487 vermindert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im Berichtsjahr rund M. 7000 ausgab und beschlossen hat, nächstes Jahr M. 12000 aufzuwenden. Sie werden zugeben, daß zwischen den Ausgaben einzelner Organisationen und den Ausgaben der Zentralstelle ein arges Mißverhältnis besteht.

**Rosenfeld**-Berlin spricht für den Antrag Sonderhausen, den Frauentag zukünftig im März stattfinden zu lassen und wünscht Festlegung des Termins für den Frauentag im März.

**Biniskiewics**-Kattowitz: Der Antrag Berlin 4 verlangt, daß die „Gazeta Robonicza" nach wie vor dreimal wöchentlich erscheint. Der Parteivorstand beschloß leider wieder nur einmal wöchentliches Erscheinen. Zur Reichstagswahl wurden aus allen möglichen Reichstagswahlkreisen polnische Flugblätter verlangt. Es war ein schwerer Fehler, erst einige Wochen vor der Wahl zu agitieren. Auch die Gewerkschaften haben ein erhebliches Interesse an wirksamer Propaganda gegen die nationalistischen Organisationen. Die preußische Regierung verhindert Versammlungen unter polnischen Arbeitern. Als einziges Mittel bleibt uns die Presse. Unterstützen Sie die tägliche Herausgabe.

**Ring**-Offenbach ist mit dem Vorstandsbericht durchaus zufrieden. An Aktivität habe es keineswegs gefehlt. Die langen Auszüge aus Parlamentsberichten in der sozialdemokratischen Korrespondenz seien agitatorisch wenig verwendbar. Mit Verlegung des Frauentages auf den März sei er einverstanden. Sehr notwendig wäre eine Konferenz der Kreissekretäre. Genosse Ulrich hat infolge zweier Vorkommnisse uns seine vier Mandate zur Verfügung gestellt. Die Kreisleitung wünscht einstimmig, daß Genosse Ulrich die Mandate behält, da weder ein persönlicher noch ein sachlicher Grund für seinen Entschluß vorliegt.

**Schubarth**-Köln befürwortet, daß der Parteivorstand in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß eine Reihe von Büchern zur planmäßigen Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus herausgebe.

**Runge**-Köln vertritt den Antrag, baldigst eine Konferenz der Kreissekretäre einzuberufen, um über einheitliche Richtlinien in Organisation und Kleinagitation zu beraten. Wünschenswert ist ferner, daß wir zur Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials kommen. Für die Kreisleitungen sollte ein Mitteilungsblatt nach Berliner Art geschaffen werden.

Zur Göppinger Angelegenheit ist folgender Antrag Ledebour-Liebknecht eingebracht: „Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit seine volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerträglichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen und erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchner Parteitages sorgfältig beachten".

Vorsitzender **Noske**: Eine Abstimmung über diese neue Resolution ist nur möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden ist.

**Keil**-Stuttgart: Die Debatte über die Angelegenheit ist gestern geschlossen worden. Wenn über die neue Resolution eine Abstimmung vorgenommen wird, dann würde es notwendig, die Debatte über die ganze Affäre wieder zu eröffnen.

**Auer**-München hält gleichfalls die Wiedereröffnung der Debatte für notwendig, wenn die Abstimmung gefordert wird.

**Ebert** bittet, eine Debatteeröffnung nur wegen der neuen Resolution abzulehnen. Der Parteivorstand hält in der Göppinger Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution nicht für erforderlich.

**Liebknecht**: Wird die Resolution Auer zurück genommen, wird auch unsere Resolution überflüssig.

**Frank**-Mannheim: Der Wunsch nach einmütiger Entschließung besteht auf allen Seiten. Aber hat der Parteitag nicht Veranlassung, Angriffe gegen die Ehre der ganzen Partei abzuwehren? Wenn der Parteitag zum Ausdruck kommen läßt, daß der Vorwurf schwerer Ehrlosigkeit — auch gestern ist dieser Vorwurf noch gegen den württembergischen Landesvorstand gemacht worden — unbegründet ist, haben auch wir kein Interesse an einem Beschluß.

**Liebknecht**: Das beste ist, wir bringen die Erwartung und das Verlangen des Parteitags zum Ausdruck, daß alle an der Göppinger Affäre beteiligten Parteigenossen mit allen Kräften dahin wirken, das Vorgehen des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit zu unterstützen. Die Partei hat es doch nicht nötig, sich gegen den von irgend einem unverantwortlichen Menschen erhobenen wahnwitzigen Vorwurf zu verteidigen, daß seine Instanzen wucherische Mittel zur Gesinnungsbeeinflussung von Parteigenossen gebrauchen.

**Bebel**: Es wird Zeit, daß wir über diese ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Allgemeine Zustimmung.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, die Parteiinstanzen hätten sich wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten wohl keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will der Persönlichkeit nicht einmal die Ehre antun, ihren Namen zu nennen. Mit dem Vorschlage, daß die Resolutionen zurückgezogen werden, sind wir vom Parteivorstand vollkommen zufrieden, wenn durch Dechargeerteilung die Zustimmung zum Vorgehen des Parteivorstandes gegeben wird.

**Frank**: Nach der Charakterisierung der Beschuldigung gegen den württembergischen Landesvorstand durch Bebel und den Erklärungen Liebknechts ziehen die Unterzeichner den Antrag Auer zurück.

**Ledebour**: Ich ziehe auch unseren Antrag zurück. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Damit ist die Geschäftsordnungsdebatte erledigt. Es folgt Fortsetzung der Diskussion über den Vorstandsbericht.

**Neugebauer**-Ludwigsburg wünscht Zustellung der Parteikorrespondenz an alle Funktionäre und vermehrte Unterstützung der Bildungsarbeit.

**Büchner**-Berlin vertritt den Antrag, die „Gazeta Robotnicza" wie bisher dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen.

Frau **Zietz**: Bei gemeinsamem Bezug durch die Gemeindevertreter wird die „Kommunale Praxis" statt für M. 3 für M. 2,25 pro Quartal abgegeben. Die Wünsche auf Abonnementsverbilligung sind damit bereits erfüllt. Der Termin für den Frauentag lag in diesem Jahre tatsächlich nicht glücklich. Die Bezirksleiterkonferenz wird sich demnächst mit dem Termin für den Frauentag und seiner ganzen Ausgestaltung befassen.

Damit ist die allgemeine Debatte zum Vorstandsbericht erledigt. Es folgt die Debatte über

**Anträge zur Presse und Literatur.**

**Berten**-Düsseldorf: Der Parteivorstand gibt schon eine besondere Schrift für die Agitation unter den Blinden heraus. Dasselbe sollte auch für die Taubstummen geschehen, die an manchen Orten Vereine gebildet haben.

**Dürr**-München befürwortet einen Antrag, daß der Parteivorstand sich mit der Generalkommission in Verbindung setze, um unverzüglich die Gründung einer Zeitschrift vorzubereiten, deren Inhalt sich auf die gesamte Verwaltungstätigkeit der Versicherungsinstitute, auf Organisation der Wahlen dazu, auf Rechtsprechung der Spruchinstanzen erstreckt.

**Ida Wulff**-Berlin: Die Genossen von Berlin beantragen, die „Neue Welt"-Illustration besser zu gestalten. Ich bitte um Ueberweisung des Antrages an den Parteivorstand.

**Scheibe**-Bochum tritt für Herausgabe einer Modezeitung ein und fordert die Abgabe der Kinderbeilage der „Gleichheit" an die Organisationen zu billigem Preise.

**Bérard**-Hamburg betont, daß für die Ausgestaltung der „Neuen Welt" mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das möglichste geschehe.

**Luise Zietz**: Den Antrag auf Inhaltsänderung der „Gleichheit" bitte ich abzulehnen. Das Niveau der „Gleichheit" darf nicht herabgedrückt werden. Das Blatt muß als Organ der aufgeklärten Genossinnen prinzipiell Stellung zu den auftauchenden Fragen nehmen. Die Kinderbeilage darf nicht abgetrennt werden. Wir müssen darauf bringen, daß die „Gleichheit" in ihrer Gesamtheit abonniert wird. Die Modezeitung ist von Ebert schon zugesagt. Ich möchte sie aber nicht Modezeitung, sondern „Praktische Arbeiterin" nennen. Eine besondere Literatur für Taubstumme, die doch lesen können, halte ich für überflüssig. Hier genügt Sektionsbildung.

**Ludwig**-Hagen: Genossin Zietz hat eine Masse Anträge zur Ablehnung empfohlen. Eine besondere Literatur für Taubstumme empfiehlt sich als Gegenwerk gegen die Literatur unserer Gegner.

**Luise Zietz** betont, der Parteivorstand werde von Zeit zu Zeit Flugschriften für die Taubstummen herausgeben.

Nunmehr wird über

**Jugendpflege und Jugendbildung**

debattiert. Hierzu liegt eine Protestresolution vor gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen. Außerdem liegt von Ebert und Genossen noch der Antrag vor: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiter-Organisationen zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisation zu machen."

**Schulz**-Berlin begründet die Anträge Ebert. Die Herausgabe eines Führers durch die sozialistische Literatur, wie ihn die Kölner fordern, ist vom Zentralbildungsausschuß geplant. Eine Reihe von weiteren Anträgen zur Bibliothekenfrage kann besser auf einer Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse erörtert werden. Der Antrag auf Schaffung einer Zentralstelle für Lichtbildervorträge kann dem Zentralbildungsausschuß überwiesen werden. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn auch von bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung eingeleitet wird, protestieren aber dagegen, daß staatliche Mittel dazu benutzt werden, um unter dem Deckmantel der Jugendbewegung aus politischen Gründen Angehörige des Staates zu bekämpfen. Warum dieser Kampf gegen die Arbeiterbildungsbestrebungen? Die „Hamb. Nachrichten" haben geschrieben: „In ihrer leidenschaftlichen Begierde, aus den Herzen der Arbeiterbevölkerung den Glauben an Ideale zu reißen, ist die Sozialdemokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren." Ist das Dummheit oder Infamie? Ich behaupte, wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so bei der kämpfenden Arbeiterklasse. Das sozialistische Ziel vereinigt in sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früherer Zeiten. (Lebh. Zustimmung.) Unsere Aufgabe ist es, die proletarische Jugend zu aufrechten, freien Menschen zu erziehen, die schon das Gefühl dafür bekommen, daß jedes Mitglied der Kulturgesellschaft die Pflicht hat, mitzuarbeiten an der sozialen und geistigen Hebung des Menschengeschlechts und sich für die höchsten und besten Kulturideale mit aller Kraft einzusetzen. (Stürmischer Beifall.)

Nach der

**Mittagspause**

eröffnet **Noske** wieder die Verhandlungen.

**Hoffmann**-Elberfeld tritt den Ausführungen von Schulz im allgemeinen bei. In bezug auf das Bibliothekwesen indes ist er mit ihm nicht einverstanden. Der Bildungsausschuß habe im Bibliothekwesen nichts getan. Es muß eine einheitliche Regelung erfolgen, es muß überhaupt mehr geschehen. Der Parteitag muß hier das treibende Element bilden.

**Birckholtz**-Hamburg wünscht eine stärkere materielle Förderung der Zentrale für Jugendfürsorge. Die bürgerliche Jugendbewegung darf nicht unterschätzt werden. Die religiöse Propaganda wird in versteckter Form geführt, das macht die Bewegung für uns gefährlich. Die bürgerliche Jugendzentrale verstand es, verschiedene Richtungen unter einen Hut zu bringen und einen glänzenden Stab von Mit-

arbeitern zu gewinnen. Für unsere Jugendbewegung müßte der dreifache Betrag ausgegeben werden. Auch geschieht für die Kleinstädte viel zu wenig. Das soll kein Vorwurf sein. Bei der Kürze der Zeit und den vorhandenen Kräften war nicht viel mehr zu leisten.

**Karsten**-Peine: Mit dem Fortschreiten unserer Jugendorganisation können wir nicht so zufrieden sein, wie mit der Entwicklung unserer politischen und wirtschaftlichen Organisation. Die Schuld hat nicht der Bildungsausschuß und der Parteivorstand, sondern die Leitung der Bezirksorganisationen; viele haben überhaupt noch keine Jugendorganisation.

**Dönnecke**-Mühlhausen: Besonders in den Kleinstädten müßte mehr geschehen. Die Parteischule sollte ihre Schüler mehr aus der Kleinstadt nehmen. Die Parteischüler aus den Kleinstädten sollten später auch in ihren Bezirken wirken.

**Liebknecht**: Unsere Jugendbewegung wird von den herrschenden Klassen mit den haarsträubendsten Ungesetzlichkeiten bekämpft. Diese Dinge werden unseren Erfolg nicht hindern, wenn wir an der Erziehung unserer Jugend ernst weiter arbeiten. Der Gedanke einer besonderen Organisation für junge Leute zwischen 18 und 21 Jahren verdient ernsthafteste Beachtung.

Durch die Resolution von Schulz ist der Antrag Spandau auf Errichtung einer besonderen Organisation für die ältere Jugend überflüssig und wird zurückgezogen.

**Kremser**-Frankfurt am Main: Vor der bürgerlichen Jugendbewegung brauchen wir nicht allzu große Furcht zu haben. Die Wandervögel werden auch schon in bürgerlichen Kreisen als Plage empfunden. Bei der Abkocherei unterlaufen viel Ausschreitungen. Im Bibliothekwesen ist uns Oesterreich voraus.

Genossin **Demmink**-Berlin berichtet über die Tätigkeit der Kinderschutzkommission. Ueberall sollten solche Kommissionen gegründet werden.

**Heinrich Schulz** wendet sich gegen die Bedenken von Hoffmann-Elberfeld bezüglich des Bibliothekwesens. Auch für das Bibliothekwesen wird jetzt mehr geschehen. Nicht alle Gebiete konnten gleichzeitig in Angriff genommen werden. Die Parteischule macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Orten. Die Freizügigkeit von Parteischülern kann nicht aufgehoben werden. Gute Erfahrungen wurden gemacht mit Schülerwanderungen.

**Lipinski**-Leipzig spricht kurz über die Bedeutung der Jugendfürsorge im sozialistischen Geiste.

Dann wird die Debatte über Bildungswesen und Jugendbewegung geschlossen.

Es folgt die

**Debatte über Anträge zum Branntweinboykott.**

Dazu ist ein Antrag eingegangen: „Der Parteitag bringt den von den letzten drei Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge hatte, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigen Feinde zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses." Eingebracht ist der Antrag von Gotschalk-Königsberg.

**Davidsohn**-Berlin: Das Richtigste wäre doch die Annahme des Antrages, der die Parteipresse verpflichtet, keinerlei Anzeigen und Anpreisungen des Branntweins aufzunehmen, und der weiter ausspricht, daß von Volks- und Gewerkschaftshäusern erwartet werde, die Boykottbewegung durch die Einstellung des gesamten Branntwein- und Schnapsverkaufs kräftig zu fördern. 1909 gab der Parteivorstand selbst ein Flugblatt heraus, in dem der Schnaps als das gefährlichste Volksgift, das wir kennen, bezeichnet wurde. Damit ist unvereinbar, dies gefährlichste Volksgift in Volks- und Gewerkschaftshäusern verkaufen zu lassen oder in Inseraten von Parteiblättern empfehlen zu lassen. Die Einstellung des Ausschanks mache kein Gewerkschaftshaus existenzunfähig, ebenso der geringe Ausfall durch Branntweininserate. Die Zwitterstellung der Parteipresse hat bereits zu der Konsequenz geführt, daß die „Lokalarbeiterzeitung" gewarnt hat, auf die Schnapsinserate in der Parteipresse hineinzufallen. In bezug auf die Befolgung des Schnapsboykotts ist den Gewerkschaften und ihrer Presse von der Partei der Vorrang überlassen. Ohne das energische Vorgehen der Gewerkschaften wäre der Schnapsboykott der Partei erfolglos geblieben. (Lebhafter Widerspruch.) Lassen Sie den Schnapsboykott fallen oder machen Sie ernst mit ihm. (Lebhafter Beifall.)

**Louise Zietz**: Der Parteivorstand hat den lebhaften Wunsch, vom Parteitag die einmütige Zustimmung zur Erneuerung des Schnapsboykotts zu erhalten. Der Antrag 128, den Davidsohn begründete, würde im Kampf gegen den Branntwein nur zersplitternd und verbitternd wirken, damit würde dem Spitzel- und Denunziantentum in unseren eigenen Reihen Tür und Tor geöffnet. Unsere ganze Arbeiterbewegung hat viel mehr für die Verminderung des Branntwein- und Alkoholgenusses getan, als durch solche extremen Anträge bewirkt werden könnte. (Sehr richtig!) Gerade in den Gewerkschaftshäusern ist der Alkoholgenuß soweit zurückgegangen, daß wir bei Festlichkeiten und Versammlungen Miete zahlen müssen, weil die Wirte nicht mehr soviel einnehmen. Gewerkschaften und Partei müssen sich in allen Aktionen unterstützen, sonst können sie überhaupt keine wirksame Aktion durchführen. (Lebh. Zust.) Wo Partei und Gewerkschaften gemeinsam vorgingen, wurde und wird der Schnapsboykott durchgeführt. Wir wollen den Kampf gegen den Schnaps nicht führen mit pharisäerhaften Moralpredigten. Wir wissen, daß traurige soziale Verhältnisse vielfach die Ursache des Branntweingenusses sind. Wir wollen die Arbeiter darüber aufklären, daß sie mit jeden Tropfen Schnaps die Taschen ihrer gefährlichsten Feinde füllen. Natürlich freuen wir uns außerordentlich über die gesundheitlichen und moralischen Wirkungen des Schnapsboykotts. Durch die einmütige Annahme der Anträge Gottschalk wollen wir bekunden, daß wir gewillt sind, mit verstärkter Macht für die Durchführung des Boykotts zu wirken, zum Nutzen der Arbeiter, zum Schaden unserer größten Feinde. (Stürmischer Beifall.)

**Pötzsch**-Berlin: Selbstverständlich baut kein Volkshaus oder Gewerkschaftshaus seinen Bestand auf dem Schnapskonsum auf. Die völlige Beseitigung aller Schnapsinserate halte ich für uns für undurchführbar, weil solche Anpreisungen vielfach im Rahmen von Ankündigungen mit anderem Inhalt erscheinen. Wie weit die Antialkoholbewegung schon vorgeschritten ist infolge der Aufklärungsarbeit der Arbeiterbewegung, beweist die Tatsache, daß heute schon in vielen Fabriken die Arbeiter Milch und Kakao genießen. Noch vor zehn Jahren wäre der Arbeiter verspottet worden, wenn er so etwas gewagt hätte. Ich erinnere daran, daß bei jeder Aussperrung und Streik im Baugewerbe sofort schärfster Schnapsboykott beschlossen wird und daß auf den Verbandstagen der Maurer überhaupt kein Alkohol verabreicht wird.

**Loebe**-Breslau: Wir brauchen uns durch Davidsohns Rede nicht zur Ungerechtigkeit verleiten zu lassen. Wir können anerkennen, daß die Abstinentenbewegung viele Anregungen gegeben habe. Auf jedem unserer Flugblätter sollte ganz kurz gesagt werden, daß durch Schnapsgenuß den Junkern jährlich 180 Millionen in die Taschen gespielt werden. Immer appelliere man an den Verstand und an die Pflicht. Mit bloßen Verboten erreichen wir nichts. (Sehr richtig!)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

**Davidsohn** betont, er habe nur gemeint, die Gewerkschaftspresse habe intensiver für den Branntweinboykott gewirkt als die Parteipresse.

Das Schlußwort erhält

**Ebert**: Ich muß leider noch kurz auf die Göppinger Angelegenheit zurückkommen, um einige falsche Darstellungen zurückzuweisen. Wir haben nur den Beginn der Sanierung vom Gutachten des Landesvorstandes abhängig gemacht. Nachher hätten wir sie eventuell auch ohne den Landesvorstand durchgeführt. Ebenso ist unrichtig, was Kopp an Schepperle berichtet haben soll. Es ist den Göppingern ausdrücklich in der Sitzung vom 7. Juni gesagt worden, daß sie ganz unbeeinflußt entscheiden mögen. Weiter stelle ich fest, daß Westmeyer noch im Juli die Parteipresse vor unseren Erklärungen gewarnt hat. (Hört! hört!) Ein Telegramm, das eine solche Warnung enthält, ist unterzeichnet von Westmeyer. Er behauptet, es sei dabei mit seinem Namen Mißbrauch getrieben. Das ist ja bei Dingen, wie sie sich dort entwickelten, möglich. Die „Leipziger Volkszeitung" scheidet nach der loyalen Erklärung Lenschs für uns aus. Henke meinte, wir hätten über Radeks Nichtzugehörigkeit zur Partei die Parteipresse früher unterrichten sollen. Als wir aber am 10. September an die „Bremer Bürgerzeitung" schrieben und Radeks Mitgliedschaftsverhältnisse darstellten, ist die von uns verlangte Richtigstellung dort nicht erfolgt. (Hört! hört!) Henke scheint über die Vorgänge in der eigenen Redaktion nicht informiert zu sein oder läßt einfach Radek schalten und walten. (Hört! hört!) Daß der Parteivorstand in die Württemberger Streitigkeiten nicht rechtzeitig eingegriffen hätte, muß ich zurückweisen. Leider waren unsere Mahnungen zur Einigung vergeblich. Nun noch ein Wort zur Frage des polnischen Parteiorgans. Wir haben der P. P. S. seit vielen Jahren weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen, aber die Erfolge blieben aus, deshalb haben wir die Umwandlung in ein Wochenblatt beschlossen. Andere Motive bestehen dafür nicht. Für die Agitation unter den Privatangestellten wollen wir auch in Zukunft das möglichste tun. Die Anträge bitte ich dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Zur Wahlrechtsfrage kann ich ihnen mitteilen, daß die preußische Landeskommission noch im Laufe dieses Monats zusammentreten wird, um die zur erneuten Entfachung der Wahlrechtsbewegung erforderlichen Schritte einzuleiten. (Lebhafter Beifall.)

**Braun** wendet sich kurz gegen die Anträge auf Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials. Dieses Ziel müßte angestrebt, kann aber nur auf anderen Wegen erreicht werden.

**Henke**-Bremen in persönlicher Bemerkung: Ebert hat geglaubt einen vernichtenden Schlag gegen mich zu führen, indem er sagte, ich sei über die Vorgänge in der Redaktion der Bremer „Bürgerzeitung" nicht informiert, ich bin aber seit der Woche vor Beginn des Parteitags nicht in Bremen gewesen. Daß Radek in der Redaktion schaltet und waltet, muß ich zurückweisen. Ich bin zwar nicht dazu verpflichtet, will mich aber dazu herablassen (Unruhe) zu erklären, daß ich heute nach Bremen telephonierte, es solle von Radek nichts mehr gebracht werden, ehe die Affäre völlig erledigt sei. Wenn man mich in dieser Weise verdächtigt, so reicht das nicht an meine Fußsohlen. Wenn sich das, was gegen Radek vorgebracht wird als richtig bestätigt — vorläufig bestreitet er es — so werden wir mit ihm entsprechend verfahren.

**Ebert**: Ich wäre zu meinen Ausführungen gegen Henke nicht gekommen, wenn er dem Vorstand nicht vorgeworfen hätte, daß er die Parteigenossen früher über die Nichtparteizugehörigkeit Radeks hätte aufklären sollen. In der Frage der Mitgliedschaft Radeks gibt es nach den Auskünften der betreffenden Organisationen keine Untersuchung mehr.

**Henke**: Wenn das der Fall ist, daß Radek uns gewissermaßen ange... (vielfache Zurufe: Angelogen) hat, so wissen wir das genau so zu bewerten wie andere.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung.

Die Anträge zur Agitation unter den Privatangestellten werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, ebenso der Antrag über die Verlegung des Frauentages. Der Antrag auf dreimal wöchentliches Erscheinen des polnischen Organs wird abgelehnt, ebenso die anderen Anträge zur Presse. Der Antrag zur Agitation unter den Taubstummen wird zurückgezogen im Hinblick auf die Erklärung der Genossin Zietz. Angenommen wird der Antrag auf bessere Ausgestaltung der „Neuen Welt". Zur Jugendpflege werden die Anträge Ebert und Genossen einstimmig angenommen. Einige weitere Anträge zu dieser Materie werden dem Zentral-Bildungsausschuß überwiesen. Zur Frage des Schnapsboykotts wird der Antrag Gottschalk einstimmig angenommen. Der von Davidsohn begründete Antrag erfährt gegen eine kleine Minorität Ablehnung.

Schließlich wird dem Parteivorstand einstimmig die Decharge erteilt.

Nach einem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat Scheidemanns über die Lebensmittelteuerung nimmt der Parteitag einstimmig eine Erklärung an, in der sofortige Einberufung des Reichstags und schleunige Maßnahmen zur Milderung des Notstandes gefordert werden.

Es folgt die Organisationsfrage, nachdem vorher Blume-Hamburg den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete. Es sind 527 Teilnehmer anwesend, davon 409 Delegierte und 77 Abgeordnete. Alle Mandate sind gültig.

Den

**Bericht der Reorganisationskommission**

erstattet **Müller** vom Parteivorstand. In der dritten Lesung sind von der einen und der anderen Seite Bedenken und Wünsche zurückgestellt worden. Es liegt ein einmütiges Votum vor. An den §§ 1 bis 5 sind Aenderungen nicht vorgenommen worden. Die in der Fassung erster Lesung vorgesehene Erhöhung des Mindestbeitrages ist mit Rücksicht auf die außerordentlichen Teuerungsverhältnisse gestrichen worden. Das Geschäftsjahr läuft nun vom 1. April bis 31. März. Damit wird ein alter Wunsch erfüllt. Organisationen bis 12 000 Mitglieder können von jetzt ab auf den Parteitag vier und für je weitere 6000 einen Delegierten mehr entsenden. Nach § 11 können in Zukunft nur noch Organisationen Anträge zum Parteitag stellen. Der Kern der ganzen Vorlage sind die Bestimmungen über den Parteiausschuß. Er beschließt nicht gemeinsam mit dem Parteivorstand, er unterbreitet dem Parteivorstand seine Beschlüsse. Der Parteivorstand allein trägt gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Der Ausschuß ist nur eine gutachtende Körperschaft. Das macht es entbehrlich, daß der Parteitag die Ausschußmitglieder bestätigt. Der Parteiausschuß kann auch einberufen werden, wenn der Parteivorstand es nicht will und wenn in besonderen Situationen 16 Landes- bezw. Bezirksvorstände es wünschen. Sollten Differenzen zwischen dem Ausschuß und dem Parteitag vorkommen, so wird die Angelegenheit bis zur Tagung des Parteivorstandes verschoben.

Die Debatte wird auf morgen vertagt.

# Neueste Nachrichten.

**(Telegramme des Wolffschen Bureaus.)**

**Berlin**, 17. September. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet: Die Ratifikationsurkunden zu dem deutsch-französischen Abkommen vom 2. Februar 1912, betreffend die Staatsangehörigkeit von Personen, die sich in den zwischen Deutschland und Frankreich ausgetauschten Gebieten von Aequatorialafrika befinden, sind am 14. September vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem französischen Botschafter hier ausgetauscht worden.

**Preußisch-Stargard**, 17. September. Bei der heutigen Ersatzwahl im Wahlkreise Berent-Dirschau-Pr. Stargard für den verstorbenen Abgeordneten, Staatsminister a. D. Hobrecht, wurde der Kandidat der Deutschen, Rechtsanwalt Menzel-Dirschau (NL.), mit 334 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Polen, Probst Wroblewski, erhielt 208 Stimmen.

**München**, 17. September. Heute vormittag begannen in der „Tonhalle" die Beratungen des vierten Allgemeinen deutschen Bankiertages. Geheimrat Rießer-Berlin übernahm nach der Begrüßung der Vertreter der Landes- und der Reichsregierung, der städtischen Behörden und des Reichstages, der zahlreich erschienenen Mitglieder der Finanzwelt usw. die definitive Leitung. In seiner Begrüßungsansprache gab er einen kurzen Ueberblick über die seit dem letzten Bankiertage bis heute eingetretenen Veränderungen, und betonte die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die dartun würden, daß das deutsche Kredit- und Wirtschaftssystem in seinen Grundlagen durchaus gesund sei. Der deutsche Bankierstand müsse bedacht sein, auch mit dem gewerblichen Mittelstand, dem Kleingewerbe, dem Kleinhandel und dem Handwerk mehr als bisher in Geschäftsverbindung zu treten und der sozialen Pflichten gegen die Bankangestellten eingedenk sein. Redner schloß mit dem Wunsche, daß im deutschen Bankgewerbe im ganzen Vaterland der soziale Friede gewahrt bleiben möge. Nach den Begrüßungen sprach Max M. Warburg-Hamburg über das Thema: „Geeignete und ungeeignete Mittel zur Hebung des Kurses der Staatspapiere". Als ungeeignete Mittel zur Hebung des Kursstandes sind Versuche, sie dauernd im Auslande unterzubringen, die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften usw. und die Industriegesellschaften — letztere für ihre Reservefonds — sowie die Banken zur vermehrten Anlage in Staatspapieren zwingen zu wollen. Auch eine Verhinderung der Emission ausländischer Werte in Deutschland, Beschränkung der Hypothekenausleihungen und Emissionen konkurrierender Werte wie Stadt- und Kommunalanleihen sowie eine Abänderung der Finanzierungsvorschriften im Handelsgesetze, eine Hinaufkonventierung der Anleihen auf einen höheren Zinsfuß 3½ oder 4 pZt., sowie endlich eine Herabsetzung des Lombardzinsfusses für Staatsanleihen bei der Reichsbank bezeichnete Herr Warburg als untaugliche Mittel zur Hebung des Kurses der Staatsanleihen.

Das beste Mittel erblickt er dagegen in der Schaffung eines großen zuverlässigen Marktes für Staatsanleihen, ferner in der planmäßig starken Schuldentilgung, die nicht auf den wechselnden Ueberschüssen des jährlichen Budgets basieren darf, und in dem Ankauf von Staatsanleihen für die Einleger bei den Sparkassen, sobald die statutarisch festgelegte Höchstgrenze für die Einlagen überschritten wird. Der Referent befürwortet ferner die Entlastung des Geldmarktes durch Einschränkung der Anleiheansprüche und die Ausgabe von Anleihen mit Tilgungszwang gegenüber den reinen Rentenanleihen.

**Budapest**, 17. September. Abgeordnetenhaus. Die Opposition befürchtete, daß man sie durch eine Dauersitzung erschöpfen werde, und änderte deshalb ihre Taktik. Es war immer nur ein Teil der oppositionellen Abgeordneten im Saal, um den Lärm fortzusetzen, während ein anderer Teil sich in den Wandelgängen erholte. Inzwischen wurden neue Lärminstrumente herbeigeschafft. Einzelne Abgeordnete hantierten gleichzeitig mit drei Instrumenten. Der Abgeordnete Frater blies auf einer Militärtrompete unter lebhaftem Beifall der Opposition verschiedene militärische Signale, die den übrigen Lärm übertönten. Um 2¾ Uhr unterbrach Vizepräsident Beöthy neuerdings die Sitzung. Um 3¼ Uhr wurde die Sitzung von dem Grafen Tisza wieder eröffnet. In demselben Augenblick begann der Höllenlärm von neuem. Um 3¾ Uhr wurde die Sitzung wiederum unterbrochen.

Zehn Minuten nach 4 Uhr erschienen ungefähr hundert Polizeibeamte unter Führung des Polizeiinspektors Pawlik in den Wandelgängen. Die oppositionellen Abgeordneten, die hier versammelt waren, begaben sich in den Saal und nahmen ihre Plätze ein. Von der Opposition war die Losung ausgegeben worden, sich der Hinausführung durch die Polizei mit Gewalt zu widersetzen. Alle oppositionellen Abgeordneten begaben sich in die Mitte des Saales, wo sich dicht gedrängt stehen blieben, mit Ausnahme des Grafen Julius Andrassy und der übrigen parteilosen Siebenundsechziger. Diese blieben auf ihren Plätzen. Zehn Minuten nach 4½ Uhr betrat Polizeiinspektor Pawlik mit einer Anzahl Beamten den Saal. Gleichzeitig drangen durch drei andere Eingänge weiter Beamte in den Saal und nahmen in den Gängen Aufstellung. Die oppositionellen Abgeordneten blieben dichtgedrängt in der Mitte des Saales stehen und riefen: „Hinaus mit Euch! Wir gehen nicht! Ihr müßt von der Waffe Gebrauch machen!" Man sah, wie Polizeiinspektor Pawlick mit dem Grafen Albert Apponyi, der gleichfalls in der Gruppe der Oppositionellen stand, vergebens verhandelte. Jetzt begaben sich auch Graf Andrassy und die übrigen parteilosen Siebenundsechziger zu den Oppositionellen. Diese brachen in stürmische Eljenrufe aus. Polizeiinspektor Pawlik verließ jetzt den Saal und begab sich zum Präsidialbureau, wo Graf Tisza seit der Unterbrechung der Sitzung sich aufhielt. Nach einigen Minuten kehrte er in den Saal zurück. Zu dem Grafen Albert Apponyi gewendet, sagte Pawlik, es sei der Wunsch des Präsidenten, daß die Abgeordneten, die auf einer Liste verzeichnet seien, freiwillig den Saal verließen, sonst würden sie mit Waffengewalt entfernt werden. Nunmehr entstand ein großer Lärm. Die oppositionellen Abgeordneten stimmten das Kossuthlied an und riefen wiederholt: Es lebe das Vaterland! Sie sangen darauf die ungarische Nationalhymne und erklärten, sie würden sich der Entfernung aus dem Saale widersetzen. Polizeiinspektor Pawlik ließ sich darauf die Liste geben, auf der der Präsident die auszuweisenden Abgeordneten verzeichnet hatte. Diese beantworteten dies mit höhnischen Zurufen. Pawlik begab sich nochmals zu dem Grafen Tisza, um neue Instruktionen zu holen. Er erschien wiederum im Saale und forderte nacheinander mehrere Abgeordnete auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Diese befolgen die Aufforderung nicht. Ihre Freunde umringen sie jedesmal, um sie zu schützen. Einige Abgeordnete bauten aus Ministersesseln Barrikaden. Pawlik begab sich wiederum zu dem Grafen Tisza. Um 6 Uhr, als Pawlik wieder den Saal betreten hatte, bemühte er sich fortgesetzt, die Abgeordneten zum Verlassen des Saales zu veranlassen. Alle erklärten, sie würden den Saal nicht verlassen. Zwei Wachtleute, die den Abgeordneten Abraham (Justhpartei) anfassen wollten, wurden zurückgestoßen. Als Pawlik sich dem Grafen Apponyi näherte und gegen ihn Gewalt anzuwenden schien, ertönten stürmische Rufe: „Wer Apponyi anrührt, ist des Todes." Eine ähnliche Szene ereignete sich, als Pawlik mit dem Grafen Andrassy verhandelte. Der Abgeordnete Mezoessy entriß dem Saalkommissar die Liste der aufgeschriebenen Abgeordneten und zerriß sie unter großem Beifall. Während darauf Pawlik erfolglos mit dem Grafen Zichy verhandelte, bemerkten die Oppositionellen, wie Präsident Tisza hinter einem Vorhange des Einganges den Vorgängen zusah. Sie riefen ihm Schmähruse zu. Einige Abgeordnete drohten ihm mit geballten Fäusten. Hierauf entfernte sich der Präsident und auch Pawlik verließ wiederum den Saal, um von dem Präsidenten neue Weisungen zu holen.

Einige Minuten nach 6 Uhr kam Pawlik wieder in den Saal und forderte eine Reihe von Abgeordneten zum Verlassen des Saales auf. Als diese sich weigerten, erklärte er, nunmehr Gewalt anwenden zu müssen. Er befahl zwei Polizeibeamten, den Abgeordneten Grafen Ladislaus Semsey hinauszuführen. Inzwischen war dieser aber von den Abgeordneten Josef Karolyi, Markgraf Georg Pallavicini und Graf Aladar Zichy in die Mitte genommen. Diese faßten sich gegenseitig unter die Arme und verhinderten so, daß die Wachleute den Grafen Semsey aus dem Saale führen konnten. Graf Michael Karolyi drängte sich durch die Abgeordneten hindurch. Er war ungeheuer erregt und schlug mit den Fäusten auf die Wachtleute ein, die schließlich zurückgedrängt wurden. Nunmehr versuchte Polizeioberinspektor Pawlik an einer anderen Stelle, den Abgeordneten Georg Szmrecsanyi zum Verlassen des Saales zu bewegen. Als auch dieser sich weigerte, forderte Pawlik wiederum zwei Wachtleute auf, den Abgeordneten zu ergreifen. Einer der Wachtleute namens Stefan Polyck salutierte und sagte: „Ich bitte gehorsamst, ich greife einen unabhängigen Abgeordneten nicht an." Die Opposition brach bei diesen Worten in ungeheuren Jubel aus und schwenkte die Taschentücher. Georg Szmrecsanyi bestieg den vor der Ministerbank stehenden Tisch und verkündete den Vorfall, worauf ein Teil der Tribünenbesucher gleichfalls in stürmische Eljenrufe ausbrach, die von den Oppositionellen mit großer Begeisterung erwidert wurden. Der Wachtmann Polyck wurde inzwischen abgeführt. Mitten in den Beifall der Tribünenbesucher stimmten die Oppositionellen das Kossuthlied an.

Inzwischen war auch Stadthauptmann Szeßler im Saale erschienen, um den Anordnungen des Präsidenten Geltung zu verschaffen. Ein Polizist wandte sich an eine Gruppe von Abgeordneten und griff den Abgeordneten Jarmy an. Einige Abgeordnete riefen dem Polizeibeamten zu, er möge sich ein Beispiel an seinen Kollegen nehmen. Jarmy wurde von fünf Wachtleuten ergriffen und aus dem Saale geschleppt, obwohl er sich wütend wehrte. Alsbald teilte der Abgeordnete Szmrecsanyi mit, daß Jarmy am Arm eine Verrenkung erlitten habe, und verlangte einen Arzt. Es stellte sich aber heraus, daß es sich um einen einfachen Ohnmachtsanfall handelte. In der Mitte des Saales dauerte die Bewegung fort. Abgeordneter Benedek rief: „Es lebe Julis Kovacs!" (Kovacs hat bekanntlich auf Tisza geschossen). Nunmehr begab sich der Stadthauptmann auf den Korridor, um von dem dort weilenden Oberstadthauptmann Boda neue Weisungen zu holen.

Oberstadthauptmann Boda gab den Befehl, die Anweisungen des Präsidenten auf das strengste durchzuführen. Um 6½ Uhr erschienen zwei Polizeiinspektoren mit weiteren größeren Polizeiabteilungen und erteilten den Befehl, sämtliche Abgeordneten aus dem Saale zu drängen. Es begann nun ein wahnsinniges Handgemenge, Drängen und Stoßen. Die in den ersten Reihen stehenden Abgeordneten, nämlich Johann Justh, Michael Karolyi, Georg Szmerecsanyi und andere stellten sich mit Gewalt zur Wehr und schlugen auf die Wachtleute los, die ihrerseits auf die Abgeordneten dreinschlugen. Abgeordneter Bela Jarmy, der Bruder des zuerst abgeführten Abgeordneten Stephan Jarmy, wurde von vier Wachtleuten, trotz heftiger Gegenwehr, an Händen und Füßen ergriffen und aus dem Saale geschleift. Es spielten sich unbeschreiblich wüste Szenen ab. Graf Albert Apponyi wurde von Wachtleuten aus dem Saale gedrängt, er kehrte jedoch sofort wieder zurück. Graf Julius Andrassy flüchtet auf den Ministertisch. Abgeordneter Andreas Rath wurde hinausgeschleift, ebenso Abgeordneter Otto Förster und Stephan Haller. Mehrere Polizisten faßten den Grafen Michael Karolyi an, der mit Händen und Füßen um sich schlug. Schließlich gelang es ihm, sich in eine Bankreihe zu flüchten, wo er niederstürzte. Man rief nach Aerzten. Zwei Aerzte der freiwilligen Rettungsmannschaft sprangen über die Barriere der Journalistentribüne in den Saal und labten den Grafen Karolyi, der nach einigen Minuten wieder zu sich kam. Während sich die Aufmerksamkeit den Aerzten zugewandt hatte, wurde Graf Batthyanyi von Polizisten ergriffen und trotz seines heftigen Widerstandes herausgeführt.

Inzwischen waren die hinausgeführten Abgeordneten zum größten Teil wieder im Saale erschienen, so daß die Bänke der Oppositionellen wieder einigermaßen vollbesetzt waren. Darauf wurden der Reihe nach mehrere Abgeordnete herausgeführt, aus Versehen auch zwei Abgeordnete ruthenischer Nationalität, nämlich Dr. Theodor Michali und Stephan C. Pep. Polizeiinspektor Pawlik wandte sich nunmehr an die oppositionellen Abgeordneten mit der Aufforderung, freiwillig den Saal zu verlassen, da er sonst Gewalt anwenden müsse. Die Abgeordneten lehnten jedoch wiederum die Aufforderung ab. Abgeordneter Graf Michael Karolyi, der sich inzwischen erholt hatte, war in den Saal zurückgekehrt. Er wurde von neuem zum Verlassen des Saales aufgefordert. Seine Freunde erhoben jedoch großen Lärm und brachten ihn in eine andere Bank, wo er nicht weiter von den Polizisten behelligt wurde. Darauf wurde Graf Josef Karolyi von zwei Polizisten herausgeführt. Dasselbe Schicksal ereilte die Abgeordneten Paizs, Seszpremy, Julius Korfath, Saghy, Kapotsffy und Benedek sowie Hammersberg. Sodann bemühten sich sechs Polizisten, den Abgeordneten Lewaszy hinauszuführen. Sie vermochten ihn aber nicht aus der Bank zu heben. Zwischen den Polizisten und dem Abgeordneten entstand ein Wortwechsel. Dieser wich jedoch nicht von der Stelle. Abgeordneter Zboray wurde darauf hinausgeführt. Nunmehr wurde Graf Apponyi aufgefordert, freiwillig den Saal zu verlassen. Er gab jedoch keine Antwort. Die Oppositionellen bereiteten ihm stürmische Ovationen. Rufe wurden laut: Rühren Sie ihn nicht an. Es ist eine Schande, daß dieser Mann, vor dem ganz Europa und Amerika den Hut abzieht, hier von Polizisten hinausgeführt werden soll. Andere forderten den Grafen Apponyi auf, ruhig den Saal zu verlassen, damit er nicht die Schmach erlebe, von Polizisten angegriffen zu werden, worauf andere riefen, daß es keine Schmach sei, sondern Ruhm für ihn. Polizeiinspektor Pawlik begab sich zum Präsidenten Grafen Tisza, um Instruktionen zu holen, was mit dem Grafen Apponyi geschehen soll, der sich weigerte den Saal zu verlassen. Der Präsident erwiderte, er möge den Grafen Apponyi ruhig in dem Saale lassen. Die Räumung des Saales vollzog sich unter den größten Schwierigkeiten, da die meisten Abgeordneten einer Entfernung sehr heftigen Widerstand leisteten, besonders der Abgeordnete Szmreszanyi, Graf Michael Esterhazy, Johann Justh, Frater und Ivanka. Dieser stürzte in den Wandelgängen ohnmächtig nieder. Nachdem er sich gelabt hatte, erholte er sich wieder. Graf Julius Andrassy hielt in den Wandelgängen eine Rede an die Oppositionellen. Er verwies auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens und forderte die Abgeordneten auf, sich in das Hotel Pannonia zu begeben, wo das weitere Vorgehen beraten werden soll. Die Opposition bereitete dem Grafen Andrassy lebhafte Ovationen! In mehr oder minder dramatischen Szenen wurden die Abgeordneten Förster, Kelement und Fernbach aus dem Saale herausgeführt. Besonders heftigen Widerstand leistete der Abgeordnete Palugyay, den 12 Mann aus dem Saale zu tragen versuchten. Vor dem Stenographentisch stürzten zwei Mann zu Boden, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Auch der Abgeordnete Bela Bernath wurde hinausgetragen. Der herkulisch gebaute Abgeordnete Barabazs leistete heftigen Widerstand. Er wurde aber hinausgeführt, wobei er in den Saal hineinschrie: „Es lebe die Republik!" Ihm folgte der Abgeordnete Lovazey, der sich zwischen zwei alten Abgeordneten gesetzt hatte. Es gelang nach schwerer Mühe, ihn herauszuziehen. Schließlich blieben noch 14 Abgeordnete der Opposition in den Saal. Unter diesen 14 Abgeordneten befanden sich: Graf Albert Apponyi, Graf Michel Karolyi, Graf Tisza Pollonyi, Graf Aladar Zichy. Nachdem Graf Apponyi dem Polizeiinspektor Paulik erklärt hatte, daß sie ruhig den Saal verlassen würden, wenn sich die Polizei zurückziehen werde, wurden die Polizeimannschaften zurückgezogen, worauf die Abgeordneten den Saal verließen. Um 8¾ Uhr war der Saal geräumt. Die Abgeordneten Andrassy und Apponyi wurden mit lebhaften Ovationen in den Wandelgängen empfangen.

**Budapest**, 17. September. Das Magnatenhaus hielt heute früh eine kurze Sitzung ab, in der das königliche Handschreiben betreffend die Vertagung der vorigen Session verlesen wurde. Die Wahl der Delegationsmitglieder des Magnatenhauses wird morgen nachmittag erfolgen.

**Haag**, 17. September. In der Thronrede zur Eröffnung der Generalstaaten heißt es: Die Beziehungen zu den andern Mächten sind die freundschaftlichsten geblieben. Die Entwicklung von Landwirtschaft, Handel, Industrie und Schiffahrt ist günstig. Die allgemeine Lage in Indien ist befriedigend, die Finanzlage des Reiches gegenwärtig infolge der großen Zunahme der Einnahmen nicht ungünstig. Indessen erfordern die zahlreichen unvermeidlichen Neuausgaben die Bewilligung aller Gesetzentwürfe, die zur dauernden Stärkung der Staatseinnahmen eingebracht werden. Die Regierungsvorlagen, betreffend die Verfassungsrevision, werden im Laufe des Jahres 1912 eingebracht werden können. In der gegenwärtigen Session werden außer dem Entwurf einer Invaliditäts- und Altersversicherung, dessen Prüfung noch nicht beendet ist, einige andere Entwürfe eingebracht werden, darunter einer über die Kanalisation der Maas für den Transport von Bergwerksprodukten aus Limburg und ein anderer zur allmählichen Auflassung der Kaffeeplantagen der Regierung in Indien. Ferner wird die Regierung den Vorschlag machen, das Kriegsmarinedepartement durch ein Landesverteidigungsministerium zu ersetzen.

**Paris**, 17. September. Der Sekretär des Verbandes der Lehrersyndikate erklärte einem Berichterstatter, daß gestern weitere 34 Lehrer den gegen den Auflösungsbefehl der Regierung gerichteten Aufruf unterzeichnet haben. Die Lehrer sehen übrigens der von der Regierung angedrohten gerichtlichen Verfolgung mit großer Seelenruhe entgegen, da nach Ansicht namhafter Rechtsanwälte höchstens der Artikel 9 des Gesetzes von 1884 angewendet werden könnte, der politische Kundgebungen bestraft, schlimmstenfalls könnten die Lehrer zu einer Geldbuße von 25 Fr. verurteilt werden.

**Villa Coublay**, 17. September. Der Flieger Legagneux ist heute vormittag 5600 Meter hoch gestiegen. Er hat damit einen neuen Rekord aufgestellt.

**Peking**, 17. September. Meldung des Reuterschen Bureaus. In amtlichen Kreisen Chinas wächst mit der Rückkehr Katsuras aus Petersburg die Ueberzeugung, daß nach dem Begräbnis des Kaisers Mitsuhito ein energisches Vorgehen Japans in der Mandschurei einsetzt. Als erste Maßnahme wird das Einrücken einer starken japanischen Streitmacht in die Mandschurei erwartet, die die Schlichtung der Grenzstreitigkeiten zur Aufgabe erhält. Der Premierminister und Minister des Aeußern, Liuchengschiang, ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Liangmenting ist zum Minister des Aeußern und Liuchingen zum Gesandten in Petersburg ernannt worden. Chaopingchan bleibt auf seinem Posten als stellvertretender Premierminister.

**Washington**, 17. September. Eine Depesche an den Gesandten von Peru in den Vereinigten Staaten besagt, daß der Präfekt des Kautschukgebietes von Putumayo erkläre, die Indianer genössen gegenwärtig ausreichenden Schutz. Sie erhielten gute Lebensmittel und gute Löhne und arbeiteten gern. Das System der Unmenschlichkeit sei beseitigt.

# Vereine und Versammlungen.

**Richtigstellung.** Im Bericht von der öffentlichen Versammlung aller in der Kistenindustrie beschäftigten Arbeiter in Nr. 214 des „Echo" ist ein Irrtum unterlaufen. Es heißt dort in der achten Zeile von oben: „In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1868 bekannten die Buchdrucker sich als Gegner von Tarifverträgen." Dies ist unrichtig. Es soll heißen: „In den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung, im Jahre 1868, wo die Lassalleaner und Eisenacher an die Oeffentlichkeit traten, bekannten dieselben sich als Gegner von Tarifverträgen."

**Der Zentralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen, Zahlstelle Bergedorf,** hielt am Sonnabend, 14. September, die letzte Versammlung, die gut besucht war, ab. Vor der Tagesordnung entspann sich eine lebhafte Debatte über das Nichterscheinen der beiden Vorsitzenden, welche es nicht der Mühe wert hielten, sich an der letzten Versammlung zu beteiligen. Der Kassierer mußte alsdann die Versammlung leiten. Er gedachte des verstorbenen Kollegen Grüneberg, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Im Punkte „Verbandsangelegenheiten" ermunterte er die Versammlung für den geschlossenen Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiterverband. Damit der Uebertritt erleichtert würde, ersuchte er die Versammlung, mit Beiträgen nicht im Rückstand zu bleiben. Mit der 39. Beitragswoche (28. September) hört die Beitragszahlung an den Schmiedeverband auf. Mit dem 1. Oktober dieses Jahres werden die neuen Mitgliedsbücher ausgestellt. Das Ausstellen der Bücher kann nur dann erfolgen, wenn die Beiträge bis zum 28. September gezahlt sind. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

# Briefkasten.

**Sprechstunde der Redaktion** ist nur vorm. von 10—12 Uhr und nachm. von 6—8 Uhr.

**5 Eimsbütteler.** Am 19. Januar 1891 wurde der Dampfer „Cimbria" von dem englischen Dampfer „Sultan" angerannt.

**W. M.** Verjährt in 5 Jahren.

**1879.** In der Heilstätte „Edmundstal" werden nur solche Personen aufgenommen, die entweder in Hamburg staatsangehörig oder in den letzten zwei Jahren ununterbrochen auf Hamburger Gebiet wohnhaft gewesen sind.

**O. S.** Sie haben Unrecht. Der Satz ist richtig.

**W. H., Sande.** 1. Wenn das Kind nicht in Hamburg die Schule besucht, ist es ausgeschlossen. 2. Ja.

**A. R. 400.** Sie können F. nur dann wegen Beleidigung verklagen, wenn die Anzeige wider besseres Wissen erfolgte.

**Eimsbüttel 1880.** Versammlungen des Arbeiter-Abstinentenbundes finden jeden 2. und 4. Dienstag im Gewerkschaftshause statt.

**O. B. 6875.** Die Mietezahlungstermine haben mit der Kündigung nichts zu tun. Falls nichts anderes vereinbart wurde, ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig; sie hat spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen.

**Verband.** Bei einem Einkommen von M. 1800 müssen Sie in Altona M. 26 staatliche und M. 28 Gemeinde-Einkommensteuer zahlen. — In Preußen ist das zulässig.

**B. 001.** Am 1. Januar.

**P. M. 58.** Senden Sie das Geld an eine andere Person, die dann eine Fahrkarte kaufen kann.

**B. L. 100.** Wegen direkter persönlicher Staatssteuern und Kommunalabgaben (einschließlich Kreis-, Kirchen- und Schulsteuern), die nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind, ist auch Lohnbeschlagnahme zulässig, wenn das Gesamtjahreseinkommen M. 1500 nicht übersteigt.

**J. K. 100.** Dagegen können Sie mit Erfolg nichts unternehmen.

**E. H., Eimsbüttel.** Die Schneiderin muß den Stoff bezahlen.

**B. J. 100.** Danach müssen Sie sich bei der Reederei erkundigen.

**D., Alt-Rahlstedt.** Ja. Das Verlangen des Kirchenrechnungsführers ist berechtigt.

**A. K. 99.** Das bestimmen die uns nicht bekannten Satzungen der Kasse.

**K. M. 50.** Nach unserer Ansicht werden Sie verurteilt. — Auf jeden Fall dürfen Sie den Termin nicht versäumen. Erklären Sie, daß der Hauswirt bisher damit einverstanden war. — Die Kosten können wir auch nicht annähernd angeben.

# Erste Beilage zum Hamburger Echo Nr. 218.

Mittwoch, den 18. September 1912.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: C. Döring in Hamburg.

## Der Parteitag.

Chemnitz, 16. September 1912.

### Erster Verhandlungstag.

(Ausführlicher Bericht.)

Der große Saal des „Wintergartens" in Schönau bei Chemnitz ist festlich geschmückt. Rings herum sind die Wappen derjenigen deutschen Städte angebracht, in denen die vorhergehenden Parteitage abgehalten wurden. Vor der rot drapierten Rednertribüne steht in einem kleinen Lorbeerhain die Füste Ferdinand Lassalles, auf der Bühne die Statuen Marx' und Engels. Bei der großen Anzahl der Delegierten und der Pressevertreter reicht der Saal kaum aus, um allen Platz zu gewähren. Auf der Galerie wohnen Hunderte Zuhörer den Verhandlungen bei.

Vorsitzender **Haase** eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr und verliest ein herzliches Begrüßungstelegramm des Pariser Zentralkomitees der russischen revolutionären Arbeiterpartei, gezeichnet Roubanowitsch. Dann gibt der Vorsitzende die Namen der zum Parteitag gekommenen Vertreter der ausländischen Bruderparteien bekannt und fährt fort: Die deutsche Sozialdemokratie hat stets großen Wert gelegt darauf, in engster Fühlung zu stehen mit den Parteien des Auslandes. Die Siege unserer ausländischen Genossen betrachten wir als unsere eigenen Siege, und wenn sie einmal eine Niederlage erlitten, empfanden wir es überaus schmerzlich. Mit gespannter Aufmerksamkeit haben wir in letzter Zeit verfolgt die Kämpfe der Arbeiter in den verschiedensten Ländern, namentlich in England und Belgien, und die Fortschritte der revolutionären Bewegung in Rußland. Das Kapital wird immer internationaler, das Band, das sich um das Proletariat der Welt schließt, muß erst recht immer fester werden. Aus dem Gefühl der internationalen Solidarität heraus grüße ich die hier anwesenden Gesandten unserer Bruderparteien und heiße sie im Namen der deutschen Partei herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Branting**-Stockholm (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Verehrte Genossen, es ist mir eine große Ehre, hier im Namen der schwedischen Arbeiterpartei den deutschen Parteitag zu begrüßen. Es ist nicht das erstemal, daß ich einem deutschen Parteitag beiwohne; ich war schon in Halle, und niemals vergesse ich den großen Eindruck, den damals die sturmerprobten Genossen auf mich gemacht haben. Damals war die schwedische Partei noch ganz jung, seitdem aber ist die Bewegung auch bei uns weiter fortgeschritten. Sie hielt mit der Industrialisierung des Landes gleichen Schritt, vielleicht ist sie ihr auch etwas vorausgeeilt. 1909 war es uns bereits möglich, den großen wirtschaftlichen Kampf auszuhalten, den das ganze Unternehmertum gegen uns führte. Wenn wir auch nicht so gesiegt haben, wie wir wollten, so ist die Arbeiterschaft doch auch nicht geschlagen worden. Mit der Regierung der Massenaussperrung haben wir 1911 abgerechnet, die schwedischen Arbeiter taten ihr Bestes, um diese Regierung zu stürzen und durch einen großen Vormarsch bei den Wahlen ihre ungebrochene Kraft zu betätigen. Wir erhielten 29 pZt. aller abgegebenen Stimmen (Bravo!) und die Mitglieder unserer Reichstagsfraktion stiegen von 34 auf 64. (Lebhaftes Bravo.) Die kapitalistische Rechte, die ununterbrochen 20 Jahre geherrscht hatte, mußte zurücktreten, an ihre Stelle kam eine liberale Regierung, die auch der Sozialdemokratie einige Plätze in der Regierung einräumen wollte. Wir waren uns sehr bald darüber ganz einig, daß dieses Angebot nicht angenommen werden dürfe. Wir sind uns sicher, daß es nicht lange dauern wird und auch diese bürgerliche Partei wird deutlich zeigen, daß wirkliche Hilfe für die Arbeiterklasse nicht von einer bürgerlichen Partei, sondern nur aus der Partei der Arbeiterklasse selbst kommen kann. (Sehr wahr!) Wir haben aber keine Veranlassung, die Entwicklung so zu beschleunigen, daß wir diese bürgerliche Linkspartei sofort in die Arme der Reaktion treiben. Wir hoffen, daß der Gegensatz im bürgerlichen Lager noch einige Zeit bestehen wird und die Arbeiter daraus den Nutzen für den allgemeinen demokratischen Fortschritt ziehen können. Aus einer solchen Konstellation erwachsen natürlich taktische Schwierigkeiten. Von Fall zu Fall wollen wir entscheiden, was das Nützlichste für die Arbeiterklasse ist, und immer das sichere Bewußtsein bewahren, daß es sich darum handelt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter wach zu erhalten. Ihren Verhandlungen wünschen wir das beste Ergebnis, wir sind gewohnt, auf den deutschen Parteitag mit der sicheren Ueberzeugung zu sehen, daß daraus immer etwas für die ganze Internationale Wertvolles herauskommt. Nach dem gewaltigen Wahlsieg der deutschen Bruderpartei zu Anfang dieses Jahres sind wir überzeugt, daß sie immer mehr Macht bekommen wird und von Deutschland das Signal gegeben werden kann, endlich der Arbeiterschaft eines großen Landes den Einfluß zu erringen, um das Banner der Freiheit der arbeitenden Bevölkerung über die ganze Welt flattern zu lassen. Wir hoffen, daß für die deutsche Partei auch dieser Parteitag ein neues Merkmal auf dem Wege zum künftigen Sieg bedeuten wird. In dieser Hoffnung begrüße ich den Parteitag im Namen der schwedischen Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

**Quelch**-London: Mit dem größten Vergnügen kam ich auf Euern Parteitag, um Euch die brüderlichen Grüße und Glückwünsche der englischen Sozialdemokratie zu überbringen. Wir haben Euern Wahlkampf mit dem größten Interesse verfolgt, Eure Arbeit bewundert und an Euren Siegen teilgenommen. Wir gratulieren Euch zu Eurer prächtig gewachsenen Vertretung im Reichstage, aber von noch größerer Wichtigkeit erscheint uns die Stimmenzunahme. Wir betrachten dies als um so bedeutungsvoller, weil wir wissen, daß Ihr ebenso wie wir Euch in bezug auf die Stimmzettel keinen Illusionen hingebt, sondern daß Ihr darin nur das äußere und sichtbare Zeichen des Wachstums einer Bewegung erblickt, die sich nicht abseits lenken läßt, weder durch eine schlecht verhüllte anarchistische Taktik, noch durch die Aussicht auf leere und trügerische Bourgeoisreformen, die die Bewegung nur entnerven würden, sondern welche fest und unwiderstehlich vorwärts dringt. Auch bei uns in Großbritannien sind im letzten Jahre wichtige Veränderungen eingetreten. Bald nach Eurem vorigen Parteitag hatte die damals von mir vertretene sozialdemokratische Partei entsprechend den ihr von den internationalen Kongressen auferlegten Pflichten die Einigkeit der sozialistischen Kräfte der Nation zu erstreben, eine Konferenz einberufen, auf der das gewünschte Resultat erreicht wurde, und zwar durch Verschmelzung in die British Socialist Party. Selbst manche Gruppen der unabhängigen Arbeiterpartei, denen das Bündnis mit der Arbeiterpartei verleidet war, schlossen sich der neuen geeinigten sozialistischen Partei an. (Bravo!) Im Namen dieser Partei begrüße ich Euch, wir zählen etwa 40 000 Mitglieder, die den revolutionären Sozialismus in Großbritannien vertreten. (Bravo!) Im Gegensatz dazu ist unsere Arbeiterpartei immer mehr zum Anhängsel der liberalen Partei geworden. Während des letzten Jahres drohte mehr als einmal der Ausbruch eines Riesenkrieges. Glücklicherweise ist das Entsetzliche bis jetzt verhütet worden, aber man kann nicht sagen, daß jede Gefahr eines Konfliktes vorüber sei. Im Gegenteil, in gewisser Beziehung ist die Gefahr drohender als je. Es ist einer der Gründe, weshalb ich mich freue, mal hier anwesend zu sein, um Euch zu versichern, daß die britischen Sozialisten fest entschlossen sind, alles, was in ihrer Macht steht, für die Erhaltung des Friedens zu tun (Lebhafter Beifall), und daß sie sich über die Aussicht freuen, mit Vertretern der großen deutschen sozialdemokratischen Partei über die in beiden Ländern gemeinschaftlich zu ergreifenden Mittel zur Verhütung eines Krieges beraten zu können. (Erneuter Beifall.) Die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes ist gegen den Krieg, und wenn sich der Frieden nicht erhalten ließe, so wäre das auf die Schuld und die Narrheit der regierenden Klassen in beiden Ländern zurückzuführen. Indem ich unsere Solidarität mit Euch Ausdruck gebe, indem ich den Wunsch ausspreche, daß wir in dem großen Kampfe gegen die Klassenherrschaft mit der ganzen Welt in Reih und Glied marschieren werden, danke ich Euch für Eure freundliche Aufnahme, beglückwünsche ich Euch zu Eurem Parteitage und zu Eurem bereits erkämpften Erfolg. Es lebe die deutsche sozialdemokratische Partei! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Als Gast ist noch eingetroffen Genosse Kamminiew vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

**de Brouckère**-Brüssel hielt eine französische Ansprache, die von Grumbach-Paris übersetzt wurde. Der Redner führte aus: Mein Deutsch ist schlecht, als daß ich es wagen könnte, in Ihrer Sprache meine Ausführungen zu machen. Die belgische Partei hat uns hierher geschickt, damit wir von dem lernen, was Sie heute und im Laufe der Woche verhandeln und beschließen. Das, was die Arbeiterorganisationen hier in Chemnitz geschaffen haben, hat bei uns einen sehr guten Eindruck gemacht. Es hat uns daran erinnert, daß wir vielleicht nach Dänemark zu den ersten gehörten, die Volkshäuser bauten. Jetzt haben wir indes Ursache, bescheiden zu sein und das nachzuholen, um das Ihr uns zuvorgekommen seid. In aller Kürze will ich die Situation in Belgien kennzeichnen, sind ja in unserer internationalen Familie die Sorgen des einen auch die Sorgen des andern. Einstimmig beschloß in Belgien der Kongreß, der am 30. Juli tagte, die Vorbereitung des Generalstreiks. Friedlich, gesetzlich, aber mächtig und unwiderstehlich. Dieser Kampf ist jetzt unvermeidlich, es sei denn, daß die sofortige Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts erfolgte. Wir haben den Kampf nicht gewollt und nicht gemacht, die Massen forderten ihn und ihr Wille war unwiderstehlich. Deuten Sie aber meine Worte nicht so, als ob etwa das Komitee nur einer Bewegung folgte, die es selbst nicht billigt. Nein, wir sagen alle, daß der Generalstreik unvermeidlich ist. Die Umstände in Belgien könnten das Land reif machen zu einer bürgerlichen Demokratie, aber es leidet, wie kein anderes Land, vielleicht Rußland ausgenommen, unter der Reaktion. Die Regierung bekämpft nicht nur unsere Organisation, sie hat Gegenorganisationen geschaffen und nirgendwo ist die Organisation zur Korruption des Proletariats so gediehen wie in Belgien. Die österreichischen Genossen forderten mich auf, über die Zustände eine Studie zu schreiben. Als ich es getan hatte, schrieben sie mir zurück, ich möchte einige Einzelheiten auslassen, die belgischen Klerikalen seien auf Ideen verfallen, auf die die österreichischen Klerikalen trotz ihrer Findigkeit noch nicht gekommen wären. Auf uns lastet ein Druck, den wir nur durch das äußerste Mittel bekämpfen können, wenn wir nicht endgültig im tiefsten Marasmus versinken wollen. Wir haben alles versucht, wir haben keine Angst gehabt, mit dem Teufel zusammenzugehen und gingen auch mit den Liberalen zusammen. Am Wahltage hat der Teufel vor der Sozialdemokratie Angst bekommen und hat sich in das klerikale Weihwasser geflüchtet. (Heiterkeit.) Heute weiß das Proletariat, daß es nur allein selbständig siegen kann.

Seit wir den Generalstreik vorbereiten, sehen wir die Folgen, alle unsere Organisationen wachsen, unsere Zeitungen haben 125 000 Leser. Das Proletariat hat einen Feldzug zu seiner Selbsterziehung aufgenommen. Im Laufe dieses Winters werden in Belgien 35 sozialdemokratische Schulen eröffnet. (Bravo!) Wir werden um so mutiger kämpfen, wenn wir wissen, daß wir von der Sozialdemokratie der ganzen Welt umgeben sind. Auch die Deutschen haben Vorteil davon, wenn wir siegen. Ich muß mir hier einige Reserve auferlegen, aber an das preußische Wahlrecht denken Sie alle. Der Sozialismus vor allem hat ein Interesse daran, daß Belgien, der Hort der schwärzesten Reaktion, einen andern Weg geführt hat. (Stürmischer Beifall.)

**Cachin**-Paris hielt in französischer Sprache eine Anrede, die von Genossin Klara Zetkin übersetzt wird: Genossinnen und Genossen! Genosse Cachin, Gemeinderat von Paris, hat den Auftrag erhalten, der deutschen Sozialdemokratie zu ihrer gegenwärtigen Tagung die herzlichsten Brüdergrüße der französischen sozialistischen Partei zu übermitteln. Mit Genugtuung kann Genosse Cachin konstatieren, daß die französische sozialistische Bewegung gute Fortschritte gemacht hat. Die Einigung, die sich auf Drängen der Internationale vollzogen hat, war der Ausgangspunkt dafür. Gegenwärtig sind nicht mehr die Wolken der Zwietracht, der Uneinigkeit am Himmel der sozialistischen Bewegung in Frankreich und die Einigkeit der Partei gelangt zum Ausdruck in einer größeren Aktionsfähigkeit der Partei. Auf allen Gebieten der Betätigung tritt sie zutage, sie hat auch ihren finanziellen Ausdruck daran gefunden, daß in wenigen Wochen Fr. 200 000 von Parteimitgliedern aufgebracht wurden, um das Organ der Partei, „L'Humanité", weiter auszugestalten. Die Sozialisten aller Länder haben durch die geschichtliche Entwicklung die Aufgabe zugewiesen bekommen, die Hüter des Friedens zu sein. Die französische Partei läßt es daran nicht fehlen, sie protestiert gegen den verbrecherischen mordspatriotischen Widersinn, gegen die wachsende Profit- und Machtlüsternheit der herrschenden Massen. Sie protestiert nicht bloß, sie handelt auch, das hat sie bewiesen im vorigen Sommer, als wegen der Marokkoaffäre die Gefahr eines Weltkrieges heraufzog. Nun stellt man heute den Genossen Frankreichs die deutschen Sozialdemokraten als nationale Musterknaben vor, genau wie in Deutschland ja die deutsche bürgerliche Presse das gleiche törichte Spiel treibt. Angesichts dieser Versuche ist es um so nötiger, daß der internationale Zusammenhang zwischen den Bruderparteien immer enger wird. Diesen Zusammenhang kann er gar nicht genug hervorheben, von welcher Wirkung die Rede Scheidemanns bei der internationalen Kundgebung zu Paris gewesen ist. Cachin grüßt uns im Namen des Paris der Kommune, im Namen der französischen Sektion der Internationale mit dem Ruf: Ehre und Ruhm der deutschen Sozialdemokratie, die unaufhörlich an Macht und Reife gewinnt. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Karl Seitz**-Wien: Im Namen der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs wünsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg und überbringe Ihnen zugleich die besten Grüße der Sozialdemokratie aus meiner Heimat. Das Berichtsjahr, auf das der Parteitag zurückblickt, war ein Ehrenjahr der deutschen und damit auch der internationalen Sozialdemokratie. Sie haben am Beginn dieses Jahres eine Schlacht geschlagen, gegen alle Reaktionäre, eine Schlacht, die wir mit Spannung verfolgten und die nach dem ganzen Aufmarsch Ihrer Truppen und nach dem Verlauf wohl einzig dasteht und unsere Bewunderung erregt. Was wir an Euch am meisten bewundern und was wir unsern österreichischen Genossen — wir haben ja wahrhaftig eine schwere Arbeit in diesem finsteren Lande zu leisten — immer wieder als leuchtendes Beispiel voranstellen, ist Ihre Unermüdlichkeit, diese wunderbare Eigenschaft der deutschen Sozialdemokratie, niemals zur Ruhe zu kommen, ob sie siegt, oder ob sie eine Niederlage erleidet. Sie haben Ihre Tagesordnung erweitert um einen Gegenstand, der auch für uns Oesterreicher von weittragender Bedeutung ist. Sie werden auch eintreten in eine Diskussion über die Frage der Teuerung. Ich maße mir nicht an, Ihren Beratungen vorzugreifen und kenne auch zu wenig Ihre Verhältnisse, um etwa abschätzen zu können, ob die Aktion, die Sie einleiten, unmittelbar Erfolg haben wird. Aber das Eine hoffen auch wir Oesterreicher, daß eine mächtige Antiteuerungsbewegung in Deutschland einsetzen und auch bestimmend wirken wird für die Vorarbeiten, die die Regierungen schon beginnen für die nächsten Handelsverträge. Wenn Ihr Vorsitzender und mehrere meiner Vorredner verwiesen haben auf die Bande der Solidarität, die uns mit diesen verknüpfen, so denken wir, daß gerade diese Frage zeigt, wie es sich bei unserer Solidarität nicht bloß um nebulose Gefühle handelt, sondern, daß sie die Konsequenz wirtschaftlicher Bedingungen ist, daß die Solidarität der Arbeiterklasse nicht nur die Sache der Empfindung, sondern ganz nüchterne Klassenpolitik ist. Wir wissen, daß Ihre Erfolge auch die unsern sind, wir wünschen Ihnen deshalb besonders herzlich weiteres mächtiges Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und wir versprechen Ihnen, daß auch wir unser möglichstes beitragen werden, um Ihnen nachzustreben. Den heuchlerischen Sympathien der Offiziellen der einzelnen Staaten, die sich in Friedensversicherungen ergehen, die aber begleitet sind von einem wahnsinnigen Weiterrüsten, steht die Solidarität der Arbeiterklasse, die wahre wirkliche Internationalität, gegenüber. Sie ist die Grundlage des künftigen Friedens und je mehr wir in den einzelnen Staaten an unserer Organisation arbeiten, desto mehr können wir hoffen, daß einst der Tag kommen wird, an dem wir den Feinden unserer Klasse in allen Ländern zurufen können: Hütet Euch vor einem Weltkrieg, denn der Weltkrieg wird das Weltgericht Eurer Klasse sein! (Lebhafter Beifall.)

Parteisekretär **Buchinger**-Budapest: Namens des Vorstandes der ungarländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei habe ich Sie herzlichst zu begrüßen und Ihnen die Bewunderung zu verdolmetschen, die uns angesichts Ihres überwältigenden Wahlsieges übermannte. Es ist nicht meine Absicht, Ihre kostbare Zeit lange mit der Schilderung der Kämpfe des ungarischen Proletariats in Anspruch zu nehmen. Die Arbeiterschaft Ungarns befindet sich unter einem zwar nicht dekretierten, aber faktisch bestehenden Ausnahmezustand. Nach Kopenhagen mußten wir berichten, daß wir im letzten Jahrzehnt nicht weniger als 207 Jahre Gefängnis zudiktiert bekamen und die Kleinigkeit von 137 000 Kronen Strafe zahlen mußten. (Hört, hört!) Im Monat Juli dieses Jahres kam es vor, daß das täglich einmal erscheinende Parteiorgan täglich dreimal konfisziert wurde. (Hört, hört!) Beim ersten größeren Demonstrationsstreik 1905 war das Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit hingestellt worden, es war die Regierung des Kaisers Franz Josef, die für das Wahlrecht eine energische Agitation entfaltete, ich könnte fast sagen, daß wir 1905 mit Franz Josef einer Meinung waren. Doch sollte sich bald zeigen, daß vom Hause Habsburg nicht nur der Dank, sondern auch eine vernünftige Politik vergebens erwartet wird. Die Regierung machte ihren Frieden mit den ungarischen Feudalen, die das Gut und Blut des Volkes zu dem Abenteuer der Annexion von Bosnien und der Herzegowina bewilligten. Im März dieses Jahres gingen allein 100 000 Arbeiter auf die Straße, um für das Wahlrecht zu demonstrieren. Am 22. Mai wurde Graf Tisza, der schlimmste Feind der Wahlreform, durch parlamentarischen Staatsstreich Präsident. Am 23. Mai erhob sich das Proletariat Budapests mit einer Energie und einer revolutionären Entschlossenheit wie nie zuvor; am Abend dieses Tages hatten wir nahezu 300 Parteigenossen im Kerker und mußten sechs Tote beklagen als Blutzeugen der großen Sache und Opfer einer barbarischen Tat, wie sie sich der Westeuropäer schwerlich vorstellen kann. Aber das Proletariat gab die gebührende Antwort. In nicht ganz zwei Monaten sammelte die ungarische Arbeiterschaft 100 000 Kronen für die Opfer des 23. Mai und führte in nicht ganz sechs Wochen 11 000 neue Abonnenten dem Parteiorgan zu. Wir sind der festen Zuversicht, daß die Entschlossenheit und Energie der ungarischen Arbeiterschaft ausreichen wird, um zu triumphieren über ihre ärgsten Feinde, in erster Linie über den größten Feind des Wahlrechts, den Grafen Tisza, und über den Mann, der sich Ministerpräsident nennt, es in Wirklichkeit nicht ist. Wir werden in nicht zu ferner Zeit berichten können, daß das ungarische Proletariat sich sein wichtigstes Recht, sein Wahlrecht, erkämpft hat. Ich wünsche Ihren Verhandlungen besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

**Viktor Stein**-Wien überbringt die Grüße der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs. Wir sind diesmal als lebendiger Beweis der Unbesiegbarkeit des Internationalismus und der sozialdemokratischen Prinzipientreue auch in den Reihen des tschechischen Proletariats zu Ihnen gekommen. (Beifall.) Ein Jahr furchtbarer Kämpfe liegt hinter uns, aber wir haben auch große Erfolge. Wir haben ein Tageblatt, dessen Existenz gesichert ist, wir haben in Brünn ein dreimal wöchentlich erscheinendes Organ, und unsere Prager Genossen bereiten die Ausgabe eines Tageblattes vor. Die tschechische Arbeiterpartei beginnt, sich mit neuem Vertrauen um die Fahne des Internationalismus zu scharen. (Lebhafter Beifall.) Schon fängt man an, von der einheitlichen österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen. (Lebhafter Beifall.) Die größte und wichtigste Voraussetzung unserer Erfolge ist die Einheitlichkeit unseres Proletariats. (Erneuter Beifall.)

**Axelrod**-Zürich spricht im Namen des Organisationskomitees der sozialdemokratischen Partei Rußlands. Eine Einigung der sozialdemokratischen Richtungen in Rußland ist absolut notwendig. Dieser Gedanke ist auf der letzten Konferenz, an der fast sämtliche Richtungen in Rußland teilgenommen haben, mit allem Nachdruck ausgesprochen worden. (Lebhafter Beifall.) Ich war zuerst skeptisch, bin aber über dieses Resultat sehr erfreut; der erste Schritt ist getan, eine Gesundung der Parteiverhältnisse in Rußland stehe bevor. Bei unserm Kampfe brauchen wir auch die moralische Mithilfe der Genossen der andern Länder, besonders der deutschen. Wir wünschen Ihnen weiter glänzende Erfolge. (Beifall.)

Mit stürmischem Beifall wird Genosse Bebel begrüßt, der im Saale erscheint.

**Kameniew**-Rußland hält in französischer Sprache folgende von Grumbach übersetzte Anrede: Wir grüßen den Kongreß der deutschen Sozialdemokraten. Ihr Wirken ist für uns in Rußland stets ein Beispiel gewesen. Das russische Proletariat hat seit den Tagen der Revolution von 1905 eine Reihe peinlicher Tage erlebt, aber wir können heute sagen, daß die ärgsten Tage vorüber sind, daß neue revolutionäre Energien erwachsen. Im Jahre 1912 streikten in Rußland 612 000 Arbeiter, darunter 500 000 mit politischen Forderungen. Aber nicht nur diesem offenen Kampfe widmete sich das Proletariat Rußlands, auch in systematischer Propaganda und Selbsterziehung leistet es, was möglich ist. Zum ersten Male in Rußland konnte in den letzten Tagen in Petersburg die hundertste Nummer eines sozialistischen marxistischen Tagesorgans erscheinen, sechs Redakteure sitzen allerdings schon im Gefängnis. Das Proletariat Rußlands schläft nicht. In einer Konferenz unserer Partei zu Beginn des Jahres beschlossen wir die Aufstellung eines Wahlprogramms und die Beteiligung an den Wahlen. Wir werden also in den nächsten Monaten am Wahlkampfe teilnehmen und unser Bemühen darauf richten, mehr Abgeordnete zu bekommen als in der dritten Duma. Wir werden in allem versuchen, Ihrem Beispiel zu folgen. (Großer Beifall.)

**Haase:** Ich teile Ihnen mit, daß wir die Freude haben, in unserer Mitte als Gast noch den Genossen Rouanet aus Paris zu sehen. Ich danke allen auswärtigen Rednern für die herzlichen Glückwünsche, die sie uns gebracht haben.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Es liegt ein Antrag Lipinski vor, die Geschäftszeit auf sieben Stunden und die Tagungszeit auf die Stunden von 9 bis 1 Uhr und von 3½ bis 6½ Uhr festzulegen.

**Lipinski**-Leipzig: Wir haben seit 1890 die achtstündige Arbeitszeit auf dem Parteitag festgehalten. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert, weil die Parteitage fast dreimal so stark wie früher geworden sind und den Mitgliedern der vielen Kommissionen oft die Teilnahme an Parteitagsverhandlungen erschwert wird. Ich glaube, wir können jetzt eine einstündige Arbeitszeitverkürzung eintreten lassen.

Es läuft ein Antrag Ledebour ein, die Sitzung auf 9 bis 5 Uhr festzusetzen mit einer einstündigen Pause für die Zeit von 12½ bis 1½ Uhr. Nachdem Ledebour dafür und Bebel dagegen gesprochen, wird unter Ablehnung des Antrages Lipinski beschlossen, von 9 bis 12½ und von 1½ bis 5 Uhr zu tagen.

Hierauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein.

### Geschäftsbericht des Vorstandes.

**Ebert:** Soweit wir übersehen können, hat unser schriftlicher Bericht in der Partei eine gute Aufnahme gefunden; ich glaube deshalb, daß ich mich auf einige Ergänzungen und Erläuterungen beschränken kann. Die Parteiorganisation konnte am Schluß des Geschäftsjahres 970 112 Mitglieder mustern, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 133 550 Mitgliedern oder 15,9 pZt., ein Fortschritt, mit dem m. E. die Partei voll zufrieden sein kann. Vergleicht man ihn lediglich mit der Mitgliederzunahme vom Jahre 1907, so befriedigt er allerdings nicht völlig; dabei ist aber zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1906 das erstemal versuchten, den gesamten Mitgliederbestand der Partei festzustellen, und schon deshalb die Resultate der Organisationen nicht einwandfrei waren. Hatte das Resultat fast allgemein enttäuscht, so bewirkte es auf der andern Seite, daß im ganzen Reiche unsere Parteigenossen einen wahren Wetteifer um die Stärkung der Organisation entfalteten. Berücksichtigt man alle Umstände, so konnte man allerdings nicht gut erwarten, daß wir auch im letzten Jahre eine ähnliche sprunghafte Erhöhung unserer Mitgliederzahl zu erreichen in der Lage waren wie 1907. Außer der Stärkung der Organisation in ihrem Umfang hat sich unsere Organisation seit 1906 auch nach innen kräftig entwickelt. 1906 hatten wir 278 Wahlkreisorganisationen, darunter 165 mit über 500 Mitgliedern; in 48 Kreisen hatten wir nur Vertrauensmänner, und in 33 Kreisen hatte die Partei überhaupt keine organisatorischen Anhaltspunkte. Heute haben wir 390 Wahlkreisorganisationen, darunter 233 mit über 500 Mitgliedern. 1907 zählten wir 2704 Ortsvereine, heute 4827 Ortsvereine. Die Mitgliederzahl betrug 1906 12 pZt. unserer Wählerzahl von 1903, und heute beträgt sie 23 pZt. der vorjährigen Wählerzahl. (Bravo!) Unsere Organisation ist viel umfangreicher und zugleich viel dichter geworden, und man darf wohl sagen, daß sie in den letzten Jahren eine Entwicklung genommen hat, auf die wir alle stolz sein können.

Freilich ist die Aufwärtsbewegung unserer Organisation nicht in allen Bezirken gleichmäßig, wir hatten im letzten Jahre sogar 71 Wahlkreise, die einen Mitgliederrückgang aufwiesen. Das ist keine ungewöhnliche Erscheinung, es handelt sich da hauptsächlich um junge Organisationen. Unsere in dem gedruckten Bericht enthaltene Statistik zeigt ganz deutlich, welche Bezirke und Wahlkreise hier in Betracht kommen, und ich glaube, es muß genügen, wenn ich an diese Organisationen das dringende Ersuchen richte, mit aller Sorgfalt den Ursachen dieser Erscheinung nachzugehen und dann mit aller Energie daran zu schreiten, diese Ursachen zu beseitigen. (Zustimmung.)

Die bürgerliche, besonders die liberale Presse hat bei der Kritik unserer Berichte an die erwähnte Erscheinung angeknüpft. Auch das Verhältnis unserer Organisationsstärke, die Zahl unserer Wähler genügt der liberalen Presse nicht. Allerdings erscheinen mir die Liberalen, deren Organisationen vielfach überhaupt nur Phantasiegebilde sind, die unberufensten Kritiker zu sein. (Sehr richtig!) Ernstlicher kommt da schon das Zentrum in Betracht, und die Zentrumspresse war in ihrer Kritik auf einen ähnlichen Ton gestimmt. Der Volksverein für das katholische Deutschland, den man ja wohl als die Organisation des Zentrums ansprechen darf, zählte 1908 610 563 Mitglieder, wir hatten damals nur 587 336 Mitglieder. Heute hat der Volksverein 690 140 Mitglieder, er ist also weit hinter uns zurückgeblieben, seine Zunahme seit 1908 beträgt 13 pZt., während wir eine Steigerung von 65 pZt. erfahren haben. (Bravo!) Während für den Volksverein die Kaplanokratie, zum Teil auch der behördliche Apparat aufgeboten wird und, wie wir kürzlich feststellten, wenn das nicht hilft, auch mit Wurst und Bier nachgeholfen wird (lebhafte Heiterkeit), haben wir in unserer Organisationsarbeit zu kämpfen gegen fanatische, skrupellose Gegner, gegen die Ausnutzung der sozialen Uebermacht, gegen eine ungesetzliche Verwaltungspraxis und gegen die Klassenjustiz.

Auf weitere organisatorische Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen, zumal ja die Frage besonders auf der Tagesordnung steht. Hervorheben muß ich aber, daß sich bei den Reichstagswahlen unsere Organisation in jeder Hinsicht vorzüglich bewährte. Unsere Bezirks- und Landesorganisationen haben sich mehr und mehr gefestigt und sind zu unentbehrlichen Faktoren in der Gesamtpartei geworden, sie sind nicht nur die Träger einer einheitlichen systematischen intensiven Organisations- und Agitationsarbeit, sie sind auch das Bindeglied zwischen Wahlkreisorganisationen und zwischen der Zentralleitung der Partei. Diese für die Gesamtpartei so außerordentlich wichtige Tätigkeit der Bezirks- und Landesorganisationen tritt zwar nicht laut in Erscheinung, sie kommt auch in unserm schriftlichen Bericht nicht zur Geltung, aber um so mehr muß sie anerkannt werden, daß sie für das Funktionieren unseres Organisationsapparates von der allergrößten Bedeutung ist. Wir können ohne Ueberhebung feststellen, daß unsere Organisation die aller bürgerlichen Parteien weit übertroffen hat.

Der Kampf um die Jugend ist bei unserer Rekrutierungsarbeit von größter Bedeutung. Nach dem alten Rezept: Zuckerbrot und Peitsche versuchen die Bürgerlichen aller Schattierungen im Bunde mit den Regierungen die Arbeiterjugend für ihre Zwecke einzufangen. Das Vereinsgesetz öffnet der behördlichen Willkür Tür und Tor, nur gegen die proletarische Jugendbewegung wird es angewendet. Die bürgerliche Jugendbewegung, die trotz ihrer Heuchelei doch ihrem ganzen Wesen nach politisch ist, wird mit Mitteln des Staates und der Gemeinde geradezu treibhausartig gezüchtet. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß daher erkennen, wohin die Reise geht. Schon werden im gegnerischen Lager Stimmen laut, die neue Zwangsmaßnahmen für die Jugend verlangen. Es muß jedem klassenbewußten Arbeiter zur dringenden Pflicht gemacht werden, die proletarische Jugendbewegung nach besten Kräften zu fördern. Das treffliche Organ unserer Jugendbewegung, die „Arbeiter-Jugend", darf in keiner Arbeiterfamilie, wo heranwachsende Söhne und Töchter sind, fehlen. Und es liegt ein ausführlicher, schriftlicher Bericht auch über den Stand der Jugendbewegung vor, ich kann nur bitten, daß die Delegierten diesem Bericht ernste Beachtung schenken.

Wohin leichtfertige Gründungen führen, das hat uns ja Göppingen gezeigt. Die Parteigenossen sind dort zur Gründung eines Unternehmens geschritten, trotzdem von allen sachkundigen Seiten dringend abgeraten wurde. Das dringende Abraten des Parteivorstandes wurde in den Wind geschlagen. Nach kaum einem halben Jahre war die Katastrophe da. Man hatte glücklich 4000 Abonnenten, aber auch über ℳ 100 000 Schulden, von denen der größte Teil sofort fällig war. Eine sachliche Prüfung ergab, daß die Weiterführung des Unternehmens einen jährlichen Zuschuß von etwa ℳ 12 000 erfordern würde. Dieses Göppinger Beispiel sollte für jeden einsichtigen Parteigenossen geradezu abschreckend wirken und von neuem zu größter Vorsicht mahnen. Jedenfalls ist der Parteivorstand entschlossen, ernstlich die Münchner Resolution zu beachten, und die Parteigenossen, die diesen Beschluß außer acht lassen, können nicht darauf rechnen, daß sie bei Pressegründungen vom Parteivorstand finanzielle Hilfe bekommen können. Der Parteivorstand muß aber auch öfter bei bestehenden Blättern mit finanzieller Hilfe eingreifen, wenn es sich um Betriebsveränderungen oder um sonstige neue Einrichtungen handelt. Dabei handelt es sich in der Regel um recht große Beträge, die dann den betreffenden Geschäften als Darlehen gegeben werden. Heute ist ein großer Teil des Parteivermögens, weit über eine Million Mark, in solchen Darlehen angelegt. Soll der Parteivorstand auch für diesen Vermögensteil der Gesamtpartei gegenüber die Verantwortung tragen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß er auch an der Verwaltung solcher Parteigeschäfte beteiligt wird, daß ihm bei bestimmten Dingen, die die Rentabilität des Unternehmens beeinflussen, ein entscheidendes Einspruchsrecht eingeräumt wird. In der Praxis sind die Dinge so geregelt worden, daß solche Geschäfte bei Neuanschaffungen, die einen gewissen Wert übersteigen, oder bei der Festsetzung des Materials der Zeitung, bei der Lohn- und Gehaltsregelung, bei der Anstellung und Entlassung von Redaktions- und Verwaltungspersonal die Zustimmung des Parteivorstandes einzuholen haben. Weiter ist ausbedungen, daß dem Parteivorstand jederzeit das Recht zusteht, diese Unternehmen einer Revision zu unterwerfen. Heute steht eine große Anzahl Parteigeschäfte unter dieser Bedingung. Die Handhabung ist von uns jederzeit aufs loyalste geführt worden. Außer zwei Fällen sind alle Fälle bisher völlig glatt erledigt worden. In einem Falle handelte es sich um die Entlassung, in einem zweiten Falle um die Anstellung eines Redakteurs. Nach Verhandlungen mit Parteiverlag und Preßkommission der in Frage kommenden Blätter ist auch in diesen beiden Fällen Uebereinstimmung herbeigeführt worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei unserm Eingreifen die Unabhängigkeit der Redaktion gegenüber der Parteileitung wahren. Das ist bisher von uns auf das Peinlichste beobachtet worden. Wir haben nach der Richtung hin geradezu Garantien gegeben.

In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf Göppingen zu sprechen kommen. Es ist ja nicht angenehm, den Parteitag beim Beginn mit solchen Sachen zu behelligen, aber die Angelegenheit hat in der Partei so viel Staub aufgewirbelt, daß die Gesamtpartei von uns in dieser Frage völlige Aufklärung verlangen kann. Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen; mir kommt es in der Hauptsache darauf an, Ihnen eine ruhige Darstellung der Entwicklung der Dinge zu geben und anderseits die Stellung des Parteivorstandes zu rechtfertigen. Als die Göppinger nach ihrem Zusammenbruch an uns herantraten, waren wir zunächst entschlossen, abzulehnen. Einmal erschienen uns die erforderlichen Opfer so groß, daß wir glaubten, sie vor der Gesamtpartei nicht verantworten zu können. Auf der andern Seite konnte auf lange Jahre hinaus keine Rede von einer Existenzmöglichkeit sein. Wir hatten aber vorher die Leitung der Landesorganisation befragt und vom Landesausschuß besonders wurde geltend gemacht, daß die übrigen kleinen Parteiunternehmungen in Württemberg ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut seien und, würde Göppingen zusammenbrechen, dann würde auch zu ihnen alles Vertrauen schwinden und dann würden auch sie in die größte Gefahr kommen. Außerdem ist bei diesen Verhandlungen auf die schwer zu überwindenden politischen Nachwirkungen hingewiesen worden. Einstimmig empfahl uns diese Konferenz, an der auch Vertreter der Göppinger teilnahmen, in Göppingen einzugreifen. Das erste, was nach einer gewissen Prüfung des Unternehmens von uns geschah, war die Beseitigung der schlimmsten finanziellen Schwierigkeiten. Wir haben bereits am 29. April den Göppingern die erste Rate überwiesen, am 23. Mai die zweite und am 29. Mai die dritte Rate. Diese Beiträge sind dem Geschäftsführer des Göppinger Unternehmens, wie dies auf der Kreiskonferenz des Wahlkreises offen ohne Widerspruch erklärt ist, ohne weitere Bedingungen ausgehändigt worden, so daß alle gegenteiligen Behauptungen unwahr sind. (Hört! hört!) In der Zwischenzeit verhandelten die Göppinger mit Ulm wegen Herstellung der „Donauwacht" in ihrer Druckerei. Diese Verhandlungen sind nicht, wie hartnäckig immer behauptet wurde, vom Parteivorstand angeregt worden, sie sind vielmehr der eigenen Initiative der Göppinger entsprungen und schon geführt worden, ehe an den Parteivorstand herangetreten worden ist. (Sehr richtig!) Wie wir das erstemal von der Sache hörten, bezeichneten wir diese Verhandlungen als aussichtslos. Als aber dann auf der vorhin erwähnten Konferenz die Göppinger und selbst Thalheimer lebhaft für die Fortführung dieser Verhandlungen eintraten (Hört! hört!), da erklärten wir sofort mit aller Deutlichkeit und mit großem Nachdruck, daß die freie Entschließung der Göppinger über die Haltung ihres Blattes dadurch unter keinen Umständen beeinträchtigt werden dürfte. (Hört! hört!) Das geschah in einer Konferenz, an der der Landesvorstand, der Ausschuß, der Parteivorstand, Ulmer Vertreter und auch Thalheimer teilnahmen. Die Konferenz beschloß einmütig, diese Verhandlungen mit Ulm weiterzuführen. Trotzdem haben wir außerdem noch dem Göppinger Verlag mitgeteilt, daß sie uns über den Verlauf dieser Verhandlungen unterrichten sollen. Auch dem Genossen Thalheimer war das bekannt, denn ihm ist dieser Brief ausgeliefert worden und der Brief ist im Gewahrsam des Genossen Thalheimer geblieben. (Hört! hört!) Als wir dann am 23. Mai wieder bei der Göppinger Geschäftsleitung über den Stand der Verhandlungen anfragten, wurde uns mitgeteilt, daß alles auf gutem Wege sei. Weitere Nachrichten sind uns nicht geworden, von keiner Seite, trotzdem wir sie von der Geschäftsleitung dringend verlangt hatten. So standen die Dinge, als dann schließlich am 1. Juni — es war eines Sonnabends — das Göppinger Parteiblatt die Mitteilung brachte, daß in einer Göppinger Parteiversammlung bereits am 30. Mai die Verschmelzung der Blätter von Ulm und Göppingen beschlossen sei. Dieser Bericht kam am Montag in unsere Hände, aber ehe wir überhaupt eine offizielle Mitteilung bekamen und zu dem Beschluß Stellung nehmen konnten, begannen bereits die Treibereien in der Parteipresse gegen uns.

Das Bremer Parteiblatt brachte am 1. Juni, also ausgerechnet an demselben Tage, an dem das Göppinger Blatt den Beschluß veröffentlichte, eine Notiz unter dem ansprechenden Titel: „Ein Parteiskandal." (Hört! hört!) Der Verfasser war der Genosse Westmeyer. In dieser Notiz wurde dreist behauptet, Parteivorstand und Landesvorstand hätten erklärt, den Göppingern nur zu helfen, wenn Thalheimer beseitigt und an seine Stelle Roßmann von Ulm gesetzt würde. (Lebhafte Bewegung.) Sofort haben wir dieser durchaus unerhörten Behauptung widersprochen und noch an demselben Tage der gesamten Parteipresse eine Klarstellung über unsere Stellung zur Sache gegeben. Wer mit diesen Dingen auch nur einigermaßen vertraut ist, mußte sich sagen, daß eine Regelung in Göppingen nur mit Hilfe des Parteivorstandes, nur mit Hilfe der Zentralkasse durchgeführt werden könne. Man konnte daher von jedem, der nicht gerade Skandal suchte, erwarten, daß er zunächst die weiteren Schritte des Vorstandes abwarten würde. (Sehr richtig!) Vor allem durften wir das von Radek, Thalheimer und Westmeyer erwarten, denn sie saßen in Göppingen und mußten wissen, daß der Parteivorstand sofort beschlossen hatte, zwei Vertreter nach Göppingen zu schicken, die bereits am 6. Juni morgens die Verhandlungen aufgenommen haben. Aber darin haben wir uns getäuscht. Die „Leipziger Volkszeitung" brachte am 4. Juni, nachdem sie bereits im Besitz unserer Erklärung war, unter dem Titel: „Ein Gewaltstreich" einen Artikel von Radek, worin die in dem Bremer Parteiblatt erhobenen Beschuldigungen mit großem Wortschwall wiederholt wurden. Es wurde behauptet, wir hätten die Verschmelzung der beiden Blätter angeregt, wir hätten sogar unsere Mithilfe von dieser Verschmelzung abhängig gemacht und dem Landesvorstand keine Bedingungen gestellt. Auf Grund dieser falschen Behauptungen kam man zu dem Fazit, der Parteivorstand vermöge die politischen Folgen seines Vorschlages nicht zu übersehen (Lachen), der Parteivorstand fühle sich nur als Verwalter der Parteigelder, er habe keinen Sinn für Parteiehre und für die Interessen der Partei. (Hört! hört! und Gelächter.) So glaubte man denn nun glücklich

einmal zu dem mageren Thema von den Bureaukraten einen Beitrag konstruiert zu haben, allerdings auf Kosten der Wahrheit, denn unsere Erklärung besagte ja das Gegenteil und sie befand sich bereits im Besitz der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung". (Hört! hört!) Aber die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" glaubte sich diesen fetten Happen nicht entgehen lassen zu sollen, sie fabulierte feste darauf los von Geldschrankhütern, von Schema F, von sauberen Akten und ähnlichen Dingen. Ich glaube gerade darauf hinweisen zu müssen, um Ihnen zu zeigen, wie man mit dem Schlagwort „Bureaukratie", das ja jetzt in der Partei üblich geworden ist, auch bei dieser Gelegenheit Geschäfte machen zu können hoffte. Mit unserer Erklärung hat die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" kurzen Prozeß gemacht; sie brachte den Artikel von Radek als Leitartikel, knüpfte gnädigst unsere Erklärung hinten an und bemerkte dazu, die Erklärung des Parteivorstandes bestätigte im wesentlichen, was in dem Artikel unserer Württemberger Zuschrift dem Parteivorstand vorgeworfen wird. (Große Heiterkeit.) Tatsächlich steht die Erklärung schnurstracks im Widerspruch zu dem, was gegen uns gesagt ist. (Sehr richtig!) Wenn man so vorgeht, so ist das eine recht skrupellose Zumutung an die Urteilslosigkeit der Leser. (Sehr gut!)

Das Bremer Parteiblatt hat unsere Erklärung doch besser bewertet. Es schrieb am selben Tage: „Wir bedauern sehr, durch einen Mitarbeiter, dem auf Grund eigener langjähriger Praxis als Redakteur die volle Bedeutung solcher ganz bestimmter Erklärungen klar sein mußte, falsch unterrichtet zu sein. Daß wir das sind, beweist die folgende Berichtigung, die uns vom Parteivorstande telephonisch übermittel wurde." Aber diese Einsicht hat nicht lange vorgehalten. Am andern Tage brachte die „Bremer Bürger-Zeitung" den Artikel Radeks aus der „Leipziger Volkszeitung" mit der Redaktionsanmerkung, ohne auf die Berichtigung Bezug zu nehmen und ohne jeden Kommentar. (Hört! hört!) Ich glaube, die Redaktion der „Bremer Bürger-Zeitung" hat sich dabei selbst die schlimmste moralische Ohrfeige verabreicht. (Sehr richtig!) Aber im Eifer, das Gleichgewicht zwischen Bremen und Leipzig wieder herzustellen, scheint ihr das nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Ich habe geglaubt, auf diese Einzelheiten hinweisen zu müssen, weil sie charakteristisch sind für die polemischen Methoden dieser beiden Parteiblätter. (Hört! hört!) Westmeyer und Thalheimer setzten trotz aller unserer Erklärungen ihre Treibereien gemeinsam fort. Jede Erklärung von uns beantworteten sie mit neuen haltlosen Verdächtigungen. In vertraulichen Zirkularen und Depeschen suchten sie mit zum Teil wahrheitswidrigen Angaben die Presse zu beeinflussen. (Hört; hört!) Dabei spielten sie sich als Retter der Parteiehre und der reinen Gesinnung auf. Unsere Bemühungen zur Regelung der Angelegenheit wurden als Vertuschungsaktion bezeichnet, und den Redaktionen wurde Vorsicht gegenüber unsern Erklärungen anempfohlen. (Hört! hört! und Bewegung.) Radek trat sogar mit einer förmlichen Drohnote an den Parteivorstand heran. (Lebhaftes Hört! hört!) In Versammlungen, darunter in einer von 16 Personen besuchten Frauenversammlung in Göppingen, wurde die Angelegenheit in ähnlicher unverantwortlicher Weise verhandelt, und in einer Versammlung in Stuttgart wurde den Genossen Westmeyer und Thalheimer Dank und Anerkennung für diese mutvolle Erfüllung der Parteipflicht ausgesprochen. (Heiterkeit und Hört! hört!) Als wir das Dreimännerkollegium in die Enge getrieben hatten, da behaupteten sie doch noch, den Parteivorstand der Passivität beschuldigen zu müssen. Da und dort hätte er gefehlt, obgleich wir vor Monaten die Erhaltung der Unabhängigkeit der Göppinger Redaktion zur Bedingung gemacht hatten, obgleich wir in jedem Stadium der Verhandlungen daran festgehalten und finanzielle Hilfe sofort gewährt hatten und den Druck von ihren Schultern nahmen, und obgleich wir verlangten, von dem Gange der Unterhandlungen stets unterrichtet zu sein, glaubte man, uns Untätigkeit vorwerfen zu können. Wie sollten wir anders verfahren? Wie sollte man vorsichtiger zu Werke gehen, wenn man die Göppinger nicht als unmündige Kinder oder als Trottel behandeln wollte?

Folgendes ist noch zu beachten. Radek hatte am 28. Mai, ermächtigt von Thalheimer, dessen Rücktritt von der Redaktion erklärt, und Thalheimer hatte am 30. Mai zu Beginn einer Parteiversammlung in Göppingen erklärt, daß er von der Redaktion freiwillig zurücktrete. Das geschah ohne Wissen des Parteivorstandes. Das geschah, obgleich ein Telephongespräch oder ein Telegramm genügt hätte, um ein sofortiges Eingreifen des Parteivorstandes herbeizuführen. Wer bei dieser so völlig klaren und einfachen Sachlage behauptet, die Göppinger hätten unter finanziellem Druck oder Zwang gehandelt, der stellt die Tatsachen auf den Kopf. (Sehr richtig!) Beachten Sie doch nur: Radek erklärt selbst den Rücktritt Thalheimers. Er hat es damit so eilig, daß er nicht einmal dessen Zustimmung einholt, und dann schreibt er über Erpressung und Maßregelung. Thalheimer gibt in einer Parteiversammlung die Erklärung ab, daß er zurücktritt, und man muß annehmen, daß er freiwillig zurücktritt. Einige Tage später behauptet er, die Erklärung sei unwahr, sein Rücktritt sei erpreßt, und die Verantwortung für diese Erpressung trage der Parteivorstand. (Hört, hört!) So etwas nennt sich mutvolle Erfüllung der Parteipflichten. (Heiterkeit.) Dieser Sachverhalt ist in einer Sitzung vom 6. Juni in Göppingen, an der alle Parteiinstanzen des Göppinger Wahlkreises mit Radek und Thalheimer teilnahmen, festgestellt worden. Radek und Thalheimer haben auch in dieser Verhandlung eine recht merkwürdige Rolle gespielt. Nachdem wir längere Zeit verhandelt hatten, nachdem Radek sich eingehend zur Sache erklärt hatte, nahm Thalheimer einen Teil von der erwähnten zweiten Erklärung zurück, und nach weiterer Verhandlung nahm er die ganze Erklärung zurück. (Heiterkeit.) Und zwar, wie er erklärte, weil er sie nach dem Ergebnis der Verhandlungen nicht mehr aufrecht erhalten könne. Radek, dem es in der Hauptsache darum zu tun war, seinen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung" zu rechtfertigen und weiteren Spektakel zu machen, war diese Erklärung Thalheimers recht unangenehm, und er bat um Unterbrechung der Sitzung. Das geschah. Radek führte sogenannte Verhandlungen mit Thalheimer, und dann kam Thalheimer zurück und gab eine dritte Erklärung ab: „Ich muß erklären, daß ich nach weiterer Ueberlegung die Vorwürfe gegen den Parteivorstand in allen Punkten aufrecht erhalte!" (Heiterkeit und Hört, hört!) Darauf meinten selbst die Göppinger Parteigenossen, es sei Zeit zur Abstimmung zu kommen. (Pfannkuch ruft: Kalte Umschläge machen!) Dann ist in Anwesenheit von Radek und Thalheimer gegen diese beiden Stimmen von allen Göppinger Parteiinstanzen die Erklärung beschlossen worden: Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung des Göppinger Blattes weder dessen Verschmelzung mit dem Ulmer Parteiblatt noch dessen Druck in der Göppinger Druckerei zur Bedingung gemacht. Er hat nur gewünscht, daß versucht werden solle, den Druck des Ulmer Blattes derGöppinger Druckerei zu übertragen, um diese lebensfähig zu gestalten. Ueber den Verlauf sollte berichtet werden. Dann sollte er über die Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des Göppinger Vereins ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nichts berichtet worden, obwohl er schriftlich darum ersucht hatte. Es kann also dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden! —

Radek geriet darüber in begreifliche Erregung, er versuchte alle Augenblicke, darüber „Feststellungen" zu machen, verlangte Protokollierungen und versuchte auf recht merkwürdige Weise schriftliche Zeugnisse von den Anwesenden zu erhalten. Er drohte mit der Parteipresse usw. Nach achtstündiger Verhandlung mußten wir uns sagen: eine weitere Verhandlung kann zu nichts führen, wir brechen ab. Die Göppinger beantragten, die Verhandlung am nächsten Tage weiterzuführen! Wir machten zur Bedingung, daß wir nur weiter verhandeln würden, wenn alle Göppinger Instanzen teilnehmen würden und alle ausdrücklich dazu bevollmächtigt sein würden. Das ist geschehen, das ist protokollarisch festgestellt und von allen anerkannt worden. Dann ist der zweite Teil der Erklärung beschlossen worden, ebenfalls einstimmig. Außerdem sind dann auch dort Verhandlungen geführt worden über ein neues Arrangement zur Sanierung. Man kam nach sachlicher Verhandlung zu einem einmütigen Entschluß auch in dieser Frage. Aber um weiteren Treibereien vorzubeugen, haben wir verlangt, daß auch dieser Beschluß allen in Betracht kommenden Parteiinstanzen zur besonderen Beschlußfassung vorgelegt werden solle. Das ist auch in einer Göppinger Sitzung geschehen. Dort ist einmütig unserm Vorschlage zugestimmt worden. Später stimmte auch die Kreisgeneralversammlung zu. Nach dieser Regelung wird das Ulmer Blatt in Göppingen gedruckt. Beide Blätter beziehen für den allgemeinen politischen Teil die Matern von der „Tagwacht" in Stuttgart. Die neue Besetzung der „Tagwacht"-Redaktion war damals schon durchgeführt. Landespolitik und den übrigen Text soll jedes Blatt selbst herstellen, abgesehen von der Unterhaltungsbeilage. Jedes Blatt hat seine eigene Redaktion und Preßkommission, die Preßkommission nur aus dem Verbreitungsbezirk. Das war der einzige Ausweg zu einer vernünftigen Regelung. Die Regelung hat sich vorzüglich bewährt. Die Göppinger Preßkommission, die nur aus Vertretern der Göppinger Genossen besteht, hat uns noch in den letzten Tagen mitgeteilt, daß diese Regelung allgemein befriedigt. Ohne Radek und seine Freunde wäre diese Regelung einige Wochen früher erfolgt. Der Partei wäre der Skandal erspart geblieben und die Göppinger hätten nicht den schweren Schaden erlitten, der ihnen zugefügt worden ist. (Sehr richtig!) Wenn jetzt von jener Seite behauptet wird, daß nur durch ihr Eingreifen diese Regelung herbeigeführt worden ist, dann sind das nichts als windige Ausflüchte. (Sehr richtig!) Denn die Vorstandsvertreter haben bereits bei der ersten Verhandlung in Stuttgart den Göppinger Vertretern eine Regelung auf derselben Grundlage vorgeschlagen. Als wir am 5. Juni nach Göppingen fuhren, waren wir dazu entschlossen und während der ganzen Verhandlungen haben wir in diesem Sinne gewirkt. Aber es ist auch falsch, wenn jene Leute behaupten, sie hätten diese Regelung erzielt, denn wir wurden ja gerade wegen dieser Regelung auf das heftigste angegriffen. Die „Leipziger Volkszeitung" hatte sich zurückgezogen. Die „Bremer Bürgerzeitung" stand allein auf weiter Flur. Da behaupteten Radek und Thalheimer in einem Schlußartikel, wir hätten mit unserer Regelung das Blatt dem Landesvorstande ausgeliefert. Und der Dritte am Werke, der württembergische Mitarbeiter der „Bremer Bürgerzeitung", schrieb: „Jetzt ist die Sanierung in der Weise durchgeführt worden, die das Göppinger Blatt in der Tat kaputtsaniert hat." — Dabei ist der Artikelschreiber über alle Einzelheiten genau unterrichtet. Er muß also wissen, wie die Dinge liegen. Daß es sich dabei nicht um Bagatellen handelt, geht daraus hervor, daß diese Sanierung für die Parteikasse nicht weniger als M 82 000 gekostet hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Weitere große Forderungen stehen noch aus. (Erneutes Hört! hört!)

Es bleibt mir nur noch übrig, die Erklärung zu rechtfertigen, die Genosse Braun und ich auf der Kreisgeneralversammlung auf dem Hohenstaufen gegen Radek abgegeben haben. Aber die Begründung ergibt sich wohl schon aus dem, was ich angeführt habe. (Pfannkuch: Das genügt!) Noch am Abend der Generalversammlung war Radek in Gmünd. Er erklärte, der Parteivorstand müsse unter allen Umständen das zur Erhaltung der völligen Selbständigkeit des Göppinger Blattes erforderliche Geld hergeben, das Geld, das doch von den Arbeitern aufgebracht sei. (Bebel ironisch: Das mußte natürlich gesagt werden!) Ja, dieser Mann geht in so unverantwortlicher Weise zu Werke, obgleich er selbst nicht die Verpflichtung in sich fühlt, der Partei als Mitglied anzugehören. (Lebhafte Bewegung und Hört! hört!) Alle gegenteiligen Behauptungen Radeks über seine Mitgliedschaft sind unwahr. Er ist auf dem Hohenstaufen daran erinnert worden, daß man, wenn man in der Partei mitreden will, auch Mitglied der Partei sein muß. (Lebhaftes Hört! hört!) Er hat behauptet, er sei seit 1908 Mitglied der deutschen Partei geworden, in Leipzig und im sechsten Berliner Wahlkreise. Nach den Mitteilungen der Organisation sind diese Behauptungen unwahr. (Hört! hört!) Radek war in Leipzig überhaupt nicht Mitglied (Hört! hört!) und in Berlin VI war er es nur dem Namen nach. Er ist dort am 5. Oktober 1908 Mitglied geworden, aber Beiträge hat er nicht bezahlt. (Stürmische, minutenlange Heiterkeit.)

Parteigenossen! Ueber eine Tatsache kann ich aber nicht hinweggehen. Ich habe schon vorhin auf den Schlußartikel von Radek und Thalheimer in der „Bremer Bürgerzeitung" hingewiesen. Dieser Artikel schließt: „Wir werden in einer Broschüre der Partei das ganze in Betracht kommende Material unterbreiten, insoweit es überhaupt der Oeffentlichkeit mitgeteilt werden kann. Den Rest, der von sehr großer Wichtigkeit zur Beurteilung der Frage ist, werden wir der Kontrollkommission mitteilen." (Hört, hört!) Und an anderer Stelle: „Es werden der Parteiöffentlichkeit wichtige Tatsachen vorenthalten, Dokumente, die absolut notwendig sind zur Beurteilung einer wichtigen Frage, die seit Wochen die Parteiöffentlichkeit beschäftigt." Nun, die Broschüre hat uns bis zur Stunde nicht erreicht (Hört! hört!), und das zur Beurteilung so wichtige Material ist, wie mir Genosse Kaden mitteilt, bis zum Augenblick auch nicht bei der Kontrollkommission eingelaufen. (Hört! hört!) Nicht einmal Beschwerde gegen uns ist bei der Kontrollkommission geführt worden, trotzdem wir öffentlich dazu aufgefordert haben. Diese Erklärung Radeks — sie trägt ja nur den Namen Thalheimer mit — ist in ihrem Wortlaut darauf berechnet, raffiniert darauf berechnet, Verdächtigungen auszustreuen zur Täuschung der Parteigenossen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich weise diese Andeutungen mit aller Entschiedenheit zurück, es gibt keine Dokumente von Belang, keine wesentlichen Tatsachen in der Göppinger Angelegenheit, die von uns der Oeffentlichkeit vorenthalten worden wären. (Hört! hört!) Damit könnte ich diese Sache verlassen, wenn sie nicht dazu gedient hätte, so viel Staub aufzuwirbeln und so leichtfertig Angriffe und Verdächtigungen gegen uns in die Welt zu setzen, daß die Partei verlangen konnte, volle Klarheit in dieser Sache zu erhalten. (Zustimmung.) Ich weise alle diese Verdächtigungen als leichtfertig und haltlos (Bebel: verlogen! Sehr richtig!) auf das entschiedenste zurück. Ich will nicht sagen verlogen, sondern haltlos und unbeweisbar. Wir haben in dieser Sache unsere Pflicht und Schuldigkeit in weitester Weise erfüllt, trotzdem uns das Leben von einigen Quertreibern wahrlich sauer genug gemacht worden ist. Das Gravierende und Beschämende aber ist, daß einige Parteiorganisationen und Parteiblätter sich in solcher Weise haben mißbrauchen lassen. (Stürmische Zustimmung.)

Nachdem der Redner mitgeteilt hat, daß Genosse Mehring auf seinen Wunsch von den politischen Spitzartikeln in der „Neuen Zeit" entbunden und ihm dafür das gleiche Maß von Arbeit in wissenschaftlichen Aufsätzen für die „Neue Zeit" übertragen worden sei, geht er auf die Ausbreitung der Parteipresse ein. Wir haben im letzten Jahre 171 000 Abonnenten gewonnen gegen 146 000 im Vorjahre. Neben der Zunahme an Abonnenten hat die Parteipresse im letzten Jahre auch gewaltig an innerem Wert gewonnen. Es muß rühmend anerkannt werden, daß insbesondere während des Reichstagswahlkampfes unsere Parteipresse geradezu Glänzendes geleistet hat; große Schichten der Arbeiter aber stehen uns heute noch als Abonnenten fern und bilden die Träger der sogenannten farblosen Presse. Hier liegt noch eine große, wichtige Arbeit für die Partei; denn je größer die Ausbreitung der Parteipresse, desto mehr innerlich gekräftigt wird sie und desto größer wird ihre Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung ihrer großen Aufklärungsarbeit. Auf dem Gebiete der imperialistischen Raubpolitik, gegen den Wahnwitz der Rüstungssteigerung, gegen die Kriegshetzereien sowie gegen die wucherische Aushungerungspolitik sind von uns Massenaktionen eingeleitet worden, die sich mehrfach zu wuchtigen Demonstrationen gestaltet haben. Die Aufhebung der Schnapsliebesgabe, die in Wirklichkeit nur eine Erhöhung der Branntweinsteuer war, hat uns veranlaßt, eine neue energische Aufforderung zur Befolgung des Schnapsboykotts ergehen zu lassen. Es liegen ja Anträge vor, die eine neue Agitation für den Schnapsboykott fordern, aber ich glaube, wir führen darüber keine lange Verhandlung und fassen keine neuen Resolutionen, sondern bekräftigen aufs neue den Leipziger Beschluß. Ein einmütiger Appell an die Arbeiterklasse aus moralischen und politischen Gründen den Schnapsgenuß zu meiden, wird draußen im Lande großen Widerhall finden und die größte Wirkung ausüben. Zu allen politischen Aktionen ist von uns Agitationsmaterial ausgegeben worden, zur Reichstagswahl allein 68 verschiedene Flugblätter. Die Bezirks- und Landesvorstände sind seit der Wahl dreimal zusammenberufen worden, auch die Redakteure haben wir einmal einberufen. Mit der Kontrollkommission haben wir alle Vierteljahre konferiert und dabei alle wichtigen Parteifragen erörtert, Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht. Während früher oft über Mangel an Agitationsmaterial geklagt wurde, hört man jetzt schon vielfach, daß in dieser Beziehung manchmal des Guten etwas zu viel geboten werde. (Sehr richtig!) Einzelne Genossen machen dem Vorstand den Vorwurf der mangelnden Initiative und Aktivität. In der Organisationskommission, wo doch Genossen mit jahrelangen Erfahrungen sitzen, ist einmütig erklärt worden, daß der Parteivorstand in bezug auf Aktivität und Initiative des Guten vielleicht etwas zu viel täte. Flugblätter und Flugschriften sind im letzten Jahre in nicht weniger als 114 Millionen Exemplaren verbreitet worden, wovon 88 Millionen allein auf die Reichstagswahl entfallen. 30 000 öffentliche Agitationsversammlungen und mehr als 42 000 Mitgliederversammlungen wurden erledigt. Auch in der systematischen Bildungsarbeit wurde Großes geleistet. Die Parteiverlage in Stuttgart und Berlin haben eine gesteigerte Tätigkeit entfaltet. Ueber die Vorwärtsbuchhandlung ist schriftlich Bericht erstattet, und der Verlag von Dietz hat vom 1. April 1911 bis zum 30. Juni 1912 18 Bücher in einer Gesamtauflage von 120 000 erscheinen lassen. Augenblicklich ist eine Volksausgabe des ersten Bandes des „Kapital" in Vorbereitung. (Bravo!) Die Herausgabe wurde Karl Kautsky übertragen. Das letzte Jahr war ein Jahr des Kampfes und des Sieges für die Partei. Außer der großen Steigerung der Mitgliederzahl, der erfreulichen Vermehrung der Abonnenten unserer Presse ist die Zahl unserer Gemeindevertreter von 8900 auf 10 400 gestiegen, und wir konnten unsere Sitze in den bundesstaatlichen Landtagen von 188 auf 244 vermehren. Die 4¼ Millionen Stimmen bei der Reichstagswahl waren ein glänzendes Vertrauensvotum für die Partei und ihre Politik. Diese gewaltige Wählermasse zu sozialistischer Kenntnis zu bringen, sie zu überzeugten und zu kampfbereiten Sozialdemokraten zu machen, muß eine der wichtigsten Arbeiten für die nächste Zeit sein. Unsere Arbeit im Vorstand war getragen von übereinstimmender Auffassung in allen wichtigen Fragen und von schöner Kollegialität. Wir haben mit den Gewerkschaften gute Fühlung gehalten und standen zu ihrer Generalkommission fortdauernd in engen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen. (Bravo!) Zu den auftretenden Parteistreitfragen hat der Parteivorstand jederzeit klar und entschieden Stellung genommen. Bei prinzipiellen Fragen stellte er sich rückhaltlos auf den Boden des Erfurter Programms, bei taktischen Fragen ließen wir uns bestimmen durch unsere Klassenkampftaktik und durch die Beschlüsse unserer Parteitage. Freilich hat die Parteileitung kein Interesse an der Verschärfung der Meinungsstreitigkeiten. Vor allem waren wir bestrebt, die Geschlossenheit und Einheit unserer Kampffront zu erhalten, sie mit ganzer Wucht gegen den Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu richten. So bitte ich Sie, an die Kritik unserer Tätigkeit heranzutreten. Wird die Kritik nicht der Kritik wegen, sondern des Interesses an der Sache wegen geführt, dann muß sie zum Vorteil der Partei ausschlagen, muß sie die Kampfesfreude und Siegessicherheit unserer Parteigenossen stärken. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Der Parteitag vertagt sich bis 2 Uhr nachmittags.

### Nachmittagssitzung.

**Haase** eröffnet die Sitzung gegen 2¼ Uhr mit der Verlesung folgender Begrüßungstelegramme: „Der deutschen Sozialdemokratie, der Vorkämpferin und Lehrmeisterin der sozialistischen Internationale unsern Gruß. Ausländisches Komitee der Sozialdemokratie Lettlands in Brüssel."

„Inmitten verbrecherischer Kriegshetze und tollen bulgarischen Chauvinismus für Frieden kämpfend, sendet revolutionäre Sozialdemokratie Bulgariens innigste Brudergrüße dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der mächtigen Schützerin des Völkerfriedens. Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bulgariens."

Weitere Begrüßungstelegramme sind eingelaufen von der sozialdemokratischen Partei Portugals, vom Parteivorstand aus Rom und von der sozialistischen Partei in Saloniki. Als Vertreter der holländischen Sozialdemokratie ist Genosse Wynkopp erschienen, der von Haase willkommen geheißen wird.

Sodann tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein und nimmt den

### Kassenbericht

entgegen.

Referent **Braun**: In dem siegreichen Jahre 1903 konnte Genosse Gerisch, der durch sein quälendes Leiden noch immer verhindert ist, am Parteitag teilzunehmen, strahlenden Gesichts ausrufen: „So wie im verflossenen Jahre, so sollte es immer weiter gehen!" Kein Wunder, er konnte trotz der erheblichen Wahlausgaben mit einem Ueberschuß aufwarten. Das kann ich ja nun freilich nicht. Wenn man so, wie wir in diesem Jahre die Gegner zu Paaren treibt, dann muß man sich damit abfinden, daß auch die Parteikasse dabei Haare läßt. Es ist doch immerhin noch glimpflich abgegangen, und das Defizit von M 56 000 gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß. Ja, ich glaube, es gibt sogar Genossen, die der Meinung sind, der Parteivorstand habe auch im Geldausgeben nicht genügend Initiative entwickelt. (Heiterkeit.) Jedenfalls fällt bei einer Ausgabe von über M 900 000 für die Wahlagitation ein so geringfügiges Defizit überhaupt nicht sehr ins Gewicht. Allerdings ist das nur die Ausgabe der Hauptkasse und davon entfallen noch M 450 000 auf die Zuschüsse zu den Landtagswahlen in Bayern und Elsaß-Lothringen. Hierzu kommen die Aufwendungen der Wahlkreis- und Bezirksorganisationen, die nach unserer Zusammenstellung insgesamt M 2 384 965,62 für die Wahlagitation verausgabt haben. Auch die Gegner haben ja begriffen, daß zum Kriegführen Geld gehört, und die Herren von der Industrie und Handel ebenso wie die Nutznießer der Hungerzölle und der Liebesgaben belasten das Geschäftsunkostenkonto mehr als bisher und steuern erhebliche Beiträge zu den Wahlfonds der Parteien, von denen sie eine Vertretung ihrer kapitalistischen Profitinteressen erwarten. Diese Parteien müssen schon deshalb meist höhere Aufwendungen machen, weil sie viele Wahlarbeit mit klingender Münze bezahlen müssen, die von unsern Genossen ohne Entgelt oder gegen eine geringe Vergütung geleistet wird. Haben wir auch für den Wahlkampf finanzielle Aufwendungen gemacht in einer Höhe, wie nie zuvor, so darf uns das doch nicht leid tun, denn die Ernte entspricht diesen hohen Erntekosten. Als Politiker wird es uns immer mit Genugtuung erfüllen, wenn wir ein Wahljahr abschließen können mit dem Fazit: Viel mehr Stimmen und Mandate und etwas weniger Geld. Als Verwaltungsmenschen freilich haben wir die Ausgaben auch etwas kritisch zu betrachten, und da ist vorweg zu bemerken, daß die Genossen vielfach durch die gewaltigen Aufwendungen unserer Gegner sich verleiten lassen, es diesen gleich zu tun. Wir mußten infolgedessen in manchen Kreisen ganz erheblich dämpfen. Mustergültig auch in finanzieller Beziehung ist die Wahl in einzelnen Bezirken vorbereitet worden, zum Beispiel in Sachsen, wo die nicht unbeträchtlichen Wahlkosten ohne Zuschuß aus der Hauptkasse bestritten werden konnten. Auch Württemberg, Oldenburg und noch einige andere Bezirke kamen ohne Zuschuß aus. Dagegen haben wiederum andere Bezirke ihre Wahlkosten überwiegend mit den Mitteln der Hauptkasse gedeckt. Wäre es nach den Wünschen gewisser Wahlkreise gegangen, dann würde unser Kassenabschluß ganz anders aussehen.

Die Abführung der Beiträge an die Hauptkasse hat sich in den letzten Jahren sichtlich gebessert. Es ist kaum glaublich, wie schwer sich Neuerungen bei uns durchsetzen, insbesondere, wenn es sich ums Geldzahlen handelt. Noch immer herrscht bei den Kassierern einiger Wahlkreise eine erhebliche Unklarheit darüber, wie die 20 pZt. Beiträge für die Hauptkasse zu berechnen sind, eine Unklarheit, die die merkwürdige Wirkung hat, daß der Zentralkasse niemals mehr, sondern immer weniger zugeführt wird. (Heiterkeit.) Es muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß die klare Bestimmung des Statuts streng innegehalten wird. Die Abrechnung erfolgt am besten vierteljährlich und soll in Zukunft in allen Bezirken durch Vermittlung der Bezirksleitung erfolgen. Die Praxis hat gelehrt, daß dadurch am ehesten eine geordnete Beitragsberechnung sowie eine regelmäßige Beitragsabführung gesichert wird. Es gibt auch noch Organisationen, die es mit der guten alten Zeit halten, wo die Kreise an die Hauptkasse nur dann Geld abführten, wenn sie etwas übrig zu haben glaubten. Um Gründe, die Nichterfüllung ihrer statutarischen Pflicht zu erklären, sind die Kassierer solcher Kreise niemals verlegen. Mehr als 20 pZt. der Beiträge haben sehr wenige Kreise an die Hauptkasse abgeführt. Hier stehen nach wie vor fast nur Groß-Berlin und Hamburg in glänzender Vereinsamung da. Die Opferwilligkeit der Berliner und Hamburger Genossen für die Gesamtpartei hat sich auch im Wahljahre bewährt, und es wäre nur zu wünschen, wenn andere Kreise sich daran ein Beispiel nehmen würden. Es soll nicht verkannt werden, daß es bei den stetig steigenden Anforderungen an die Kreisorganisationen manchen Kreisen nicht leicht ist, ihren Pflichtteil abzuführen. Aber gleichwohl müssen wir darauf bestehen, denn nur durch eine ordnungsmäßige richtige Beitragsabführung ist eine Stabilität der Parteifinanzen zu erzielen. Zurzeit ist die Hauptkasse zu einem erheblichen Teil auf die Geschäftsüberschüsse angewiesen, die naturgemäß sehr schwankend sind, während die dauernden Ausgaben der Hauptkasse ganz erheblich gestiegen sind. Um so mehr muß der Parteivorstand mit Sicherheit auf bestimmte Einnahmen rechnen können. Bei der zunehmenden Intensität der Kämpfe haben wir alle Veranlassung, unsern Kampffonds immer mehr zu stärken, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein. Wie wichtig dieser Fonds ist, geht auch schon daraus hervor, daß unsere Gegner ihm ein geradezu rührendes Interesse entgegenbringen. In diesem Jahre machte sich auch die „Nordd. Allgem. Ztg." an die Aufgabe, die Geheimnisse unseres Kassenberichts zu ergründen. In ihrer Nummer vom 25. August stellt sie erst, was bei einem Organ Bethmann-Hollwegs nicht wundernehmen kann, tiefsinnige Betrachtungen darüber an, ob Hauptkasse und Parteikasse dasselbe ist. Dabei kommt das Blatt zu folgendem philosophischen Schluß: „Was hier unter der neuen Bezeichnung Hauptkasse erscheint, wäre also die frühere Parteikasse. Taucht trotzdem noch eine Parteikasse auf, dann fragt es sich, ob das eine neue Kasse sein soll." (Große Heiterkeit.)

Das ist fast ebenso klar, wie das Regierungsprogramm des Reichskanzlers der gottgewollten Abhängigkeit. (Heiterkeit.) Auf derselben Höhe bewegen sich die weiteren Ausführungen des Regierungsblattes, die sich vorwiegend mit „jenem geheimnisvollen Fonds", wie es ihn nennt, beschäftigen, in den die Ueberschüsse der Partei fließen. Der Regierungsoffiziosus kommt zu dem Ergebnis, daß Millionenfonds gehalten werden, über deren Bestand keinerlei Rechnung abgelegt wird. Wäre die Behauptung, wie auch die, daß für die Zinszahlungen Belege fehlen, nicht so saudumm, dann müßten sie als perfide Verdächtigung entschieden zurückgewiesen werden.. (Lebhafte Zustimmung.) Alle unsere Einnahmen und Ausgaben werden ordnungsmäßig belegt, wir legen den von der Partei eingesetzten Instanzen Rechnung ab. Dies auch den Regierungshandlangern in der „Nordd. Allgem. Zeitung" und ähnlichen Neidhammeln gegenüber zu tun, liegt keine Veranlassung vor. Brennen diese Herrschaften so darauf, die Geheimnisse geheimnisvoller Fonds zu ergründen, dann mögen sie nur den Wahlfonds nachspüren, die der Regierung und den ihr dienstbaren Parteien zur Verfügung gestellt werden. Dort mögen sie auch das Geheimnis lüften, das über den trüben Quellen schwebt, aus denen sie gespeist werden. Schaffen sie da Klarheit, dann haben sie sich um die Reinlichkeit und die politische Moral verdient gemacht. (Lebhafte Zustimmung.)

Zu den Ausgaben der Hauptkasse ist nicht viel zu bemerken. Ich möchte nur richtigstellen, daß der Zuschuß an die „Freie Presse" in Straßburg nur M 4500 und der Zuschuß an die „Mülhausener Volkszeitung" M 12 565 beträgt. Die erfreuliche Entwicklung der Parteipresse läßt erwarten, daß im nächsten Jahre vielleicht einige Blätter aus der Liste der Zuschußbezieher verschwunden oder doch mit erheblich geringeren Beträgen verzeichnet sein werden. Mögen sich die Genossen von der irrigen Ansicht befreien, daß wir in jedem Wahlkreise ein Blatt haben müssen, und mögen sie von leichtfertigen Gründungen Abstand nehmen. Das Geld wird besser angewendet, um ein lebensfähiges Blatt für ein größeres Gebiet leistungsfähig zu machen. Beim Darlehenskonto sind die Ausgaben nicht viel höher als die Einnahmen. Dadurch ist unsern Gegnern, die gerade an dieser Position ihre albernsten Bemerkungen zu knüpfen pflegten, das Konzept etwas verdorben. Das Klischee von der großen Pumpkasse paßte diesmal nicht recht, doch man wußte sich zu helfen, man stellte einfach die Ausgaben und Einnahmen des Darlehenskontos für eine Reihe von Jahren gegenüber und zog daraus den geistreichen Schluß, daß nahezu eine Million das Wiederkommen vergaß. Das stimmt natürlich nicht; denn wir haben weitaus über eine Million als Darlehen unsern Zeitungsgeschäften zur Einrichtung und Vergrößerung ihrer Druckereien zur Verfügung gestellt, und dies Geld hat auch nicht das Wiederkommen vergessen. Im Gegenteil, es wünscht wohl nichts sehnlicher, als wieder in die Hauptkasse zurückkehren zu können. Wollte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ihren Einfluß dahin geltend machen, daß diese Zeitungsunternehmungen in ihrer Entwicklung nicht gehindert werden, daß insbesondere die Staatsanwälte ihnen die ganz überflüssigen und unproduktiven Ausgaben für Strafen und ähnliche behördliche Aufmerksamkeiten ersparen, dann würden sie sicher bald die Freude erleben, daß die Einnahmen des Darlehenskontos die Ausgaben ganz erheblich übersteigen. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Die Gegner blicken mit Neid auf die erheblichen Geldmittel, die die Arbeiter zur wirksamen Führung ihrer Kämpfe aufbringen. Die einen, namentlich die Liberalen, rufen unter Hinweis auf unsere imposanten Zahlen ihren Anhängern zu: Gehet hin und tuet desgleichen! Ebenso war es früher beim Zentrum. Das war zu der Zeit, als es noch hinter Kaisergräbern seine reine Seele den roten Teufeln verkaufte. (Heiterkeit.) In der Blockehe mit den ostelbischen Junkern — im klerikalen Jargon nennt man eine Ehe zwischen Katholiken und Protestanten ja wohl Konkubinat (Heiterkeit) — ist diese Partei längst dahin belehrt worden, daß sie ihre folgsamen Schäflein leicht nutzig machen könnte, wenn sie ihnen die Sozialdemokraten als Vorbild hinstellten. Deshalb hat sich das Zentrum nunmehr zu denen geschlagen, die den Kassenbericht zum Anlaß nehmen, Gift und Galle gegen uns zu verspritzen. Im holden Verein schimpfen die klerikalen und konservativen Blätter auf die Steuerschraube der Sozialdemokratie, die den armen Arbeitern noch das Wenige erpreßt, was ihnen die Raub- und Hungerpolitik der blauschwarzen Junkerregierung gelassen hat. Nun, die Genossen werden aus diesem giftigen Geschimpfe ersehen, daß sie auf dem rechten Wege sind; sie werden sich weder durch das Wutgeheul dieser geschworenen Arbeiterfeinde, noch durch das heuchlerische Getue dieser Gegner jeden Fortschritts von dem Boden des Klassenkampfes abdrängen lassen. Nach wie vor werden sie unablässig an dem Ausbau der Organisation arbeiten und ihre Kassen stärken; denn einzig dadurch können sie die politische Aufklärungsarbeit wirksamer gestalten und mit Wucht den großen proletarischen Befreiungskampf führen. Dieser Kampf wird und muß allen Widerständen zum Trotz geführt werden, bis der Bann politischer Bevormundung und wirtschaftlicher Ausbeutung gebrochen ist und der kapitalistische Klassenstaat niedergerungen am Boden liegt. Dann erst wird die Bahn frei für die Kulturmission des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Den

### Bericht der Kontrollkommission

erstattet

**Kaden**: Die Tätigkeit der Kontrollkommission ist auch im letzten Jahre gemäß den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei erfolgt. Sie entsprach daher den Grundsätzen, welche in der Erklärung enthalten sind, die ich im Namen der Kommission auf dem vorigen Parteitag abgab. Daraus geht hervor, daß unsere Kommission nicht mitleitend tätig sein konnte, was auch ihrer Natur als kontrollierende Körperschaft entspricht.

Dagegen erstreckte sich die Kontrolle selbstverständlich auf die gesamte Tätigkeit des Parteivorstandes. Der sachlichen Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe gemäß gab der Parteivorstand bei jeder vierteljährlichen Tagung der Kontrollkommission einen Ueberblick über die wichtigsten Vorgänge und Entscheidungen seiner letzten Tätigkeitsperioden. Gegenstand solcher Aussprachen waren zum Beispiel: Ausgestaltung des Pressebureaus in Berlin, Herausgabe von Handbüchern zu den Reichstagswahlen und zur Reichsversicherungsordnung, Veröffentlichung kleiner billiger Broschüren, Ergänzung und Erneuerung der Parteiliteratur, insbesondere über die Frage der Weltwirtschaft und des Imperialismus.

Die Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte der Partei ist immer umfangreicher geworden. Diesem Umstande trugen Parteivorstand und Kontrollkommission auch dadurch Rechnung, daß sie einen weiteren Ausbau der Kassengeschäfte in die Wege leiteten. Außer den Kassengeschäften des Parteivorstandes unterstehen der Kontrolle unserer Körperschaft: der „Vorwärts" (Zeitungsverlag und Buchhandlung), Pressebureau, Sozialdemokratische Korrespondenz, Archiv, Bildungsausschuß, Parteischule und Frauenbureau; ferner: Verlag und Druckerei der Firma J. H. W. Dietz Nachfl. in Stuttgart sowie das Rheinisch-Westfälische Bureau. Die Geschäfte aller dieser Einrichtungen sind im Verlaufe des letzten Jahres geprüft worden und gaben keinen Grund zu Beanstandungen; sie wurden in guter Ordnung gefunden.

Mit zwei Beschwerden gegen den Parteivorstand hatte sich die Kontrollkommission zu beschäftigen. Genosse Louis Trott in Heiger (Westerwald) beklagte sich, daß sein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts in dem Ausschlußverfahren von dem Parteivorstand nicht mit der gebotenen Schnelligkeit behandelt worden ist. Es stellte sich aber heraus, daß die Verzögerung lediglich entstanden war, weil von zwei Organisationen je ein solcher Antrag gestellt worden war; der Parteivorstand mußte deshalb zur Herbeiführung einer Verständigung mit beiden verhandeln. Dadurch ging Zeit verloren.

In einer Beschwerde rügt Genosse Dickreiter in Altenburg, daß der Parteivorstand ein von ihm eingesandtes Manuskript zu einer Broschüre auf ihre Zweckmäßigkeit für eine Veröffentlichung nicht genügend geprüft habe. Der Parteivorstand machte geltend, daß er bei Einlauf des Manuskripts bereits einen andern Parteigenossen damit beauftragt hatte, dieselbe Materie zu behandeln. Da der vom Parteivorstand mit jener Arbeit betraute Genosse aber öffentlich um Zustellung weiteren Materials ersucht hatte, bedauerte die Kontrollkommission die so kurzerhand erfolgte Ablehnung der Dickreiterschen Einsendung durch den Parteivorstand. Sie sprach sodann den Wunsch aus, daß die Materialsammlung des Genossen Dickreiter bei einer billigen Neuausgabe der fraglichen Schrift berücksichtigt werde. Der Parteivorstand hat darauf das Westfälische Bureau um einen Auszug aus beiden Sammlungen ersucht.

Die Kontrollkommission stellt einstimmig den Antrag: Der Parteitag wolle beschließen, daß dem Parteivorstand für das vergangene Geschäftsjahr die Entlastung erteilt werde.

Darauf wird die

### Diskussion

über den Bericht des Vorstandes und der Kontrollkommission eröffnet.

**Rau**-Zittau (zur Geschäftsordnung): Ebert hat mit großer Ausführlichkeit über den Fall Göppingen berichtet. Soweit ich unterrichtet bin, werden die Göppinger Genossen seinen Ausführungen eine große Anzahl von Tatsachen entgegenstellen. Dem Parteitag und den Genossen im Lande wird eine hinreichende Orientierung über diese Angelegenheit erschwert, wenn sich die Entgegnungen der Göppinger Genossen auf eine Anzahl von 10-Minuten-Reden verteilen. Ich beantrage daher, dem Genossen Schepperle-Göppingen unbeschränkte Redezeit zu geben.

Der Antrag wird abgelehnt.

**Rau**-Zittau beantragt nun, dem Genossen Schepperle wenigstens eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren. Dieser Antrag wird angenommen.

Vorsitzender **Haase**: Damit unsere Debatte nicht verzettelt wird, schlage ich vor, gewisse Gruppen von Gegenständen auszusondern und besonders zu debattieren. Und zwar alle Angelegenheiten, die sich auf den Kassenbericht beziehen; alle Vorlagen über Presse und Literatur, sowie alle Anträge, die sich auf die Bekämpfung des Branntweins erstrecken, ferner die Vorschläge über Jugendpflege und Bildungsbestrebungen.

Haase stellt nun die Unterstützungsfrage für die einzelnen Anträge. Nicht genügend unterstützt wurden die Anträge 10 Hanau, 156 Heinzelmann in Lichtenberg, 157 Berlin III, 92 Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach, 93 Hamburg III, Distrikt Veddel, 94 Köln, 96 Steglitz, 161 Berlin I, 178 Beeskow-Charlottenburg; der Antrag 81 wurde zurückgezogen.

Dann wurde in die Debatte eingetreten.

**Schepperle**-Göppingen: Genosse Ebert bemerkte bei der Besprechung der Göppinger Sanierungsangelegenheit, daß das Göppinger Parteiunternehmen in leichtsinniger Weise gegründet worden sei. Diesen Vorwurf muß ich als falsch bezeichnen, muß aber zugeben, daß das Unternehmen wohl ohne genügend Unterlagen gegründet wurde. (Zurufe: Na also!) Wir hatten 1100 Genossenschaftsmitglieder, meistens Arbeiter, die insgesamt die Summe von M 30 000 zusammengebracht haben. Die Zeitung hatte 5000 Abonnenten und wurde in der Druckerei der „Schwäbischen Tagwacht" hergestellt. Bei Herstellung der Zeitung in Stuttgart stellten sich mehrere für uns sehr unangenehme Schwierigkeiten heraus. Wir glaubten nun, mit den vorhandenen M 30 000 auszukommen, wenn wir eine energische Agitation zur Gewinnung von Genossenschaftsmitgliedern und Abonnenten entfalteten. Allerdings haben wir uns getäuscht, mit der Gewinnung neuer Genossenschaftsmitglieder ging es nicht nach Wunsch vorwärts, was nicht in letzter Linie darauf zurückzuführen ist, daß uns von einer bestimmten Gruppe Parteigenossen, die mit der taktischen Haltung des Blattes nicht einverstanden waren, von Anfang an Schwierigkeiten bereitet wurden. Einer dieser Parteigenossen ging sogar so weit, in einem öffentlichen Lokal zu erklären: Wir werden nicht eher ruhen, bis die freie Volkszeitung bankrott gemacht hat. (Hört! hört! und Rufe: Wer war denn das?) Das war Genosse Hüttelmeyer, gegen den übrigens augenblicklich ein Ausschlußverfahren schwebt. Diese Hetze hatte mit zur Folge, daß Geschäftsleute, die bei unserem Unternehmen beteiligt waren, Forderungen viel früher einreichten, als es sonst der Fall gewesen wäre. Daher sind wir auch viel früher in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ich will natürlich nicht behaupten, daß wir mit den vorhandenen Mitteln ausgekommen wären, wenn sich das nicht ereignet hätte. Nachdem wir uns vergeblich bemüht hatten, Geld zu erhalten, waren wir schließlich genötigt, uns an den Parteivorstand zu wenden, so ungern wir es taten, weil wir tatsächlich vom Landesvorstand und vom Parteivorstand bei der Gründung gewarnt worden sind. Aber in der Not frißt der Teufel Fliegen. (Große Heiterkeit.) Wir entschlossen uns, den Genossen Kinkel zum Parteivorstand zu senden, Genosse Westmeyer sollte ihn begleiten. Wir hofften, daß, wenn Kinkel auch einen energischen Rüffel erhalten würde, er doch nach Göppingen mit einem großen Sack Geld zurückkehren würde, den ihm Westmeyer tragen helfen sollte. Das ist leider nicht eingetreten. Der Parteivorstand verhielt sich gegen unser Gesuch zunächst ablehnend, schließlich erklärte er, daß er bereit wäre, mit uns zu verhandeln, wenn der Landesvorstand seine Zustimmung zur Sanierung gäbe. Am 14. April fand denn auch in Stuttgart eine Sitzung statt, an welcher Ebert und Braun vom Parteivorstand, der Göppinger Ausschuß, die Ulmer Instanzen und der Landesvorstand teilnahm. Ebert berichtete, ihm sei vorgeschlagen worden, daß bei der Vornahme der Sanierung auch die Frage erörtert werden sollte, ob nicht zum Zweck der Herbeiführung einer besseren Rentabilität des Göppinger Unternehmens der Druck der „Ulmer Donauwacht" in unserer Druckerei bewerkstelligt werden soll.

Zwischen der „Freien Volkszeitung" in Göppingen und der „Donauwacht" bestand ein großer Gegensatz: die erstere war radikal, die zweite revisionistisch. (Heiterkeit.) Genosse Göhring erklärte sofort, daß die Herstellung der „Donauwacht" in der Druckerei der „Freien Volkszeitung" nicht so schnell zu beschließen sein werde, da hierbei weitgehende politische und taktische Fragen zu lösen sind. Die Ulmer seien mit der Haltung der „Donauwacht" einverstanden gewesen; sie müßten entschieden verlangen,

daß die Haltung der „Volkszeitung" geändert würde, wenn die „Donauwacht" bei uns hergestellt werden soll, da sie nicht ohne weiteres den politischen Teil der „Volkszeitung" übernehmen könne. Demgegenüber erklärte ich, daß die Göppinger Genossen und der zehnte Wahlkreis mit der Haltung der „Freien Volkszeitung" einverstanden seien, und daß die Bedingungen der Herstellung der „Donauwacht" in Göppingen nicht solche wären, daß sie ohne weiteres erledigt werden können. (Ebert: Unsere Erklärungen nicht vergessen!) Ueber die Behauptung, die mir Ebert zuruft, habe ich mit mehreren Genossen Rücksprache genommen, auch mit Kinkel, der mir sagte, es sei richtig, daß der Parteivorstand in dieser Sitzung eine Erklärung abgegeben habe. Ich selbst aber kann mich dieser Erklärung nicht erinnern. Wir wurden einig, daß der Landesvorstand mit den Ulmer und Göppinger Instanzen über die Herstellung der „Donauwacht" weiter verhandeln und dem Parteivorstand berichten solle. Kinkel unterhandelte dann mit den Vertretern des Landesvorstandes und dem Ulmer Vertreter mehrmals, dabei schlug er namens der Göppinger Genossen vor, daß die Redaktion mit Thalheimer (für den politischen Teil) und Roßmann (für den württembergischen Teil) besetzt werden soll. Die Ulmer und Roßmann lehnten den Vorschlag ab. Da am 2. Juli mehrere Forderungen fällig wurden, gestaltete sich die Frage immer brennender. Endlich schrieb uns der Landesvorstand am 26. Mai, daß am 29. Mai eine Sitzung in Göppingen stattfinden soll. Thalheimer war wenige Tage vorher in Urlaub gegangen, an seine Stelle trat Radek in die Redaktion. Natürlich hat der jetzige Fall Radek mit der Göppinger Sanierungsangelegenheit gar nichts zu tun, Radek trat als Parteigenosse in die Redaktion ein. (Unruhe.) Wir nahmen es als selbstverständlich an, daß er Parteigenosse war. (Erneute Unruhe und Lachen.) Thalheimer hat ihn uns empfohlen und es war bekannt, daß Radek Mitarbeiter mehrerer Parteizeitungen, auch der „Neuen Zeit" war. Am 26. Mai wurde von dem Landesvorstand betont, daß es sich bei der Sanierungsfrage und Herstellung der „Donauwacht" in Göppingen nur um eine Verschmelzung mit der Ulmer „Donauwacht" handeln könne. Ferner, daß der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertritt. Bei der Debatte über die Besetzung der Redaktion erklärte Wasner vom Landesvorstand, daß, wenn beide Zeitungen miteinander verschmolzen werden, aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur in Betracht kommen könnte. Göhring-Ulm erklärte: „Die Haltung der „Fr. Volksztg." muß geändert und so gestaltet werden, wie bisher diejenige der „Donauwacht" gewesen ist. Wir werden an Roßmann, mit dessen Tätigkeit wir zufrieden sind, festhalten. Das ist ein Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates unserer Genossenschaft". Darauf erklärte Radek: „Der Landesvorstand erklärt, daß es sich nur um eine Verschmelzung mit dem Ulmer Blatt handeln könne; Wasner erklärt, daß nur ein Redakteur in Frage komme und Göhring erklärt, daß an Roßmann festgehalten werde. Sie haben uns damit ein Ultimatum gestellt und die Pistole auf die Brust gesetzt, daß wir entweder Thalheimer entlassen müssen oder sonst nicht saniert wird."

Damit waren sämtliche Göppinger und Gmünder einverstanden, es wurde allgemein betont, daß uns ein Ultimatum gestellt sei. Zunächst wandten wir ein, daß bei einer Zeitung von diesem Umfang und Verbreitungsgebiet nicht nur ein Redakteur in Frage kommen könne, sondern mindestens zwei Redakteure. Wir unternahmen es, den Landesvorstand zu bewegen, auf die Ulmer einzuwirken, einer Redaktion Thalheimer-Roßmann zuzustimmen. Für den Landesvorstand lehnte aber Hildenbrand ab. Auch als Keil in längeren Ausführungen gegen Thalheimer sachlich und persönlich polemisierte und schließlich den Rücktritt Thalheimers forderte, griff der Landesvorstand nicht ein. In dieser Sitzung erzielten wir schließlich kein Resultat. Da sich die Ulmer anschickten, die Sitzung zu verlassen, erklärte Radek in seinem und wie er überzeugt sei, auch in Thalheimers Namen, daß sie von der Redaktion zurücktreten würden, weil eine Sanierung eintreten müsse, denn es könne nicht verantwortet werden, wenn 1100 Arbeiter und kleine Handwerker um ihr Geld kommen. Es wurde dann vom Landesvorstand verlangt, daß Göppingen eine Parteiversammlung in den nächsten Tagen einberufe, in welcher die Frage nochmals zur Debatte gestellt und über den Vorschlag abgestimmt werden soll. Am 30. Mai fand die Versammlung statt, Hildenbrand wiederholte die für die Verschmelzung gestellten Bedingungen und betonte, daß auch der Parteivorstand auf diesem Standpunkt stehe. Weiter verlangte der Landesvorstand und die Ulmer Genossen die Einsetzung einer Preßkommission von neun Mitgliedern, wovon drei Vertreter des Landesvorstandes, drei Ulmer und drei Göppinger Genossen sein sollten. Selbstverständlich verfolgte der Landesvorstand mit dieser Forderung einen Zweck, nämlich, daß die Göppinger Parteigenossen nicht imstande sein sollten, ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen. Aber was blieb schließlich den Göppingern übrig, als dem Vorschlag zuzustimmen, sie konnten den Bankerott nicht verantworten, auch Thalheimer wollte es nicht und erklärte sich zu folgender Erklärung bereit: „Angesichts dessen, daß infolge der Aufgabe der finanziellen Selbständigkeit der „Freien Volkszeitung" und ihre Verschmelzung mit der „Donauwacht" auch eine Aenderung der Faktoren zu erwarten ist, die über die politische Haltung der „Freien Volkszeitung" zu bestimmen haben, sehe ich mich außerstande, weiter in der Redaktion der „Freien Volkszeitung" zu verbleiben. Ich brachte darauf folgende Resolution ein: Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Göppingen nimmt mit größtem Bedauern den Rücktritt des Genossen Dr. Thalheimer zur Kenntnis und spricht ihm den wärmsten Dank für seine Tätigkeit aus, mit der sie in prinzipieller und taktischer Beziehung völlig einverstanden. Was die Redaktion der „Freien Volkszeitung" in Zukunft anbelangt, so wird der bestimmten Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Organ im Sinne des Parteiprogramms und der proletarisch-revolutionären Taktik, deren Grundsätze in der Dresdner Resolution niedergelegt sind, geleitet wird. Hildenbrand erklärte, wenn der zweite Teil der Resolution nicht zurückgezogen werde, dann werde der Landesvorstand die Sanierung ablehnen (Hört! hört!) Ich ließ mich schließlich dazu bewegen. Es wurde gesagt, daß wir Gelegenheit gehabt hätten, uns sofort telegraphisch an den Parteivorstand zu wenden. (Zuruf: Jawohl!), aber wir haben davon abgesehen, weil wiederholt erklärt wurde, eine Sanierung werde nicht ohne die Verschmelzung zugegeben. Am Tage nach dieser Göppinger Parteiversammlung verhandelten Radek, Kinkel und ich im Landtag in Stuttgart mit Hildenbrand und Wasner über die Form der Rücktrittserklärung Thalheimers. Wir wollten eine Form, die keine zu große Demütigung für Thalheimer war. Hildenbrand aber ließ sich darauf nicht ein. Darauf gingen wir zu Westmeyer. Das erste war, daß uns Westmeyer sagte: Warum habt Ihr nicht sofort an den Parteivorstand telegraphiert? Wir erklärten ihm, daß wir überzeugt seien, es würde keinen Wert haben, da auch der Parteivorstand dieselbe Auffassung vertrete, wie der Landesvorstand. Westmeyer ersuchte uns, nun wenigstens ein Brieftelegramm abzusenden und den Parteivorstand aufzufordern, in Göppingen zu erscheinen. Kinkel erklärte, daß das keinen Wert haben könne. Aber am Tage nachher wollten wir doch unsere Forderungen vorlegen. Wir unterbreiteten also dem Genossen Westmeyer den Verlauf der Sitzung vom 29. Mai und diese Tatsachen hat Westmeyer am andern Tage der Parteiöffentlichkeit in der im „Vorwärts" erschienenen Notiz „Ein Redaktionswechsel" unterbreitet. Wenn der Landesvorstand in der Gegenerklärung sagt, er bedauere, daß sich das Zentralorgan von seinen Berichterstattern dazu gebrauchen lasse, pflichtgemäß handelnde Parteigenossen zu beschimpfen, so scheint der Landesvorstand der irrigen Auffassung zu sein, daß, wenn er seine revisionistischen Sonderbestrebungen vertritt, er dann pflichtgemäß im Interesse der Gesamtpartei handelt.

Am 6. Juni fand nun eine Sitzung im Beisein des Parteivorstandes statt. Ebert erklärte einleitend, daß es sich zunächst um die Feststellung von Tatsachen handle, nämlich um den Verlauf der Sitzung vom 28. Mai. Radek erklärte Ebert und Braun gegenüber, daß in der Sitzung vom 28. Mai von Vertretern des Landesvorstandes ausgeführt worden wäre, die Sanierung habe die Verschmelzung mit Ulm zur Vorbedingung und der Parteivorstand stehe hinter dem Landesvorstand. Darauf erklärte Hildenbrand: „Ich hielt mich für berechtigt, anzunehmen, daß der Parteivorstand als Vorbedingung der Sanierung die Verschmelzung ansehe." Ebert antwortete: „Der Parteivorstand hat den Landesvorstand zu solchen Behauptungen nicht ermächtigt." Im weiteren Verlaufe der Sitzung forderte Radek die Protokollierung der Tatsache, daß in der Sitzung vom 28. Mai betont worden sei, daß auch der Parteivorstand eine Sanierung nur in der Form der Verschmelzung übernehme. Darauf erklärte der Parteivorstand, es scheine Radek nicht darauf anzukommen, die Sanierung durchzuführen und eine Einigkeit zu erzwingen, sondern nur darum, Krach zu machen. (Zustimmung.) Braun wurde unterstützt von Ebert, der darauf hinwies, daß Radek sich fortwährend Notizen mache. Wenn Ebert behauptet, die Sitzung vom 6. Juni habe Radeks wegen abgebrochen werden müssen, so entspricht das nicht ganz den Tatsachen. Die Sitzung wurde aufgehoben, nachdem die Gmünder Genossen mit fünf Stimmen bei zwei bis drei Enthaltungen erklärt hatten: Es ist wahr, der Rücktritt Thalheimers wurde erzwungen. Darauf antwortete Hildenbrand, daß unter den fünf Gmündern sich auch der Kreisvorsitzende befinde und der Landesvorstand darum eine Sanierung ablehne, bis nach dieser Richtung hin eine Aenderung eingetreten sein würde. Hierauf erklärte Ebert die Sitzung für geschlossen. Am nächsten Tage fand in Stuttgart die Rumpfsitzung statt, an der Radek und Thalheimer nicht teilnahmen; ich auch nicht wegen geschäftlicher Behinderung. Ich war auch nicht eingeladen und wurde lediglich über die Sitzung unterrichtet. Bei dieser Sitzung in Stuttgart wurde eine Erklärung geschmiedet, in der der Parteivorstand als der keusche Jüngling und der württembergische Landesvorstand als die unschuldige Jungfrau hingestellt wurden.

Die Erklärung wurde der Sitzung vorgelegt und von den Teilnehmern verlangt, daß sie sie unterschreiben, da sonst eine Sanierung nicht vorgenommen werde. (Ebert: Wer hat das verlangt?) Das hat mir Kopp berichtet. Am nächsten Tage wurde von Kinkel eine Sitzung des Kreisvorstandes, des Ausschusses der Göppinger Parteiorganisation und des Vorstandes und Aufsichtsrates der Göppinger Parteivereinsdruckerei einberufen. In dieser Sitzung teilte Kinkel mit, wenn die Erklärung nicht unterschrieben würde, werde die Sanierung vom Parteivorstand und Landesvorstand abgelehnt werden. Ich erklärte, daß ich meine Unterschrift dazu nicht geben könne, und wurde deshalb heftig angegriffen. Die Sitzung war sehr erregt. Kinkel kam vom Telephon mit der Mitteilung, daß nach Kenntnisnahme des Materials zur Erklärung des Rücktritts von Thalheimer die Ulmer ihre Zustimmung zurückziehen und an den Vereinbarungen kein Interesse mehr hätten. Ich wurde gedrängt, die Erklärung zu unterschreiben, weil ich sonst einzig und allein die Verantwortung für den Bankrott hätte. Ich erklärte schließlich mich dazu bereit, betonte aber ausdrücklich, daß ich mit dem Inhalt der Erklärung nach wie vor nicht einverstanden, vielmehr der Meinung sei, daß der Rücktritt Thalheimers erzwungen ist. Mehrere andere Genossen gaben dieselbe Erklärung ab. Es steht fest, daß die Ulmer und der Landesvorstand den ernsthaften Versuch gemacht haben, unsere finanzielle Lage auszunützen, um uns ein revisionistisches Organ aufzuzwingen. Es ist Tatsache, daß der Rücktritt von Thalheimer erzwungen wurde. (Unruhe.)

**Mattutat**-Stuttgart: Ich glaube kaum, daß die Ausführungen von Schepperle geeignet gewesen sind, die Feststellungen von Ebert zu erschüttern und den Eindruck hervorzurufen, als ob den Göppingern unrecht geschehen ist. Die Haltung des Parteivorstandes ist durch unsere Landesversammlung voll gebilligt. Deshalb könnte die Angelegenheit eigentlich als erledigt betrachtet werden. Aber Schepperle und seine Hintermänner scheinen auch heute noch nicht begriffen zu haben, um was es sich eigentlich handelt. Daß Parteivorstand und Landesvorstand genötigt waren, in dieser Weise vorzugehen, ergab sich schon allein daraus, weil das Unternehmen ohne eine Unterstützung der Partei und des Landesvorstandes elend zusammengebrochen wäre, nicht etwa, weil man eine Hetze gegen die „Freie Volkszeitung" inszeniert hat, sondern weil man mit der größten Unverantwortlichkeit an ihre Gründung herangegangen war. Zu derartigen Experimenten ist das Geld denn doch zu kostbar. Von diesem Standpunkt aus sind diese Maßnahmen zu verstehen, die zur Sanierung eingeleitet sind. Daß eine Aenderung in der Redaktionsführung und Herstellung stattfinden mußte, ergab sich daraus, daß ein Blatt mit 5000 Abonnenten unmöglich solche Aufwendunggen machen kann, wie ein größeres Blatt. Die Hetze, von der Schepperle spricht, war in Wirklichkeit nichts anderes als der naturnotwendige Widerstand der Genossen gegen die systematische Art, wie das Göppinger Blatt einzelne Genossen herunterriß. Wenn ein Teil der Göppinger Genossen dafür kein Empfinden hatte, so ist das tief bedauerlich, um so mehr, als die Haltung des Blattes dazu beigetragen hat, daß in zehn Wahlkreisen unsere Stimmen zurückgegangen sind. (Hört! hört) Leider ist das, was wir in Göppingen vor uns sehen, nur ein Teil der Erscheinungen, die aus Württemberg in so unliebsamer Weise bekannt geworden sind. Es ist nur eine Einzelerscheinung in der großen Masse von Skandalen aller Art, von Verhetzungen usw., die leider der Partei in Württemberg außerordentlich geschadet haben. Es handelt sich dabei nicht um einen Gegensatz zwischen Radikalismus und Revisionismus, sondern um persönliche Hetzereien und Stänkereien. Derjenige, der bei dem Göppinger Falle mit eine Rolle gespielt hat, um die Partei zu schädigen, derjenige, der neben Radek und Thalheimer mit dafür gesorgt hat, daß unsere Gegner Material gegen die Sozialdemokratie erhielten, das ist Westmeyer, der vor allem das persönliche Moment in den Streit hineingetragen hat. Dieser persönliche Streit bestand schon vor der Budgetabstimmung, vor dem Königsessen und dem Ministeressen. Ueber sachliche Gegensätze wäre man wohl einig geworden. Erst durch das Eingreifen von Westmeyer hat die Sache ein anderes Gesicht bekommen, erst seitdem zerfleischen sich die Genossen gegenseitig. So sehr ich das Vorgehen des Parteivorstandes billige, muß ich ihm doch vorwerfen, daß er nicht früh genug und nicht energisch genug eingegriffen hat. Ich halte es aber auch jetzt noch nicht für zu spät, daß endlich einmal der Parteivorstand die Genossen auf beiden Seiten zur Ordnung ruft und dadurch die Einigkeit in Württemberg wieder herstellt.

**Westmeyer**-Stuttgart: Die persönlichen Angriffe gegen mich sind nicht neu. Nachdem aber hier behauptet wurde, daß die Hetze erst besteht, seitdem ich in Stuttgart bin, muß ich mitteilen, daß jene, die diese Vorwürfe erheben, ihr Meisterstück bei der letzten Gemeinderatswahl in Stuttgart abgelegt haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Jene Partei arbeitet gegen die radikalen Genossen genau so mit Flugblättern in den Fabrikwerkstätten und Häusern, als wenn eine bürgerliche Partei zu bekämpfen wäre. (Hört! hört!) Zur Generalversammlung in Cannstatt sind antiradikale Flugblätter verbreitet worden, die bei dem Genossen Dümmler gedruckt waren, der vom Schiedsgericht zum Ehrverlust verurteilt worden ist. Diese Seite bildet eine besondere Geheimorganisation in der Partei. (Hu! hu!) An die „haasenreinen" Genossen werden besondere Einladungen verschickt, sogar mit der Ueberschrift „Sozialdemokratischer Verein Stuttgart". (Hört! hört! und Unruhe.) So wird der Kampf vergiftet. In den letzten Tagen hat man wieder an Parteigenossen und Nichtparteigenossen anonyme Briefe gegen mich und sogar über meine Familienverhältnisse geschickt. So pflegen diese Genossen den Frieden. Auf der Landesversammlung wollte mich mein Freund Heymann sogar hängen, was ihm freilich verflucht schlecht bekommen ist. Die heutige Fortsetzung dürfte kaum anders enden. Das Hervorzerren alter, durch die sogenannte Friedenskonferenz beigelegter Sachen aus der Heilbronner Landesversammlung durch Hildenbrand hat bewiesen, wer Streit will. Nun zu Göppingen. Ebert hat in Heilbronn erklärt, daß hier ein ernstes Wort mit mir gesprochen werden würde. Eine Liebe ist der andern wert. Reden wir auch ein ernstes Wort. Zur vollen Klarstellung der Göppinger Sache wäre eine Kommissionsberatung erwünscht, denn alles kann hier in der Oeffentlichkeit nicht gesagt werden, und die Kommission könnte auch den abwesenden Genossen Thalheimer und Kinkel gerecht werden. Das Wort Kinkels, dem Ebert auf der Kreisversammlung in Hohenstaufen ein Ehrenzeugnis ausgestellt hat, würde hier Gewicht haben. Kinkel hat mir mit andern die Angaben zu meinem ersten „Vorwärts"-Artikel gemacht. Da wird Ebert wohl nicht mehr von Skrupellosigkeit und Quertreibereien sprechen. Es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Landesvorstand die Verschmelzung zur Sanierungsbedingung gemacht, daß Hildenbrand behauptet hat, daß der Parteivorstand ebenso denkt, und daß die Ulmer Genossen nur einen Redakteur, nämlich Roßmann, haben wollten, endlich, daß der Landesvorstand eine Vermittlung mit den Ulmern abgelehnt hat. Die Göppinger standen vor der Frage: Zusammenbruch oder Entlassung Thalheimers. Thalheimer wollte die Verantwortung nicht tragen und ging. (Zuruf: Sollte denn Roßmann entlassen werden?) Nein, beide Redakteure sollten entlassen werden. Es sollte keine Maßregelung stattfinden. (Lachen.) Redner schildert noch die verzweifelte Situation der Göppinger, wobei die Redezeit abläuft. Er schließt mit der Versicherung, daß eine Kommissionsberatung ein anderes Urteil der Genossen bewirkt hätte, als durch Eberts Ausführungen bei vielen erweckt worden sei. Urteilen Sie ruhig und objektiv. Ich glaube, die Göppinger und auch meine Wenigkeit haben getan, was wir für Parteipflicht hielten. (Zuruf: Schulden.)

**Roßmann**-Ulm: Ebert hat dem Parteitag einmal Klarheit über die Methoden verschafft, mit denen in Württemberg für Einheit und Prinzipienfestigkeit gekämpft wird. Die Göppinger Genossen mußten die Initiative zur Sanierung ergreifen, nicht wir in Ulm. Der radikale Göppinger Bräutigam wollte die angeblich revisionistische Ulmer Braut heiraten. Den Göppingern ist nicht die Pistole auf die Brust gesetzt worden. Ihre Taktik grenzt vielmehr an Selbstmord. Wir wollten nur nicht alles schlucken, was das Dreimännerkollegium uns vorsetzen wollte. Wir mußten vorsichtig sein gegenüber Genossen, die heute widerrufen, was sie gestern unterschrieben haben, und mußten Garantien für die Gesundheit des Ulmer Unternehmens verlangen. Die Angriffe gegen die beteiligten Existenzen wurden mit direkten Fälschungen unterstützt. Oeffentliche Erklärungen der Ulmer Parteigenossen wurden von Radek und seinen Hintermännern direkt gefälscht, um für gewisse Handlungen, für die nur die Ulmer die Verantwortung übernehmen wollten, auch den Landesvorstand verantwortlich zu machen. Einige Parteiblätter haben uns auf Grund dieser Fälschungen als Halsabschneider hingestellt. Ich beschränke mich darauf, meiner tiefsten Verachtung vor einem solchen Tiefstand der Kampfesweise Ausdruck zu geben. (Sehr gut.) Selbstverständlich soll und muß jedes Parteiblatt redigiert werden auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse. Aber das „wie bisher" in der Göppinger Resolution bedeutet für uns, daß wir die ganze Redaktionsführung Thalheimers unterschreiben sollten. Nur durch die Opfer der Genossen des 14., 15., 16. und 17. württembergischen Wahlkreises war die Sanierung möglich. Partei- und Landesvorstand haben endlich einen Boden geschaffen, auf dem parteigenössisches Zusammenarbeiten in dem Verbreitungsgebiet des Blattes möglich ist. Das wird von Dauer sein, wenn nicht Störenfriede eingreifen. (Beifall.)

**Hildenbrand**-Stuttgart: Ich protestiere gegen die Andeutung Westmeyers, als ob irgendetwas zutage getreten wäre, was hier nicht gesagt werden könnte. (Beifall.) Westmeyer hat seine Agitationsmethode auf den Parteitag übertragen. Es handelt sich da nicht um eine Verschmelzung, sondern der Landesvorstand machte seine Mitwirkung abhängig von dem Gelingen einer Vereinbarung zwischen Göppingen und Ulm. Wenn wir dem Parteivorstand empfehlen sollten, Geld zu geben, dann mußten wir auch dafür sorgen, daß aus der Weiterführung des Geschäfts nicht weitere Verluste entstehen. Die Landesversammlung hat das Vorgehen des Landesvorstandes gebilligt und Westmeyer hat trotz Aufforderung seine Vorwürfe nicht begründet. Das hat er auch heute nicht getan. Vor anderthalb Jahren hat der Landesvorstand seine eigene Druckerei den Göppingern zur Verfügung gestellt. Aber nach einem halben Jahre gründeten die Göppinger in leichtfertiger und unfähigster Form eine eigene Druckerei, während sämtliche Maschinen auf Wechselakzepte gebaut waren. (Hört! hört!) Die „Göppinger Volkszeitung" griff nur die Genossen an und war die beste Quelle für die bürgerliche Presse. Wir, die angeblichen Gegner der Göppinger, haben nie gegen die Sanierung gewirkt. Im Gegenteil. Wir haben auch nicht Thalheimers Absetzung verlangt, aber es ist nicht verwunderlich, daß die Ulmer, die doch den Göppingern entgegenkamen, verlangt haben, daß doch ihr Redakteur nicht entlassen würde. Ehe irgend jemand die Redakteurfrage anschnitt, überraschte Radek alle mit Thalheimers Rücktrittserklärung. Ueber den zweiten Teil der Göppinger Resolution sage ich: Wenn den Göppingern wirklich um die Sanierung zu tun war, durften sie nicht einseitig Beschlüsse fassen, sondern die Ulmer wären berechtigt, mitzuentscheiden. So hätte die Preßkommission Gelegenheit, die Haltung des Blattes festzustellen. Bei einseitiger Festlegung der Göppinger war die Gefahr vorhanden, daß die Ulmer zurücktreten, die mit Lust und Liebe nicht beteiligt waren. Also wir haben nicht revisionistische Sonderbestrebungen betrieben oder den Göppingern ein revisionistisches Blatt aufzwingen wollen. Unser Bestreben war, eine Basis zu schaffen, durch die die eingegangenen Verpflichtungen erledigt werden konnten, um Zustände zu schaffen, damit in Württemberg wieder Ruhe und Frieden herrscht. Wir haben sie aber auch weiter unterstützt, um die ℳ 30 000 genossenschaftliche Gelder zu retten. Wir haben alles getan, wir können nur bedauern, daß es Parteigenossen gegeben hat, die aus ganz andern als sachlichen Gründen die Sanierung in empfindlichster Weise zu Falle gebracht haben. Sie haben damit nicht nur die württembergische Partei geschädigt, sondern die Partei des ganzen Reiches. (Lebhafter Beifall.)

Es laufen folgende Anträge ein:

1. Antrag Auer-München: „Der Parteitag mißbilligt die von einigen Genossen gegen die bei der Sanierung des Göppinger Parteigeschäftes beteiligten Instanzen erhobenen haltlosen Vorwürfe. Der Parteitag spricht seine volle Zustimmung zu den getroffenen Maßnahmen aus und erwartet, daß die Parteigenossen bei den Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchner Parteitages sorgfältiger beachten."

2. Ein Antrag Höllein-Jena, Knauf-Gera: „Die Göppinger Angelegenheit einer besonderen Kommission von neun am Streit nicht beteiligten Delegierten zur Prüfung und nachherigen Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen." Der Antrag Höllein wird nicht genügend unterstützt, der Antrag Auer findet die ausreichende Unterstützung.

**Henke**-Bremen: Ich bitte Sie, den Antrag Auer abzulehnen, damit nicht bei den Württemberger Genossen ein Stachel zurückbleibt. Genosse Ebert hat bei seinen impulsiven Ausführungen den lebhaften Beifall der Mehrheit gefunden. In Nürnberg sprach er ebenso impulsiv, aber damals wandte er sich gegen diejenigen, die ihm heute Beifall gespendet haben. (Unruhe.) Auf diese rednerischen Erfolge gebe ich nicht allzuviel. Er hat auch den Bericht der „Bremer Bürgerzeitung" erwähnt. Wir haben den Bericht in später Mittagsstunde bekommen und konnten nur einen Auszug bringen. Dabei sind einige Irrtümer unterlaufen, die nicht auf das Konto Westmeyers fallen, sondern auf das Konto der „Bremer Bürgerzeitung". Am andern Tage lag der Bericht des „Vorwärts" vor und wir haben getan, was notwendig war. Durch die verschiedene Erfahrung fanden wir bestätigt, daß allerdings ein Druck auf Göppinger Genossen hinsichtlich der prinzipiellen Haltung ihres Organs ausgeübt wurde. Roßmann sollte nicht so entrüstet auftreten, sondern etwas vorsichtiger sein und daran denken, daß er einst in der gleichen Lage war wie Westmeyer. Er war früher Berichterstatter der norddeutschen radikalen Parteipresse und hat da mancherlei Scharfes geäußert über Genossen, die ihn heute in Württemberg stützen. (Unruhe.) Wir dürfen bei der ganzen Angelegenheit auch nicht die leidenschaftliche Erhitzung außer acht lassen, die durch die jahrelangen Streitigkeiten in Württemberg hervorgerufen sind. Wenn Mattutat erklärt, es handle sich nicht um sachliche Differenzen, sondern um persönliche Reibereien, so zeigt sich, daß er nur an der Oberfläche der Dinge haften geblieben ist. Wer die Dinge objektiv betrachtet, wird zu einem andern Urteile kommen als Hildenbrand und Roßmann. Ebert hat seine Rede dadurch wirksamer gestaltet, daß er die Organisation des Genossen Radek zugunsten des Parteivorstandes ins Feld führte. Ich frage den Parteivorstand, ob er davon Kenntnis hat, daß in der deutschen Parteipresse hervorragende ausländische Genossen Redakteurstellen bekleidet haben und heute noch Mitarbeiter der wichtigsten Parteiorgane sind, ohne Mitglieder der deutschen Partei zu sein? (Ebert: Nein!) Es handelt sich doch um die Frage, ob Radek vielleicht deshalb der Organisation nicht beitrat, weil er Spitzelgefahr und Ausweisung fürchtete. (Lachen und Unruhe.) Wenn der Mann diesen Vorwand vorbringt, so ist das doch ein Moment, über das sich reden läßt. (Widerspruch.) Ich erkenne diesen Vorwand ja auch nicht als berechtigt an, aber man kann doch die Angelegenheit nicht so verwenden, wie es hier geschehen ist, weil er ja als polnisches Parteimitglied auch organisiert ist. (Zurufe: Wo denn?) Ich will Ihnen mal was sagen, Genossen, der Radek mag ein Lump sein, aber Sie müssen es ihm beweisen! (Heiterkeit.) Er war doch jahrelang Mitarbeiter der bedeutendsten Parteiblätter und der „Neuen Zeit". Wenn dem Parteivorstand bekannt war, daß er trotzdem nicht organisiert war, so hätte man früher einschreiten müssen. Das hat man aber nicht getan und damit erwiesen, daß man diesen Einwand nicht vorbringen kann. Die „Bremer Bürgerzeitung" hat den von Ebert verurteilten Standpunkt eingenommen, um der Partei zu dienen. Wir haben unsere Parteipflicht erfüllt, und wer das abstreiten will, soll es erst beweisen.

**Lensch**-Leipzig: Als leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" will ich den Angriffen Eberts gegenüber mich auf die kurze Bemerkung beschränken, daß die Schilderungen Eberts für mich wie für die meisten zum großen Teil neu gewesen sind. Angesichts dieser Schilderungen stehe ich nicht an zu erklären, daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" das Opfer objektiv falscher Informationen sein kann, wobei ich selbstverständlich keineswegs einen subjektiv bösen Willen ihrer Berichterstatter annehme. Ich bin überzeugt, daß heute mein Kollege, der damals in meiner Abwesenheit diese Dinge bearbeitet hat, derselben Anschauung ist wie ich. Eine solche objektiv falsche Berichterstattung kann jeder Redaktion passieren, zumal bei den bedauerlichen Verhältnissen Württembergs, wie schon Ebert ausführte, ein objektiver Bericht von Württemberg überhaupt nicht zu erhalten ist.

**Heymann**-Stuttgart: Westmeyer hat heute die von ihm schon häufig angewandte taktische Methode der Ablenkung von der Sache eingeschlagen. Er sagte: Gerade jene Seite, die heute in der Göppinger Affäre Angriffe gegen ihn erhebe, habe ihr Meisterwerk bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl gemacht. Westmeyer werden doch aber in der Göppinger Angelegenheit Vorwürfe gemacht vom Parteivorstand, Landesvorstand und von den Vertretern der Ulmer Genossen, die doch mit der Stuttgarter Gemeinderatswahl gar nichts zu tun haben. Westmeyer wird also durch diese billige Wendung nicht der Verpflichtung enthoben, den Beweis für seine Behauptungen in der Göppinger Angelegenheit anzutreten. Die von Westmeyer erwähnten Zirkulare, die ich zum großen Teil gar nicht kenne und zum Teil entschieden mißbillige, sind doch meist nur Antworten auf Angriffe von der andern Seite. Ich habe schon aktenmäßig nachgewiesen, daß der Vorfall mit diesen Geheimzirkularen von den Vertrauensmännern Westmeyers in Stuttgart gemacht worden ist. Die Göppinger Sanierung war nur möglich durch die Vereinigung des Göppinger und des Ulmer Unternehmens, und die Ulmer hatten dabei peinlich darauf zu achten, daß ihr eigenes, gesichertes, gutes Unternehmen nicht in Gefahr gebracht wurde. (Sehr richtig!) Das würde aber geschehen, wenn sie sich den Forderungen der Göppinger in bezug auf Thalheimers Beibehaltung usw. untergeordnet hätten. Damit würde der Vertrag mit der „Tagwacht"-Druckerei gebrochen werden, der für die Ulmer die Grundlage guten Geschäftsganges und guten Parteierfolges für ihr Unternehmen war. Der heute eine Kommissionsberatung der Angelegenheit auf dem Parteitage deshalb empfiehlt, weil er dann auch das sagen könne, was man hier nicht sagen kann, derselbe hat sich berufen geglaubt, die Interna des ganzen Göppinger Sanierungsprojektes in einer Versammlung von 600 Personen zu erörtern und Radek dazu das Wort zu geben. Für Westmeyer war die Krisis in Göppingen nur ein Mittel zum Zweck, um gegen andere Personen, denen er etwas am Zeuge flicken wollte, vorgehen zu können. In Stuttgart haben wir leider mit der Situation zu rechnen, daß derjenige, von dem angenommen werden kann, daß er etwas gegen Westmeyer zu sagen hat, überhaupt nicht in Ruhe zum Worte kommt und nicht angehört wird. (Hört! hört!) Ist es nicht ein Skandal ohnegleichen, wenn es dem Vorsitzenden der württembergischen Landesorganisation, Hildenbrand, nicht einmal mehr möglich ist, in Stuttgart zu reden, wenn die Anhänger Westmeyers es fertig bringen, daß Hildenbrand unter Gebrüll die Tribüne verlassen muß! (Hört! hört! bei einem Teile der Delegierten.) Das sind Zustände, die wir nie in Württemberg gehabt haben und die sich in Stuttgart nur entwickeln konnten unter dem gegenwärtigen Vorsitzenden. Das muß einmal erörtert werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nach Empfehlung durch Dr. Laufenberg-Hamburg fast einstimmig angenommen.

**Roßmann**-Ulm wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Henke, daß er als Redakteur der „Tagwacht" den radikalen Parteiblättern eine Korrespondenz geliefert habe.

**Henke**-Bremen erwidert persönlich, er habe vorhin hinzugefügt, daß Roßmann Briefe über die Vorgänge in Württemberg und über die Personen, die ihm heute sehr nahe stehen, und ihr Verhalten geschrieben hat. Aber ich halte es aufrecht, daß Roßmann damals, als er diese Korrespondenzen herausgab, sich zu den Radikalen zählte. Heute zählt er sich nicht dazu, und das genügt. (Zustimmung und Unruhe.)

**Roßmann**-Ulm (mit Heiterkeit und Unruhe empfangen): Ich muß allerdings gestehen, daß ich in meinem Leben schon Briefe geschrieben habe. Bis jetzt habe ich aber das noch nicht als Parteiverbrechen angesehen.

Ueber den zur Göppinger Angelegenheit gestellten Antrag Auer wird erst nach einem Schlußwort abgestimmt werden. Der Parteitag vertagt sich nach 5½ Uhr abends auf morgen, Dienstag, früh 9 Uhr.

# Parteinachrichten.

**Totenliste der Partei.**

Im besten Mannesalter — noch nicht 41 Jahre alt — verstarb am Sonnabend in der Provinz-Heil- und Pflegeanstalt zu Lüneburg Arbeitersekretär Richard Schmidt aus Hannover. Von Beruf Tischler, war Schmidt schon frühzeitig in der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in seiner Berufsorganisation — dem Holzarbeiterverband — tätig. Auch am politischen Kampfe nahm Richard Schmidt regen Anteil. Von den Genossen des 9. hannoverschen Wahlkreises als Reichstagskandidat erwählt, entfaltete er im Wahlkreise eine emsige Tätigkeit, bis ein tückisches Leiden seinem Wirken ein Ziel setzte. Er suchte in Borgstede im Oldenburgschen Erholung. Er glaubte sich neugestärkt; doch schon gar bald zeigte sich, daß sein Leiden sehr ernster Natur war. Gegen Ende vorigen Jahres mußte er das Nervensanatorium Woltorf aufsuchen, wo er längere Zeit verblieb. Mitten im letzten Reichstagswahlkampf zwang ihn sein Leiden, die Kandidatur für den neunten Kreis niederzulegen, da er am Kampf nicht mehr teilnehmen konnte. Aus dem Sanatorium zurückgekehrt, konnte er seine Tätigkeit als Arbeitersekretär nicht wieder aufnehmen, da sich sein Leiden nunmehr rasch entwickelte. Mit dem geistigen Verfall stellte sich rasch zunehmend auch der körperliche ein. Der Heilanstalt in Lüneburg erst vor kurzem zugeführt, ist er am Sonnabend sanft entschlafen, betrauert von seiner Frau und drei Kindern. Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

# Landgericht.

17. September.

Strafkammer I. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Lafrenz.

**Ein rückfälliger Dieb.** Der schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Ewerführer Hermann D. hatte sich heute wieder wegen Diebstahls zu verantworten. Am 12. Februar d. J. transportierte er für einen Schneider eine Nähmaschine zu dem Pfandleiher K. am Röhrendamm. Als D. das Haus des Pfandleihers wieder verließ, sah ein Knabe, daß der Angeklagte ein im Hausflur stehendes Kinderfuhrwerk, einen sogenannten „Fliegenden Holländer", mitnahm. Der Knabe, der wußte, daß das Fahrzeug den Kindern des Pfandleihers gehörte, fragte sogleich den Sohn des K., ob der Vater den „Fliegenden Holländer" verkauft habe. Da aber an einem Verkauf nicht zu denken war, machte man sich sogleich zur Verfolgung des Angeklagten auf. In einer Wirtschaft wurde man seiner habhaft. D. behauptete, das Kinderfahrzeug von einem Unbekannten im Hausflur des K.schen Hauses für ℳ 2 gekauft zu haben. Die Angaben finden aber auch heute keinen Glauben, so daß er zu fünf Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

# Aus den Schöffengerichten.

17. September.

**Ein leichtfertiger Malermeister.** Am 20. Mai d. J. beauftragte der Malermeister Johann Ehrmann seinen Lehrling, Streicharbeiten an einem Hause in der Bismarckstraße vorzunehmen. Die Leiter, die an diesem Tage benutzt wurde, lag schon seit einigen Wochen unbenutzt in der Werkstelle. Da sie schon morsch war und eine Bruchstelle hatte, war sie schon einmal mit einer kleinen Latte an der Bruchstelle versichert worden. An diesem Tage schlug der Meister noch zur Sicherheit ein Tau um die schadhafte Stelle. Als der Lehrling schon zirka drei Stunden auf der zehn Meter langen Leiter gearbeitet hatte, sagte er aus Scherz zu seinem neben ihm arbeitenden Lehrkollegen: „Wenn ich man vor Pfingsten nicht noch das Genick brechen tu." Kaum hatte er die Worte ausgesprochen, als schon die Leiter brach und der Lehrling mit lautem Aufschrei zur Erde stürzte. Der junge Mann erhielt solch erhebliche Verletzungen, daß er 3 Wochen im Krankenhause zubringen mußte. Der Meister will an dem Unfall keine Schuld haben. Nach seiner Meinung habe er alles getan, was zur Sicherheit erforderlich war. Die Schuld an dem Unfall hat der Lehrling selbst. Der Lehrling hat, wie der Meister klagend hervorbringt, auf der Leiter nicht fleißig gearbeitet, sondern mit seinem Nebenmann geplaudert. Durch die Wucht der Bewegungen beim Sprechen, muß die Leiter den gefährlichen Bruch erhalten haben. Schon der Vorsitzende, Amtsrichter Holländer, entgegnete ihm darauf, daß das ja eine sonderbare Leiter sein müsse, die allein durch Sprechen zusammenbreche. Durch Inaugenscheinnahme der Leiter, wie auch durch das Gutachten des Sachverständigen gewinnt das Gericht die Ueberzeugung, daß der Angeklagte recht fahrlässig gehandelt hat, und verurteilt ihn zu einer Geldstrafe von ℳ 50. Der Amtsanwalt dagegen hatte eine Geldstrafe von ℳ 100 beantragt.

**Ein Gerüsteinsturz.** Am 21. Juni morgens gegen 7 Uhr stürzte plötzlich, als auf das Schutzdach an dem Neubau Dorotheenstraße, Ecke Flemmingstraße, Schalbretter abgeladen wurden, dasselbe ein. Ein Frl. G., das zufällig unter dem Schutzdach ging, wurde von dem zusammenstürzenden Gerüst und den darauf liegenden Brettern verschüttet. Passanten, die schnell herbeigeeilt waren, befreiten das Fräulein von ihrer Last und trugen sie in eine nahegelegene Wirtschaft. Glücklicherweise hatte das Fräulein nur leichtere Hautabschürfungen erhalten. Ein auf dem Gerüst mit dem Empfang der abgeladenen Bretter beschäftigter Zimmergeselle, der auch mit abgestürzt ist, trug ebenfalls nur eine leichtere Fußverletzung davon. Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich daher der Zimmerpolier B., der das Abladen der Schalbretter angeordnet hatte, zu verantworten. Er gibt zu, daß das Schutzdach nicht direkt für Lagerungen vorgesehen ist, wenn es auch nach seiner Meinung so stark gebaut gewesen ist, daß es das Gewicht der Bretter hätte tragen müssen. Ein Sachverständiger der Baudeputation hielt den Angeklagten für schuldig, da er niemals hätte anordnen dürfen, daß auf das leicht gebaute Schutzdach etwas abgeladen werden solle. Der Amtsanwalt beantragt eine Geldstrafe von ℳ 30. Das Gericht erkennt nach kurzer Beratung, da der Angeklagte noch unbestraft ist, auf eine Geldstrafe von ℳ 20.

**Undank ist der Welt Lohn!** Der Kutscher Hans Wilhelm N. unterhielt mit einem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis. Er versprach ihm die Ehe und schwindelte ihm vor, daß er in kurzer Zeit eine Anstellung bei der Hamburger Straßenbahn erhalten werde. Um sich bei der Direktion aber vorstellen zu können, bedürfe er unbedingt eines neuen Anzuges und einer größeren Summe zur Stellung der erforderlichen Kaution. Das vertrauensselige Mädchen händigte dem Bräutigam darauf ihr Sparkassenbuch ein und gestattete ihm, die notwendigsten Gelder abzuheben. N. holte sich ℳ 400, brach das Verhältnis mit dem Mädchen und heiratete — eine andere. Antragsgemäß wird der Bräutigam in eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten genommen.

**5700 Pfund beschlagnahmte Butter.** An mehreren Tagen des vorigen Monats wurden in Hamburg Proben einer Butter entnommen, die von der Meierei-Genossenschaft Sande in den Verkehr gebracht worden war. Bei der chemischen Untersuchung ergab sich, daß die Butter einen Wassergehalt von 17 bis 21 pZt. hatte, also weit über das sonst übliche Maß (16 pZt.). Der Vorstand der Meierei-Genossenschaft, der Gast- und Landwirt Petersen, wurde darauf von der Polizeibehörde in eine Geldstrafe von ℳ 20 genommen, wie auch die 55 Faß, die 5700 Pfund Butter enthielten und einen Wert von ℳ 7800 repräsentieren, beschlagnahmt wurden. Petersen hat gegen den Strafbefehl gerichtliche Entscheidung beantragt, da nach seiner Ansicht die Genossenschaft durch Anstellung eines erprobten Meieristen, durch Aufstellung moderner Maschinen alles getan habe, um eine einwandfreie Butter zu gewinnen. Woher es kommt, daß die Butter einen solch hohen Wassergehalt aufwies, kann er nicht erklären. Der Sachverständige, Dr. Berg, hat bei der Untersuchung der Butter sie sonst normal gefunden. Beanstandet wird nur der außergewöhnliche Wassergehalt, der wahrscheinlich aus der Buttermilch stammt. Nach einer sehr eingehend geführten Beweisaufnahme beantragt der Amtsanwalt, den Strafbefehl zu bestätigen, die Beschlagnahme der Butter aber wieder aufzuheben, da es sich hier nur um einen fahrlässigen Wasserzusatz handelt und der Wert der Ware nicht im Einklang zu dem Vergehen steht. Rechtsanwalt Dr. Blunck bittet, den Angeklagten, da ihm keine Fahrlässigkeit nachgewiesen werden kann, freizusprechen und selbstverständlich die Beschlagnahme der Butter aufzuheben. Nach kurzer Beratung verurteilt das Gericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe von ℳ 20 und hebt die Beschlagnahme der Butter wieder auf. Die Butter darf aber erst wieder nach einer ordnungsgemäßen Umarbeitung in Verkehr gebracht werden.

# Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Hamburg (Deutsche Seewarte).

**Witterungsübersicht vom 17. September 1912.**

Im Grenzgebiet des Hochs über Westeuropa, gegenüber dem im Osten abziehenden Tief hatte der Bezirk gestern bei vielfach frischen, etwas böigen nordwestlichen Winden und wechselnder Bewölkung kühles, meist trockenes Wetter; nachts fanden vielfach geringe Regenfälle statt. Als Höchsttemperatur werden meist 14 Grad, als niedrigste 9 bis 12 Grad gemeldet. Bei mäßigen nordwestlichen Winden ist das Wetter heute früh kühl und veränderlich mit stellenweise leichten Regenschauern.

Das Hochdruckgebiet im Westen Europas entsendet einen Keil hohen Druckes über die Alpen hinweg bis nach Ungarn hin, während der Nordosten von einer umfangreichen Depression bedeckt wird mit einem Tief über Nordfinnland.

Unter der Wechselwirkung des Hochs über dem Südwesten und der Depression im Nordosten ist im Bezirk bei schwachen Winden aus westlichen Richtungen und wechselnder Bewölkung ziemlich kühles, meist trockenes Wetter zu erwarten.

**Aussicht für die Witterung am 18. September 1912.**

**Schwache Westwinde, ziemlich kühl, meist trocken, wechselnde Bewölkung.**

**Meteorologische Beobachtungen.**

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 17. September, mittags 12 Uhr.

| Thermometer (° C.) | | | Barometer | Wind | Atmosphäre |
|---|---|---|---|---|---|
| Normal | Maximum | Minimum | (mm) | | |
| + 15,2 | + 15,7 | + 11,6 | 762,1 | W. | Bedeckt. |

# Anzeigen.

(Für den Anzeigenteil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

## Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute Frau und meiner Tochter liebevolle Mutter

**Anna Koch, geb. Krüger,**

nach langem, schwerem Leiden im 28. Lebensjahre am 16. September, nachmittags 3½ Uhr, sanft entschlafen ist.

Tief betrauert und schmerzlich vermißt von ihrem Gatten

**Johann Koch und Tochter,**

**Eltern, Schwiegereltern, Geschwistern, Schwager u. Schwägerin.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. September, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Friedhofes in Wandsbeck nach dem Tonndorfer Friedhof statt.

---

**Todes-Anzeige.**

Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß uns unser lieber Sohn und Bruder **Heinrich** am 16. d. M. im Alter von 33 Jahren plötzlich und unerwartet durch einen Unglücksfall durch den Tod entrissen worden ist.

Tief betrauert von den Hinterbliebenen:

**August Wolter und Frau.**
**Carl Wolter. Anna Wolter.**
**August Wolter.**

Beerdigung: Donnerstag, 19. d. M., nachm. 3½ Uhr, v. d. Leichenhalle, Altona, Weidenstr.

---

**Sozialdemokratischer Verein für den 8. u. 10. schlesw.-holstein. Wahlkreis.**

**Ortsverein Altona.**

**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Genosse

**H. Wolter**

durch Unglücksfall plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle, Weidenstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

**Der Vorstand.**

---

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**

**Zahlstelle Hamburg.**
**Distrikt Altona-Ottensen.**

**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Heinrich Wolter**

am 16. d. M. durch Unglücksfall gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 19. September, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle, Weidenstraße, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

**Die Distriktsleitung.**

---

**Deutscher Bauarbeiterverband.**

**Zweigverein Hamburg u. Umgegend.**
**Sektion Stuckbranche.**

**Verspätet.**

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

**J. F. Hamerich**

im Alter von 74 Jahren am 12. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung fand am Sonntag, 15. September, statt vom Sterbehause, Friedrichstraße 73, Altona.

Ein ehrendes Andenken sei hiermit dem werten Verstorbenen gewidmet.

**Der Vorstand.**

---

Nach langem, schwerem Leiden starb plötzlich am 15. September 1912 unser lieber Vater, Großvater u. Schwiegervater

**Friedrich Schulze**

im Alter von 52 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an seine **Kinder, Enkelkinder und Schwestern.**

Die Beerdigung findet am 19. September, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle, Weidenstraße, Altona, statt.

---

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn

**Wilhelm**

nach kurzem, schwerem Leiden im 13. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Tief betrauert von seinen tief gebeugten Eltern und Schwester.

**Hermann Stabe und Frau.**

Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d., nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Papenstr. 120, II., statt.

Um stille Teilnahme wird gebeten.

---

Am 16. September entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

**Anna Arndt Wwe., geb. Lamberthen.**

In tiefer Trauer:

**H. Klemm** u. Frau, geb. **Arndt.**
**A. Neubauer** u. Frau, geb. **Arndt.**
**Chr. Kasper** u. Frau, geb. **Arndt.**
**R. Piacentini** u. Frau, geb. **Arndt.**

Hamburg, 17. Sept., Bachstr. 63, IV.
Beerdigung: Donnerstag, 19. Sept., nachm. 3 Uhr, v. d. Kapelle 6 in Ohlsdorf.

---

**Todes-Anzeige.**

Durch den unerbittlichen Tod wurde uns unsere liebe, süße, unvergeßliche Tochter

**Olga**

plötzlich und unerwartet entrissen.

Tief betrauert von ihren tief gebeugten Eltern

**August Müller und Frau**

und ihren Geschwistern **Clara** und **Georg.**

Beerdigung: Mittwoch, 18. September, nachmittags 1 Uhr, vom Trauerhause, Bäckerstr. 6.

---

**Danksagung.**

Für die rege Beteiligung und reiche Kranzspende beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers

**Alwin**

sagen herzlichsten Dank dem Herrn **Chef der Firma Eggers & Co.**, deren **Bureaupersonal**, sowie **seinen Kollegen der Firma Eggers & Co.**, dem **Personal der Firma Hesse & Goldstsab**, insbesondere dem **Musikklub Freundesband v. 1904**, dem **Pfeifenklub v. 1905**, Barmbeck, dem **Distrikt Barmbeck v. 3. Hamb. Wahlkreis**, dem **Transportarbeiter-Verband**, allen **Verwandten, Nachbarn, Freunden** und **Bekannten** und auch dem Beerdigungsübernehmer Herrn **Martens** für seine vielen Bemühungen und schöne Ausstattung.

**C. A. Gendruschke und Frau,**
geb. **Schwarz, nebst Kindern.**

---

**Danksagung.**

Für die reiche Kranzspende u. rege Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Bräutigams

**Franz Fiedler**

allen Freunden und Bekannten innigen Dank.

Im Namen aller: Margarethe Belitz.

---

**Statt Karten.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters sagen wir allen Verwandten, Bekannten und den lieben Nachbarn, besonders seinen Kollegen von der Firma **Janssen & Schmilinsky** für die reiche Unterstützung, sowie den Herren Chefs der Firma **Thämer** und deren Personal, dem Holzarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Verein, dem Sparklub „Emsig" und Herrn **Untied** für die schöne Ausstattung meinen herzlichsten Dank.

**Marie Pfeifer Wwe.,**

**Kinder, Schwiegerkinder, Enkel, Bruder und Schwägerin.**

---

**Statt Karten!**

Für die innige Teilnahme und überaus große Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben, unvergeßlichen Frau

**Marie Rickert**

sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Sozialdemokratischen Verein von Altona, dem 20. Bezirk, dem Sparklub „Vorwärts" und dem Beerdigungsübernehmer Herrn **Schröder** für die gute Aufbahrung und die trostreichen Worte am Sarge der Verstorbenen unseren herzlichsten Dank.

**Christian Rickert u. Louise.**

---

**Kranzbinderei.**

**Otto Hacke, Gr. Brunnenstraße 58.**

---

Grosser Posten

**eleg. weisser Kinderbettstellen**

(wie Bild) von M. 6,— an.

**Matratzen, Bettfedern, Inletts enorm billig.**

Direkt im Engros-Lager

**Hamburg, Herrengraben 15/17.**

---

**Klappkarren,**

elegant M. 7.80

Ferner: Zufall! ein Posten Klappkarren mit Verdeck, Gummi, Nickel, **ganz zusammenklappbar**, wie Bild, so lange der Vorrat reicht M. 23,—

Nur im Engros-Lager

Hamburg, **Herrengraben 15—17.**

---

**Reiseverkehr**

Abholung und Beförderung des **Reisegepäcks** nach und von den Gepäck-, Fracht- und Eilgut-Abfertigungen, Passagierhallen und Bord der Schiffe.

**Spedition** per Fracht und Eilgut.
**Versicherung** des Gepäcks für die ganze Reisedauer.
**Gepäck-Aufbewahrung.**

**Grell's Paketfahrt**

**ABC-Str. 44/45.** Fspr. Gr. I, 2767—2768.

---

**Tafeläpfel.**

| | |
|---|---|
| 50 ℔ echte Gravensteiner | 13,50 |
| 50 ℔ echte Prinzäpfel | 12,50 |
| 50 ℔ Gold-Parmäne | 12,50 |
| 50 ℔ Landsberger Reinette | 12,50 |
| 50 ℔ von Boskop | 12,50 |
| 50 ℔ Gold-Reinette | 12,50 |
| 50 ℔ 4 zuletzt genannte Sorten | 12,50 |
| 50 ℔ Tafeläpfel | 7,50 |
| 50 ℔ Kochäpfel | 6,50 |
| 50 ℔ Tafelbirnen | 8,50 |
| 50 ℔ Kochbirnen | 6,— |
| 50 ℔ Zwetschen zum Einmachen | 6,50 |
| 50 ℔ Kronsbeeren | 15,50 |

alles inkl. Korb 50 Pfd. franko Hamburg vers. per Nachn. **Otto Behncke, Entin.**

---

**Piano,** fast neu, billig zu verkaufen. **Hammerbrookstr. 31,** Hochpt.

---

# Büsing & Zeyn

Hamburg, Gr. Burstah 31, Ecke Kl. Burstah.
Altona, Gr. Bergstrasse 1–5, Ecke Kl. Freiheit.

**Soeben aus der Arbeit gekommen:**

# Herren-Ulster

in hochmoderner Ausführung, aus meliertem, flauschartigem Cheviot, mit angewebtem Futter, in zweireihiger Form ..... M.

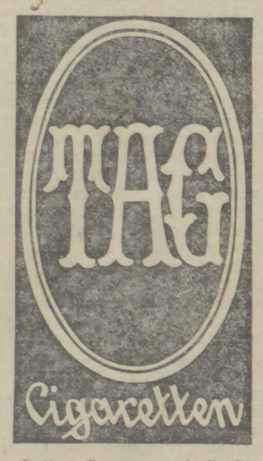
**33.50**

**Jünglings-Grössen 29.50 M.**

**Ausstellung dieser Neuheit in unseren Schaufenstern.**

---

Raucht




**Tabakarbeiter-Genossenschaft, Stuttgart. E. G. m. b. H.**

Zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen der **„Produktion" Hamburg.**

**Niederlagen:**

**Georg Becker,** Lilienstr. 32.
**F. Stangenberg,** Besenbinderhof, Gewerkschaftshaus.
Zigarrengeschäft **W. Bandel,** Steinstr. 95.
**Wilh. Petersen,** Bartelsstr. 2.
**John Marzi,** Eichholz 39.
**Otto Jecking,** St. Georg, Brennerstr. 55.
**W. Peter,** Süderkaistr. 18.
**Richard Scholl,** Bürgerweidenallee 1.
**Richard Krahl,** Jenischstr. 58.
**A. Steinbeck,** Wandsbeck, Kampstr. 23.
**Gustav Bunzel,** Königstr. 84.

**Vertreter: Otto Uhlenhaut,** zurzeit: **Gewerkschaftshaus, Hamburg.**

Derselbe gibt Auskunft über Lieferungen.

---

**Zigarren en gros-Lager,**

reellste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, alle Fassons in jeder Preislage und Packung.

**Heinr. Krohn,** Valentinskamp 99, Eingang im Torweg.

---

Für Wiederverkäufer:

**Zigarren.**

**Ad. Mehmel,** Dovenfleet 49. Fernspr. 3, 577.

---

**Roh-Tabak-Lager.**

**Emil Bente, Kl. Bergstr. 47, Alt.**

---

**Roh-Tabak-Lager.**

**Grosse Auswahl, billige Preise in allen Tabaksorten.**

**Aug. Kräusel, Steindamm 89 a.**

---

**Java,** Umblatt und Einlage pro Pfd. M. 1,20.

**Sumatra-Umblatt,** vierte Länge, Vollblatt, M. 1,40.

Havana-Grus pro Pfd. M. 1,50.

**Ottensen,** Bismarckstr. 28/32.
**Altona,** Reichenstr. 18.
**Eimsbüttel,** Bartelsstr. 109.
**St. Georg,** Grosse Allee 6.
**Eilbeck,** Wandsb. Chaussee 257.

---

Zu verk. Zigarrenmachertisch, 4 Pers., M. 6. Klausstraße 9.

---

**Brill.-Kollier 55, gold. Armbd. 14, silb. Teelöffel 8, silb. Handtasche 38 M. Wilhelminenstr. 19. Benkendorff.**

---

**Gesucht** sofort sichere Hypothek von 1000 Mark. Off. unt. U. T. J. an d. Exp. d. Bl.

---

**Zufall!** Ein Posten **moderner Jünglingsanzüge,** ein- u. zweireihig, M. 9,50 12,50, 15,50. Süderstraße 70, Hochpart.

---

**Kundschafts-Tischlerei zu verkaufen.** 2 Bänke. Off. u. X. Bahrenfelderstr. 129.

---

**Gut erhalt. Geldschrank** äußerst bill. zu verkauf. Uhlenhorst, Stormsweg 5, ab Zimmerstr.

---

**Erklärung.**

Hiermit nehme ich die gegen Frau und Herrn **Kuck** gemachte Aeußerung zurück.

**Frau Jensen.**

---

**Wirte, probieren!**

**Sievers Kaffee-Extrakt** ist herrlich von Aroma u. frisch gekochtem Kaffee vorzuziehen.

**Sievers Bouillon-Würfel** sind von unerreicht. Qual. Verlangen Sie Muster u. Preise. Karte genügt. **Friedrich Sievers, Hamburg 3.**

---

**Skatklub „Letzter Stich".** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ab **heute, Mittwoch,** abends 9 Uhr, die großen Preisskate im großen Klublokal des Herrn **C. Finnern,** Erichstraße 72, beginnen. ff. **Fleischpreise** aus der **„Produktion".** D. V.

---

**Heute, Mittwoch, 9 Uhr abends:**

**Großer Geld-Preis-Skat.**

**O. Pünjer, Vennsberg 15.**

---

# Hauswirtschaftlicher Fortbildungskursus.

**Hamburg, Wallstr. 32 und Eichholz 35.**

Der Winterkursus beginnt am 14. Oktober d. J. — Unterricht findet täglich von 8 bis 4 Uhr statt.

**Gute Ausbildung in folgenden Unterrichtsfächern:** Feinbürgerliches Kochen, Wäschenähen, Musterschnittzeichnen und Zuschneiden, Flicken und Stopfen mit der Hand und der Nähmaschine, Schneidern für den Hausbedarf, Hausarbeiten, Waschen und Plätten von Wäschegegenständen. Ernährungs-, Nahrungsmittel- und Kochlehre, Gesundheitslehre, häusl. Kranken- und Kinderpflege, Hausarbeits-, Wasch- und Plättlehre, Deutsch und Bürgerkunde, hauswirtschaftliche Buchführung, Singen.

**Honorar M. 30,— vierteljährlich.**

Nach erfolgreichem Besuch des Kursus können den Schülerinnen auf Wunsch Stellen durch den Vorstand vermittelt werden.

**Prospekte, Anmeldungen u. nähere Auskunftserteilung: Wallstr. 32, Sprechzeit: Montag, Mittwoch, Donnerstag, 1—2 Uhr; Eichholz 35, werktägl. 10—2 Uhr.**

---

# Dr. Thompson's Seifenpulver

**(Marke Schwan)**

**ist in Verbindung mit dem modernen, garantiert unschädlichen Bleichmittel**

**Seifix**

**das beste selbsttätige Waschmittel.**

**Zu haben in allen Verkaufsstellen von Dr. Thompson's Seifenpulver.**

**„Seifix" Paket 15 Pfennig**

---

# Carl Hagenbeck's

**Tierpark, Stellingen.**

Nur noch kurze Zeit

**Beduinen-Truppe**

**Fütterung** der **Raubtiere** um 5 Uhr nachm., der **Seelöwen** und **Eisbären** 11 Uhr vorm. und 3 und 4 Uhr nachm.

**Eintritt:** 50 ₰, Kinder 25 ₰, Sonntags u. Festtags: vorm. bis 12 Uhr 30 ₰, Kinder 15 ₰, nachm. 50 ₰, Kinder 25 ₰.

---

**Ausflüge** mit den **Lauenburger Dampfern**

nach **Vierlanden,** berühmte Gartenkulturen;
nach **Geesthacht,** herrliche Tannenwaldungen;
nach **Jesperhude,** gr. Buchenwaldungen
nach **Lauenburg,** reizende Lage an d. Elbe.

**Abfahrt vom Stadtdeich:**

**Sonntags:** 7, 8, 9, 10, 11, 2, 3, 5.15, 8.15, und 12.00 Uhr.
**Werktags:** 7, 10, 11, 2, 3, 6.15, 8.15 Uhr.

**Lauenburger Dampfschiffe, Burmester & Basedow**

Kontor: Hamburg, Banksstrasse 46. Fernsprecher: Gruppe 8, 4106.

---

**Stader Dampfer**

**(weisse Dampfer mit gelbem Schornstein)**

**ab St. Pauli Landungsbrücken Brücke 3.**

N. **Cuxhaven** am 19., 21., 22. Septbr. mit Express-Salondampfer „Cuxhaven". Sonntags mrgs. 7½ Uhr, Werkt. mrgs. 8½ Uhr.

N. **Blankenese:** 10, 12, 1, 2, 3, 4, 5, 7.
V. **Blankenese:** 7½, 9½, 1½, 3½, 5½, 6½, 7½, 8.
N. **Wittenbergen u. Schulau:** 10, 2, 3, 4, 7.
V. **Schulau:** 6¾, 8¾, 4½, 5.40, 7½.
V. **Wittenbergen:** 7, 9, 4¾, 5.55, 7¾.
N. **Lühe, Stade:** 10, 2, 4, 7.
V. **Stade:** 5, 7½, 2¾, 5¾.
V. **Lühe:** 6½, 8½, 4.10, 7½.
N. **Kolm., Krts., Wischh.:** nm. 4, ret. mg. 6.

---

**Schallplatten-Umtausch-Anstalt.**

Für jede alte Platte erhalten Sie gegen kleine Vergütung eine gut spielende (ev.) neue Platte. Neueste Aufnahmen stets auf Lager. Reparaturen, Federn einsetzen von M. 1,50 an. Musikapparate verleihe von M. 2 an.

**Nur Böckmannstr. 5,** nahe Steindamm.

---

**Nur noch 3 Tage.**

**Circus Busch**

Heute, **Mittwoch,** 7½ Uhr abends:

**Iwanoffs**

**Looping the Loop**

am schwingenden Trapez.

Reiterfamilie **Proserpi,**
**Ott-Trio,** Springer,
Clowns **Ilcs und Antonio.**
**Neue Freiheitsdressuren**
und das grosse Programm.

Zum Schluss:

**„Die Hexe"**

Grosses Manege-Schauspiel in 7 Akt. verfasst von **Paula Busch.**

**Grete Egenolf a. G.**

---

**M. Langner,** Destillation, Fischertwiete 4.

---

**HELIOS**

**Techn. Lehr-Institut für Kinematographie**

bildet junge Leute, Monteure, Geschäftsführ. u. Herren, die ein. Kinematogr. betreib. woll., prakt. u. techn. als **Vorführer** aus. Dauer d. Kursus ca. 4 Woch. Aufnahme kann jederzeit erfolgen. Prosp. kostenlos. Anmeld. persönlich oder schriftlich erbeten **Hamburg 1, Bieberhaus, Zimmer 500.**

---

**Verein Hamburgischer Musikfreunde.**

**Mittwoch, d. 18. September, abds. 8½ Uhr, Musikhalle, grosser Saal:**

**Volkstümliches Konzert.**

Dirigent: **José Eibenschütz.**

Solist: **Alfred Sittard (Orgel).**

Im Programm u. a.: **Goldmark:** Ouvert. z. „Sakuntala"; **Cherubini:** Ouvertüre z. „Anakreon"; **Sibelius:** „Eine Sage"; **Bach:** Toccata; **Liszt:** Angelus (zum 1. Male); **Reger:** Toccata (zum 1. Male); **Händel:** Largo.

Eintrittskarten z. d. **bekannten Preisen** im **Bureau des Gewerkschaftskartells,** in den einzelnen **Gewerkschaftsbureaus** und den Verkaufsstellen der **„Produktion".**

**Nächstes volkstümliches Konzert: Sonntag, den 22. September.**

---

## Theater.

Mittwoch, den 18. September:

**Stadt-Theater. Lohengrin.** Opernpreise. Anfang 7 Uhr.

**Thalia-Theater. Fritzchen,** Drama in einem Akt von Hermann Sudermann. **Unter Brüdern,** Lustspiel in einem Akt von Paul Heyse. **Der Kammersänger,** drei Szenen von Frank Wedekind. Anfang 8 Uhr.

**Altonaer Stadt-Theater. Die Journalisten.** Schauspiel-Preise. Anfang 7½ Uhr.

**Neues Operetten-Theater.** Dir.: Wilh. Bendiner. Vorzugskarten werden täglich von 10 bis 2 Uhr im Bureau unentgeltlich ausgegeben und sind dieselben bis 26. d. M. täglich gültig. **Rund um die Alster,** gr. Hambg. Ausstattungs-Revue mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern. Täglich abends 8 Uhr.

**Hamburger Operetten-Theater.** Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr: **Eva** von **Franz Lehár.**

**Carl Schultze-Theater.** Allabendlich 8 Uhr: **Autoliebchen.** Vereinskarten gültig.

Sonntag, 22. September, nachm. 3½ Uhr, kleine Preise: **Polnische Wirtschaft.**

**Ernst Drucker-Theater.** Abends 8½ Uhr: Zum 29. Male: Glänzender Erfolg! **Die schöne Hamburgerin,** sechs Bilder mit Gesang und Tanz von Fr. Mielck und Chr. Bischoff.

Donnerstag, den 19. September:

**Stadt-Theater. Königskinder.** Opernpreise. Anfang 7½ Uhr.

**Thalia-Theater. Herrgottsmusikanten.** Anfang 7½ Uhr.

**Altonaer Stadt-Theater. Ein toller Einfall.** Schauspiel-Preise. Anf. 7½ Uhr.

---

**Deutsches Schauspielhaus.**

Mittwoch, den 18. September 1912:

**Das Glas Wasser,** oder: **Ursachen und Wirkungen,**

Lustspiel in fünf Aufzügen nach Scribe von A. Cosmar.

Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Donnerstag, 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**
Freitag, 8 Uhr: **Maria Stuart.**
Sonnabend, 8 Uhr: Zum ersten Male: **Turandot,** chinesisches Märchenspiel in fünf Akten von Carlo Gozzi. Deutsch von Carl Vollmoeller. In Szene gesetzt von Carl Hagemann.
Sonntag, nachm. 12½ Uhr: Volksschauspiele: **Der Widerspenstigen Zähmung.** Ueber sämtliche Plätze ist bereits verfügt.
Abends 8 Uhr: **Turandot.**

---

**Neues Theater.**

**Volksoper.**

Direktion: **Felix Anthony.**

**Eröffnungs-Vorstellung.**

Donnerstag, 19. September, abends 8½ Uhr:

**Die lustigen Weiber von Windsor.**

Freitag: **Der Waffenschmied.**

---

**Schiller-Theater.**

Freitag, 20. Sept., abends 8½ Uhr:

**Beginn der Schauspiel-Saison.**

**Was Ihr wollt,**

Lustspiel in fünf Aufzügen von Shakespeare.

Sonnabend: **Sherlock Holmes.**
Sonntag, 3½ Uhr (40 u. 60 ₰): **Hamburger Leiden.**
Abends 8 Uhr: **Ein tolles Mädel.**

---

**Flora.**

**Das Gesicht am Fenster.**

Sensationsdrama aus dem Englischen.

**Colonel G. Bordeverry**

der beste Kunstschütze der Gegenwart und das **glänzende**

**Spezialitäten-Programm.**

Anfang 7½ Uhr. — Sonntags 5 Uhr.

**Sonntags, Dienstags, Freitags: BALL.**

---

**HANSA-THEATER.**

**Klink * Trombettas * Pia**

**Collins and Hart**

und das phänomenale

**Eröffnungs-Programm.**

Anfang 8 Uhr. — Ende 10.40 Uhr.

**Abonnements nur noch kurze Zeit erhältlich.**

---

**Loebel's „Gemischter"** Bitterlikör.

**Ausschank in den meisten Wirtschaften**

---

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

# Zweite Beilage zum Hamburger Echo Nr. 218.

**Mittwoch, den 18. September 1912.**

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11. — Verantwortlicher Redakteur: C. Döring in Hamburg.

## Rekrutenlehren.

Nur noch wenige Tage und wieder wird die Blüte der Nation einberufen, um als Soldat dem Vaterlande oder — wie manche gern sagen — dem Kaiser zu dienen. Der Soldatenstand hat laut Instruktion den Zweck, das Vaterland gegen feindliche Angriffe zu verteidigen und den bestehenden Gesetzen im eigenen Lande nötigenfalls mit Waffengewalt Achtung zu verschaffen. Hinzu kommt noch als eigentlich wirklicher Dienst der Wachdienst und die Hilfeleistung bei Ueberschwemmungen, Feuersbrünsten und andern großen Unglücksfällen.

Die ganze Militärzeit ist lediglich eine Vorbereitung für diesen Zweck, dem eine Berechtigung nicht abzusprechen wäre, wenn er auch das Wohl aller derer umfaßte, die man schlechthin als das „Volk" zu bezeichnen pflegt, nämlich der arbeitenden Volksklasse. Dann würde freilich der Wehrstand ein vollständig verändertes Gepräge bekommen. Doch sollen hierüber in diesem Artikel keine Erörterungen angestellt werden, vielmehr sollen den jungen Leuten, die mit wenig Erfahrung und nur geringer Menschenkenntnis als Rekruten eintreten, einige gute Ratschläge und Lehren mit auf den Weg gegeben wreden, damit sie den Auswüchsen und Mißständen, die dem heutigen Militarismus anhaften, einigermaßen gewachsen sind. Es soll dabei gänzlich objektiv und ohne Rücksicht auf etwaige Parteiansichten verfahren werden.

Für den jungen Rekruten ist es am besten, wenn er gleich beim ersten Appell mit dem festen Entschluß antritt: Ich werde meine Pflicht tun, aber ich lasse mir nichts gefallen! An diesem Grundsatz muß er während seiner ganzen Militärzeit festhalten. Es ist ja eine längst anerkannte Tatsache, daß gerade Sozialdemokraten die besten Soldaten sind. Als beste Soldaten wird man nun niemals solche bezeichnen, die einfach nur ihre Pflicht tun, sondern sie müssen auch so viel Schneid im Leibe haben, daß sie nicht Schindluder mit sich spielen lassen. Wer hätte im gewerblichen Leben nicht schon Arbeitskollegen getroffen, die sich vom Vorarbeiter oder Werkführer alles mögliche gefallen lassen und noch mit grinsendem Lächeln darüber quittieren, um ja nicht oben anzustoßen? Genau das gleiche Kaliber findet man auch beim Militär, und manchmal muß man förmlich den Gedanken niederkämpfen, die Kerls haben es nicht besser verdient, als daß sie wie Hunde behandelt werden. Solche Gedanken darf man jedoch nicht hochkommen lassen. So kann es beispielsweise passieren, daß man von Kameraden die vertrauliche Mitteilung erhält, heute nacht soll X. im Bett verhauen werden. Hier soll man ohne Besinnen laut auf der Stube erklären, daß man dies unter keinen Umständen duldet, vielmehr dem X. beistehen wird, wenn es sein muß, mit dem Seitengewehr. Man wird dann im ersten Augenblick viele Feinde haben, und auf Dankbarkeit von X. ist erst recht nicht zu hoffen, der würde sich freuen, wenn er seine Hiebe erst weg hätte. Doch schon nach zwei oder drei Tagen hat sich das Blatt gewendet; man wird statt Feindschaft die Anerkennung der Kameraden finden. Auf diese Weise kann selbst ein einfacher Soldat einen der ärgsten Auswüchse beseitigen helfen, die Mißhandlung durch eigene Kameraden, ohne daß er dabei irgendwie mit dem Militärgesetz in Konflikt gerät.

Ein weiterer großer Mißstand ist die Mißhandlung Untergebener durch Vorgesetzte. Hier gilt als Trost der Lehrsatz: Jeder Vorgesetzte, der einen wehrlosen Untergebenen mißhandelt, ist ein Feigling, und je häufiger er diese Mißhandlungen ausübt, desto erbärmlicher ist sein Charakter. Mit solchen Jammermenschen kann jeder fertig werden, der Mut besitzt. Und persönlicher Mut ist eine Eigenschaft, die beim Militär, als Ganzes betrachtet, stets Anerkennung findet, mag man sonst über Militär denken, wie man will. Der persönliche Mut zeigt sich nun nicht darin, daß man dem Vorgesetzten wieder auf der Stelle eine runterhaut, es gehört vielmehr ein weit höherer Mut dazu, im Augenblick an sich zu halten und dann am andern Tage im Ordonnanzanzuge dem Feldwebel die Meldung zu erstatten und diese Meldung nach zwei Tagen zu wiederholen. Dazu fehlt es den meisten Soldaten an Mut, sonst wäre es ja gänzlich unmöglich, daß sich in einzelnen Fällen die Mißhandlungen so häuften.

Also, Rekruten, seid unerschrocken, laßt Euch nichts gefallen und meldet jede grobe Beleidigung durch Wort oder Tat. Ihr braucht auch nicht zu fürchten, daß Ihr durch solche Meldung gleich die ganzen Unteroffiziere der Kompagnie gegen Euch habt. Bei den Unteroffizieren ist der Zusammenhalt nur äußerlich, bei denen ist meistens der Brotneid und Rangneid sowie das Hacken des einen auf den andern weit größer als irgendwo im Zivil.

Es kann nun auch vorkommen, daß ein Vorgesetzter, der einer etwaigen Meldung entgehen will, einen Soldaten zu sich auf die Stube befiehlt, um ihn ohne Zeugengegenwart zu mißhandeln. Hier steht Mann gegen Mann. Wer nur wenig Kräfte hat, der muß sich damit helfen, so laut zu brüllen, daß die ganze Kaserne alarmiert wird. Der Starke jedoch kann sich wehren nach Herzenslust. Der Vorgesetzte wird sich hüten, Meldung zu machen, denn sonst hat er sicher auskapituliert. Sollte er es dennoch tun, so dürfte ihm die Beweisführung sehr, sehr schwer gemacht werden, weil, wie schon gesagt, persönlicher Mut beim Militär geschätzt und nach Möglichkeit geschützt wird. Und der angeklagte Soldat kann nicht gezwungen werden, etwas einzugestehen. Wohl zu beachten ist hierbei, daß der Vorgesetzte den Untergebenen zu sich hinbestellt haben muß. Liegt der Fall anders, daß also der Untergebene den Vorgesetzten allein aufsucht, um ihn zu überfallen, dann wird den Angaben des Vorgesetzten unbedingt Glauben geschenkt und der Untergebene hat schwere Strafe zu gewärtigen.

Zu den Uebelständen beim Militär gehört ebenfalls die Schikane, gegen die man freilich auch im bürgerlichen Leben meistens machtlos ist. Die Schikane kann bewußt oder unbewußt geschehen. Die unbewußte Schikane ist manchmal noch schlimmer als die bewußte. Setzen wir einmal den Fall, eine Truppe steht in Paradeaufstellung unter präsentiertem Gewehr. Die Vorgesetzten verwickeln sich dabei in ein Gespräch über dieses und jenes und die Soldaten müssen andauernd das Gewehr frei vor sich halten, obgleich es mit der Zeit zentnerschwer wird. Gewöhnlich hilft hier schließlich eine durch die ganze Truppe gehende Unruhe, wodurch die Vorgesetzten auf ihre Unterlassungssünde aufmerksam gemacht werden. Gegen Schikane läßt sich schwer etwas machen, es sei denn, daß der Vorgesetzte sich durch Worte verrät. So geschah es einmal, daß ein Unteroffizier die Aeußerung tat: „Ich werde Euch so lange durch den dicksten Dreck jagen, bis Ihr ausseht wie die Schweine!" Ein Soldat dieser Abteilung hatte am andern Tage den Mut, die Worte des Unteroffiziers zu melden, mit dem — wenn auch nur geringen — Erfolg, daß der Unteroffizier eine ernste Verwarnung erhielt und in Zukunft vorsichtiger in Worten und in Taten war. Selbstverständlich kommt es hierbei viel auf den Kompagniechef an. Ein nervöser Hauptmann oder Feldwebel kann die Kompagnie zur Hölle machen. Allgemeine Verhaltungsmaßregeln gegen Schikane lassen sich nicht geben. Denen kann man nur durch Schlauheit oder durch Dickfelligkeit widerstehen.

Eine Schikane im großen sind die sogenannten Gewaltmärsche, die ja auch hin und wieder den Namen Todesmärsche verdienen. Der Vorgesetzte zu Pferde, die Sherryflasche in der Satteltasche, findet solche Märsche ganz interessant, und zwar nicht anstrengend, während die mit Tornister und Gewehr bepackte marschierende Truppe vor Staub und Hitze kaum Luft schnippen kann. Zwar kann der Vorgesetzte die Ermattung der Truppe recht gut dadurch merken, daß das Singen und fröhliche Geplauder in den Kolonnen aufhört und einem dumpfen Mißmut Platz macht; aber es haben sich noch keine „Schlappe" gemeldet und da wird die Sache wohl gut gehen. Dabei hat man dann Kameraden neben sich marschieren, denen man es ansehen kann, daß sie sich nur so hinschleppen. Sie schämen sich, im Chausseegraben sitzend, die Zurufe: „Schlapp! schlapp!" der vorüberziehenden Kameraden zu hören. Und schließlich brechen sie dennoch zusammen, manchmal kurz vorm Ziel beim Verteilen der Quartierzettel. Es sollte daher jeder, der solchen Strapazen nicht gewachsen ist, einsehen, welchen Schaden er seiner Gesundheit durch gewaltsames Bezwingen zufügt und sich rechtzeitig marschunfähig melden. Sitzt erst ein Schlapper beiseite, dann ist bald der ganze Chausseegraben von Schlappen tapeziert und auch die übrige Truppe wird eine Ruhepause machen.

Zum Schluß sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß ein Soldat, der sich beschweren will, nicht seine Kameraden auffordern darf, sich der Beschwerde anzuschließen. Das wird strenge bestraft. Auch darf der Soldat dem Vorgesetzten keine Mitteilung davon machen, daß er sich über ihn beschweren will. Er muß also ganz nach dem löblichen Grundsatz verfahren: Nicht reden, sondern handeln. Ein Soldat, der sich über ungerechte Behandlung beschwert, macht selbst bei den Vorgesetzten immer einen günstigeren Eindruck als einer, der sich alles gefallen läßt. Lasse sich keiner verblüffen durch etwaiges Anschnauzen beim Vorbringen einer Beschwerde, das gibt sich. Hat der gemeine Soldat sich erst einmal Respekt verschafft, dann wird man ihn auch in Zukunft ungeschoren lassen.

Jedenfalls denke jeder Soldat stets daran, daß er ganz und gar auf sich selber angewiesen ist und alle seine Angelegenheiten allein ausfechten muß. Weder Vater noch Mutter, weder Geschwister noch Berufsgenossen können ihm beistehen. Es geht ihm, wie Schiller in „Wallensteins Lager" sagt:

Da tritt kein anderer für ihn ein,
Auf sich selber steht er da, ganz allein.

E. A.

## Arbeiterbewegung.

### Streik, Aussperrung und Sperren.

(Sperren, deren Fortdauer man uns nicht mindestens allmonatlich anzeigt, werden gestrichen.)

**Zuzug ist fernzuhalten von:**

**Bau- und Maschinentischlern** nach der Lothringer Baugesellschaft in Mörchingen bei Metz;

**Bühnenarbeitern** nach dem Neuen Operetten-Theater, Hamburg.;

**Damenhutmachern** nach R. Dolezal, Barmbeck, Feßlerstraße 16;

**Holzarbeitern, Tischlern** nach dem Betrieb der Firma Friedrichs, Bautischlerei, Hamburg, Wiesenstraße 41 und Telemannstraße, sowie von Anschlägern nach den Bauten des Herrn Friedrichs: Technikum, Lübeckertor, und Bau Billstraße;

**Kammerjägergehilfen** nach dem Betrieb der Firma H. Brönner, Hamburg, Meißnerstraße 18, und der Firma „Neue Versicherung gegen Ungeziefer", Inhaber W. Görke, Hamburg, Langereihe 24;

**Kutschern** nach W. Schmidt und L. Schwardt in Pinneberg;

**Maschinisten** nach den Fischdampferreedereien in Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham;

**Metallarbeitern** nach der Herd- und Bauschlosserei von A. F. M. Bohnhoff, Weidenallee 6, nach dem Emaillierwerk Wandsbeck und nach der Drahtwarenfabrik, Drahtzieherei und Verzinkerei von H. E. Wulf, Eidelstedt;

**Musikern** nach dem Lokal „Erholung", Hamburg, Mittelstraße 75;

**Schneidern** nach Fr. Bernau, Wilhelmsplatz 3 in Hamburg;

**Tischlern und Maschinenarbeitern** nach August Prien in Harburg;

**Töpfern** nach: Gebrüder Tornow, H. Peters, W. Schuldt, Neubau Mundt, Wandsbecker Chaussee 46, Haberland, Geesthacht, Hezinger, Gartenstadt Wandsbeck, Schlosserei Schmidt u. Wille, Kl. Freiheit 13 in Altona und J. Fricke in Itzstedt wegen Beschäftigung von Unorganisierten.

## Hamburg und Umgegend.

**Metallarbeiter! Sperre!**

Ueber den Betrieb der Firma A. F. M. Bohnhoff, Weidenallee 6, Herd- und Bauschlosserei, ist wegen Lohndifferenzen und Streiks die Sperre verhängt.

Gesperrt sind folgende Bauten der Firma Bohnhoff: Hameling Neukamp 4/12, Oning, Geibelstraße, Bau Heinestraße, St. Pauli, Müller, Hepelstraße, Hamm, Meyer, Imstedt, Wulkau, Dehnhaide, Siems, Hammerstraße, Hirt, Lämmersieht, Stolp, Gärtnerstraße, Hoheluft, Westphal, Hammerlandstraße, Köster, Billstraße.

Kein anständiger Arbeiter darf bei dieser Firma in Arbeit treten.

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Hamburg.

**Achtung! Maschinisten!**

Die Maschinisten der Fischdampfer von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham befinden sich in einer Lohnbewegung. Kein Maschinist lasse sich verleiten, nach benannten drei Orten Stellung auf Fischdampfern anzunehmen, auch dann nicht, wenn von seiten der Fischdampferreedereien glänzende Angebote gemacht werden, da dieselben später wieder reduziert werden. Nach Beschluß der Reeder müssen diejenigen Maschinisten, welche ihre Stellung bei einer Reederei aufgeben und bei einer anderen anfangen wollen, wieder zu dem niedrigsten Heuersatz anfangen! Die Fischdampfermaschinisten fordern eine gerechte Regelung der Gagen und Dienstverhältnisse. Ein Jeder übe Solidarität!

Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

**Zum Streik der Maschinisten auf den Fischdampfern der Unterweserorte**

wird gemeldet, daß die Bewegung mit einem guten Auftakt einsetzte. Am ersten Tage des Streiks konnten nur zwei Dampfer der Fischereiflotte der Weser, die eine der stärksten Deutschlands ist, in See gehen.

**Der Streik der Holzplatzarbeiter in Geestemünde**

dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben zwar hin und wieder Arbeitswillige gekapert, es gelang aber immer, einen größeren Teil der Streikbrecher wieder abzuschieben. Mit dem Rest können die Unternehmer nicht viel Staat machen, da diese Arbeiter im Entlöschen der Schiffe gar keine Erfahrung haben.

**Der Tischlerstreik in den Unterweserorten,**

der hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird, dauert fort. Die Unternehmer sind halsstarrig; bei ihrer guten und leistungsfähigen Organisation aber können die Arbeiter den Erfolg ruhig abwarten.

## Deutsches Reich.

**Die städtischen Arbeiter Nürnbergs**

sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer von den Gesamtausschüssen einberufenen Versammlung wurden nach einem Referat des Arbeiterausschußvorsitzenden der Straßenbahn folgende Forderungen formuliert: Die bis Ende des Jahres bewilligte Teuerungszulage ist ab 1. Januar 1913 in eine Lohnzulage von 30 ₰ für männliche und 20 ₰ für weibliche Arbeiter umzuwandeln. Die Lohnvorrückungen betragen jährlich 10 ₰ pro Tag, so daß der Höchstlohn in zwölf Jahren (statt, wie bisher in 18 Jahren) erreicht wird. Nach einjähriger Dienstzeit sind die gesetzlichen Wochenfeiertage voll zu bezahlen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, an den Sonnabenden 8 Stunden. In den Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit ist der Achtstundenwechsel durchzuführen usw. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, diese Forderungen dem Magistrat zu unterbreiten.

**Aussperrung in der Göppinger Textilindustrie.**

Bei der Firma W. Betz u. Söhne hatten vor einiger Zeit zirka 30 Rollerinnen und Spulerinnen Lohnforderungen gestellt. Ihr seitheriger Tagelohn bewegte sich zwischen M. 2,50 und M. 2,80. Obwohl ihre Forderungen sehr minimal waren, lehnte sie die Firma ab, weshalb die Arbeiterinnen die Arbeit einstellten. Die Firma versuchte nun, alle organisierten Arbeiter auf die Straße zu werfen. Sie stellte an die Arbeiter das Ansuchen, einen Revers zu unterschreiben, in dem sie erklären, nicht Mitglied des Textilarbeiterverbandes zu sein. Dies lehnten die Arbeiter jedoch ab. Jetzt kündigt die Bezirksgruppe Göppingen des Verbandes süddeutscher Textilarbeiter die Aussperrung aller im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen an. Man denke, wegen einer winzigen Lohnerhöhung von zirka 30 Arbeiterinnen sollen Tausende auf die Straße gesetzt, arbeits- und brotlos gemacht werden! An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen ergeht hiermit die Aufforderung, Göppingen zu meiden.

**Erfolgreiche Lohnbewegungen der Zimmerer.**

Der Zentralverband der Zimmerer hat im Gau Brandenburg auch in diesem Jahre eine Reihe von Lohnbewegungen zu verzeichnen, bei denen es auf Grund von Verhandlungen, aber auch durch Arbeitseinstellungen zu Tarifabschlüssen beziehungsweise Vertragsverlängerung gekommen ist. So in Crossen a. d. O., wo der Vertrag auf drei Jahre von neuem abgeschlossen wurde. Der Stundenlohn steigt im ersten Vertragsjahr von 37 auf 39 ₰, für das zweite und dritte Jahr auf 40 beziehungsweise 41 ₰. Die Arbeitszeit bleibt eine zehnstündige. In Hennigsdorf wurde ein Vertrag für zwei Jahre abgeschlossen. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden erhöht sich der Lohn von 70 auf 75 ₰. Außerdem wurden die Zuschläge für Ueberstunden und bei Wasserarbeit um 5 ₰, die Sonntagsarbeit um 10 ₰ pro Stunde erhöht. In Cammer ist der Vertrag bis 31. März 1914 verlängert worden. Für die weiter abliegenden Orte wurde der Lohn von 43 auf 46 ₰ erhöht. In Mittenwalde kam es zum ersten Male zu einem Vertragsabschluß, und zwar bis zum 31. März 1915. Der Stundenlohn erhöht sich im Jahre 1912 in zwei Staffeln von 60 auf 65 ₰, 1913 auf 67 ₰ und 1914 auf 70 ₰. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Ueberstunden, Nachtarbeit usw. werden mit 15 ₰ Zuschlag entschädigt. Auch in Mützlitz, einem rein ländlichen Lohngebiet, kam ein neuer Vertrag bis 31. März 1915 zustande, der jetzt zwei Lohngebiete vorsieht. Im ersteren wird der Lohn in zwei Staffeln von 45 auf 48 ₰, im zweiten und dritten Jahr auf 50 ₰ erhöht. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. In Schwedt a. d. O. kam es zu einem einjährigen Vertragsabschluß mit 2 ₰ Lohnerhöhung. In Ziebingen, auch einem rein ländlichen Gebiet, gelang es zum ersten Male einen dreijährigen Vertrag abzuschließen. Für die bisher bestandenen Klassenlöhne wurde der Einheitslohn eingeführt. Für 1912 wurde ein Stundenlohn von 28 bis 30 ₰ auf 34 ₰ und für die beiden andern Jahre auf 36 ₰ bei zehnstündiger Arbeitszeit vereinbart. Nach eintägigem Streik wurde in Birkenwerder der bisherige Vertrag mit wenigen Abänderungen auf zwei Jahre verlängert. Der Stundenlohn erhöht sich in diesen zwei Jahren um 6 ₰, 1912 von 70 ₰ auf 73 ₰, 1913 auf 76 ₰ bei neunstündiger Arbeitszeit. In Hermsdorf wurde nach zweitägigem Streik ein Vertrag auf zwei Jahre mit 5 ₰ Lohnerhöhung, 2 ₰ im ersten und 3 ₰ im zweiten Jahr, abgeschlossen. In Lychen bequemten sich die Unternehmer nach dreitägigem Streik, die 1910 abgelehnten Nebenbedingungen, wie Ueberland-, Wasserarbeit und anderes mehr in den Vertrag aufzunehmen. In Oderberg war es erst nach elftägigem Ausstand möglich, einen einjährigen Vertrag abzuschließen. Ein Stundenlohn von 50 ₰ und alle übrigen Nebenbedingungen wurden erreicht. Einen günstigen Abschluß erreichte der zweitägige Streik auf dem Bau des Tuberkulosenheim in Beetz-Sommerfeld. Es wurde der Veltener Lohn, der 60 ₰ beträgt, anerkannt, was eine Lohnerhöhung des Stundenlohnes von 7 ₰ bedeutet.

**Vom „Armeekorps der Kohle".**

In der Chronik der Bergarbeiter wird das Jahr 1912 als ein Unglücksjahr eingezeichnet werden müssen. Not und Ungemach traf die deutschen Bergleute Schlag auf Schlag. Zuerst die Niederwerfung ihres Streiks im Frühjahr durch den Verrat der eigenen Arbeitskollegen. Darauf folgten die Schreckensurteile der Justiz gegen viele hundert Bergleute und ihre Frauen, dann der Racheakt der Werksherren, die den Niedergezwungenen fast 5 Millionen Mark verdienten Lohnes als Strafe für „Kontraktbruch" abzogen. Jetzt die kolossale Verteuerung der Lebensmittel, die in den übervölkerten Bergrevieren Hunderttausende zu herber Entbehrung verurteilt. Und zu all diesem Unglück kommen dann noch die unaufhörlichen großen Grubenunfälle.

Der Tod hat es dieses Jahr ganz besonders auf die Bergleute abgesehen. Ein Massengrab wölbt sich neben dem anderen, in Sektionen und ganzen Zügen werden die Soldaten des „Armeekorps der Kohle" dahingerafft. Osterfeld, Neumühl, Lothringen, Alma, Segen Gottes, Westende und jetzt noch Auguste Viktoria sind die Marksteine auf dem „Felde der Ehre", auf dem in den letzten drei Monaten gegen 200 Bergarbeiter fielen. Wollte man die tödlichen Einzelunfälle hinzurechnen, dann könnten wohl 500 getötete Bergleute seit drei Monaten gezählt werden. Zu dieser Ziffer kommt man bei einer Betrachtung des amtlichen Berichts über die Unfälle im deutschen Bergbau während des vorigen Jahres. Massenunfälle waren 1911 nicht zu verzeichnen, abgesehen von dem Seilbruch auf Zeche Hannibal bei Bochum, der drei Tote und eine größere Anzahl Verletzter als Opfer forderte und einen größeren Unfall auf der schlesischen Erzgrube „Bergfreiheit". Doch die Zahl der einzelnen Unfälle des Vorjahres ist erschreckend hoch. Sie gibt folgendes Bild:

| | Im ganzen Jahre 1911 | Durchschnittlich pro Woche |
|---|---|---|
| Angemeldete Unfälle ........ | 114 669 | 2205,16 |
| Entschädigungspflicht. Unfälle | 12 213 | 234,86 |
| Tödliche Unfälle .......... | 1 689 | 32,48 |

Ein furchtbares Schlachtfeld, dieses „Feld der Ehre", wie der deutsche Kaiser den Bergbau anläßlich des Unglücks auf Lothringen genannt hat. Jede Woche 32 tote und 200 verkrüppelte Bergleute, von denen sonst nicht weiter Notiz genommen wird. Von der Gefährlichkeit des Bergarbeiterberufs ist nur dann einmal die Rede, wenn der Tod sich plötzlich zu reiche Ernte holt.

Die Aussicht, daß infolge der vielen Massenunfälle in diesem Jahre die Blutwelle im Bergbau noch höher steigen wird als 1911, müßte doch auch den verhärtetsten kapitalistischen Gemütern verbesserten Bergarbeiterschutz als nötig erscheinen lassen. Leider ist diese Annahme trügerisch. Obwohl der Profit des Grubenkapitals in diesem Jahre eine gewaltige Steigerung erfährt, denken die Werksherren nicht daran, dem „Armeekorps der Kohle" den verlangten Schutz für Leben und Gesundheit zu gewähren. Die Bergarbeiter werden diesen Schutz erst bekommen, wenn sie in sich selbst so geeint und gefestigt sind, daß sie in ihrer eigenen Sache mitzureden haben.

## Internationales.

**Sechster schwedischer Gewerkschaftskongreß.**

Stockholm, den 12. September 1912.

Der Kongreß fand heute abend seinen Abschluß. Die Verhandlungen der zwei letzten Kongreßtage führten keine erheblichen Aenderungen, weder der Satzungen noch sonstiger Bestimmungen über das organisatorische Zusammenwirken der Gewerkschaften herbei. Der Antrag der Reorganisationskommission, die von der Landeszentrale zu leistende Unterstützung bei Abwehrkämpfen von 8 auf 6 Kronen pro Woche und unterstütztes (vollzahlendes) Mitglied herabzusetzen, wurde mit 110 gegen 51 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag der Holzarbeiter auf Beibehaltung der bisherigen Unterstützungssätze mit 84 gegen 67 Stimmen abgelehnt war. Die 51 Stimmen, die gegen den Antrag der Reorganisationskommission abgegeben wurden, fielen einem Antrage der Metallarbeiter zu, der eine weitere Herabsetzung der Unterstützung auf 5 Kronen wöchentlich forderte. Es blieb jedoch beim Vorschlage der Reorganisationskommission. — Eine lange Debatte entfesselte auch auf diesem Kongreß die Frage des Organisationszwanges in den Kollektivverträgen. Früher war es einer Reihe von Berufen gelungen, insbesondere den Transportarbeitern, den Organisationszwang durchzuführen; mit der Erstarkung der Unternehmerorganisation mußte jedoch die Bestimmung häufig wieder preisgegeben werden. Der schwedische Arbeitgeberverein hat in seinen Satzungen eine Bestimmung, die ihn zum Kampf für die „Freiheit der Arbeit" einzutreten verpflichtet, d. i. das Recht des Arbeitgebers, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, Arbeiter anzustellen und zu entlassen. Um dieses Prinzip sind bereits starke Kämpfe ausgebrochen, wo der Organisationszwang bereits durchgeführt war. Der Gewerkschaftskongreß 1909 stellte sich auf den Standpunkt der Landeszentrale, wonach gegen das von den Unternehmern vertretene Prinzip an sich nichts eingewendet, aber gegen die bisherige Praxis protestiert und verlangt wurde, daß das Koalitionsrecht gegenüber dieser Praxis geschützt wird. In der dazwischenliegenden Geschäftsperiode haben die Unternehmer freilich in

---

Bt., Münster, 16. September 1912.

## Die 84. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte

wurde heute im großen Saale des „Schützenhofes" feierlich eröffnet. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck zum Empfang der Naturforscher angelegt und die Bevölkerung nimmt sichtlichen Anteil an der Tagung. Die Verwaltung der Stadt hat es sich angelegen sein lassen, die Vertreter der Presse schon gestern mit den Naturschönheiten, Kunstdenkmälern und historischen Stätten von Münster bekannt zu machen. Die Führung, die der Bürgermeister Dickmann übernommen hatte, begann im Friedenssaal des Rathauses, dem Orte der Unterzeichnung des denkwürdigen westfälischen Friedens, durch den im Jahre 1648 der dreißigjährige Krieg beendet wurde, und endete an derselben Stelle nach einer Rundfahrt durch die Stadt.

In der heutigen Eröffnungsversammlung, in der zunächst die üblichen Willkommenansprachen gehalten wurden, begann der wissenschaftliche Teil der Verhandlungen mit einem Vortrag von Professor Czerny-Heidelberg, dem bekannten Generalarzt a. D. (a. D., weil er sich zum Liberalismus bekannt hat) über

Die nichtoperative Behandlung der Geschwülste.

Der Vortragende betont mit ganz besonderer Schärfe, daß die operative Behandlung des Krebses bis jetzt noch immer die sicherste ist und daß wohl auch der fanatischste Naturheilarzt, zu denen ja auch Mediziner gehören, nicht einem einfachen Beiseitewerfen der chirurgischen Methode das Wort reden kann. Er wendet sich dann zu den nichtoperativen Behandlungsweisen des Krebses, der Toxinmethode (Behandlung durch Bakteriengift), der Immunmethode (Behandlung durch besondere Einwirkung auf die natürlichen Schutzstoffe des Organismus) und behandelt besonders eingehend die neue chemotherapeutische Methode (Heilung durch spezifisch wirkende chemische Stoffe). Möglicherweise ist im arsenhaltigen Neosalvarsan ein solches Mittel gefunden. Auch die Behandlung mit Strahlen ergab einen Uebergang zur Chemotherapie, indem der Vortragende feststellen konnte, daß durch diese Behandlung bestimmte Körper entstehen (Choline), die er dann selbst zu Heilzwecken verwandte. Zum Schluß sagt der Vortragende, der berühmte Leiter des Heidelberger Krebsinstituts, wörtlich: „Vielleicht entschließen sich die hochzivilisierten Nationen England und Deutschland einmal dazu, je einen Dreadnought weniger zu bauen und die dadurch ersparten 40 Millionen für 10 Krebsinstitute in jedem Lande auszugeben. Ich bin überzeugt, daß dadurch in 50 Jahren nicht allein die Krebsfrage gelöst, sondern auch die Zahl der Krebskranken (in Deutschland beiläufig jährlich etwa 100 000) auf die Hälfte reduziert werden könnte." Wir fügen hinzu, daß der Verlust eines Dreadnoughts also weit gemacht werden könnte durch die Einstellung so vieler Tausende ins Heer, was wir immer noch lieber sähen, als daß sie der heimtückischen Krebskrankheit verfallen.

Nach einer kleinen Pause, in der sich die Reihen der Versammelten etwas lichteten, erhielt Professor Becher-Münster das Wort zu seinem Vortrage über

Leben und Beseelung.

Nach uralter Auffassung, führte er aus, ist das Prinzip des Lebens die Seele, liegt das Wesen der Lebendigkeit in der Beseelung. Dem gegenüber steht die mechanistische Lehre, nach der auch im belebten Körper alle Vorgänge physikalisch-chemischer Natur, die Lebewesen eigenartig komplizierte physiko-chemische Maschinen sind. Auch der Mechanismus geht aus vorwissenschaftlichen Anschauungen hervor. Indem der Naturmensch den Atem mit der Seele oder dem Lebensprinzip identifiziert, bereitet er den physiologischen Materialismus vor, der zum biologischen Mechanismus führt. Doch müssen Mechanismus und Materialismus auseinander gehalten werden. Ein besonnener biologischer Mechanist leugnet keineswegs das Seelische; aber die seelischen Vorgänge dürfen nach ihm nicht in die körperlichen Kausalzusammenhänge (Zusammenhang von Ursache und Wirkung) eingestellt werden, und umgekehrt darf ein körperlicher Vorgang in der Großhirnrinde nicht auf das seelische Geschehen wirken. So führt der Mechanismus zu einer Lehre vom Zusammenhang des Leibes mit der Seele, die als Parallelismus bezeichnet wird, weil körperliche und seelische Vorgänge einander parallel gehen, aber nicht aufeinander wirken. Diesem Parallelismus steht die Lehre der Wechselwirkung von Körper und Seele gegenüber, wonach die Seele auf den Körper und dieser auf die Seele wirkt. Sie stellt das Seelische als Ursache und Wirkung in die körperlichen nervösen Zusammenhänge und ist somit psycho-vitalistisch. Die Mechanisten führen vor allem das sogenannte Prinzip der geschlossenen Naturkausalität gegen den Vitalismus ins Feld. Doch alle daraus hergenommenen Argumente sind, wie der Vortragende meint, nicht stichhaltig, sie hängen mit dem tiefeingebürgerten Vorurteil zusammen, daß nur das physikalische und chemische Geschehen ein streng gesetzmäßiges sei, während seelische und seelenartige Faktoren ihrem Wesen nach Gesetzlosigkeit mit sich bringen müssen. Dies Vorurteil wird aber durch die aufblühende Psychologie zurückgedrängt. Mit Bewunderung blickt man auf den exakten Charakter der Physik und Chemie. Diese Exaktheit beruht aber auf der relativen Einfachheit und Meßbarkeit der in diesen Wissenschaften untersuchten Objekte und Verhältnisse. Ob alles in der Natur wirksamer exakter Messung zugänglich ist, können wir nicht wissen. Uebrigens hat die neuere Psychologie mit beachtenswertem Erfolge versucht, seelische Vorgänge der exakten Forschung zugängig zu machen. Die spezifisch seelischen Faktoren werden von den Mechanisten als mystisch verworfen. Dazu liegt aber nach dem Vortragenden gar kein Grund vor, wenn es gelänge, solche Faktoren durch ihr gesetzmäßiges Wirken in den lebenden Naturwesen genauer zu bestimmen. Entscheidendes Gewicht legen viele Forscher auf den Nachweis von Gedächtnis, und immer mehr gewinnt die Auffassung an Einfluß, daß der belebten Substanz überall Gedächtnisleistungen zukommen. Bei der Entstehung der zweckmäßigen Handlungen, die wir erlernt haben, ist das Gedächtnis von grundlegender Bedeutung. Auf einen störenden Reiz, den zum Beispiel eine Fliege auf der Stirn ausübt, folgen zahlreiche Bewegungen, bis eine zweckmäßige die Störung beseitigt. Wenn dann die Störung sich wiederholt, so wird schon nach wenigen Wiederholungen sofort die zweckmäßige sie beseitigende Bewegung gemacht. Auch das Tier lernt in derselben Weise, und wenn wir die freilich umstrittene Annahme einer Vererbung des im individuellen Leben erworbenen hinzunehmen, so erscheint eine Häufung und Steigerung des erlernten Zweckmäßigen im Laufe von aufeinander folgenden Generationen möglich. Freilich können auch die auf Probieren und Erlernen beruhenden Handlungen rein mechanistisch erklärt werden. Der Vortragende hat aber dagegen Bedenken, und kommt zu dem Schluß, daß die uralte psycho-vitalistische Ansicht als beachtenswerte Hypothese erscheint, die allerdings noch weitere Begründung und Ergänzung erfordert und neben der mechanistische Erklärungsversuche berechtigt sind.

Der außerordentlich zum Nachdenken anregende Vortrag wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Dann folgte noch ein glänzender durch Demonstrationen erläuterter Vortrag des Grafen Arco-Berlin, über

drahtlose Telegraphie.

Die vielfachen Energieumwandlungen in der Sende- und Empfangsstation sowie die Eigenarten der Ausbreitung der elektro-magnetischen Energie im Raume wurden den Zuhörern klar, ebenso die interessanten modernen Erzeugungsarten der elektrischen Wechselströme von großer Wechselzahl. (Hochfrequenzströme.) Mit sehr langen elektrischen Wellen von hoher Funkenzahl wurde der Uebergang zwischen Funken- und Lichtbogenerzeugung sowie zwischen gedämpften und ungedämpften Wellen gezeigt. Ganz besonderes Interesse erregten die Versuche, die mit einem 10 Kilowatt bei 3000 Umdrehungen liefernden Generator vorgeführt wurden. Mit einer Hochfrequenzmaschine wurde eine improvisierte Saalbeleuchtung betätigt und schließlich wurde die Energie für das Ohr vernehmbar, und zwar eine kontinuierliche Tonskala von 500 bis 2000 Schwingungen, wobei alle Töne absolut rein hörbar wurden.

Trotz der glänzenden Resultate rät der Vortragende zur Vorsicht in der Voraussage über den Wert der Hochfrequenzmaschine, weil ihrem Prinzip ganz allgemeine bedenkliche Eigenarten anhaften und ihre Wirkungen in der Praxis noch nicht genügend ausprobiert sind.

Lebhafter Beifall folgte den überaus interessanten Darlegungen und glänzenden Experimenten.

Nachmittags konstituierten sich die Abteilungen.

## Theater und Musik.

**Hamburger Stadttheater.**

Humperdinck: Königskinder.

Der Königssohn hat das Vaterhaus mit den seidengesäumten Betten verlassen, um in der Fremde der Gefahren unbändige Lust zu erleben, stark und kühn zu werden, so daß es ihm aus der Brust wächst, daß er ein echtes Königskind sei. Da trifft er im Hellawald vor der Hexenhütte die Gänsemagd, die im Grase liegt und der Sonne zum Tanze singt, auch ihrer Blume, die sich nicht öffnen will, jeden Morgen einen Bittgesang tut. Sie ist die Enkelin der Hexe. Sie fremdet ihn mit den Augen an und hat für den schlichten Wandersmann keinen freudsamen Gruß. Noch hat sie außer ihrer Großmutter keinen Menschen gesehen. Da hält er zwar für eine listevolle Rede, sie vertragen sich aber und nun soll sie mitgehen, kann es jedoch nicht, da der verzauberte Boden sie festhält, so daß ihr die Erde in die Sohlen wächst. Darum schilt er ihre Furcht und droht, daß sie ihn nicht wiedersehen solle, eh nicht, gelöst vom Vaterzelt, ein Nachtstern in ihre Blume fiele. Er stürzt rechts rückwärts in den Wald. Sie verlangt von ihrer Großmutter Erlösung, die ihr aber verweigert wird. Es kommen der Holzhacker und der Besenbinder, Abgesandte der ehrwürdigen Stadt Hellabrunn. Ihnen hat sich der Spielmann zugesellt, der auch das Wort führt, da die beiden nicht damit zustande kommen können. Die guten Hellabrunner haben nämlich keinen König mehr und begehren Rat von der Alten, wie sie zu einem neuen gelangen können. Die verkündet ihnen das Wahrwort, wenn morgen die Mittagsglocken schlagen, so möge der Erste, der zum Stadttor hereinschlendert, ihr König sein, es sei ein Schalk oder ein Wechselbalg. Die Gänsemagd hat gelauscht und wird hergeholt, damit ihre Herkunft aufgehellt wird. Ihr Vater, der Henkersknecht, hat vor sechzehn Jahren den frechen Jungherrn erschlagen; ihre Mutter, die sich diesem verwehrt hatte, hat sich dem Henkersknecht beschert, und zwar in der Nacht, ehe der Mörder zum Galgen gebracht. Darum ist sie auch ein Königskind, zumal der Spielmann bezeugt, daß die Henkerstochter und der Henkersknecht in ihrem Lieben und Leiden königsecht waren. Er heißt ihr, eigen den Zauber zu zerreißen. Sie überwindet ihre Furcht und fleht ihre Eltern im Himmel an. Prompt fällt ein Stern herab und auf die Lilie, die weit ihren leuchtenden Kelch öffnet. Die Gänsemagd stürzt in den Wald, ihr nach die Gänse. So ward das Königskind frei.

Am nächsten Tag ist Hellafest auf der Stadtwiese in Hellabrunn. Die Wirtstochter möchte ein hübsches Liebesstündlein mit dem Königssohn anfangen, er verzürnt sie aber, und da sie nicht geduldmütig ist, haut sie ihm eine Ohrfeige herunter. Da findet er, daß es schwer ist, ein Bettler zu sein, und will nun ein Jahr dienen, denn wenn er ein guter Knechtknabe war und aller Demut Meister worden ist, dann hat er den rechten Königssinn. Er will also mit bescheidenem Unterfangen an des Wirtes Ohr gelangen.

entgegengesetztem Sinne gehandelt und von ihrer Uebermacht rücksichtslosen Gebrauch gemacht. Die Erbitterung gegen den § 23 ist daher ungemein gestiegen und mehrere Anträge zwangen den Kongreß zur erneuten Stellungnahme. Die Landeszentrale schlug eine Resolution vor, die Protest gegen die Willkür der Unternehmer erhebt und den Arbeitervertretern bei künftigen Vertragsverhandlungen auferlegt, für notwendige Schutzbestimmungen gegen diese Willkür Sorge zu tragen. Das ging der Opposition nicht weit genug. Ein Führer der Transportarbeiter beantragte eine schärfere Fassung des Beschlusses. Sein Antrag fordert die weitmöglichste Unterstützung der Verbände durch die Landeszentrale, die künftig beim Abschluß von Tarifverträgen das Recht der Unternehmer, über Einstellung und Entlassung der Arbeiter frei zu entscheiden, nicht annehmen wollten, sondern anstatt dessen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fordern oder aber jede diesbezügliche Vertragsbestimmung ausschließen wollen. Diese Resolution wurde vom Kongreß in namentlicher Abstimmung mit 147 gegen 32 Stimmen angenommen. Falls dieser Beschluß ausgeführt werden soll, was bei der starken Majorität nicht anzuzweifeln ist, bedeutet er eine Verschärfung der kommenden gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden, da die Unternehmerorganisation zweifellos mit gleicher Zähigkeit an ihrem Prinzip festhalten wird. — Von den weiteren Verhandlungen interessiert das Ausland nur noch der Punkt: „Gesetzlicher Minimallohn für Industriearbeiter". Die Landeszentrale schlug vor, veranlaßt durch eingereichte Anträge, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, möglichst bereits in der kommenden Session den Antrag auf gesetzlichen Minimallohn einzubringen. Obgleich gegen diese recht wenig geklärte und noch weniger motivierte Auffassung wichtige Bedenken vorgebracht wurden, fand der Vorschlag der Landeszentrale eine große Mehrheit. — Die weiteren Verhandlungsgegenstände betrafen die Agitation, Bildungsbestrebungen, die Organisation der Genossenschaftsangestellten usw., in welchen Fragen der Kongreß der Landeszentrale meistens ohne Debatte beitrat. Der nächste Kongreß soll erst in fünf Jahren stattfinden, sofern nicht besondere Umstände der Landeszentrale die Einberufung des Kongresses früher notwendig erscheinen lassen. — Die Wahlen zum Landessekretariat ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. Dagegen unterlagen der Sekretariatsbeisitzer und die bisherigen Beisitzer Lindley (Transportarbeiter) und Weidenhain (Buchbinder). An ihre Stelle wurden gewählt Björklund (Holzarbeiter) und Johansson (Metallarbeiter), beide Wortführer der Opposition in der Frage der zentralisierten Unterstützung. — Mit dem Absingen des schwedischen Sozialistenmarsches fanden die Verhandlungen ihr Ende.

### Drohender Eisenbahnerstreik in Spanien.

Aus Madrid meldet das W. T. B.: Eine Abordnung der Angestellten der Katalonischen Eisenbahnen ließ sich nach einer längeren Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten als Vermittler in den Streitigkeiten mit der Gesellschaft von Zaragossa dahin aus, daß sie den denkbar ungünstigsten Eindruck erhielt. Der Streik stehe unmittelbar bevor, da die Gesellschaft die Forderungen der Angestellten ablehne. Die Eisenbahnangestellten in Barcelona wiesen ihre Vertreter an, die Verhandlungen abzubrechen und sofort zurückzukehren, wobei sie bekannt gaben, daß sie nach Verlauf der gesetzlichen Frist von acht Tagen in den Ausstand treten würden.

# Tages-Bericht.

Dienstag, den 17. September.

## Hamburg.

### Weiteres aus dem Jahresbericht der Steuerdeputation für 1911.

Aus der Statistik über die Wohnungsverhältnisse ist recht deutlich die Wirkung der Sanierung in der Altstadt und der Neustadt zu ersehen. Waren in der Altstadt 1908 noch 8543 Wohnungen vorhanden, so sind es 1911 nur noch 7693. In der Neustadt ist das Verhältnis von 18 563 zu 17 934. Dagegen zeigen Eimsbüttel, Eppendorf, Winterhude, Eilbeck und ganz besonders Barmbeck und Hamm bedeutende Vermehrung. In Barmbeck stieg die Zahl der Wohnungen von 19 930 in 1908 auf 28 302 und in Hamm von 9307 auf 14 927.

Die Personenbeförderung auf den Eisenbahnen im Lokalverkehr hat sich seit Eröffnung der Vorortsbahn ganz rapid entwickelt. 1905 wurden befördert 4 718 551 Personen, 1907 dagegen 13 922 282 und 1910 sogar 18 452 219.

Sehr lehrreich sind ferner die Betriebsergebnisse der Straßenbahnen. Die Länge aller Strecken war 1906 = 171,36 km, 1910 = 189,99. An elektrischen Motorwagen waren 1906 = 736 vorhanden, 1910 = 751. Die Zahl der Personenwagen stieg von 1295 in 1906 auf 1432 in 1910. Die Anzahl der Sitz- und Stehplätze der Personenwagen erfuhr eine Steigerung von 39 029 auf 44 368 = 13,6 pZt. Die Einwohnerzahl ist, wie angegeben, um fast 16 pZt. gewachsen, die Steh- und Sitzgelegenheit in den Wagen der Straßenbahnen um nur 13,7 pZt. Der Betriebsgewinn gibt ein anderes Bild. Die Summe der Betriebseinnahmen betrug 1906 = M. 16 667 398, 1910 aber M. 19 695 577, = M. 3 028 179 = 18,1 pZt. mehr. Die Ausgaben sind im gleichen Zeitraum nur um M. 248 568 = 2,4 pZt. gestiegen. Dementsprechend hat der Betriebsgewinn eine bedeutende Steigerung erfahren; er betrug 1906 M. 6 649 179, im Jahre 1910 aber M. 9 428 790. Das sind M. 2 779 611 mehr = 41,8 pZt. Ein recht nettes Geschäft, das die Aktionäre so lange wie irgend möglich machen wollen.

Das Ergebnis der Einkommensteuer in den letzten fünf Jahren war folgendes:

| | Steuerzahler | Voranschlag | Einheiten | Ertrag |
|---|---|---|---|---|
| 1907 | 243 557 | M. 33 600 000 | = 7 | M. 39 203 074 |
| 1908 | 253 781 | „ 38 500 000 | = 7 | „ 39 960 704 |
| 1909 | 278 984 | „ 37 800 000 | = 7 | „ 39 881 054 |
| 1910 zirka | 290 000 | „ 41 250 000 | = 7½ | „ 43 949 144 |
| 1911 „ | 300 000 | „ 42 000 000 | = 7½ zirka | „ 47 000 000 |

Der Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag ist also sehr beträchtlich. Er betrug 1907 M. 5 603 074, 1908 M. 1 460 704, 1909 M. 2 081 054, 1910 M. 2 699 144 und 1911 voraussichtlich M. 5 000 000. Die Wertzuwachssteuer brachte ganz nette Summen. Für das Jahr 1910 waren noch 955 Veräußerungen zu prüfen, von denen 538 eine Wertzuwachssteuer ergaben, so daß sich das Reinergebnis für 1910 auf M. 3 507 863 stellt, gegen M. 1 646 889 in 1908 und M. 2 753 094 für 1909. Für 1911 ist die Summe von M. 3 276 276 festgesetzt, die im nächsten Jahre, nach Erledigung der restierenden Fälle, eine Erhöhung erfahren wird. Der höchste Steuerbetrag belief sich im Jahre 1911 auf die ganz ansehnliche Summe von M. 240 391,97, dem der kleinste von 19 ₰ gegenübersteht.

An hinterzogenen Beträgen der Einkommensteuer wurden in den letzten fünf Jahren im Verwaltungswege eingefordert von

| | Steuerpflichtigen und deren Erben | | Strafe |
|---|---|---|---|
| 1907 | 892 | M. 539 507 | M. 104 160 |
| 1908 | 967 | „ 832 539 | „ 96 568 |
| 1909 | 1082 | „ 636 421 | „ 120 276 |
| 1910 | 1040 | „ 809 980 | „ 106 239 |
| 1911 | 1814 | „ 879 967 | „ 180 530 |

Das sind ganz nette Posten, um die sich die Steuerzahler drücken wollten. Das Amt gibt auch eine Tabelle heraus, aus der Stand oder Gewerbe der Nachzahlenden ersichtlich. Da sind fünf Aerzte respektive Apotheker mit einer Nachzahlung von M. 21 996 vertreten; Strafe ist dabei nicht erhoben worden. Die größte Summe auf den einzelnen Nachzahler haben 27 Schlachter zu verzeichnen, die die Kleinigkeit von M. 58 201 nachzahlen mußten, pro Kopf M. 2155. Außerdem hatten diese noch M. 6500 erkannte Strafen zu entrichten. Dann folgen acht Tapezierer respektive Sattler mit M. 14 970 Nachzahlung, pro Kopf M. 1881, und einer Strafe von M. 5760. Verschiedene Händler (62) wurden zur Nachzahlung von M. 106 475 und einer Strafe von M. 13 461 herangezogen.

Ueber M. 1000 Nachzahlung pro Kopf hatten ferner zu leisten:

| | | |
|---|---|---|
| Makler (8) ............ | M. 13 215, | Strafe M. 810 |
| Privatiers (126) ....... | „ 198 911, | „ „ 18 630 |
| Kaufleute (79).......... | „ 117 207, | „ „ 14 836 |
| Bäcker (12) ............ | „ 12 940, | „ „ 6 955 |

Dann folgen Buchhalter (57) pro Kopf M. 883 Nachzahlung und M. 175 Strafe pro Kopf. 94 Gewerbetreibende hatten pro Kopf M. 861 nachzuzahlen und außerdem pro Kopf M. 107 Strafe. 68 Gastwirte hatten pro Kopf nur M. 667 nachzuzahlen, dazu aber an Strafe die hohe Summe von pro Kopf M. 418. Eine auch sehr hohe Strafe von pro Kopf M. 236 (die Nachzahlung betrug pro Kopf M. 524) hatten die Quartiersleute respektive Bugsiergeschäfte zu leisten. Die geringste Strafe, M. 10, ist für drei Schuhmacher verzeichnet, die zusammen M. 168 nachzahlen mußten.

Seitens der Agrarier ist wiederholt behauptet worden, daß die Preise der Feldfrüchte keine große Steigerung erfahren haben. In dem Jahresbericht der Steuerdeputation kommt aber das Gegenteil zum Vorschein. Hier können die Agrarier nicht von einer bestimmten Tendenz reden. Es sind nackte Tatsachen, die die enorme Belastung der Bevölkerung durch unsere für die Agrarier so „glänzende" Wirtschaftspolitik darlegen.

Im hamburgischen Staate betrug der Ernteertrag an Weizen:

| | | Preis pro Tonne | Gesamtwert |
|---|---|---|---|
| 1909 | 1552 Tonnen | M. 177,50 | M. 275 551 |
| 1910 | 1529 „ | „ 192,90 | „ 295 021 |
| 1911 | 1808 „ | „ 202,90 | „ 366 945 |
| an Roggen: | | | |
| 1909 | 4388 Tonnen | M. 147,50 | M. 647 230 |
| 1910 | 3710 „ | „ 141,50 | „ 525 050 |
| 1911 | 3538 „ | „ 177,50 | „ 627 995 |
| an Hafer: | | | |
| 1909 | 5858 Tonnen | M. 161,90 | M. 948 540 |
| 1910 | 5922 „ | „ 172,50 | „ 1 021 614 |
| 1911 | 6149 „ | „ 194,80 | „ 1 197 864 |

Die Anbauflächen für Weizen haben seit 1904 eine Steigerung von 982,56 ha auf 1037,77 ha erfahren; dagegen sind die Anbauflächen für Roggen und Hafer zurückgegangen: für Roggen von 3164,82 ha auf 2759,11 ha und für Hafer von 4060,56 ha auf 3465,16 ha. Trotz der bedeutenden Vergrößerung des Ernteertrages bei Weizen ist der Preis, wie oben ersichtlich, von M. 177,50 in 1909 auf M. 202,90 in 1911 gestiegen. Noch krasser tritt die Preiserhöhung für Hafer in die Erscheinung. Die Anbaufläche ist um 595 ha zurückgegangen, der Ernteertrag dagegen ist um 291 Tonnen gestiegen und der Preis hat eine Steigerung von M. 32,90 pro Tonne erfahren. Ob wenig oder viel geerntet wird, ist gleich, der Preis steigt doch.

**Wanderungen am Elbufer zwischen Blankenese und Schulau.** In der im Beiblatt der Nr. 214 des „Echo" enthaltenen Beschreibung dieser Wanderung ist der Süllberg als Aussichtspunkt erwähnt, nicht aber die Tatsache, daß das dort befindliche Restaurant für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt ist. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Aussicht vom Bismarckstein ebenso schön wie die vom Süllberg ist.

**Technisches Vorlesungswesen.** Schul- und Museumsgebäude, Steintorplatz. Mittwoch, 18. September: Marine-Oberingenieur a. D. Slouck: Bordelektrotechnik. Von 6 bis 8 Uhr. — Prof. Colberg: Eisenbetonbau (1. Kurs). Von 6½ bis 8 Uhr. — Ingenieur Richter: Praktische Uebungen im autogenen Schweißen und Schneiden. Von 7 bis 9½ Uhr. — Dr. phil. Blasius: Einführung in die Differential- und Integralrechnung. Von 8 bis 9½ Uhr.

**Eine Familie am Verhungern — der Vater zum Dieb geworden.** In der Nacht zum Dienstag wurde der am Billhorner Röhrendamm wohnende 31 Jahre alte Hafenarbeiter Sz. dabei ertappt, als er den Schaukasten des Uhren- und Goldwarengeschäfts von Mittelsteiner u. Kühne am Billhorner Röhrendamm 171 erbrach und versuchte, sich einige der im Kasten ausgelegten Sachen anzueignen. Zwei Schutzleute, die Sz. bei seinem Diebstahlsversuch beobachtet hatten, eilten hinzu, um den Mann festzunehmen. Sz. ergriff die Flucht und versteckte sich hinter einem Wagen, wo er von den Verfolgern entdeckt und verhaftet wurde. Der Verhaftete ist in vollem Umfange geständig. Da er sehr kränklich und schwächlich ist und durch andauernden schlechten Verdienst sehr oft nicht das Notwendigste im Hause hatte, kam er körperlich immer weiter zurück, so daß er seit Wochen überhaupt keine Arbeit mehr hatte. Um nun seine Frau und seine vier Kinder, die im Alter von zwei bis sieben Jahren stehen, nicht immer hungern sehen zu müssen, beschloß Sz. in seiner Not den mißlungenen Diebstahl, wobei er der Polizei in die Hände fiel. Die Angaben des Verhafteten erwiesen sich als wahr. Im Hause fand man kein Stück Brot mehr vor. Frau und Kinder, denen der Hunger aus den Augen sah, warteten auf die Rückkehr des Vaters, der aus Liebe zu seiner Familie zum Dieb werden wollte. — In wie vielen Familien mag es jetzt ähnlich zugehen!

**Von Straßenräubern geplündert** wurde in der Nacht zum Dienstag der in der Brennerstraße 61 wohnende Handlungsgehilfe Cl. Als der junge Mann die Brockesallee durchschritt, wurde er plötzlich von zwei jungen Leuten überfallen und seiner silbernen Uhr nebst Nickelkette beraubt. Die Täter warfen Cl. zu Boden, ergriffen die Flucht und entkamen in der Dunkelheit. Der eine der beiden Räuber, der mit einem grauen Jackettanzug und grauer Sportmütze bekleidet war, trug keinen Bart und ist zirka 17 Jahre alt, sein Komplice soll zirka 22 Jahre alt sein, hatte einen Anflug von Schnurrbart und trug dunkeln Jackettanzug und weichen schwarzen Hut.

**Ein Schmuckstück im Werte von M. 1000 gestohlen.** Dem im Hause Werderstraße 60 wohnenden Kaufmann L. wurde aus seiner Wohnung von unbekannter Hand ein Halsschmuck im Werte von M. 1000 gestohlen. Der Schmuck besteht aus einer Platinkette mit einem Anhängsel. Letzteres ist mit vier großen und mehreren kleinen Brillanten besetzt.

**Ein schwerer Bauunfall** ereignete sich am Dienstag vormittag am Neubau des Hauses Brauerstraße 5. Dort stürzte einer der am Bau beschäftigten Arbeiter ab und erlitt schwere Kopfverletzungen. Im besinnungslosen Zustande wurde der Verunglückte ins Hafenkrankenhaus transportiert.

**Verhaftung in einer Sparkassenfiliale.** In der Filiale der Neuen Sparkasse von 1864 in der Hammerbrookstraße 107 wurde der 43 Jahre alte Buchdrucker Brandt aus Buxtehude verhaftet, als er ein Sparkassenbuch auf den Namen A. Rosenfeld über M. 1700 vorlegte, um von dem Sparguthaben M. 100 zu erheben. Das Sparkassenbuch war mit anderen Sachen durch Einbruch der im Hause Rappstraße 18 wohnenden Witwe R. gestohlen worden. Brandt, der in die Arrestzelle der Polizeiwache 36 in der Hammerbrookstraße 118 gebracht wurde, versuchte sich dort zu erhängen, indem er sein Unterhemd auszog und um den Hals schnürte. Sein Vorhaben wurde durch das Dazwischentreten des wachhabenden Beamten verhindert.

**Verschwundene Gepäckstücke.** In zwei Fällen sind von den Gepäckausgabestellen unserer Bahnhöfe zwei Schloßkörbe mit wertvollem Inhalt abhanden gekommen. Es steht nicht fest, ob die Sachen direkt von der Ausgabestelle gestohlen sind. In einem Fall wurde einem Fräulein Pagel ihr Schloßkorb, gezeichnet Auguste Pagel, veruntreut. Der Korb stand bei der Gepäckabfertigungsstelle auf dem Hauptbahnhof. Der Inhalt bestand aus zahlreichen Kleidungsstücken, einem langen echten Nerzkragen und vielen Wäschestücken. Der zweite Schloßkorb ist auf dem Dammtorbahnhof verloren gegangen. Der Korb, der von München kam, enthielt unter anderem M. O. gezeichnete Wäsche, einen photographischen Apparat mit Films, eine lange silberne Uhrkette, einen Rucksack und Damenkleidungsstücke im Werte von über M. 250.

**Bei einem Zusammenstoß getötet.** Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Montag nachmittag bei den St. Pauli Landungsbrücken. Dort schob der im Großen Trampgang 19, dritte Etage, wohnende 17 jährige Sohn des Arbeiters Hansen, der bei einer Firma als Hausdiener angestellt ist, eine schottische Karre. Als er in mäßigem Tempo die Landungsbrücken passierte, wurde er von einem in flottem Trabe heranfahrenden Mehlfuhrwerk angefahren. Durch den Zusammenstoß kam Hansen zu Fall und anscheinend mit dem Oberkörper unter den Mehlwagen zu liegen, denn als der Kutscher des Mehlfuhrwerkes eilig davonfuhr, lag der junge Hansen bewußtlos mit blutendem Schädel auf dem Fahrdamm. Man schaffte den Verunglückten sofort ins nahe Hafenkrankenhaus, wo er am Dienstag morgen infolge eines Schädelbruchs starb. Der Mehlkutscher ist der Polizei bekannt und wird zur Rechenschaft gezogen werden.

# Auswärtiges.

### Reserve hat Ruh' — im Gefängnis!

dt. Am Entlassungstage auf längere Zeit ins Gefängnis geschickt wurde vom Dresdener Kriegsgericht der Soldat Heumann vom Infanterieregiment Nr. 101 wegen angeblicher Auflehnung gegen die Disziplin. Der Angeklagte hatte wegen einer ganz geringfügigen Verfehlung eine Stunde Strafexerzieren erhalten, zu dem er nach einem 25 Kilometer langen Uebungsmarsch völlig ermattet und mit Reißen im Bein erschienen war. Mit einem mürrischen Gesicht soll er schon nach Ansicht des aufsichtführenden Vorgesetzten angetreten sein, weiter soll er manche Uebungen absichtlich langsam, andere dagegen absichtlich schnell gemacht und schließlich den Vorgesetzten „höhnisch, verächtlich und wegwerfend angesehen" haben. Daraus wurde eine Anklage wegen Achtungsverletzung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam und Erkennengebens des Ungehorsams durch Gebärden vor versammelter Mannschaft und unter dem Gewehr konstruiert! Der Einwand des Soldaten, er sei ermüdet gewesen und habe die Uebungen so gut wie möglich gemacht, wurde vom Gericht nicht für stichhaltig angesehen, man erkannte vielmehr auf die exorbitante Strafe von — **drei Monaten Gefängnis!** — im Interesse der Disziplin!

### Die Abgabe eines einzelnen Flugblattes als öffentliches Verteilen von Druckschriften.

Während des Bergarbeiterstreiks hatte der Bergmann Kämpchen aus einem Lokal in Kray, wo eine Versammlung stattgefunden hatte, zwölf bis fünfzehn Flugblätter mitgenommen, welche den Streik betrafen. Die Blätter trug er in der Tasche, und zwar so, daß ein Bekannter, der ihn auf der Straße traf, sie sehen konnte. Dieser fragte, was er da habe, worauf K. antwortete, das seien Flugblätter. Auf Wunsch gab er dem andern eins. Zwei Schutzleute, die ihn beobachtet hatten, nahmen Kämpchen die übrigen Blätter ab. K. wurde dann vom Schöffengericht wegen Verteilens von Druckschriften zu Haft verurteilt. Das Landgericht in Essen als Berufungsinstanz setzte die Strafe auf M. 20 Geldstrafe herab, indem es eine Uebertretung der §§ 10 und 41 des alten preußischen Preßgesetzes annahm. § 10 verbietet in der durch § 30 des Reichspreßgesetzes erhaltenen Fassung die öffentliche unentgeltliche Verteilung von Aufrufen, Bekanntmachungen und Plakaten, sofern eine polizeiliche Erlaubnis nicht erteilt ist. Das Landgericht führte begründend aus: Eine Erlaubnis habe Angeklagter nicht gehabt. Er behaupte nun allerdings, er habe die Blätter in seinem Hause an Freunde und Bekannte verteilen wollen. Er habe aber auch zugegeben, daß er auch die Absicht gehabt habe, unterwegs seinen Bekannten, und zwar jedem, der eins verlange, ein Exemplar auszuhändigen, wenn er nicht von der Polizei beobachtet würde. Für die Annahme einer öffentlichen Verteilung genüge es aber, daß K. eine Anzahl Flugblätter, die Bekanntmachungen und Aufrufe enthielten, bei sich trug und daß er die Absicht hatte, auch noch an andere Bekannte auf der Straße welche abzugeben, falls sie es verlangten. Gleichgültig sei es, ob die Blätter besonders verlangt werden oder nicht, sowie, daß es nur zur Abgabe eines Exemplars auf der Straße kam, da die Beamten ihm die andern Blätter abnahmen. Nach der neueren Praxis des Kammergerichts liege die Unentgeltlichkeit im Sinne des § 10 des preußischen und im Sinne des § 30 des Reichspreßgesetzes vor, wenn der Empfänger kein Entgelt für die erhaltene Druckschrift zahle, was nicht geschehen sei. Angeklagter legte Revision ein und machte besonders geltend, daß von einem Verteilen überhaupt nicht die Rede sein könne, da er nur ein Exemplar — und das nur auf Wunsch — abgegeben habe. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Festgestellt sei, daß K. die Absicht hatte, eventuell an eine unbestimmte Personenmehrheit auf der Straße die Blätter zu verteilen. Damit sei der Begriff des öffentlichen Verteilens, daß ein unentgeltliches war, richtig gewürdigt worden. Mit Recht sei K. verurteilt worden. Daß es hier nur zur Verteilung eines Blattes kam, sei belanglos.

Diese Entscheidung kennzeichnet wieder einmal den reaktionären Geist des Kammergerichts, das in diesem Punkte der übrigen Rechtspflege nicht nachsteht. Jetzt wird schon eine nicht durchgeführte und vom Kammergericht einfach unterstellte Absicht als strafwürdig erkannt. Es wird nicht das tatsächliche Verschulden, sondern die vom Gericht unterschobene Absicht bestraft. Die Wege unserer Justiz werden mit jedem Tage wunderbarer.

### Von einem Streikbrecher erschossen.

In Burg bei Magdeburg wurde in der Nacht zum Montag der 30jährige Schuhfabrikarbeiter Fritsche auf offener Straße von einem Streikbrecher erschossen. Fritsche befand sich in Begleitung einiger Kollegen auf dem Nachhausewege, wo sie an der Holzbearbeitungsfabrik von A. G. Wolff vorbeikamen, deren Arbeiter seit einiger Zeit streiken. Einer der von der Firma herbeigezogenen Streikbrecher verübte vor dem Grundstück dadurch Lärm, daß er mehrmals mit seinem Stock an den Rolläden entlang fuhr. Ein Begleiter Fritsches ließ deswegen die Bemerkung fallen: „Na, Dich haben sie wohl ausgeschlossen". Der Arbeitswillige erklärte: „Was willst Du, Lump, Du hast wohl lange keine bayerische Bohne im Wanst gehabt." Als sich die Angefahrenen diese Pöbelei verbaten, gab der Streikbrecher plötzlich aus einer Entfernung von 8 bis 10 Metern zwei Schüsse ab. Der zweite Schuß traf Fritsche, der an den Folgen im Krankenhaus gleich nach seiner Einlieferung starb. Der Revolverheld legitimierte sich dem Polizeibeamten gegenüber mit den Worten: „Ich habe geschossen, ich bin Arbeitswilliger bei der Firma Wolff."

### Eine Glanzleistung der reaktionären Bureaukratie.

Im Kreise Wittenberg (Provinz Sachsen) haben dieser Tage zwei Dokumente das Licht der Welt erblickt, die die hochnäsige und bornierte Art illustrieren, mit der Junkertum und Bureaukratie noch immer in Preußen das arbeitende Volk glauben behandeln zu können. In Kemberg wurde dem Gewerkschaftskartell von dem Bürgermeister ein Gewerkschaftsfestzug verboten mit der Begründung, daß die „öffentliche Sicherheit" insofern gefährdet sein würde,

„als die beteiligten Kinder, da sie bei entstehenden Reibereien oder Schlägereien am meisten zu leiden haben werden, erfahrungsgemäß (!) in kopfloser Verwirrung sich und andere, auch eventuell die Zuschauer, an der Gesundheit schädigen. Im übrigen wird der geplante Umzug, dessen besondere Berechtigung nicht anerkannt wird, durch Verschärfung der Parteigegensätze die Gemüter erhitzen, was die öffentliche Sicherheit gefährden dürfte."

Wurde diese Verbotsbegründung damals mit Recht eine Beleidigung der Arbeiterschaft genannt, so bleibt sie doch ein sanfter Backenstreich gegenüber den Faustschlägen, die der Landrat von Trotha-Wittenberg, bei dem Beschwerde eingelegt war, der Arbeiterschaft in seinem Antwortschreiben versetzt.

Der Herr schreibt nämlich:

Auf die Beschwerde vom 14. August eröffne ich Ihnen, daß nach den angestellten Ermittlungen der öffentliche Aufzug, für den Sie die Genehmigung der Polizeiverwaltung in Kemberg nachgesucht hatten, einer sozialdemokratischen Demonstration dienen sollte.

Die Polizeiverwaltung hat befürchtet, daß es aus Anlaß dieser Demonstration zu Schlägereien kommen könnte, in solchen mit Recht eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt und diese Gefährdung für um so schwerwiegender gehalten, als an dem Aufzuge auch Kinder teilnehmen sollten, für welche die bezeichneten Unzuträglichkeiten in besonderem Maße eine Gefahr bedeutet haben würden. Sie hat deshalb den Aufzug verboten. Es ist dies nur zu billigen; denn Demonstrationen, wie die in Rede stehende, bezwecken stets die Förderung der **verbrecherischen, auf den gewaltsamen Umsturz** der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, auf die Beseitigung des Königtums und die **Wehrlosmachung des Vaterlandes gerichteten Bestrebungen** der **Sozialdemokratie.** Es muß deshalb auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie infolge der berechtigten, tiefen Erbitterung, die sie bei dem ehrenhaften, königstreu und patriotisch gesinnten, durch sie **dreist herausgeforderten und verhöhnten** Teil der Bevölkerung hervorrufen müssen, zu Streitigkeiten zwischen dieser und den sozialdemokratischen Elementen führen, welche den öffentlichen Frieden in der von der Polizeiverwaltung befürchteten Weise stören. Ich weise Ihre Beschwerde daher zurück.

gez. v. Trotha.

Ein Kommentar würde diesem echt borussisch-junkerlichen Ukas die Wirkung nehmen. Wir wollen nur noch feststellen, daß in der Stadt Wittenberg, dem Wohnort dieses „Königlichen" Landrates, seit Jahren die Gewerkschaften ihren Umzug mit Erlaubnis der etwas liberalen städtischen Polizei unternehmen. Natürlich ist es dabei stets friedlich und ruhig hergegangen. Das weiß der Herr Landrat aus dem Geschlechte derer von Trotha auch; aber in seinem landrätlichen Allmachtsbewußtsein hält er es für seine Pflicht, die Arbeiterschaft zu brüskieren.

### Zum Absturz des italienischen Aviatikers ins feindliche Lager.

Der Absturz des italienischen Hauptmanns Moizo, der auf der Fahrt von Zuara nach Tripolis abstürzte und in die Hände der regulären türkischen Truppen fiel, gibt zu einigen Betrachtungen über Krieg und Kriegssitten Anlaß. Der Offizier und ein Leutnant Sacerdoti waren aufgefordert worden, sich nach Tripolis zu begeben und wollten die Reise im Aeroplan ausführen. Die Flieger hatten also diesmal weder den Zweck der Rekognoszierung noch den, Bomben in das feindliche Lager zu werfen. Trotzdem wäre es aber menschlich erklärlich gewesen, wenn die Türken, in deren Hände der abgestürzte Hauptmann gefallen ist, sich der Bomben anderer Luftschiffer erinnert hätten. Statt dessen hat man nach Menschlichkeit und Kriegsrecht mit dem Abgestürzten verfahren, hat ihn gepflegt und mit aller Rücksicht behandelt. So zeitigt der Krieg eine Unzahl Widersprüche, indem er Menschlichkeit und Großmut an gewisse Formalitäten bindet. Der Flieger konnte auf ungeschützte Lager Sprengmaterialien herabwerfen und unter Frauen und Kindern Tod und Verwüstung säen: das entspricht den internationalen Konventionen. Die Türken konnten ihn herunterschießen wie einen Raubvogel: das war Kriegsrecht. Hätte man ihm aber ein Haar gekrümmt, nachdem der Luftschiffer in ihre Hände fiel, dann hätte ein internationales Geschrei über barbarische Kriegsführung begonnen. Es ist bezeichnend, daß die menschlichen Bestimmungen der internationalen Abmachungen immer nur Vereinzelten zugute kommen, so als eine Art Kulturverbrämung der Barbarei, daß aber über die alltäglichen und massenhaften Grausamkeiten, die das Wesen des Krieges bilden, das internationale Recht seinen schützenden Mantel breitet.

**Verhaftete Buchmacher.** Die Berliner Kriminalpolizei hob am Montag abend in der Wohnung des früheren Zigarrenhändlers Emil Mihan in der Knesebeckstraße in Charlottenburg eine Buchmacherzentrale aus, wobei mehrere tausend Mark Wettgelder beschlagnahmt wurden. — Eine zweite Buchmacherzentrale wurde durch die Berliner Kriminalpolizei in Lichterfelde entdeckt.

**Die Gefahren des Torpedos für die Schiffahrt.** Der englische Dampfer „Barnes More" der Johnstonlinie Liverpool hat am Montag nachmittag auf der Fahrt nach Saloniki die Dardanellen vor dem Fort Karaburnu passiert. Er wollte die Fahrt nach Saloniki fortsetzen, ohne den Lotsendampfer abzuwarten. Da er weder die Signale des Forts noch zwei blinde Kanonenschüsse beachtete, fuhr der Dampfer auf einen Torpedo auf, welcher losging, den Dampfer streifte und diesen ernstlich beschädigte. Einige Personen der Besatzung sind verwundet. Dem Kapitän gelang es, den Dampfer auf den Strand auflaufen zu lassen. Gegenwärtig ist die Ladung gelöscht. Man hofft, den Dampfer retten zu können.

**Neuer Rekord für Wasserflugzeuge.** Der Flieger Weymann stieg am Montag früh in einem Wasserflugzeug bei Antwerpen auf, um an einem Tage bis Paris zu fliegen. Nach Zwischenlandungen in Vlissingen, Boulogne und Dieppe flog er über Havre und Rouen in der Absicht, inmitten von Paris auf der Concordebrücke gegenüber der Kammer zu landen. In Vernon im Departement Eure kam er jedoch vom Wege ab. Das Flugzeug blieb bei einer allzu jähen Landung an einem Baum hängen und erlitt mehrfache Beschädigungen. Er konnte infolgedessen den Flug nicht fortsetzen, stellte mit ihm jedoch einen Rekord für Wasserflugzeuge auf.

**Vom Zuge erfaßt und getötet.** Drei Arbeiter der französischen Nordbahn, die bei Longueau mit der Errichtung einer Kohlenverladungsbrücke beschäftigt sind, wurden von dem Expreßzug Paris-Calais erfaßt. Zwei wurden sofort getötet, der dritte ist schwer verletzt.

---

d. h. um Stellung bitten; er wird sein Schweinehirt. Darüber versammeln sich der Rat und die Bürger. Die heimgekehrten Boten erstatten Bericht und es schlägt zwölf. Mit dem letzten Glockenschlage springt das bis dahin verschlossene Tor weit auf und — die Gänsemagd steht davor. Alles bricht in unbändiges Gelächter aus, und man jagt sie samt dem Königssohn mit Knüppeln und Steinen zum Tor hinaus. Nur die Kinder klagen, das seien der König und seine Frau gewesen.

Es würde zu nichts führen, den Inhalt ganz zu erzählen. Die beiden Königskinder schneien im dritten Akt ein und sterben an einem verhexten Brote. Man begreift nicht, warum. Es hätte auch anders kommen können. Es hätte überhaupt alles anders kommen können. Nirgends ist eine Notwendigkeit. Ist es darum ein Märchen genannt? Aber wie arm an aller Poesie ist diese Dichtung! Alle möglichen Märchen- und Sagenmotive sind herangeholt, aber alles wirkt nur wie Aufputz. Eine dekorierte Seifenblase ist das ganze Werk, mit gesuchter und gequälter Sprache vorgetragen. Ich habe mehrere der dichterischen Absichtlichkeiten in der Inhaltsangabe verwandt, man wird sie sicher auch ohne Anführungsstriche herausfinden. Ich will noch einige hersuchen: Wärst du nur sinnegescheiter und merkest dir ein! sagt die Hexe zur Enkelin. Der Königssohn erklärt, was ein König zu tun hat: Er muß die Guten lohnen, die Trotzgen begüten, und wenn er's so recht versteht und herzenshell über die Erde geht, dann segnet er alles mit seinem Gebet; dabei hat er ein wohlstehend ernstes Gesicht. Die Gänsemagd meint einmal, ein Ringlein treute ihr besser. Die Wirtstochter geht mit dem Königssohn zum warmen Zeitvertreib. Der Lindenbaum duftet ihm seinen heimlichen Traum. Sein Fuß kühnte leicht und keck in früheren Zeiten. Genug der Sprachmißhandlung. Und diese Dichtung Ernst Rosmers, hinter welchem Pseudonym sich eine vielschreibende Dame, Elsa Bernstein, verbirgt, hat Engelbert Humperdinck zweimal komponiert, vor vierzehn Jahren als Melodram, nun als Oper. Das Buch ist in dem bekannten Verlag von S. Fischer erschienen und bereits im 55. Tausend gedruckt. Die Oper hat großen Erfolg gehabt, zuerst vor zwei Jahren in Amerika, später auch in Deutschland. Der heutige Text ist ein Auszug aus dem Schauspiel, das dem Melodram als Unterlage diente. Dieses ist dramatisch in manchem besser begründet, man muß es eigentlich im Kopfe haben, wenn man der Oper folgen will. Innerlich völlig kalt sind aber beide Werke. Die Musik Humperdincks trägt über die Schwächen eine gute Weile hinweg. Sie hat wertvolle Eigenschaften, sicherlich. Endlich eine deutsche Oper, in der man Melodien hört, die nicht in Dissonanzen schweigt, die sich in der Polyphoni weise Beschränkung auferlegt, die sogar, bei deutschen Komponisten zur Zeit unerhört, durchweg wohlklingend ist. Man wird schnell bei der Hand sein, den Wohlklang übertrieben zu finden. Gewiß, an zuviel Süßigkeiten verdirbt man sich den Magen, und dieser Gefahr entgehen wir bei den Königskindern nicht. Humperdinck schöpft aus dem Vollen, aber er nimmt auch mit, was kommt, viele Partien sind nur Salonmusik, einzelne Motive hört man bis zum Ueberdruß. Daß er sangbar schreibt und Rücksicht auf die Sänger nimmt, ist richtig. Früher verstand sich das von selbst, aber heute muß man es hervorheben, wenn es einer tut. Der Erfolg war laut, aber nicht allgemein; der Beifall galt zum guten Teil den Darstellern. Die Oper war von Jelenko vortrefflich inszeniert, die neuen Dekorationen von den Theatermalern Kautsky und Baister wirkten prächtig. Von den Darstellern zeichneten sich Herr Marak und Frau Puritz-Schumann vorteilhaft aus, Herr Armster glänzte mit seiner schönen Stimme. Frl. Urbaczeks Hexe war ziemlich nüchtern; daß der Humor der Herren Lohfing und Kreuder nur gequält war, lag nicht an ihnen. Weder die Dichterin noch der Komponist haben eine humoristische Ader. Am Schluß mußte alles sich zeigen, der Komponist, der Direktor, der Regisseur und der Kapellmeister. Das war zu viel.

# Bücher und Schriften.

**„Der Vortrupp"**, Halbmonatsschrift für das Deutschtum unserer Zeit. Herausgegeben von Dr. jur. Hermann M. Popert, Hamburg, und Kapitänleutnant a. D. Hans Paasche, Berlin. Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg. Verlag von Georg Wigand, Leipzig. Preis: Jährlich 5 Mark, vierteljährlich 1 Mark 25 Pf., Einzelnummer 25 Pfg. — Die soeben erschienene Nummer 18 bietet folgenden Inhalt: Der „Vortrupp" und die Frauenbewegung von Hermann Popert; Wer ist gebildet? von Heinrich Scharrelmann; Wie kommen die Films zu uns? von Hermann Häfker; Der „deutsche" Garten von Hundt; Was andre sagen. Unter „Rund um uns" die Aufsätze: Vergebene Mühe, Kalenderreform.

**Fachblatt für Holzarbeiter.** Heft 9 des siebten Jahrgangs, Sept. 1912. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. Innenräume, ausgestattet von Professor Paul Lang in Stuttgart, geben dem Septemberheft die Einleitung. Robert Breuer berichtet über die drei um Ende August in Berlin abgehaltenen Möbelmessen, der Tischler- und der Tapeziererinnung und des Händlervereins. Besonders lesenswert ist ein Artikel, der uns in die neuere Technik des Holzbiegens einführt, und nicht weniger ein anderer über die Fabrikation der Drahtstifte. Die Einrichtung formgerechter Modelle für Metallguß wird eingehend erläutert und schließlich noch eine erprobte Form eines Dunkelkammerfensters gezeigt. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 2. Einzelhefte werden zu 50 Pfg. abgegeben.

**„Der Arbeitsmarkt"**, Monatsschrift des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise (herausgegeben von dessen Geschäftsführer, Verlag von Georg Reimer, Berlin). Die als Organ des „Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 12 des 15. Jahrgangs: I. Arbeit und Arbeitsvermittlung in Hamburg. Von Dr. Naumann-Hamburg. — Zur demologischen und sozialen Entwicklung Hamburgs. Von Dr. W. Beukemann-Hamburg. — Hamburgs Handel. Von Dr. G. Arnold Kiesselbach-Hamburg. — Hamburgs Hafen. Von Reg.-Rat v. d. Heide-Hamburg. — Die Hamburgische Industrie und ihre Arbeiterschaft. Von Gewerberat Dr. Rasch-Hamburg. — Das Hamburgische Handwerk. Von Dr. Th. Hampke-Hamburg. — Die seefahrende Bevölkerung in Hamburg. — Die Hamburger Hafenarbeiter. — Die Landwirtschaft in Hamburgs Umgegend und ihre Arbeiterschaft. Von Geschäftsführer Bayer-Hamburg. — Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in Hamburg. Von Reg.-Rat Dr. Schultz-Hamburg. — Die Arbeitsvermittlung im Hamburgischen Wirtsgewerbe. Von Dr. A. Koch-Hamburg. — Die Arbeitgebernachweise Hamburgs. Von Frh. v. Reiswitz-Hamburg. — Gemeinnützige und paritätische Arbeitsnachweise. Von Dr. Naumann-Hamburg. — Die 1910 in Hamburg vorhandenen Arbeitsnachweise. II. Neuerungen in der inneren Einrichtung der öffentlichen Arbeitsnachweise. Von F. Lauer-Freiburg i. Br. — Das neue städtische Arbeitsamt München. Von Oberinspektor Hartmann-München. — Zum gegenwärtigen Stand der Wanderarmenfürsorge. — Oeffentliche Arbeitsnachweise. — Ein für kommunal-unterstützte Arbeitsnachweise wichtiger Erlaß. — Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweisstellen. — Bewährung der Vakanzenlisten beim Dresdener Zentralarbeitsnachweis. — Prüfung der Anfängerinnenstellen für jugendliche Dienstboten in Charlottenburg. — Stellung des westpreußischen Städtetages zum Arbeitsnachweisverband. — Lehrstellenvermittlung des städtischen Arbeitsamts Stuttgart. — Soziale Fürsorge: Die württembergischen Wanderarbeitsstätten in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 31. März 1912. — Deutsche Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge. — Die Münchener Arbeitslosenzählung in ihrer Bedeutung für die Arbeitslosenfürsorge im allgemeinen.

**Die Zeitschrift.** Herausgeber: Albert Helms; Verlag: Alfred Janssen, Hamburg-Berlin. Inhalt von Heft 25: Die Wahrheit über Mutsuhito, den Kaiser von Japan. Von einem in Japan lebenden Deutschen. — Aus meiner Leidensgeschichte. Von Dr. Frederic A. Cook (New York). — Der Parlamentarismus der Zukunft. Von Otto Corbach. — Ein bescheidener Hinweis auf einen großen und vielverkannten Dichter Paul Zech. — Franzosen. Von H. Prehn-v. Dewitz. — Die Zeitschrift erscheint vierzehntägig Sonnabends und kostet für das Halbjahr 6 Mk., Einzelhefte 50 Pfg.

# Kunst, Wissenschaft und Leben.

### Konferenz der internationalen Erdmessung.

Dienstag vormittag wurde im großen Saal des Vorlesungsgebäudes die 17. Konferenz der Internationalen Erdmessung eröffnet. Es waren Vertreter des Senats, der Reichsregierung, des preußischen Kultusministeriums, der deutschen Seewarte, des Hamburger Professorenkonvents und des Professorenrats sowie einer Reihe hamburgischer wissenschaftlicher Institute und Gesellschaften erschienen. Auf der Konferenz sind insgesamt 20 Staaten vertreten: Deutschland, Dänemark, Belgien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Oesterreich, Ungarn, die Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Rußland, Rumänien, Griechenland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Mexiko, Chile und Japan.

Der Präsident General Bassot eröffnete die Sitzung, indem er die Teilnehmer in französischer Sprache begrüßte.

Darauf begrüßte Senator von Melle als Vertreter des Senats die Konferenz, Oberregierungsrat von Stein im Namen des Reichskanzlers und Professor Dr. Krüß für das preußische Kultusministerium.

Der Präsident General Bassot gab in längerer Rede in französischer Sprache einen Rückblick auf die Arbeiten der Internationalen Erdmessung während der letzten 50 Jahre, seitdem Generalleutnant Baeyer diese Wissenschaft in ein neues Fahrwasser gelenkt hatte. Er ging dabei u. a. ein auf einige wichtige Messungen, insbesondere auf die westafrikanische Gradmessung.

Der Sekretär Professor Dr. H. G. van de Sande Bakhuyzen gab sodann einen Bericht über das Entstehen und die Entwicklung der Internationalen Erdmessung 1862—1912, während der Direktor des Königl. Geodätischen Instituts und des Zentralbureaus der Internationalen Erdmessung in Potsdam Geh. Oberregierungsrat Prof. Dr. Helmert eine Rede hielt über „Das Zentralbureau während der ersten 50 Jahre der Internationalen Erdmessung".

Am Mittwoch besucht die Konferenz die Hamburger Sternwarte in Bergedorf.

**Verein Hamburgischer Musikfreunde.** Das volkstümliche Konzert am Mittwoch, 18. September, in der Musikhalle, dürfte sich durch die Mitwirkung des Organisten, Herrn Alfred Sittard, zu einem besonderen musikalischen Ereignis gestalten. Dieser vortreffliche Orgelvirtuose spielt eine Toccata von Bach, Angelus v. Liszt und eine Toccata von Reger für Orgel allein, außerdem im Verein mit dem Orchester das Largo von Händel und ein Gebet von Kücken. Auch die Vorträge des Orchesters sind auserlesener Art. Nächstes volkstümliches Konzert: Sonntag, 22. September.

**Eisenbahnunglück.** Montag nacht um 2 Uhr stieß der Belgrader Konventionalzug auf der Station Kusadek mit einem Güterzuge zusammen. Drei Reisende wurden schwer, mehrere Zugbedienstete leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

**Großfeuer auf einem englischen Herrensitz.** Der berühmte Herrensitz Garden Hall in Cheshire ist in der Nacht zum Montag durch Feuer vollständig zerstört worden. Der Besitzer, Oberst Holdsworth, und seine zahlreichen Gäste konnten kaum das nackte Leben retten.

**Ein neuer Polizeiskandal in New York.** Die New Yorker Presse berichtet über einen neuen Skandal, in den wiederum die New Yorker Polizei verwickelt ist. Den Meldungen zufolge hat der Polizeipräfekt aus Rache gegen den Generalstaatsanwalt Whiteman eine Liste veröffentlicht, die die Namen der bekanntesten und berüchtigtsten Mitglieder der sogenannten „San Paul Association" enthält. Unter diesen befindet sich auch ein direkter Untergebener des Staatsanwalts, namens Moritz König. Die genannte Verbrechergesellschaft ist in ganz New York berüchtigt und gefürchtet, weil ihr die schwersten Verbrecher und der Auswurf der New Yorker Gesellschaft angehören. — Zur Affäre Rosenthal wird aus New York folgendes gemeldet: Der Distriktsanwalt untersucht die Behauptungen, daß die Polizei wichtige belastende Briefschaften unterschlagen habe, die bei der Verhaftung der der Teilnahme an der Ermordung des Spielsaalbesitzers Rosenthal angeklagten Spieler Lafty Louis und Gyp the Blood in deren Wohnung vorgefunden worden seien. Die Polizei stellt die Beschuldigung in Abrede.

**Vermischte Nachrichten.** Die 16jährige Tochter des Direktors Girschberg in Gelsenkirchen hantierte am Montag mit einem Revolver. Plötzlich entlud sich die Waffe und das Mädchen wurde auf der Stelle getötet. — Aus Fez wird unterm 14. September gemeldet: Die Militärbehörde in Mekines verhaftete zwei jüdische Kaufleute und einen Rechnungsbeamten, die beschuldigt werden, eine Organisation gegründet zu haben, die bezweckt, die Fremdenlegionäre zur Fahnenflucht zu verleiten. Die Verhafteten werden vor ein Kriegsgericht geführt.

## Gewerbegericht Hamburg.

### Etwas von der Tüchtigkeit arbeitswilliger Holzarbeiter.

Der in den Kreisen der organisierten Holzarbeiter unrühmlichst bekannte Arbeitswillige Müller, der vor dem großen Holzarbeiterstreik im vorigen Jahre Maschinenarbeiter in einer Kistenfabrik war, entdeckte während seiner Rausreißerdienste sein Unternehmertalent. Er verschaffte sich einen Gewerbeschein, sammelte einige seiner Gleichgesinnten um sich und wurde Anschläger-„Meister". Im Juni d. J. übergab Tischlermeister Graßmann aus Barmbeck Müller die Anschlägerarbeiten von einem Neubau in der Hamburgerstraße. In der ersten Zeit ging alles gut. „Meister" Müller zahlte von dem Geld, das ihm von Graßmann jede Woche übermittelt wurde, seinen Gesellen regelmäßig den Lohn. Doch als Graßmann bemerkte, daß die verausgabte Summe in keinem Verhältnis zur fertigen Arbeit stand, wurde er etwas vorsichtiger. Jetzt hörte die Harmonie in dieser edlen Gesellschaft auf und an einigen Zahlabenden soll es nicht gerade kollegialisch zugegangen sein. Da nun die Arbeitswilligen die Arbeit etappenweise unter sich verteilt hatten, so kam es, daß einige mit ihrer Arbeit schneller fertig wurden. Der Tischler Witt hatte noch etwa zwei Wochen länger zu tun als die andern Anschläger. Für diese 2 Wochen hat W. von seinem Meister Müller keinen Lohn erhalten. Witt hatte nun beide Arbeitgeber auf eine Lohnvergütung von ℳ 76 beim hiesigen Gewerbegericht verklagt. Von den beiden Beklagten hatte es Meister Müller vorgezogen, nicht zu erscheinen. Graßmann sagte aus, daß er seine Leute stets von dem paritätischen Arbeitsnachweis beziehe, da er von dort bis jetzt sehr tüchtige Leute erhalten habe. Müller habe aber so oft auf ihn eingeredet, daß er mit der Erklärung ihm diese Arbeit überlassen habe: „Mit seinen Leuten wolle er aber nichts zu tun haben." Das sei ihm auch versprochen worden. Als aber ein Teil der Arbeit fertig wurde, und diese sehr fehlerhaft war, habe er den Rest des Geldes von ℳ 135 einbehalten. Durch die Gewerbekammer habe er die Fehler feststellen lassen und diese sind von seinen Leuten ausgebessert worden. Der Rest der Summe betrage nur ℳ 7,95. Der Kläger Witt stellt die Sache so dar, als wenn Graßmann sein Arbeitgeber sei und nur von diesem der Lohn zu beanspruchen sei. Von Zeugen wird festgestellt, daß Müller sich ihnen gegenüber als Meister vorgestellt habe. Als ein Zeuge Müller mit dem in Hamburg unter Holzarbeitern üblichen „Du" anredete, habe er sich dieses mit der Begründung verbeten, daß er jetzt Meister sei und mit „Sie" angeredet werden wolle. Nach einstündiger Verhandlung zog sich das Gericht, unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Lüders, zurück und verkündete nach kurzer Beratung, daß der Kläger Witt mit seiner Klage abgewiesen sei.

## Vereine und Versammlungen.

**Holzarbeiter.** Allgemeine Mitgliederversammlung am Dienstag 9. September, im Gewerkschaftshause. Genosse Everling referierte über: „Die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften und Genossenschaften und die Volksfürsorge". Der Referent geht von der Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften aus, deren notwendige Folge die Gründung von Konsumvereinsgenossenschaften war. Sicherte man sich in ersteren gegen Ausbeutung im Arbeitsverhältnis, so wären die Errungenschaften illusorisch geworden, wenn nicht die Genossenschaften dem Arbeiter als Käufer zur Seite ständen. Dadurch wird die Kaufkraft des Einzelnen gehoben. Die Gründungen der Kartelle, Ringe, Trusts zeigen, daß die Auswucherung des Volkes organisatorisch vorgenommen wird. Dort werden die Preise diktiert, während der Arbeiter die unerhörten Preise zu bezahlen hat. Hier allein schon kann eine starke Konsumenten-Organisation einen Damm entgegensetzen. Als vor Jahren der „Markenartikel-Fabrikantenring" versuchte, alle seine Artikel mit hohen Preisaufschlägen zu bedenken, haben sich die Genossenschaften dagegen gewehrt, so daß man anfing, solche selbst zu produzieren und die Markenartikel auszuschalten. Das hatte zur Folge, daß die Fabrikanten ihren Revers zurückzogen. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß es in erster Linie Aufgabe der Genossenschaften ist, Volksfürsorge zu treffen, erläutert der Referent die schon getroffenen Maßregeln. Hierbei unterwirft er die Geschäftsmanipulationen einiger größerer Versicherungsgesellschaften einer kritischen Betrachtung. Keine dieser Gesellschaften ist aber gegründet, um dem Volke Segen zu bringen, sondern in erster Linie, um hohe Gewinne den Aktionären zu sichern. Anders ist es mit unserer Volksfürsorge; die Einrichtungen sind so getroffen, daß eingezahltes Geld nicht verloren geht, wenn der Versicherte unfähig wird, weiter zu bezahlen. — Die wenigen Jahre Tätigkeit haben gezeigt, daß der Arbeiter selbst in der Lage ist, seine Geschicke zu leiten; hier bedarf es nur eines Schrittes, um es in die Tat umzusetzen. „Alles durch das Volk und alles für das Volk!" mit diesen Worten schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die folgende Diskussion beschränkt sich nur auf den Hinweis, kräftig im Sinne des Referenten zu agitieren. — Hierauf erstattet Romberg den Kartellbericht. Dieser erstreckt sich über die Vorgänge, wichtige Beschlüsse, Aenderungen usw., nachdem er ausführlich die Zusammensetzung des Kartells und die angeschlossenen Gewerkschaften veranschaulichte. Besonders charakterisierte er die Bestrebungen, die beiden großen Konsumvereine am Orte zu vereinigen. Leider scheiterte dieses erstrebenswerte Ziel an einer Gegenagitation einiger Genossen vom 1856er Verein. Weiter erfuhren besondere Betonung die Reformierung in der Jugendbewegung, Gehaltsregulierung der Sekretäre, sowie der Arbeitsnachweis-Kongreß. Zu letzterer Frage wurden seitens der „Patriotischen Gesellschaft" Beiträge erbeten. Der unserige enthielt dabei eine Charakterisierung des einseitigen Nachweises der Metallindustrie. Das hat wohl den Herren nicht gefallen, denn das Schreiben kam zurück mit der Aufforderung, diesen Teil zu streichen; das haben wir bleiben lassen. Hierauf folgte eine rege Diskussion. Claus weist auf die Notwendigkeit des Boykotts hin, erörtert die Mißstände im Krankenkassenwesen, sowie in der Arbeitsvermittlung und wünscht, daß für die Jugendbewegung mehr getan wird. Wehl erwartete vom Referenten, daß dieser sich mehr mit den Lohnbewegungen der angeschlossenen Gewerkschaften befaßt hätte, vielleicht waren noch mehr Bewegungen vorhanden, denen man seitens des Kartells das Interesse versagte, wie beim Kampf der Holzarbeiter. Die nachbewilligten ℳ 5000 können dabei nichts ändern; dafür sind von uns während der Kampfdauer die Beiträge entrichtet worden. Weiter kritisiert er den hohen Fonds des Sekretariats, der unbenutzt liegt. Klein verbreitet sich ausführlich über alle Vorgänge. Konnte der Bericht nur gedrängt gegeben werden, so muß man berücksichtigen, daß dieser fast zwei Jahre umfaßt. Er wünscht, daß in Zukunft nach jeder Kartellversammlung Bericht erstattet wird, wie es vordem war. Zur Verschmelzungsfrage ist er der Ansicht, daß die Verhandlungen nicht so gepflogen sind, daß Erfolg vorauszusetzen war. Probleme durch das Konsumvereinswesen zu lösen, hält er für ausgeschlossen; er würdigt sie wohl als Faktoren zur Linderung des wirtschaftlichen Notstandes. Kaum in einer anderen Stadt liegen die Krankenkassen so im argen wie in Hamburg, aber wie im erstgenannten Verschmelzungsfalle, so liegt das Hindernis zum Zusammenschluß weniger bei den Mitgliedern, als bei den leitenden Personen, die für ihre Stellung fürchten. Ein einlaufender Vertagungsantrag wird abgelehnt. Im darauffolgenden Schlußwort resümiert Romberg die eingewendeten Momente. Weiter wird noch auf die Fortbildungskurse aufmerksam gemacht und Karten stehen noch zur Verfügung. Damit ist Schluß der Versammlung um 11¾ Uhr.

**Fabrikarbeiterverband.** Eine Mitglieder-Versammlung der Sektion Fischindustrie tagte am Sonnabend, 7. September, in Rothnagels Klub- und Ballhaus in Altona, welche sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Zunächst wurde das Ableben der Kollegin Frau Diekmann in der üblichen Weise geehrt. Dann erstattete Kollege P. Benthin einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag in Dresden, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Diskussion fand nicht statt. Dann gab Lütge den Bericht von der ersten Konferenz der Fischindustrie, die in Lübeck abgehalten wurde, und teilte die Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind, der Versammlung mit. Finzelberg ergänzte die Ausführungen und forderte die Anwesenden auf, nach den Beschlüssen zu handeln und mehr als bisher zu tun, um die Organisation in den Betrieben auszubauen. Er verwies darauf, wie rührig die Unternehmer dieser Industrie sind. Dies müsse ein Ansporn sein, mehr zu tun, um die erbärmlichen Verhältnisse zu bessern. Unter „Verschiedenes" ersuchte Finzelberg die Kollegen, welche zum Militär eingezogen werden, daß sie sich ordnungsgemäß abmelden, damit sie ihrer erworbenen Rechte nicht verlustig gehen. Es wurde noch bekanntgegeben, daß unser Herbstvergnügen am 5. Oktober im Gewerkschaftshause stattfindet, und ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Nachdem einige Wahlen vorgenommen und einige interne Angelegenheiten erledigt waren, wurde die gut besuchte Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

## Schiffs-Nachrichten.

(Deutscher Reichstelegraph.)

### In Cuxhaven ein- und auslaufende Schiffe.

**Cuxhaven,** 17. September, morgens.

**Angekommen** am 16. September:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| N. 3 50 | Adler, D. | Huß | — |
| 4 10 | Solo, D. | — | — |
| | Kaiser, D. | Fölser | — |
| 4 30 | Heinrich Hugo Stinnes 7, D. | Grundmann | England |
| 4 35 | Kong Ring, D. | Anonsen | Norwegen |
| 5 — | Nereus, D. | v. d. Laan | Amsterdam |
| 5 25 | Duiveland, D. | — | Newcastle |
| 6 — | Bulgaria, P.-D. | Filter | Baltimore |
| " | Carsten Ruß, D. | Hildebrandt | Ghent |
| 6 25 | Viola, D. | Toaspern | London |
| 11 40 | Majorca, D. | Wadell | Leith |
| 12 — | Eleanor, D. | Swinbanks | Sunderland |
| | 17. September. | | |
| V. 12 15 | Castor, D. | Larsen | Stavanger |
| 1 20 | Fortuna, norw. Bk. | — | — |
| " | Ocean, F.-D. | Behrens | d. Nordsee |
| 1 55 | Karanja, D. | Walton | Newcastle |
| 3 15 | Hedwig Heidmann, D. | Schacht | Grangemouth |
| 3 55 | Barsac, D. | Fesq | Havre |
| 4 35 | Karnnjo, D. | — | — |
| 4 50 | Helen Heidmann, D. | Fenner | Grimsby |

Ferner auf: Nachts sieben Dampfer.

**In See gegangen** am 16. September:

| Uhr M. | Schiff | Nach |
|---|---|---|
| N. 3 45 | Senator Brandt, F.-D. | d. Nordsee |
| 4 — | Paignton, D. | — |
| 4 50 | Altona, F.-D. | d. Nordsee |
| " | Seeadler, F.-D. | do. |
| " | Senator Mumssen, F.-D. | do. |
| 6 25 | Bussard, F.-D. | do. |
| 6 45 | Alesia, P.-D. | Antwerpen |
| 6 55 | Paul Radmann, F.-D. | d. Nordsee |
| | 17. September. | |
| V. 1 10 | John Heidmann, D. | Burntisland |
| 2 — | Stockport, D. | Grimsby |
| 2 10 | Breslau, D. | Leith |
| 2 30 | Hermann Sauber, D. | Seaham |
| 4 25 | Hodder, D. | Goole |
| 5 5 | Sunningdale, D. | Newcastle |

Ferner seewärts: Nachts 14 Dampfer. — Abwärts gekommen: Schl. Goliath.

Wind: NW., stark. Wetter: bedeckt, zeitweise Regen. — Barometer: 762,0. Thermometer: + 12,5° C.

**Holtenau** meldet: In den Kanal eingelaufen am 16. September:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| N. 2 5 | Avontuur, holl. Segler | Germs | Flensburg |
| " | Windsbraut, d. Segler | Elfers | Kolding |
| " | Meta Adela, d. Segler | Mau | Flensburg |
| 2 40 | Laboe, Schl. | Hintz | Danzig |
| " | S 146, Leichter | Braun | do. |
| " | S 147, Leichter | Conkt | do. |
| 3 35 | Irmgard, D. | Stoll | Libau |
| 3 40 | Castor, D. | Westerdahl | Sölvesburg |
| 4 — | Falke, F.-D. | Loop | Stagen |
| " | Dorothea, Leichter | Debe | Holtenau |
| 5 20 | Doris, D. | Claussen | Königsberg |
| 6 10 | Alexandra, D. | Eckart | do. |
| 7 40 | Dora, d. Segler | Teik | Neumühlen |
| " | Louise, d. Segler | Pump | Karlshamn |
| " | Undine, d. Segler | Lange | Ekensund |
| 8 10 | Franz, D. | Stähr | Danzig |
| 10 30 | Lisbeth, D. | Hansen | Norrköping |
| 10 50 | Olga, D. | Reichert | Libau |

**Cuxhaven,** 17. September, vormittags.

**Angekommen** am 16. September:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| fehlt | Maaß, D. | Osse | Rotterdam |
| | 17. September. | | |
| V. 5 55 | Sir Walter Scott, D. | Manson | Leith |
| 6 — | Meteor, D. | Kier | Helgoland |
| 6 40 | Hugo, D. | — | — |
| 9 35 | St. Nikolas, F.-D. | — | — |

Eingekommen: nachts Fischer-Dampfer Senator Schäfer, vorm. Senator v. Bernberg Goßler. — 9,40 Uhr: Nichts in Sicht.

**In See gegangen** am 17. September:

| Uhr M. | Schiff | Nach |
|---|---|---|
| V. 5 45 | Saturn, Schl. | Bremerhaven |
| " | 1 Kahn | do. |
| " | Triton, Schl. | do. |
| " | 1 Kahn | do. |
| 6 15 | West Quarter, D. | Methil |
| 6 25 | Haakon, D. | Hull |
| 7 5 | Union, D. | — |
| " | Kong Helge, D. | — |
| 7 40 | Mogador, D. | Portugal |
| " | Köln, D. | — |
| " | John O'Scott, D. | — |
| 9 35 | Helene Blumenfeld, D. | — |

Abwärts gekommen: gestern abend Dampfer Flora, Schl. Vulcan

Wind: WNW., frisch, böig. Wetter: bedeckt. — Barometer: 763,0 Thermometer: + 14,5° C.

**Holtenau** meldet in den Kanal eingelaufen am 17. September:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 7 5 | Electra, D. | Behrens | Rign |
| 7 20 | Emmanuel, Segler | Meyer | Möllenort |
| " | Neptun, Segler | Ludwig | Fylebow |

**Helgoland** meldet: Wind: NW., stark. Wetter: bedeckt. See: unruhig.

**Cuxhaven,** 17. September, nachmittags.

**Angekommen** am 17. September.

| Uhr Min. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 11 15 | Lipari, D. | Rehbock | d. Mittelmeer |
| 11 30 | Prince Victor, F.-D. | — | — |
| N. 12 30 | Teneriffe, D. | — | West-Afrika |
| 1 — | Köln, D. | Off | Köln |
| 1 5 | Ruhrort, D. | Stock | do. |
| 1 10 | Prinzessin Heinrich, D. | Stehr | Westerland |
| 1 25 | Argo, D. | — | — |
| 1 35 | Sirius, Schl. | Janssen | — |
| " | Nr. 135 u. 61, Kähne | — | — |
| " | Santa Fé, P.-D. | Asmus | La Plata |
| 2 10 | Roßken, F.-D. | — | — |
| 2 25 | Mazagan, D. | Wiechert | Can. Inseln |
| 2 55 | Nordstern, Schl. | — | — |
| " | Nr. 137 u. 82, Kähne | — | — |
| 3 — | Helgoland, Schl. | Martens | — |
| " | F. C. u. G., Kähne | — | — |

Ferner auf: 3,15 Uhr die Schl. Seestern und Seerose, holl. Gs. Annechiena. — Von hirr auf: 2,30 Uhr Santa Fé. — 3,45 Uhr: Dampfer in Sicht.

**In See gegangen** am 17. September:

| Uhr M. | Schiff | Nach: |
|---|---|---|
| V. 10 50 | Bosnia, P.-D. | Baltimore |
| 11 15 | Manco, D. | Brasilien |
| " | Vulcan, Schl. | Bremerhaven |
| " | Nr. 76, Kahn | do. |
| N. 12 25 | Silvana, D. | Helgoland |
| 12 40 | Brasilia, P.-D. | — |
| 12 50 | Intent, D. | — |
| 2 15 | Oberbürgerm. Abickes, F.-D. | d. Nordsee |
| " | Senator Predöhl, F.-D. | do. |
| 2 55 | Dr. Ehrenbaum, F.-D. | d. Nordsee |
| " | Triton, F.-D. | do. |

Abwärts gekommen: Schlepper Norderney mit den Loggern Makrele und Roche.

Wind: WNW., stark, böig. Wetter: halbbedeckt. — Barometer: 764,0. Thermometer: + 14,5° C.

**Holtenau** meldet: In den Kanal eingelaufen am 17. September:

| Uhr M. | Schiff | Kapitän | Von |
|---|---|---|---|
| V. 9 20 | Catharina, Segler | Markmann | Kolding |
| " | Dora, Segler | Wolter | Flensburg |
| " | Frieda, Segler | Rolf | Eckernförde |
| 10 25 | Caterina, Segler | Kold | Memel |
| " | Margarethe, Segler | — | Kolding |
| " | Johanne, d. Segler | Elfert | Fredrikssund |
| " | Johanna, d. Segler | Efeld | — |
| 11 30 | Odin, d. Segler | Arrien | Karlshamn |
| " | Marie, d. Segler | Offenbrüggen | Nyborg |
| " | Maria Groningen, holl. Segler | Hylkema | Horsens |
| 11 35 | Rita, D. | Johsen | Kopenhagen |
| 11 5 | Aurora, d. Segler | v. Rönn | Kiel |
| 11 55 | Biene, d. Segler | Erdwin | Neumühlen |
| " | Esteburg, d. Segler | Hintz | Kolding |
| N. 1 55 | Auguste, d. Segler | Suhr | Hadersleben |
| " | Fortuna, d. Segler | Bruhn | Veile |
| " | Wohlfahrt, d. Segler | Bücker | Flensburg |

**Helgoland** meldet: Wind: NNW., stark. Wetter: stark. See: unruhig.

### Ueberseeische Schiffsnachrichten.

**Pennsylvania,** Ruß, nach New York, am 16. d. Lizard passiert. — **Hallamshire,** von Kanada, am 14. d. von Montreal. — **Constantia,** Krieger, von Port Arthur, am 14. d. v. Norfolk. — **Virginia,** Hohlfeldt, nach Westindien, am 16. d. von Ponta Delgada. — **Parthia,** Neumann, am 16. d. von Pensacola. — **Waßgenwald,** von Leitner, am 15. d. von Tampico. — **La Plata,** Spangenberg, am 15. d. von Pto. Mexico. — **Assyria,** Bark, v. Mexico, am 16. d. in Antwerpen. — **Fürst Bismarck,** Müller, nach Havana u. Mexico, am 16. d. in Havre. — **Dania,** Bonath, von Mexico und Havana, am 16. d. Ouessant Creach passiert. — **König Friedrich August,** Bachmann, nach dem La Plata, am 16. d. v. Boulogne. — **König Wilhelm II.,** v. Holdt, v. d. La Plata, am 14. d. von Rio de Janeiro. — **Istria,** Kudenhold, v. d. La Plata, am 16. d. Ouessant Creach passiert. — **Rhaetia,** Mützell, von Santos, am 15. d. von Bahia nach Hamburg. — **Thuringia,** n. d. Westküste Amerikas, am 15. d. Dover passiert. — **Nauplia,** Kritzky, nach der Westküste Amerikas, am 15. d. in Teneriffe. — **Tessalia,** Bradhering, am 15. d. von Punta Arenas. — **Badenia,** Rubarth, nach der Westküste Amerikas, am 15. d. in London. — **Windhuk,** Michelsen, nach Afrika, am 15. d. in Vlissingen. — **Graciana,** v. Persien, am 16. d. von Algier n. Leith. — **Alesia,** Habel, n. Antwerpen, am 16. d. von Cuxhaven. — **Altmark,** Lüning, am 16. d. in Karachi. — **Ostmark,** Peter, am 14. d. in Bombay. — **Silesia,** Ernst, am 15. d. von Shanghai. — **Belgravia,** Hildebrandt, am 16. d. von Dalny. — **Uckermark,** Rohde, von Indien, am 14. d. Sagres passiert. — **Fürst Bülow,** Jäger, von Ostasien, am 15. d. in Suez. — **Scandia,** Knaisel, n. Ostasien, am 16. d. in Port Said. — **Arcadia,** Karberg, nach Ostasien, am 15. d. in Penang. — **Goldenfels,** Friedrichsen, am 15. d. v. Penang n. Colombo. — **Desterro,** ausgehend am 16. d. in Antwerpen. — **Tilly Ruß,** ausg. am 16. d. in Antwerpen. — **Santa Rosa,** Genenz, ausg. am 15. d. in Rio de Janeiro. — **Cap Roca,** Kröger, ausgehend am 15. d. in Rio de Janeiro. — **Petropolis,** v. Ehren, ausg. am 16. d. in Santos. — **Elbe,** Eisfeld, heimk. am 15. d. von Santos n. d. La Plata. — **Rio Negro,** Wilde, ausgehend am 16. d. von Vigo nach Leixoes. — **Santa Fe,** Asmus, heimkehrend am 17. d. Borkum passiert. — **Gunther,** Mußmann, heimk. am 16. d. Dover passiert. — **Rio Pardo,** Jhnen, ausgehend am 16. d. in Para. — **Cap Finisterre,** Langerhannsz, ausgehend am 15. d. Buenos Aires. — **Eduard Woermann,** Schmidt, ausg. am 16. d. in Antwerpen. — **Henny Woermann,** Triebe, ausgehend am 16. d. von Madeira. — **Alexandra Woermann,** Michelsen, ausgehend am 14. d. in Dualai. — **Martha Woermann,** Schmidt II, heimk. am 14. d. von Las Palmas. — **Eleonore Woermann,** Pankow, heimkehrend am 16. d. in Hamburg. — **Gouverneur v. Puttkamer,** Engel, heimkehrend am 16. d. in Bissao. — **Kanzler,** Schapp, Bombayfahrt, am 15. d. von Delagoabay. — **Answald,** Matzen, ausgehend am 15. d. von Durban. — **Prinzregent,** Greiwe, heimk. am 16. d. Vlissingen passiert. — **Tabora,** Doherr, ausg. am 16. d. in Delagoabay. — **Adolph Woermann,** Michelsen, ausgehend am 16. d. von Southampton. — **Usambara,** ausgehend am 16. d. von Rotterdam. — **Kommodore,** Mühlbauer, ausgehend am 16. d. in Antwerpen. — **Khalif,** Coltzau, heimkehrend am 16. d. von Majunga. — **Gertrud Woermann,** Carstens, heimkehrend am 17. d. in Neapel. — **Plauen,** Schuldt, am 17. d. in Amsterdam. — **Linden,** Mildahn, am 17. d. in Havre. — **Fremantle,** Madsen, am 17. d. Aden passiert. — **Adelaide,** Wellhöfer, am 17. d. in Suez. — **Hobart,** Paulsen, am 17. d. Cap Verde passiert. — **Mudros,** Koopmann, am 16. d. in Konstantinopel. — **Paros,** Agrell, am 16. d. in Varna. — **Lemnos,** Boysen, am 16. d. von Rotterdam nach Hamburg. — **Kalymnos,** Ahrens, am 16. d. von Konstantinopel nach Bourgas. — **Pindos,** Starke, am 16. d. von Oran nach Rotterdam. — **Karpathos,** Wurthmann, am 16. d. von Konstantinopel nach Rodosto. — **Lipsos,** Junge, nach Smyrna, am 16. d. Konstantinopel passiert. — **Elise Marie,** Danneil, am 14. d. in New York. — **Willkommen,** Sürken, am 15. d. in New York. — **Excelsior,** Courtin, am 16. d. von New York nach Rotterdam. — **Captain W. Menzell,** Möller, am 16. d. von Bordeaux in Rivadeo. — **Clara Menzell,** Menzell, am 16. d. von Danzig in Pernau. — **Carl Menzell,** Streawald, am 16. d. von Marseille. — **Ellen Rickmers,** Ahlers, am 16. d. in Dalny. — **Andree Rickmers,** Birch, heimkehrend, am 15. d. Sagres passiert. — **Helene Rickmers,** Maas, am 17. d. von Port Said nach Nantes. — **Elisabeth Rickmers,** Dirks, am 17. d. Kuchinotsu nach Port Said. — **Mai Rickmers,** Dobronz, heimkehrend, am 17. d. von Wladiwostock. — **Ariadne,** Wedel, am 16. d. Raumo. — **Cronshagen,** Wilstermann, am 16. d. von der Tyne. — **Mignon,** Fauché, am 17. d. von Raumo nach Kaunissaari. — **Neuenstein,** Hollern, von Braila nach Antwerpen, am 16. d. Gibraltar passiert. — **Oppurg,** Ebert, am 16. d. von St. Vincent nach Havre. — **Verona,** Kümmell, am 16. d. in Portland (Oregon). — **Javorina,** Bradhering, am 16. d. in Buenos Aires. — **Sausenberg,** Eilers, am 14. d. von Funchal nach Rio de Janeiro. — **Alfeld,** Zimmermaan, am 16. d. in Montevideo. — **Aachen,** Rehm, von Brasilien, am 15. d. von Rio de Janeiro. — **Altair,** von Brasilien, am 15. d. von Rio de Janeiro. — **Brandenburg,** Baars, nach Baltimore, am 16. d. Lizard passiert. — **Kronprinzessin Cecilie,** Högemann, von New York, am 16. d. Dover passiert. — **Neckar,** Traue, von Baltimore, am 17. d. auf der Weser. — **Prinz Waldemar,** Bremer, von Sydney, am 16. d. von Hongkong. — **Thüringen,** Hillmann, nach Australien, am 16. d. von Melbourne. — **Zieten,** v. Senden, von Australien, am 16. d. von Genua. — **Cassel,** Vogt, nach Australien, am 14. d. von Funchal. — **Erlangen,** Wendig, nach Brasilien, am 14. d. in Santos. — **Gotha,** Jaburg, nach dem La Plata, am 13. d. von Bahia. — **Hessen,** Stegemann, nach Australien, am 16. d. in Antwerpen. — **Helgoland,** Schmetz, nach dem La Plata, am 15. d. in Santos. — **Prinz Eitel Friedrich,** Malchow, nach Ostasien, am 15. d. von Algier. — **Prinz Friedrich Wilhelm,** Prehn, nach New York, am 16. d. in New York. — **Prinzregent Luitpold,** Nahrath, nach Alexandrien, am 16. d. in Alexandrien. — **Sausenberg,** nach Brasilien, am 14. d. von Funchal. — **Schleswig,** Dietrich, von Alexandrien, am 16. d. in Venedig angekommen. — **Seydlitz,** Mundt, nach Australien, am 16. d. von Suez abgegangen. — **Sigmaringen,** Granz, am 13. d. in Buenos Aires. — **Westfalen,** Willemsen, von Australien, am 15. d. von Bombay. — **Wittekind,** Rägener, nach dem La Plata, am 15. d. Dover passiert. — **Altmark,** Lüning, am 16. d. in Karachi. — **Goldenfels,** Diedrichsen, am 15. d. von Penang. — **Schildturm,** Probst, am 16. d. in Antwerpen. — **Kattenturm,** Volkmann, am 16. d. in Port Said. — **Liebenfels,** Köhler, am 16. d. St. Catherines passiert. — **Reichenfels,** Kloppenburg, am 16. d. in Calcutta. — **Scharzfels,** Strycker, am 15. d. Perim passirt. — **Soneck,** Rode, am 16. d. in Villareal. — **Wartburg,** Bremme, am 16. d. St. Catherines passiert.

## Angeordnete Aufgebote.

**Standesamt Nr. 1.**

Leo Dannenberg mit Valesta Neufeld. — Max Stickel, Dr. med., mit Elsa Haushalter. — Julius Ludwig Friedrich Focke mit Rosa Cäcilie Margaretha Haack. — Karl Friedrich Heinrich Ohrt mit Helene Karoline Handwerg. — Hermann Gustav Matthias Ploog mit Klara Elise Dorothea Krellenberg.

**Standesamt Nr. 2.**

Karl Hermann Theodor Kiebacf mit Anna Elise Helmecke. — Julius Otto Grimm mit Auguste Friederike Christina Dwinger. — Karl Christian Maximilian Caspar mit Anna Henni Flora Cordes. — Robert Alfred Köhler mit Bertha Anna Dora Korb. — Rudolf Pulipan mit Paula Wilhelmine Regine Louise Sternberg.

**Standesamt Nr. 2a.**

Hermann Julius Luwig Bartens mit Hildegard Mathilde Lucie Wötzel. — Richard Karl Wilhelm Peters mit Isidore Anna Roßbach. — Friedrich Oskar Vogelsang mit Dorothea Marie Christine, geb. Tietke, verw. Stelzer. — Friedrich Otto Tischendorf mit Hedwig Minna Elisabeth Schmidt. — Friedrich Joachim Heinrich Richard Ollmann mit Anna Christine Hansen. — Johann Ludwig Mevissen mit Caroline Anna Lux. — Heinrich Friedrich Knocke mit Martha Christina Olga Voigt. — Emil Gustav Paul Richert mit Minna Fendt. — Paul Alfred Reichel mit Anna Dorothea Mathilde Clara Warmbold. — Adam Goellert mit Frieda Adeline Martha Endreß.

Hamburg, den 14. September 1912.

**Standesamt Nr. 3.**

Karl Friedrich Heinrich Ohrt mit Helene Karoline Handwerg. — Karl Asendorf mit Elsa Emilie Clara Koppe. — Wilhelm Ludwig Franz Curt Spielberg mit Charlotte Anna Christine Bruns. — Paul Otto Glombitza mit Maria Margaretha Schümann. — Richard Arps mit Berta Sahlmann.

Hamburg, den 15. September 1912.

**Standesamt Nr. 4.**

Emil Arthur Kumbarzky mit Maria Kupries.

Volksdorf, den 14. September 1912.

**Standesamt Nr. 19.**

Oskar Gustav Carl mit Auguste Luise Henriette Dinse.

Fuhlsbüttel, den 15. September 1912.

**Standesamt Nr. 6.**

Arthur August Carl Krüger mit Wilhelmine Luise Caroline Gürtler. — Wilhelm Beyn mit Ida Anita Kohrs.

Billwärder a. d. Bille, den 15. September 1912.

**Standesamt Nr. 20.**

Gustav Adolf Deppe mit Clara Tautenhahn. — Fritz Wilhelm Albert Hinrichs mit Hulda Emma Elisabeth Fleischer. — Paul Hans Heinrich August Scharnberg mit Ida Dora Maria Schoof. — Hugo Carl Ludwig Delff mit Bertha Maria Auguste Hansen.

**Standesamt Nr. 21.**

Curt Bruno Mehnert mit Grethchen Wilhelmine Maria Cordes. — Helmuth Wilhelm Emil Johannes Duncker mit Emma Hermine Louise Schnauer. — Hans Herbert Kurt Söllner mit Eleonora Isaura Nelly Olga Gretchen Kagerah. — August Kolodzinsky mit Maria Margaretha Henne. — Johann Gustav Witte mit Martha Juliane Henni Winter. — Karl Buck mit Frieda Martha Emma Liebrenz.

**Standesamt Nr. 21a.**

Adolf Friedrich Wilhelm Schmidt mit Minna Sophie Frieda Behrens. — Carl Wilhelm August Oppermann mit Frieda Margaretha Sophia Schumacher. — Rudolph Holst mit Marie Elisabeth Amalie Meyer. — Carl Wilhelm Paul Sauermann mit Ida Jacobine Caroline Bichel. — Carl Friedrich Franz Martin Schmidt mit Dina Maria Anna Münster. — Frederik Thorkild Rudolf Möller mit Anna Sophia Martha Fraude.

**Standesamt Nr. 22.**

Josef Felix Hugo Bruns mit Emilie Marie Diesing. — Heinrich Schäfer mit Frieda Stoldt. — Max Dippert mit Christine Magdalena Caroline Glöe. — Boy Volquardsen mit Sophie Marie, geb. Heisler, verw. Schröder, jetzt verw. Krückenberg. — Paul Johannes Puls mit Elsa Frida Henny Jansen.

**Standesamt Nr. 22a.**

Arthur Paul Friedrich Gerken mit Bertha Paula Meyer. — Franz Wilhelm Heinrich Eitzmann mit Clara Anna Hellmann. — Hans Bünning mit Elsa Auguste Martha Grabow.

**Standesamt Nr. 23.**

Ludwig Glowacki mit Clementine Flora Schröder. — Franz Adolf Christian Kruse mit Johanne Friederike Emilie Ansin.

Hamburg, den 14. September 1912.

## Marktbericht.

Hamburg, den 17. September 1912.

**Schweinemarkt.**

Auftrieb: 5600 Stück. Handel rege.

| | Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht | Lebendgewicht nach Abzug nebenstehend. Tara |
|---|---|---|
| Beste, schwere, reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 pZt. | 67 —67½ | 84 —84½ |
| mittelschwere Ware, von 240 bis 260 Pfd., Tara 20 pZt. | 66½—67 | 83 —84 |
| Mittelware, von 200 bis 240 Pfd., Tara 22 pZt. | 64½—65½ | 83 —84 |
| gute, leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 pZt. | 64 —65½ | 82 —84 |
| geringere Ware, Tara 24 pZt. | 56 —61½ | 74 —81 |
| beste Sauen, Tara 20 pZt. | 61½—64 | 77 —80 |
| geringere Sauen, Tara 22 pZt. | 54½—60 | 70 —77 |

**Kälbermarkt.**

Auftrieb 1155 Stück. Herkunft: Hannover 1024 Stück, Mecklenburg 33 Stück, Schleswig-Holstein 98 Stück.

| | Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht | Schlachtgewicht |
|---|---|---|
| Doppellender bis zu 4 Monaten alt | 80—90 | 114—129 |
| feinste Mastkälber 1. Qualität | 68—74 | 117—123 |
| mittlere " 2. " | 60—68 | 109—113 |
| geringe " 3. " | 50—60 | 91—103 |

Handel fast rege.

## Versammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Versammlungen, von denen uns Kenntnis gegeben wird.

Vereine:

Mittwoch, den 18. September, nachm. 4½ Uhr: **Instrumentenmacher von Steinway & Sons,** im Restaurant Viehhof, Lagerstraße. — Abend 6 Uhr: **Holzarbeiter, Distrikt Eilbeck-Wandsbeck,** bei Mauch, Ritterstr. 14. — Abends 8 Uhr: **Distrikt Eimsbüttel,** Restaurant Produktion, Methfesselstraße. — Abends 8½ Uhr: **Schiffszimmerer,** im Gewerkschaftshause. — **Kistenmacher,** bei Mähl, Besenbinderhof 9. — **Parkettleger,** im Gewerkschaftshause. — **Steinarbeiter II,** im Gewerkschaftshause. — **Frauen-Versammlung,** bei Planeth, Michaelisstraße 50. — **Oeffentliche Versammlung der Angestellten der Waren- und Kaufhäuser,** bei Gossow, Schauenburgerstraße 14. — Abends 9 Uhr: **Metallarbeiter, Blankenese,** bei David, Dockenhuden. — **Kolporteure,** im Gewerkschaftshause.

Freitag, den 20. September, abends 8½ Uhr: **Stellmacher,** im Gewerkschaftshause. — **Goldleistenarbeiter,** bei Schnell, Brennerstraße 53. — **Stuckbranche,** im Gewerkschaftshause.

### Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg

am 18. September.

Morgens: Flut 4,57. Ebbe 9,41. | Nachm.: Flut 5,19 Ebbe 10,5.

### Wasserstand der Oberelbe.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Aussig | 17. Sept. | — | Barby | 17. Sept. | + 2,16 m |
| Dresden | 17. " | — 0,66 m | Magdeburg | 17. " | + 1,70 m |
| Torgau | 17. " | + 1,76 m | Wittenberge | 17. " | + 2,20 m |
| Wittenberg | 17. " | + 2,49 m | Lenzen | 17. " | + 2,16 m |

## Auktionen.

18. September.

9½ Uhr: Elbstraße 9, Pfänder (Gerichtsv.).
10 " Deichstraße 1, Wäsche, Konfektion, Galanteriewaren, Mobilien ꝛc. (Louis Burg).
10 " Alter Wandrahm 14, Tabak (Herm. Rosendahl).
10 " Stiftstraße 21, Mobilien, Hausstandssachen usw. (Gerichtsv.).
10 " Lindenallee 10, Schuhwaren, Ladeneinrichtung. (Heinr. Glasow).
10½ " Kaiser Wilhelmstraße 93/109, Tuche, Stoffe ꝛc. (Hermann Prieß).
10½ " Wexstraße 19, Warenbestand und Ladeneinrichtung eines Optikergeschäftes (S. Warisch).
10½ " Gänsemarkt 62, 2. Et., Mobilien (Emil Plagemann.)
10½ " Grindelallee 159, Mobilien, Hausstandssachen, Zigarren usw. (Nathan Vogel).
10½ " Schlump 13a, Mobilien (Emil Koch).
10½ " Osterstraße 11, Wirtschaftsinventar (W. Dechow).
11 " Deichstraße 34, Zigarren (Herm. Rosendahl).


## Anzeigen.

**Kufeke Kindermehl** Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

### Arbeitsmarkt

**Gesucht** junge Mädchen, welche Lust haben, das Schneidern zu lernen. Zu melden bei Frau **D. Winkel,** Billh. Brückenstraße 116, III.

**Morgenmädchen** ges. Näh. v. 4—8 Uhr bei **J. Fischer,** Tarpenbeckstr. 128, Eppendorf.

Eine perfekte Schneiderin sucht Beschäftigung im Hause. Kreuzweg 9, Hs. C, ptr.

Junge Frau wünscht Kinderwäsche und Schürzen zu nähen für Private. Frau **Thiedemann,** Michaelisstr. 21, III.

Rockschneider könn. hell. Pl. erh. Wexstr. 26, III.

Heller Platz für Schneider. Rosenstr. 49, IV.

Schneider k. Platz erh. Bleichenbrücke 6, IV.

Schneider k. Platz erh. Steinstr. 153, Hs. 3, II.

**Jg. Schneider** sucht Arbeit a. Röcke Hand in Hand. Off. u. D. 740 Altonaerstr. 17, Ann.-Exp.

**Ges. tücht. Rockarbeiter für Werkstatt. Meins,** Rathausstraße 5.

**Ges. tüchtige Rockschneider außer dem Hause.** Hermannstraße 8.

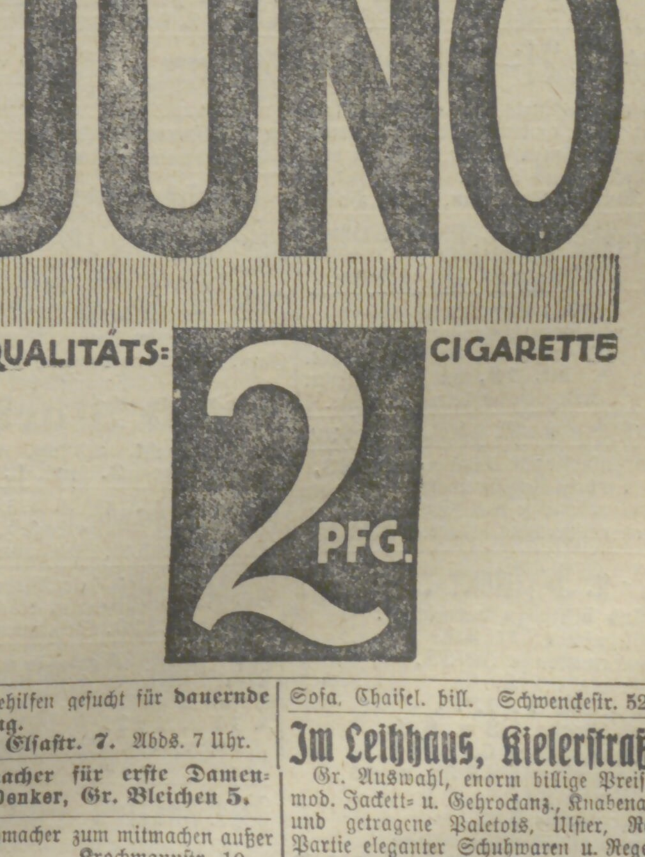
**Rockarbeiter** für Werkstelle per sofort gesucht. **Louis Sauer,** Neuerwall 32.

**Gesucht** Rock- und Hosenschneider. Heitmannstr. 15a, Hochpart.

**Gesucht** tücht. Rockschneider. **F. Kropp,** Gertrudenkirchhof 7, I.

**Gesucht** tücht. Rockschneider a. d. H.; dauernde Beschäftigung. **J. F. Hartung & Sohn,** Kaiser Wilhelmstr. 3.

**Gesucht** tüchtiger Schneider a. Woche. **Fr. Bethke,** Stadthausbrücke 30, Hchpt.




4 tücht. Malergehilfen gesucht für dauernde Beschäftigung. **Necker,** Elsastr. 7. Abds. 7 Uhr.

**Ges. Schuhmacher für erste Damenarbeit. Denker,** Gr. Bleichen 5.

Ges. tücht. Schuhmacher zum mitmachen außer dem Hause. Krochmannstr. 10.

**Gesucht Herren- und Damenarbeiter. W. Tödtmann,** Neuerwall 62.

**Schuhmacher** kann hellen Platz erhalten und vieles mitmachen. **Gustavstr. 6, K.**

Gesucht zum 1. Oktober ein **Schmiedelehrling. J. Fülscher,** Huf- und Wagenschmiede, landw. Maschinen, Bramstedt, Holstein.

Sofa, Chaisel. bill. Schwenckestr. 52, part. r.

**Im Leihhaus, Kielerstraße 26:** Gr. Auswahl, enorm billige Preise. Eleg. mod. Jackett- u. Gehrockanz., Knabenanz., neue und getragene Paletots, Ulster, Regenröcke, Partie eleganter Schuhwaren u. Regenschirme, Normal-, Flanell- u. Maccounterzeuge, Posten Woll- und Kamelhaardecken, eleg. Steppdecken, neue u. gebrauchte Daunenbetten, Bettinletts, Bettbezüge, Bettücher, Tischtücher, Handtücher, Posten eleg. Damenwäsche, Hemdentuche ꝛc.

**Pfand-Auktion** Donnerstag, den 26. Septbr. 1912. Prolongation nur bis zum 24. Septbr. cr. **H. Lienau & Sohn.** Inh. Ludwig Reimers, Barmbeck, Desenißstraße 43.

# Persil

das selbsttätige
**Waschmittel**

ist nicht nur beim Waschen und Bleichen weisser Wäsche unübertroffen, sondern es **desinfiziert auch** in hervorragendem Masse. Besonders wichtig

**für Bunt-, Wollwäsche, sowie Kranken- und Kinderwäsche,**

die nicht gekocht werden darf. Einfaches Waschen in handwarmer Lauge (30—40°) genügt, um sie ebenso rein und bakterienfrei zu machen, wie gekochte weiße Leinen- und Baumwollwäsche. Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.

HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

---

# Kleine Vierländer Cigarette

Stück **2** Pfg.

Türk. Tabak- und Cigarettenfabrik * Kios * E. Robert Böhme, Dresden.
**Platz-Agentur u. Fabrik-Lager: Heinr. Oellerich, Hamburg, Hühnerposten 14.**

---

## Deutscher Bauarbeiterverband.
### Zweigverein Hamburg und Umgegend.
### Versammlungen:

**Stuckbranche.**
**Freitag, 20. September, abds. 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, oberer Saal.**
Tages-Ordnung:
1. Neue Aufgaben für die Gewerkschaften durch die fortwährende Lebensmittelteuerung. Referent: Kollege **E. Hüffmeier.** 2. Stichwahl der Delegierten zur Konferenz.
**Die Baudelegierten haben sich im Bureau eine Delegiertenkarte zu lösen.**

**Maurer.**
**Donnerstag, 19. Septbr., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal.**
Tages-Ordnung:
1. Gewerkschaftliche Erziehung. Referent: Genosse **Fr. Laufkötter.** 2. Aenderung des Kartellregulativs. 3. Unser Herbstvergnügen. 4. Verschiedenes.

**Achtung!** Die Maurer und Steinträger, welche an der Akkordforderung an die Unternehmer **Rauch & Gottschalk**, Baustelle Hellbrookstraße, beteiligt sind, werden aufgefordert, sich **heute, Mittwoch, den 18. September, abends 8 Uhr präzise,** zu einer Besprechung im Gewerkschaftshause, Zimmer 3, einzufinden.
**Der Vorstand.**

---

**Billiges Betten-Angebot!**

Bestes Fabrikat. Grösste Auswahl.
**Grosse Bettstellen**
M. 9,50, 15.—, 25.— etc.
**Kinder-Bettstellen**
M. 8.—, 12.—, 18.— etc.
**Max Stapel,**
Betten-Lager.
**Kleiner Burstah 4.**

---

**Pelzwaren-**
Engros-Lager.
Verkauf an Private.
Paul Hirsch, Kaiser-Wilh. Str. 85. Holstenhof Zimmer 20.

---

## Sperre!
Die Firma
**Fr. Bernau,**
**Wilhelmsplatz 3,**
ist wegen Vertragsbruchs gesperrt.
**Verband der Schneider, Schneiderinnen etc. Deutschlands.**
Filiale Hamburg u. Umgegend.
**Die Ortsverwaltung.**

---

## Th. Burmeister's Möbelfabrik
### Winterhuderweg 1-3 und Wandsb. Chaussee 27.

| | |
|---|---|
| Kompl. Hausstand M. 300—2000 rc. | Taschendiwan M. 50, 55, 60, 65 rc. |
| Salons M. 250, 365, 480, 545 rc. | Phantasieschränke M. 45, 50, 55 rc. |
| Speisezimmer M. 240, 325, 380 rc. | Trumeaus m. Unters. M. 30, 35, 40 rc. |
| Schlafzimmer M. 125, 200, 285 rc. | Bettstell. m. Federr. M. 22, 27, 30 rc. |
| Büfetts M. 125, 150, 180, 235 rc. | Kleiderschränke M. 20, 28, 35, 40 rc. |
| Dockengarnitur M. 100, 120, 140 rc. | Flurgarderob. M. 15, 18, 23, 28, 30 rc. |

---

## In Kliniken und Krankenhäusern
von Aerzten und Laien, findet **Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife** bei **Flechten** mit ungeteiltem Erfolg seit langen Jahren Anwendung. Atteste und Danksagungen bestätigen, daß, wo andere Mittel versagten, Herba-Seife überraschende Resultate zeigte.
Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife à Stück 50 Pf., **30% stärkeres Präparat** Mk. 1,—, zu haben in all. Apoth., Drogerien, Parfümerien.
„Bestandteile: 90 % Seife, 3,5 % Clematis erecta, 2 % Salvia, 3,5 % Herniaria 1 % Arnica."

---

**Alte Gebisse,** auch zerbrochene Teile, **Gold, Silber** kauft **zu höchsten Preisen** Frau **Wist, Rosenstr. 22,** b. Hauptbahnh.

---

**Hosen** gestreifter schwerer Kammgarn schwarz mit Streifen **6**90 M.

Buckskin-Hosen, kräftige Ware 1.75 M.
Jünglingsgrössen ... 1,60 M.
Kammgarn-Hosen jetzt 3.25 M.
Jünglingsgrössen ... 2,75 M.
Kavalier-Hosen mit Umschlag 5.90 M.
Jünglingsgrössen ... 4,75 M.
Kavalier-Hosen Ia. mit Umschlag nur 8.50 M.
Jünglingsgrössen nur 6,50 M.
Prima Kammgarn-Hosen 10.50 M.
Jünglingsgrössen ... 8,00 M.
Schüler-Hosen.... 1.50 M. 2.25 M.
Leibch.-Hosen... 68 ₰ 3.50 M.

**HOSEN nach Masz**
Ia. Ware à 16.50 M. u. 18.50 M.
**Tausende Hosen**
in allen Weiten und Längen vorrätig!
**Hosen für sehr starke Herren**
in dunkelgestreift von M. 3,50 an.

**S. Meier** Posthof, Steinstr. 104/110.

---

**Große Auswahl in garnierten**
**Herbst- u. Winter-Hüten**
**f. Damen u. Kinder,**
**neueste Formen, elegante Ausführung, ungarn. Hüte, Straussfedern, Reiher, Pleureusen**
zu billigsten Preisen. Mühlenstraße 12, I.

---

Ueberzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit in dem Garderoben-Geschäft Alter Steinweg 60, I. Sie finden dort neue, als auch einige Male vermietet gewesene Anzüge, Paletots rc. in feinster Ausführung von sehr guten Stoffen stets vorrätig.
Nur **Alter Steinweg 60, I.**
Kein Laden.

---

## Unentgeltliche Rechtsauskunft für Frauen und Mädchen:
Donnerstags von 6½ bis 8½ Uhr, Altona, Sommerhuderstraße 12.

---

**Buchhandlung und Journal-Lesezirkel**
## „Wissen ist Macht"
**der vereinigten Kolporteure Hamburgs. E. G. m. b. H.**
**Hamburg 23, Papenstrasse 26.**
Fernsprecher: Gruppe 4, 6810,
empfiehlt ihre
**Lesemappen** zum Preise von 15, 20, 25, 30, 35, 40, 50, 60 ₰.
Ferner liefern wir sämtliche Modejournale. Klassiker, Lexikon etc.

---

**30jährige Spezialität!**
V. d. H. 10 Berlin — Union 50 Wien
**Quittungs-Marken**
Jean Holze & Co.
Besenbinderhof
— 70 —
neben Gewerkschaftshaus
**Kautschuk-Stempel**
Wieder vorrätig:
Die Göttin. Das goldene Kalb.

---

**Hypotheken, Erbschaften** rc. kauft Selbstkäufer.
Kaiser Wilhelmstraße 15, I.

---

**Spezial-Haus**
in Uhren, Gold- und Silberwaren.
Theilzahlungen gestattet, ganz nach Wunsch des Käufers.
Diskretion zugesichert.

**L. Mahler,**
Kraienkamp 29
(Michaelishof).

---

## Vermietungen.
Moderne Wohnungen und Läden sofort oder später im
### Gartenhäuser-Block,
**Marckmannstraße 154—172,**
zwischen Zollvereinsstraße und Rotenburgstraße, im Preise von M. 275—342.
Näheres beim Verwalter **Julius**, Marckmannstraße 162.

---

**Wichtig für Schuhmacher,**
die selbständig werden wollen, bietet sich in Barmbeck, Dehnhaide 5 bis 17 (Haltestelle der elektr. Straßenbahn und vis-à-vis dem Hochbahn-Bahnhofe), in d. Erben d. Schiffsz.-Genossenschaft mit 127 vermieteten Wohnungen, wo kein Schuhmacher wohnt, d. Gelegenheit, einen großen Laden mit prachtvoller Wohnung, Hofplatz usw. für M. 525 jährliche Miete sofort zu bekommen. Näheres daselbst beim Vizen **Sohns.**

---

**Amandastraße 48**
3 Zimmer und Küche M. 310 bis 340.

**Prätoriusweg 12/14**
zum 1. Oktober noch einige **2- u. 3-Zimmer-wohnungen** zu vermieten.
Näh. daselbst zu jeder Zeit, auch Sonntags.

**Odenwaldstraße 9, 6, 8 bis 14**
Nähe Haltestelle der zukünftigen Untergrundbahn: Sonnige zwei Zimmer, Küche usw., alles der Neuzeit entsprechend. Näheres bei den Verwaltern.

**Schwenckestr. 63** frdl. Etg., 3 Z., Balk., M. 300, Part., 2 Z., Gart., M. 288.

**Kegelhofstr. 21–23, Eppendorf,**
5 Minuten vom Kellinghusenstr.-Bahnhof, sind sofort oder später moderne schöne 2-Zimmerwohnungen, der Neuzeit entsprechend, zu vermieten. Daselbst auch Läden.
Näh. b. Vizen **Fr. Plaumann**, Nr. 21, Hochp.

**Eine freundl. 2-Zim.-Hinter-Wohng. mit Balkon für M. 260** zu verm. **Mühlenkamp 48. Schultz.**

**Zu vermieten**
schöne, helle 2-Zimmerwohnungen mit Kachelküche im Preise von M. 300 bis M. 324. **Knickweg 8, 10, 12,** bei der Gertigstr.
Näh. daselbst beim Verwalter.

Parterre, 3 Zimm., pro W. M. 5. Holst.-Kamp 104.

**Marienthalerstraße 109 a bis 123,**
zwei Minuten vom Hasselbrokbahnhof: In den Gartenhäusern sonnige zwei Zimmer, Küche rc., der Neuzeit entsprechend. Näheres daselbst.

**Frdl. 2- u. 3-Zimmer-Wohnungen**
**sind billig zu vermieten:**
**Bachstraße 133/139,**
**Schumannstraße 56/58,**
**Spohrstraße 3/5,**
**Gertigstraße 11/13,**
**Schinkelstraße 1/3 u. 6/8,**
**Ramborgersweg 6,**
**Marschnerstraße 27/31 u. 41,**
**Gluckstraße 21,**
**v. Essenstraße 54.**
**Näheres daselbst beim Vizen.**

**Zu vermieten:**
**Dehnhaide 129 ein Laden m. Wohnung,** gr. Keller, Boden u. Trockenboden, für M. 600. Passend f. Schlachter, Fettwarengeschäft.

**Ecke Eilbekstr. u. Diagonalstr.,**
gegenüber dem gr. städt. Park, sind noch einige 2- u. 3-Zimmer-Wohnungen per sofort oder später für M. 300 bis M. 480 zu vermieten. Näheres daselbst.

---

**Alter Teichweg 51** gr. mod. 3- u. 4 Z.-Wohn., Ecke, Sonnens., M. 360. 1 Monat frei.

**Per sofort oder 1. Oktober,**
modern einger. **2-Zimmer-Wohnungen von M. 340 inkl. Treppenreinigung, Läden,** sowie **Einzimmer-Wohnungen**
**am Borstelmannsweg,**
Ecke Wendenstraße.
∴ Näheres daselbst. ∴
Auch Sonntags zu besehen.

**Tapezierer,** junger Anfänger, polstert Sofas u. Matratzen gut und billig. Karte genügt. **R. Schwager,** Mödingsmarkt 59, I.

**Tapezierer,** jg. Anfänger, **polstert Sofas u. Bettr.** gut u. bill. Karte gen. **Dietrich,** Wandsbecker Chaussee 132, H. 5, I.

**Aufpolstern v. Sofas, Bettrahmen billig. Ederer, Schwenckestr. 52, part.**

**Herrschaftlicher Hausstand,** auch einz. **für M. 485 Lagern frei.**
Daselbst eleg. mahag. Salon.
**Feldstraße 53, part. links, St. Pauli.**

**Reizende Zimmereinrichtung,**
Garnitur, Umbau (oval. Glas), Auszugstisch, Salonschrank,
**270 Mark.** Lagern frei.
Daselbst echt. mahag. Schlafzimmer.
**Feldstraße 53, part. l., St. Pauli.**

**Gr. mod. Hausst.** M. 398, Wohnz., mod. Schlafz., reiz. Küche, fein. echt. Schlafz. M. 370. Steindamm 116, I. **Fritzel.**

**Großer Hausst.,** eleg. Wohnz., fein. Schlafz., reiz. Küche M. 485, echt. **Schlafz. M. 370.** Steindamm 37, I. **Ludwig.**

**Gr. engl. Hausstand M. 275.**
**Sofa, 4 Stühle M. 59, Dannenbetten M. 17 u. M. 27.**
**Reichold, Susannenstraße 40, II.,** b. d. „Flora".

**Modernes Speisezimmer**
echt Eiche, mit apartem, 1,45 Meter breitem Büfett, Anrichte, Ausziehtisch für 12 Pers., jechs echte Rindlederstühle, nur **M. 450.** Ganz besond. Gelegenheitskauf. Kein Händler. **Schwenckestraße 52, I. l., Eimsbüttel.**

**Wegen rückgäng. Heirat**
bedeutend unter Preis zu verkaufen eichen Schlafzimmer mit groß. 3tür. Ankleideschrank, Speisezimmer, Herrenzimmer, mahagoni Salon und Küche. Wexstr. 35, im Garderobengeschäft.

---

**Heinrich Henningsen**
**Uhrmacher.**
D.R.P. ohne Lothfuge
**Altona-Ottensen,**
Bismarckstr. 1.
**Gross. Lager** in Uhren, Ketten, Gold- u. Silberwaren.
Gute Qualitäten. Billige Preise.
**Räumungsverkauf**
**wegen Umbaus am 1. Oktober**
bis **20%.**

**Hamburg, Kohlhöfen 12, J. Halmke,** Ecke Rademachergang
Flanell-Hemden, echt blau und krumpfrei. Manufaktur-, Leinen- u. Aussteuer-Artikel. Wäsche für Herren, Damen und Kinder.
Lager in Bettfedern und Daunen.

**Möbelstoff-Reste,**
passend für Sofas und Garnituren, ganz bedeutend unter Preis.
Alter Steinweg 1.

Aeltestes (gegr. 1884) u. größtes
**St. Georg-Leihhaus**
Brennerstr. 61 Ecke Danzigerstr.
Höchster Vorschuß auf Wertgegenstände aller Art zu mässigen Zinsen.

**Pfand-Leihhaus, St. P., Kielerstr. 26.**
**Höchster Vorschuss auf Wertgegenstände aller Art.**

**St. Pauli Pfand-Leihhaus**
**Heinestraße 11.**
Höchster Vorschuß auf Pfänder aller Art zu billigsten Zinsen.

Teleph.: Gr. V, 9118 — **Pfandgeschäfte Raboisen 92 u. Amandastr. 48** — Teleph.: Gr. III, 7272
**Höchster Vorschuss**
Verkauf Uhren, Silb., Juwelen, sowie zurückgek. Pfänder aller Art.

**Leihhaus**
Brennerstraße 64, Ecke Stiftstraße.
Höchster Vorschuß. — Billigste Zinsen.

---

**Schneller als der Blitz fährt**
**Torpedo-Freilauf-Nabe**
**In jeder Fahrradhandlung zu haben**

---

**Hochherrsch. H.- u. D.-Fahrrad, F.-R.** spottb. **Bieberstr. 3-5, b. Hauswart.**

**Für Brautleute!**
**Reklame-Angebot**
zu herabgesetzten Preisen.
**Eleganter, moderner Hausstand**
**M. 540,—.**
**Moderne Umbau-Garnitur** mit 4 Flachpolsterstühlen und Umbau m. Messing-Verzier. und Spiegel, 1 Ausziehetisch, 1 Vertiko mit Messingverz., Spiegel und Verglasung.
**Eleg. Schlafzimmer:** 2 Bettstellen mit Patent-R. u. Auflege-Matr., 1 Ankleideschrank, 1 Waschkom., 2 Nachtischr., 2 Stühle, 1 Ständer.
**Eleg. Küche** in moderner, grauer Farbe, Schrank m. Messing-Verglas., 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Halter, **1 Dielengarderobe.**
**Zus. M. 540,—.**
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Lieferung frei Haus, Lagerung bis Novbr. frei. Sonntags geöffnet.
**Polstermöbelfabrik Haase,**
**nur 70 Bankstr. 70.**
**Bitte auf die Nummer 70 zu achten.**

**Möbel.** Wer einzelne Mobilien u. ganze Hausst., auch auf Teilz., billig und gut kaufen will, komme vertrauensvoll zu **G. Goerges,** Tapezierer, Schulweg 27/29, Lad.

**Umzugshalber 2 Daunenbetten, Oberbett, Unterbett, Kissen M. 15.**
**Schulterblatt 12, I. Orgelm.**

---

**Brautleute!**
**Elegante Mokette-Garnitur** m. Sessel oder Flachpolsterstühlen, Salonschrank, Trumeau m. Stufe, Ausziehtisch, vollständiges mahag. Schlafzimmer, Küchenbüfett m. Verglasung, Tisch m. Intarsien, 2 Stühle und Handtuchhalter für den billigen Preis von **485 Mk.**
**Grindelallee 11/15, part. l.**
**Lüddeckens.** Kein Laden.
**Lagerung bis 1. Januar 1913 frei.**

**Möbel** eigener Polsterwerkstatt.
Große Auswahl.
Gar. gute Arbeit. Billige Preise.
**A. Samptleben,** Tischler,
**Hammerbrookstraße 85.**

**Damentuche,**
**Kostüm- u. Mantelstoffe**
**Knaben-Cheviots u. Buckskins**
**Krimmer, Plüsche etc.**
**kaufen Sie am billigsten direkt vom Speziallager.**
**Denkbar grösste Auswahl!**
**Tuchfabrik-Niederlage**
**Hamburg, Pferdemarkt 43, I.,**
**neben Neubau Rud. Karstadt.**

**Brautleute** erh. **gratis** mod. kl. Hausstand. Off. **104** Ann.-Exp. Gertigstr. 29.

**Versetzt gewesen! Neu!**
**Prima Inlett, doppeltbreit,** M. **1.**
**Bettfedern und Daunen, Pfd. 70** ₰.
**Perserteppich,** 3 m lang, M. **18, Gardinen.**
**Sander, Osterstraße 71, Hochpart.**

---

**Zufall!** 6 mod. Anzüge à M. 15,50. Süderstraße 70, Hochp.

**600 moderne Anzüge, Ulster und Paletots,**
größtenteils gute Maßstoffe, müssen sofort wegen zu großen Lagers teilweise für die Hälfte des Wertes verkauft werden.
Serie I M. 15,50 (Wert bis M. 22)
„ II „ 19,50 (Wert bis „ 28)
„ III „ 24,50 (Wert bis „ 35)
„ IV „ 29,50 (Wert bis „ 45)
Ferner gute gebrauchte Anzüge u. Paletots auch f. starke Herren M. 6, 9, 12, 18, 25, Anschaff.-Wert bis M. 100, ferner Knaben- u. Jüngl.-Anz. v. M. 2,50—15, Berufsbekleidg., Hosen, Stiefel, Betten, Gardinen, Normalwäsche.
**Zentral-Leihhaus Süderstr. 70, Hp., u. Klosterstr. 14/16, b. Deichtor.**

**Moderner Hausstand,**
**eleg. Wohnzimmer, modern geschnitzt, Schlafzimmer, reizende Küche mit Büfett, ferner zwei Dannenbetten**
**M. 470**
**Hansson,** Grindelallee Nr. 165, eine Treppe, Ecke Schlump.
Lagerung gestattet.

**M 480** herrschaftlicher Hausstand,
**Wohnzimmer mit elegant. Salonschrank, Schlafzimmer mit 3tür. Ankleideschrank, Kücheneinrichtung mit Büfett.**
**Grindelallee 39, part. rechts.**

**Zum Umzug!**
**Gut. bürgerl. Hausstand** ist im ganzen oder auch einzeln sehr billig zu verkaufen. Frau **Tichauer, Lübeckerstr. 41, part. l.** Händler untersagt.

**Kompletter modern. Hausstand,**
**auch einzeln, sofort zu jed. annehmbaren Preise zu verkaufen. Steindamm 98, I.**

**Neue Garnit. m. fl. Polsterstühl. bill. zu verk. Albertstr. 28, IV. r.**

**Garnitur und Umbau billig.**
**Seumestr. 52, pt. r.,** Ecke Eilbecktal.

**Ein Kleiderschrank zu verkaufen.**
**Normannenweg 13, I. l.**

**Ein Posten** neuer und versetzt gewesener
**Betten** konkurrenzlos billig.
**A. M. Polack & Co.,**
nur Hütten 85/89.

**Hochf. Nähmasch.** mit 2jähriger Garantie M. **28.** Lindenstr. 12, Laden.

**Singer-Nähmaschine mit fünfjähriger Garantie M. 25, Reparaturen von M. 1 an. Hinrichsen, Heitmannstr. 4.**

Versetzt gewesene
**Nähmaschinen**
aller Systeme spottbillig.
**A. M. Polack & Co.,**
**Hütten 85/89.**

**Rundschiff-Nähmaschine,** fast neu, bill. z. verk. **Ottensen, Bahrenfelderstr. 7, II. l.**

**Strickmaschinen**
mit Arbeit zu kulanten Zahlungsbedingungen. Prospekt kostenlos.
**Paul Just, Hamburg, Michaelisstr. 19, I.**